

Statistisches Bundesamt

Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern

FORUM

Band 22 der Schriftenreihe
Forum der Bundesstatistik
herausgegeben vom
Statistischen Bundesamt

**METZLER
POESCHEL**

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme
Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern.-
Stuttgart: Metzler-Poeschel, 1993
(Forum; Bd. 22)
ISBN 3-8246-0235-0

NE: GT

Erschienen im März 1993
Preis: DM 18,80
Bestellnummer: 1030422-93900
ISBN 3-8246-0235-0

Verlagsauslieferung:
Hermann Leins GmbH & Co. KG
Holzwiesenstr. 2
7408 Kusterdingen

Copyright: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1993
Alle Rechte vorbehalten. Es ist insbesondere nicht gestattet, ohne ausdrückliche Genehmigung
des Statistischen Bundesamtes die Veröffentlichung oder Teile daraus zu übersetzen, zu verviel-
fältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme einzuspeichern.

Vorwort

Seit dem Tag der Vereinigung der beiden deutschen Staaten sind rund zwei Jahre vergangen, und es liegt für die neuen Länder und Berlin-Ost schon eine ganze Reihe statistischer Ergebnisse nach der Methodik des früheren Bundesgebietes vor. Das betrifft z.B. die Industrie- und Bauproduktion, die Umsätze des Einzelhandels, Angaben über den Außenhandel, die Lohn- und Gehaltsentwicklung sowie die Preisentwicklung, Erwerbstätigenzahlen nach Wirtschaftsbereichen und Zahlen zur Arbeitslosigkeit, Angaben über Gewerbean- und -abmeldungen, Daten über die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen, den Verbrauch der privaten Haushalte und sogar erste Ergebnisse Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.

Zwar werden diese Angaben noch nicht in allen Fällen zeitgleich mit denen des früheren Bundesgebietes zur Verfügung gestellt, doch die Veröffentlichungstermine nähern sich immer mehr an.

Die Einführung der Bundesstatistik in den neuen Ländern und Berlin-Ost wurde durch zwei Umstände besonders erschwert. Das war zum einen der schnelle Verfall der vorhandenen zentralistisch orientierten politischen und ökonomischen Strukturen, zum anderen der anschließende langsame Aufbau der staatlichen Verwaltung nach dem föderativen Muster in der Bundesrepublik Deutschland. Da auch die Statistik weitgehend nach föderativen Prinzipien aufgebaut ist, waren Verzögerungen und besondere Schwierigkeiten beim Aufbau der Bundesstatistik in den neuen Ländern unvermeidbar.

Mit der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 galten auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost unmittelbar die Statistikgesetze der Bundesrepublik Deutschland. Die Einführung der Bundesstatistik ließ sich natürlich nicht sofort in allen Bereichen durchsetzen. Dafür waren die Unterschiede in den Statistiksystemen der beiden deutschen Teilstaaten zu groß gewesen. Doch für eine Reihe von Statistiken konnten dank des frühen Beginns der Zusammenarbeit auch für die neuen Länder nach Konzept und Methoden voll oder weitgehend vergleichbare Ergebnisse vorgelegt werden. Das galt z.B. für die Bevölkerungsstatistik und insbesondere für die Preisstatistik. Schon ab Mai 1991 existierte als wirtschaftspolitisch äußerst bedeutungsvolle Zahl ein Verbraucherpreisindex. Aber auch Angaben über die Lohn- und Gehaltsentwicklung sowie über den Außenhandel konnten kurzfristig veröffentlicht werden.

Seit Januar 1991 werden alle Statistiken in den neuen Ländern und Berlin-Ost nach den Konzepten und Methoden der Bundesstatistik durchgeführt. Damit ist es möglich, Angaben für Gesamtdeutschland zu ermitteln. Zusätzlich ist vorgesehen, über einen längeren Zeitraum hinweg - etwa so lange, wie noch unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in den beiden Teilgebieten zu erwarten sind - für die neuen Länder und Berlin-Ost getrennte Ergebnisse zu berechnen und zu veröffentlichen.

Besondere Erschwernisse bei der Einführung und Durchführung der Bundesstatistik in den neuen Ländern ergaben sich durch die gravierenden strukturellen Veränderungen sowohl auf der Seite der Auskunftspflichtigen als auch auf der Seite der ausführenden

statistischen Dienststellen. Auf der Seite der Auskunftspflichtigen bereiteten neben den Schwierigkeiten der Berichtsstellen, sich an neue Meldeformulare und Systematiken zu gewöhnen, die massenhafte Schließung, Aufteilung und Neugründung von Unternehmen und Betrieben die größten Probleme.

Auf der Seite der amtlichen Statistik war darüber hinaus gleichzeitig eine völlige Umorganisation, nämlich der Übergang von der zentralistisch organisierten Statistik der früheren Kommandowirtschaft auf die dezentrale und nach föderalen Grundsätzen organisierte Statistik in der Bundesrepublik Deutschland zu bewältigen. Hier führen die Länder (mit wenigen Ausnahmen) die Erhebung und Aufbereitung der Statistiken durch, während der Bund für die Durchsetzung einheitlicher Konzepte und Methoden der Statistik sowie für die Berechnung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse zuständig ist.

Da in den ersten Monaten der deutschen Einheit noch nicht damit zu rechnen war, daß funktionsfähige Regierungen und auch Statistische Ämter in den neuen Bundesländern existieren würden, war von Beginn an eine Transformation der Organisation der Statistik in den neuen Bundesländern in zwei Etappen geplant. Zunächst wurde ein Teil der Mitarbeiter des noch zentralistisch organisierten Statistischen Amtes der ehemaligen DDR - nämlich soweit dort Bundesaufgaben wahrgenommen wurden - dem Statistischen Bundesamt zugeteilt. Alle anderen Mitarbeiter (der Zentrale im früheren Berlin (Ost) und in den 15 Bezirks- und 223 Kreisämtern) wurden lt. Einigungsvertrag in einem Gemeinsamen Statistischen Amt der neuen Bundesländer (GeStAL) zusammengefaßt. Dieses Amt übernahm bis Ende 1991, d.h. bis zur Einrichtung funktionsfähiger Statistischer Landesämter in den fünf neuen Bundesländern, die Aufgaben der Länder.

Die organisatorischen und fachlichen Probleme im Zusammenhang mit der Einführung der Bundesstatistik und die dabei eingeschlagenen Wege zu ihrer Lösung aus der Sicht der beteiligten Fachstatistiker werden in diesem Band in einer Reihe von Aufsätzen dokumentiert. Die Beiträge entsprechen dem Stand von 1991. Wir hoffen, damit eine interessierte Öffentlichkeit über diese wichtige Arbeitsphase der Bundesstatistik zu unterrichten und auch unseren Statistikerkollegen in Mittel- und Osteuropa Möglichkeiten des Übergangs der Statistik von einem zentralistischen System auf eine nach föderalen Grundsätzen organisierte Statistik aufzuzeigen, die den Anforderungen einer sozialen Marktwirtschaft gerecht wird.

Wiesbaden, im Januar 1993

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes

Hans Günther Merk

Inhalt	Seite
Vorwort	3
Rudolf Janke Erste Anpassungen der staatlichen Statistik nach der Wende	7
Günter Nause Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern im Zuge der Herstellung der Deutschen Einheit	16
Werner Griepenkerl Landwirtschaft	35
Karl-Heinz Manzel Bautätigkeit und Wohnungen	43
Friedrich Drange / Klaus Kockel Produzierendes Gewerbe	51
Lothar Hake Binnenhandelsstatistik	59
Gerhard Heske Preise	80
Roland Stemmler / Manfred Ebert Löhne und Gehälter	92
Jürgen Kalatz Außenhandel	101
Joachim Bork Finanzen und Steuern	110
Hans-Jörg Marggraf Bildungswesen der ehemaligen DDR	119
Ingrid Oertel Statistik des Gesundheits- und Sozialwesens der ehemaligen DDR	132
Helmut Schultze Bevölkerungsstatistik	152

	Seite
Manfred Ebert Erwerbstätigkeit	163
Alfred Lachnit Wahlen	181
Doris Hoepfner Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	193
Margot Münnich Laufende Wirtschaftsrechnungen	203
Gerhard Heske Zeitreihen	233
Oswald Angermann, Hans-Ulrich Braun, Hermann Glaab und Werner Griepenkerl Validität der statistischen Ergebnisse	244

Rudolf Janke *)

Erste Anpassungen der staatlichen Statistik nach der Wende

Vorbemerkung

Zwar mag das Schlagwort von der "Informationsgesellschaft" nur einen Ausschnitt von Wirtschaft und Gesellschaft beleuchten, Tatsache bleibt aber, daß die Bedeutung von Informationen bzw. von Informationsverarbeitung auf allen Ebenen der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zunimmt. Zum Teil wird der Verfügbarkeit und der Nutzung von Informationen ausschlaggebende Bedeutung für den Erfolg der westlichen Industriegesellschaften beigemessen.¹⁾

Die erfolgreiche und rasche Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in den fünf neuen Bundesländern dürfte aus dieser Sicht auch wesentlich von einer nach Art und Struktur geeigneten Informationsversorgung abhängen. Hierbei kommt der amtlichen Statistik als Teil der Informationsstruktur in demokratisch organisierten Marktwirtschaften eine herausragende Bedeutung zu. Entsprechend grundlegend wurde im Prozeß der Vereinigung Deutschlands der Umbau des Systems der amtlichen Statistik gesehen und frühzeitig begonnen.

1 Funktion und Bedeutung der staatlichen Statistik in zentral geplanten Verwaltungswirtschaften und in demokratischen Marktwirtschaften

Aus dem Grundverständnis in der ehemaligen DDR, daß im sozialistischen Staat alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens - insbesondere die wirtschaftlichen Prozesse - zentral zu planen seien, leitete sich auch die Funktion der Statistik ab. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS) lieferte als zuständige Institution die Angaben für die Ausarbeitung, die Diskussion und die Bestätigung der gesamtwirtschaftlichen Planung. Mit diesen Angaben wurde auch die Plandurchführung gesteuert und kontrolliert. Ihre Aufgabe war es, Informationen über den Grad der Planerfüllung bereitzustellen und nach Ablauf der Beobachtungsperioden jeweils Soll-Ist-Vergleiche, auch auf Basis der Einzelangaben der Betriebe, anzustellen. Im Rahmen der einheitlichen Leitung von Staat und Wirtschaft war es ihre Aufgabe, als Voraussetzung

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

1) Vgl. H.-J. Krupp: Zur Rolle der Statistik auf dem Wege in die Informationsgesellschaft, in: K. Hanau et al. (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialstatistik - Empirische Grundlagen politischer Entscheidungen. Festschrift für H. Grohmann, S. 20, 1986, Göttingen.

für wirtschaftspolitische Maßnahmen die jeweilige konkrete wirtschaftliche Situation und die bisherige Entwicklung zu beschreiben und zu analysieren.

Entscheidende Bedeutung hatte die staatliche Statistik als Instrument der Kontrolle der Einhaltung der Pläne und der Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Diese laufende Kontrolle der Planerfüllung und Planabrechnung, d.h. der Aufnahme des Istzustandes und dessen Vergleich mit der Planvorgabe, wurde immer mehr der Schwerpunkt der staatlichen Statistik. Soll-Ist-Vergleiche waren typisch für die Berichterstattungen gegenüber der Partei und den Staatsorganen. Der Einfluß der Priorität von Planerstellung und Plankontrolle auf die dabei benutzten Definitionen und Abgrenzungen von statistischen Merkmalen war gravierend. Kennziffern wie "Erneuerungsgrad der Produktion" oder "Produktion und Einsatz von Industrierobotern" wurden wie alle anderen Definitionen und Systematiken von der SZS zentral vorgegeben.

Um ihre Durchsetzung in den Betrieben zu gewährleisten, wurde die Statistik untrennbar mit dem betrieblichen Rechnungswesen der in der Regel staatlichen Betriebe verbunden. Als Aufgaben der Rechnungsführung und Statistik wurden angesehen²⁾:

- die zahlenmäßige Erfassung, Verarbeitung und Analyse des Reproduktionsprozesses in seinen Phasen und Komplexen, wesentlichen Einzelheiten, Zusammenhängen und Verflechtungen;
- die Nachweisführung über das sozialistische Eigentum und dessen effektive Nutzung und Mehrung;
- die Schaffung der Grundlagen für eine wirtschaftliche Rechnungsführung;
- die Erfassung und Analyse sozialer und demographischer Erscheinungen und Prozesse.

Der Rahmen, der zur Durchführung dieser Aufgaben von der SZS in Abstimmung mit der Staatlichen Plankommission und anderen Staatsorganen der ehemaligen DDR geschaffen wurde, umfaßte

- Kennziffern und deren Definitionen, Nomenklaturen und Systematiken;
- Vorschriften über die Erfassung und Nachweisführung in Betrieben und Kombinat (dies beinhaltete auch die kontrollfähige Gestaltung der betrieblichen Abrechnung und Mindestvorschriften über die Kontrolle in den Betrieben und Kombinat);
- Vorschriften über die Bewertung (zu welchen Preisen bestimmte Größen und Prozesse zu bewerten sind);
- standardisierte Formblätter als Primärdokumente für die Erfassung und Nachweisführung;
- Festlegung der Einzelstatistiken des Gesamtprogramms über Berichterstattungen.

2) Vgl. A. Donda, E. Herrde, O. Kuhn und R. Struck: Statistik, 6. Auflage, S. 17 bzw. S. 26, Berlin.

Rechnungsführung der Betriebe und Statistik wurden als einheitliches System der Erfassung, Verarbeitung, Speicherung, Berichterstattung und Auswertung der notwendigen quantitativen Informationen der Volkswirtschaft für die Leitung, Planung, wirtschaftliche Rechnungsführung und Kontrolle der Wirtschaftsprozesse begriffen und entsprechend organisiert. Die durchgängige Einheitlichkeit und Verbindlichkeit dieses Systems auf allen Ebenen, angefangen bei der Dokumentation und Datenerfassung in den Betrieben, Unternehmen, Institutionen und staatlichen Einrichtungen bis hin zur gesamten Volkswirtschaft, wurde durch die SZS sichergestellt.³⁾

In dem Maße, wie alle Leitungsprozesse durch den absoluten Führungsanspruch der Einheitspartei und in Form einer "flächendeckenden" Kontrolle durch diese Partei monopolisiert wurden, waren auch die statistische Arbeit und alle statistischen Informationen diesem Einfluß ausgesetzt. Das Hauptziel der Veröffentlichung statistischer Ergebnisse bestand darin, Propaganda für den sozialistischen Staat und die Planerfüllung sowie in den letzten Jahren für die Führung des sogenannten "sozialistischen Wettbewerbs" (d.h. die Darstellung, die Bewertung und den Vergleich der Leistung von Beschäftigten und Betrieben) zu machen.

Die Veröffentlichungen beschränken sich zuletzt auf das "Statistische Jahrbuch" und Presseberichte über die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne. Viele Ergebniszusammenstellungen und -analysen wurden entsprechend nicht veröffentlicht.

Inhaltlich und institutionell bestand das statistische Gesamtprogramm aus zwei Bereichen. Neben dem - bisher geschilderten - zentralisierten Berichtswesen (das betraf insbesondere die Wirtschafts- und Bevölkerungsstatistik), das durch die SZS durchgeführt wurde, wurden im Zuständigkeitsbereich einzelner Ministerien (Finanzen, Gesundheit, Kultur usw.) mit Genehmigung der SZS fachspezifische Daten erhoben und aufbereitet. Von der SZS wurden auf der Grundlage von Verordnungen des Ministerrats die Erhebungen mit prinzipieller Auskunftspflicht durchgeführt und insbesondere kurzfristige Unterlagen für wenige Nutzer wie die zentralen Staatsorgane, die Parteiführung, Ministerien und Kombinatleitungen zusammengestellt.⁴⁾ Ähnliche Abläufe fanden sich auch auf den nachgeordneten regionalen Ebenen für die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche.

In der demokratischen Gesellschaft liefert amtliche Statistik dagegen als öffentliche Serviceeinrichtung grundsätzlich statistische Daten für jedermann. Im Wettbewerb mit anderen privaten, parastaatlichen oder kommerziellen Institutionen trägt die amtliche Statistik zu einem großen Teil des statistischen Gesamtangebots bei. Allen Nutzern

3) Es sei nebenbei bemerkt, daß mit einem solchen einheitlichen System der Rahmen für eine rationelle Gewinnung, Verarbeitung und Bereitstellung von statistischen Informationen und damit die Voraussetzungen für eine durchgängige EDV-Anwendung geschaffen wurden. Jeder Sachverhalt brauchte nur einmal erfaßt zu werden.

4) Arbeitsgruppe "Betriebsgeschichte der SZS". Band: Allgemeine Entwicklung der Aufgabenstellung, Arbeitsweise und Organisation der staatlichen Statistik der DDR 1945 bis 1980 (Arbeitsunterlage 1987), insb. S. 199 ff., Berlin.

oder Nutzergruppen stehen ihre Ergebnisse als umfassende, neutrale und objektive Informationsquelle zur Verfügung. Da bei der Nutzung dieser Daten nur geringe oder keine Kosten anfallen, werden Ergebnisse praktisch als öffentliches Gut angeboten. Inhaltlich umfaßt das Informationsangebot nahezu alle Bereiche aus Staat und Gesellschaft, wenn auch der Bereich der Wirtschaftsstatistiken im weitesten Sinne grundsätzlich überwiegt. Der Bedarf an quantitativen Informationen zur Beurteilung von Zusammenhängen und Entwicklungen, als Grundlage rationaler Zielsetzungen, Planungen oder Maßnahmen, zur Kontrolle der Wirkungen von Maßnahmen sowie zum Abschätzen künftiger Entwicklungen ist bisher im Bereich der Wirtschaft besonders umfangreich.

Eine Änderung dieser Dominanz durch neue Entwicklungen im Bereich von Gesellschaft und Ökologie muß abgewartet werden. Die Weiterentwicklung des Statistikprogramms obliegt dabei auch in der Bundesrepublik Deutschland letztlich den parlamentarischen Gremien, da die Statistiken überwiegend auf der Basis von Gesetzen und nur zum kleinen Teil durch Verordnungen geregelt sind.

Damit kann den in den legislativen Gremien nach demokratischem Verständnis repräsentativ vertretenen gesellschaftlichen Interessen optimal Rechnung getragen werden, und das Arbeitsprogramm kann geänderten Informationswünschen der Benutzer der Statistik jederzeit angepaßt werden. Vor diesem Hintergrund kann die amtliche Statistik bei entsprechend flexibler Anpassung der jeweiligen Rechtsvorschriften das Datenangebot an den aktuellen Bedarf anpassen.

Die breite Abstimmung des Statistikprogramms trägt wesentlich dazu bei, daß den vielfältigen Nutzerinteressen möglichst optimal und damit auch kostengünstig und ohne Doppelerhebungen entsprochen werden kann. Dabei ist zuzugeben, daß die Befragten einer Statistik durch die Auskunftersuchen belastet werden. Diese den Auskunftgebenden entstehenden Kosten sind im weitesten Sinn als Solidarbeitrag des einzelnen in der demokratischen Gesellschaft zum Allgemeinwohl zu verstehen. Auch der Begriff der Informationssteuer wurde dafür bereits geprägt.⁵⁾

Wichtigste Aufgabe der für die amtliche Statistik zuständigen Institutionen ist die Bereitstellung und Veröffentlichung aller Statistiken. Dies gilt sowohl für Darstellungen für allgemeine Zwecke in Printmedien oder elektronischer Form, aber auch für besondere Zusammenstellungen für spezielle Nutzergruppen oder im Hinblick auf spezielle Fragestellungen mit besonderer gesellschaftlicher Relevanz. Damit ist sichergestellt, daß die Ergebnisse der amtlichen Statistik nicht nur von bestimmten Benutzern allein und somit privilegiert genutzt werden können. In Verbindung mit der Wahrung der Neutralität und der Objektivität der bereitgestellten Informationen ist durch die Veröffentlichung im weitesten Sinne am ehesten gewährleistet, daß alle gesellschaftlichen

5) Zum Begriff der Informationssteuer vgl. W. Zapf: Der Zugang der Wissenschaft zur statistischen Information - Anspruch und Realisierung, in: Datennotstand und Datenschutz, Band 3 der Schriftenreihe "Forum der Bundesstatistik", herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, S. 41, Stuttgart und Mainz.

Gruppen, die am demokratischen Willensbildungsprozeß beteiligt sind, der amtlichen Statistik anhaltende Akzeptanz entgegenbringen.

Diese Grundsätze entsprechen den international formulierten allgemeinen Anforderungen an die Arbeit der amtlichen statistischen Dienste. Aufschluß über diese internationale Sicht gibt das Handbuch für Statistikorganisationen der Vereinten Nationen.⁶⁾ Dort werden diese Grundsätze gleichermaßen als Voraussetzung gesehen für eine hohe Datenqualität, für das unbedingt notwendige Vertrauen der Auskunftgebenden in die statistische Geheimhaltung sowie für eine breite Akzeptanz der amtlichen Statistik als Institution und der statistischen Ergebnisse. Die Forderung nach fachlich-wissenschaftlicher Unabhängigkeit der amtlichen Statistik wird dabei von den Vereinten Nationen ähnlich gewertet wie die Unabhängigkeit der Judikative.

In der historischen Perspektive läßt sich an der amtlichen Statistik Deutschlands nachweisen, daß Statistik verschiedene Funktionen übernommen hat. War ursprünglich die Versorgung der Regierung mit Daten ihre primäre Aufgabe, so wurden spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts ihre Ergebnisse zunehmend zum Allgemeingut. Im auslaufenden 20. Jahrhundert sind die Ergebnisse der amtlichen Statistik bereits zum wichtigen Teil der öffentlichen Informationsinfrastruktur geworden, die von Benutzern von allen Seiten ihren Argumentationen oder Disputen zugrunde gelegt werden.

Analog nimmt die amtliche Statistik - wie der Vergleich der Aufgaben und der Bedeutung der Statistik in den beiden unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR gezeigt hat - ihre Funktion in Abhängigkeit von solchen Rahmenbedingungen wahr und wird sich entsprechend im inhaltlichen Programm und der organisatorischen Struktur sowie ihren Auswirkungen gravierend unterscheiden. Gleich bleibt einzig, daß laufend statistische Informationen systemunabhängig zur Steuerung von Prozessen verwendet werden oder zumindest zur Verfügung stehen.

2 Erste Anpassungen von Organisationsstruktur und Programm des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR

Bereits vier Monate nach Beginn der Umwälzung in der ehemaligen DDR beschloß die damalige Regierung eine Umwandlung der SZS in ein Statistisches Amt der DDR. Während die regionale und die hierarchische Struktur unverändert blieb, wurden entsprechend dem fachlich geänderten Aufgabenprogramm neue fachliche Arbeitseinheiten geschaffen und überflüssige aufgelöst.

Aufgabe dieses Amtes sollte es sein, ein Statistiksystem zu erarbeiten, das den Anforderungen einer sozialen und ökologisch orientierten Marktwirtschaft gerecht wird. Bereits

6) United Nations, Handbook of Statistical Organisation, Volume 1, 1980, New York.

dieser Prozeß war begleitet von intensiven Kontakten zwischen den statistischen Ämtern der beiden deutschen Staaten.

Stand zu Beginn die Vergleichbarmachung von Ergebnissen im Zuge der Abfassung des ersten Staatsvertrages im Vordergrund, kam in dem einsetzenden Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten dann sehr schnell die Forderung nach einheitlichen statistischen Ergebnissen für alle Teile Deutschlands hinzu.

Der Prozeß der Bereitstellung vergleichbarer oder einheitlicher Daten bzw. der Anpassung und Vereinheitlichung der statistischen Systeme und Institutionen wurde begleitet von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der beiden statistischen Ämter. Schon zu Beginn war daran gedacht, weitgehend das Statistiksystem der Bundesrepublik Deutschland und damit auch ein den international üblichen Anforderungen entsprechendes System in den neuen Bundesländern einzuführen. Offensichtlich war, daß - abhängig von den Spezifika eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems im Übergang und vor dem einzigartigen historischen Hintergrund - Anpassungen des Statistikprogramms hinsichtlich der Fragestellung der Nutzer erforderlich waren.

Nach der Öffnung der Grenzen der ehemaligen DDR verlangten die Nutzer und die Öffentlichkeit sehr rasch und mit zunehmender Intensität, so schnell wie möglich vergleichbare Daten für die beiden Teile Deutschlands zur Verfügung zu stellen. Mit dem ersten Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, dem Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, der am 1. Juli 1990 in Kraft trat, wurden sowohl der rechtliche Rahmen als auch die fachlichen Prioritäten für das angestrebte vergleichbare Statistikprogramm abgesteckt. Statistische Ergebnisse sollten vordringlich für die Bereiche Arbeitsmarkt, Preise, Produktion, Umsätze, Einzelhandel und Außenwirtschaft bereitgestellt werden. Aber auch Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) sollten möglichst umgehend nach dem methodischen Konzept der Vereinten Nationen (System of National Accounts, SNA) für die ehemalige DDR vorgelegt werden.

Angesichts des vordringlichen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsbedarfs, aber auch wegen der früheren weitgehenden Geheimhaltung von statistischen Ergebnissen in der ehemaligen DDR, stand dabei eine schnelle und möglichst umfassende Veröffentlichung verfügbarer Angaben im Vordergrund des öffentlichen Interesses, auch wenn dabei nicht gleich in allen Fällen einheitliche Konzepte zugrunde gelegt werden konnten. Dazu war es häufig notwendig, vom bisherigen Statistiksystem der ehemaligen DDR und größtenteils bisher unveröffentlichten Angaben auszugehen, auch wenn die Ergebnisse mit den bundesdeutschen Angaben qualitativ noch nicht voll vergleichbar waren. Zusammen mit entsprechenden Erläuterungen und gegebenenfalls Einschränkungen lieferten diese Ergebnisse den Nutzern trotzdem wichtige Informationen.

Schon ab Juli 1990 wurden daraufhin für eine Reihe von Sachverhalten vergleichbare Ergebnisse vorgelegt. Kurzfristig konnten Angaben über die Bevölkerung und die Erwerbstätigkeit, einschließlich Daten über Verdienste und die Ausgabenstruktur der

Haushalte zur Verfügung gestellt werden. Wichtige Ergebnisse kurzfristiger Wirtschaftsstatistiken über Auftragseingänge, Umsätze usw. wurden zum Teil erstmalig nach den gleichen Konzepten und Methoden wie in der Bundesrepublik erhoben. Allerdings konnten nicht in allen Fällen unmittelbar die systematischen Gliederungen übernommen werden, weshalb nur die Gesamtergebnisse und zeitliche Entwicklungen, nicht aber die Strukturdaten vergleichbar waren.

Von herausragender Bedeutung war in diesem Zusammenhang die frühzeitige Veröffentlichung von Verbraucherpreisindizes. Als Ergebnis des schnellen Einsatzes der Experten des Statistischen Bundesamtes bzw. der Statistischen Landesämter und aufgrund umfangreicher Voruntersuchungen konnten bereits unmittelbar nach der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion erste Preisindizes für die Lebenshaltung veröffentlicht werden. Die vom Statistischen Bundesamt - mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaften - im Jahr 1990 speziell durchgeführten Verbraucherpreisvergleiche zwischen den beiden ehemaligen Teilen Berlins bestätigen die Qualität dieser Berechnungen. Die Akzeptanz der Ergebnisse wurde nicht zuletzt dadurch gewährleistet.

Das Statistische Amt der ehemaligen DDR legte noch 1990 - basierend auf bisherigen Erhebungen - auch frühzeitig Ergebnisse der VGR für die letzten 10 Jahre vor, die behelfsmäßig auf das SNA-Konzept umgestellt worden waren, allerdings nur für die Entstehungs- und die Verwendungsseite des Sozialprodukts.

3 Umbau und Aufbau des Statistiksystems im Gleichschritt mit politischen Veränderungen

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen in der ehemaligen DDR hatten nicht nur einen völlig veränderten fachlichen Statistikbedarf zur Folge. Aufgrund der Änderungen der verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Grundlagen für die Durchführung von amtlichen Statistiken war es auch erforderlich, die gesamte Struktur der Erhebungs- und Aufbereitungsorganisation in Aufbau und Ablauf an die föderative Struktur und Aufgabenbewältigung anzupassen.

In den neuen Bundesländern wurde entsprechend begonnen, Statistische Landesämter aufzubauen, und das Statistische Bundesamt unterstrich seine erweiterte Zuständigkeit mit der Errichtung einer neuen Zweigstelle am Alexanderplatz im früheren Berlin (Ost). Als Personal dieser Zweigstelle wurden aus der Zentrale des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR die mit der Durchführung von bundesstatistischen Kompetenzen entsprechenden Aufgaben betrauten Mitarbeiter in den Dienst des Statistischen Bundesamtes übernommen. Alle anderen Mitarbeiter der Zentrale sowie der ehemaligen Bezirks- und Kreisstellen und des Datenverarbeitungszentrums Statistik wurden, so wie es der Einigungsvertrag vorsah, in einem Gemeinsamen Statistischem Amt der neuen Bundesländer (GeStAL) zusammengefaßt.

Das GeStAL nahm vorübergehend die den Ländern zugewiesenen Aufgaben der amtlichen Statistik, d.h. insbesondere die Durchführung der Erhebung und Aufbereitung aller dezentralen Bundesstatistiken, wahr. Das GeStAL sollte zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens aber Ende 1992, durch entsprechende Einrichtungen in den neuen Bundesländern abgelöst werden. Die Länder waren bestrebt, schnell eigene Statistische Landesämter aufzubauen. Noch im Dezember 1990 wurde das erste neue Statistische Landesamt in Mecklenburg-Vorpommern mit Sitz in Schwerin gegründet. Über den Aufbau der anderen Statistischen Landesämter in den Ländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurde im Laufe des Jahres 1991 seitens der i.d.R. dienstrechtlich zuständigen Innenminister der Länder entschieden. Zum 31.12.1991 wurde das GeStAL aufgelöst, und die Aufgaben werden seitdem von den fünf neuen Statistischen Landesämtern wahrgenommen.

Die bisherigen Kreisämter, die auch im Hinblick auf die unzulängliche Kommunikationsinfrastruktur ein wichtiges Bindeglied zu den Befragten vor Ort waren, werden vor dem Hintergrund unterschiedlicher Planungen für die Zukunft in den einzelnen Bundesländern als Erhebungsstellen derzeit noch weitergeführt. Sie wurden z.T. aber auch schon aufgelöst, und die weitere Tendenz zu einer stärkeren regionalen Konzentration der Personalkapazitäten ist abzusehen.

Es ist unschwer nachzuvollziehen, daß die Gesamtheit aller organisatorischen Veränderungen durch sukzessive Verlagerung der Aufgaben und Kompetenzen von der Zentral-, Bezirks- und Kreisebene auf die Landesebene einen immensen Qualifikationsbedarf bei dem Personal der zukünftigen Statistischen Landesämter ausgelöst hat. Neben der Beratung der zukünftigen Statistischen Landesämter durch die jeweiligen Statistischen Landesämter der Partnerländer aus dem früheren Bundesgebiet haben sich zur Bewältigung des Aus- und Weiterbildungsbedarfs die bereits im September 1990 gemeinsam vereinbarten fachlichen Unterstützungsmaßnahmen der Statistischen Ämter des Bundes und der alten Bundesländer u.a. durch massiven Personalinput hervorragend bewährt. Die bisherigen Anlaufschwierigkeiten haben zu keinen größeren Beeinträchtigungen der amtlichen Statistik geführt. Allerdings ist der Prozeß der Herausbildung der fünf neuen Statistischen Landesämter noch in keinem Fall abgeschlossen. Es bleibt abzuwarten, ob die endgültige Ausstattung der neuen Statistischen Ämter den Anforderungen entspricht, die an die amtliche Statistik gestellt werden müssen, soll sie auch weiterhin - jetzt für Gesamtdeutschland - ihre Funktion erfüllen können.

Die derzeitige regionale Umverteilung der Aufgaben auf die zukünftigen Statistischen Landesämter, ohne gegebenenfalls auf die entsprechende Mobilität des erforderlichen Personals zu stoßen (mit vielen Außenstellen in den ehemaligen Bezirken und Kreisen bei Problemen in der Infrastruktur) und - wie es sich z.T. abzeichnet - mit insgesamt eher unzureichender Ausstattung, insbesondere mit qualifiziertem Personal, kann nicht ohne Auswirkungen auf die Durchführung der Statistiken bleiben. Auch in den neuen Bundesländern wird sich die Erkenntnis einer langjährigen Erfahrung noch durchsetzen müssen, daß zum einen amtliche Statistik im föderativen System einen relativ hohen Anteil an fixer Grundausstattung im Bund, aber auch in allen Bundesländern erfordert,

wenn die Erstellung der Gesamtergebnisse für das Bundesgebiet nicht empfindlich beeinträchtigt werden soll. Zum anderen sind Statistische Landesämter fachlich gesehen Querschnittsbehörden, die nicht nur auf statistische, sondern auf umfassende Fachkenntnisse des Personals in den einzelnen Organisationseinheiten angewiesen sind. Diese Fachkenntnisse setzen in der Regel langjährige Erfahrungen und insbesondere die Mitarbeit der Fachstatistiker in den einschlägigen Fachgremien der Ressorts, der Verbände oder der Institute voraus.

Die Umstrukturierung und Umorganisation des gesamten statistischen Apparates in den neuen Bundesländern erscheint derzeit bei der Wahrung der erforderlichen Ergebnisqualität schnell möglich, weil einerseits ein umfassendes Schulungsangebot von Seiten des Bundes und der alten Bundesländer gemacht wurde, in dem die erforderlichen Erfahrungen aus der Praxis den neuen führenden Fachstatistikern der aufzubauenden Statistischen Ämter vermittelt werden konnten. Dies geschah sowohl in Seminarveranstaltungen als auch im Rahmen von Informationsgesprächen und -besuchen. Andererseits machte das Partnerlandprinzip in besonders effizienter Weise eine situationsbezogene und integrierte Beratung und Unterstützung der neuen Statistischen Ämter möglich. Dem unterschiedlich schnellen Aufbau der Ämter in Abhängigkeit von den politischen Entscheidungen, aber auch den landesintern unterschiedlichen Entscheidungen hinsichtlich der organisatorischen Struktur der Ämter konnte damit in der erforderlichen Weise Rechnung getragen werden.

Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern im Zuge der Herstellung der deutschen Einheit

1 Die amtliche Statistik nach dem Einigungsvertrag

1.1 Rechtliche Grundlagen

Mit dem Gesetz vom 23. September 1990 zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertragsgesetz - wurde das Bundesrecht in den neuen Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie im früheren Berlin (Ost) in Kraft gesetzt. Das war möglich, da kurz zuvor in der ehemaligen DDR wieder Länder eingerichtet worden waren, die nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland dieser beigetreten sind.

Mit der Inkraftsetzung des Bundesrechts in den neuen Bundesländern wurden auch alle Bundesstatistikgesetze rechtswirksam. Um die notwendige statistische Informationsversorgung für wichtige sozial- und wirtschaftspolitische Entscheidungen von Regierungen, Tarifpartnern, Bundesbehörden und anderen Stellen sicherzustellen, wurden im Einigungsvertrag eigens notwendige Festlegungen für die amtliche Statistik getroffen.

Aus vielerlei Gründen, die vor allem praktischer Natur waren, erschien es nicht möglich, sofort alle Bundesstatistiken in vollem Umfang auch in den neuen Bundesländern durchzuführen.

Deshalb wurden im Einigungsvertrag nach Anlage I Kapitel XVIII Abschnitt II Nr. 2 in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. II S. 885, 1138) die jeweils zuständigen Bundesminister ermächtigt, für eine Übergangszeit von zwei Jahren nach Wirksamwerden des Beitritts durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates, abweichend von den übergeleiteten Rechtsvorschriften, die eine Bundesstatistik anordnen, zur Anpassung des statistischen Berichtswesens in den neuen Bundesländern Erhebungen oder die Erhebung einzelner Merkmale auszusetzen, Berichtszeiträume, Berichtszeitpunkte oder Erhebungstermine zu verschieben sowie die Periodizität, die Berichtswege oder den Kreis der zu Befragenden zu verändern. Aufgrund dieser Verordnungsermächtigung wurde die Statistikanpassungsverordnung vom

^{*)} Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

26. März 1991 in Kraft gesetzt. Sie enthält die Detailregelungen für die einzelnen Gebiete der Bundesstatistik.

Nach der Anlage I Kapitel XVIII Abschnitt II Nr. 1 des Einigungsvertrags vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des o.a. Gesetzes wird die Bundesregierung ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates, abweichend von den auf die neuen Bundesländer übergeleiteten Rechtsvorschriften, die eine Bundesstatistik als Repräsentativerhebung anordnen, die Zahl der in die Erhebung einzubeziehenden Einheiten dem erweiterten Geltungsbereich anzupassen.

Zusätzlich zur Bundesstatistik wurden im Einigungsvertrag noch einige Statistiken genannt, die nur auf dem Gebiet der ehemaligen DDR durchzuführen sind, um eine erste größere Bestandsaufnahme des wirtschaftlichen und sozialen Istzustandes als Grundlage für spätere Fort- und Hochrechnungen sowie für den Aufbau Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen zu erhalten.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Erhebungen:

f ü r d a s J a h r 1 9 9 0

- Berufstätigenerhebung;
- Kostenstrukturerhebung des produzierenden Handwerks;
- Kostenstrukturerhebung - Dienstleistungen;
- Viehbestände und deren Reproduktion;
- Kostenstrukturerhebung in Landwirtschaftsbetrieben;

f ü r d a s 4. Q u a r t a l 1 9 9 0

- Statistik des Haushaltsbudgets (laufende Wirtschaftsrechnung);
- Erhebung der Arbeitskräfte, Einkommen, Arbeitszeiten;
- Totalerhebung der Produktion nach Erzeugnissen;
- Kostenstrukturerhebung der Industrie;
- Abrechnung fertiggestellter Wohnungen;
- Kostenstrukturerhebung im Baugewerbe und Verkehr;
- Kostenstrukturstatistik des Binnenhandels und des Gastgewerbes;
- Bruttoanlageinvestitionen;
- Marktproduktion tierischer und pflanzlicher Erzeugnisse;
- Finanzerhebung landwirtschaftlicher Betriebe.

Für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind Kostenstrukturerhebungen in allen Wirtschaftsbereichen für die Entstehungsrechnung sowie Erhebungen über Haushaltsbudgets und über die Bruttoanlageinvestitionen für die Verwendungsrechnung besonders bedeutungsvoll. Ferner ist die Berufstätigenerhebung (BTE) mit Stichtag 30. November 1990 hervorzuheben. Es handelt sich dabei um eine Befragung aller Unternehmen und Betriebe nach den tätigen Personen in weiterer Untergliederung, z.B. nach der Stellung im Beruf oder Teilzeitbeschäftigung sowie der Bruttolohn- und Gehaltssumme. In Verbindung mit der Frage nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der Befragten ergeben die Ergebnisse ein Gesamtbild der Beschäftigungssituation, wie es für das Gebiet der ehemaligen DDR bisher nicht vorlag.

Neben der erstmals mit der bundesdeutschen Systematik übereinstimmenden Gliederung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen sollen dabei auch Angaben über den sogenannten X-Bereich (z.B. Polizei, Armee, Zoll, politische Parteien und andere gesellschaftliche Organisationen) ermöglicht werden, für den bisher keine Ergebnisse ermittelt werden konnten.

Als eine weitere sehr wichtige und weittragende Festlegung läßt der Einigungsvertrag die Weiterverwendung von Hilfsmerkmalen, Ordnungsnummern und laufenden Nummern zu Ergebnissen und Daten der Statistik der ehemaligen DDR für eine Übergangszeit zu. Diese, die üblichen Datenschutzbestimmungen vorübergehend einschränkende Regelung, ist gerade für die statistische Aufbereitung und Auswertung des vorhandenen Materials für Zwecke der Rückrechnung vergleichbarer Ergebnisse unverzichtbar. Allerdings wurde vom Gesetzgeber den Statistikern für die Aufarbeitung eine Frist bis 31. Dezember 1994 gestellt. Danach sind die genannten Hilfsmerkmale zu löschen.

In den Monaten nach der Herstellung der Einheit Deutschlands kann nach bisher vorliegenden Erfahrungen des Statistischen Bundesamtes davon ausgegangen werden, daß die Einführung der Bundesstatistik in den fünf neuen Ländern erfolgreich angelaufen ist. Die im Einigungsvertrag und in der Statistikanpassungsverordnung enthaltenen Übergangsregelungen haben sich insoweit voll bewährt.

1.1.1 Fachliche Konzentration, doch föderativer Aufbau der Bundesstatistik

Die amtliche Statistik in der Bundesrepublik Deutschland ist ganz überwiegend Bundesstatistik, die statistische Angaben über gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökonomische Zusammenhänge für die staatliche Verwaltung, für Gesellschaft, Wissenschaft und Forschung sammelt, aufbereitet und veröffentlicht. Die Ergebnisse der Bundesstatistik sind eine wichtige Grundlage für eine am Sozialstaatsprinzip ausgerichtete Politik.

Statistische Ergebnisse werden von den gesetzgebenden Körperschaften, Regierungen und Verwaltungen in erster Linie für die Durchführung von Verwaltungsaufgaben, als Grundlage für politische Entscheidungen und für die Erfolgskontrolle staatlicher Maßnahmen benötigt; daneben bilden fundierte Zahlen eine der wichtigsten Voraussetzungen für die allgemeine Beobachtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situa-

tion und ihrer Veränderungen. Die Bundesstatistik ist somit eine Dienstleistungseinrichtung, deren Ergebnisse für jedermann zugänglich sein müssen.

Charakteristisch für die amtliche Statistik in der Bundesrepublik Deutschland ist ihre fachliche Konzentration, d.h. die Zusammenfassung der statistischen Arbeiten in Statistischen Ämtern als eigens hierfür eingerichtete Fachbehörden.¹⁾

Nur in wenigen Ausnahmefällen sind auch andere Stellen mit der Durchführung von Bundesstatistiken beauftragt (so z.B. die Landwirtschafts-, Verkehrs- und Arbeitsverwaltung und die Deutsche Bundesbank). Institutionell wird die Bundesstatistik im wesentlichen von den Statistischen Ämtern getragen. Ihnen obliegt es im Rahmen der gesetzlich vorgegebenen Arbeitsteilung, Statistiken für Bundeszwecke vorzubereiten, zu koordinieren, durchzuführen und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Auf Bundesebene wurde als zentrale statistische Fachbehörde das Statistische Bundesamt eingerichtet; auf Landesebene werden die entsprechenden Aufgaben von den Statistischen Ämtern der Länder wahrgenommen. Entsprechend der föderativen Struktur der Bundesrepublik Deutschland werden statistische Ergebnisse mit wenigen Ausnahmen arbeitsteilig von Bund und Ländern ermittelt.

Das Statistische Bundesamt ist zuständig für die methodische Vorbereitung der Erhebungen, die Koordinierung der Durchführung der Statistik in den Ländern sowie für die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse. Die Länder sind zuständig für Erhebung und Aufbereitung der statistischen Angaben bis hin zur Erstellung von Landesergebnissen. Damit liegt das Schwergewicht der Durchführung der Statistiken bei den Statistischen Ämtern der Länder, die organisatorisch selbständige Landesbehörden sind.

In den neuen Bundesländern kommt es darauf an, daß die Statistischen Ämter der Länder entsprechend dem föderalen Aufbau der Bundesstatistik diese Aufgaben wahrnehmen. Darüber hinaus gilt es, gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt vor allem auch die Auskunftgebenden zu unterstützen, die sich mit dem für sie neuen System der Bundesstatistik vertraut machen. Dabei ist es außerordentlich wichtig, die Auskunftgebenden zu überzeugen, daß die für sie neue Statistik anders ist, insbesondere andere Ziele hat und eine andere Funktion in Staat und Gesellschaft übernimmt als bisher.

Die Statistik hilft den Unternehmen ebenso wie der Wirtschaftspolitik. Sie kann das aber nur, wenn die Unternehmer in der Informationspartnerschaft mitwirken, denn richtige und zukunftsweisende Entscheidungen setzen die Kenntnis der Ausgangslage, des wirtschaftlichen Umfeldes, voraus. Die mit der deutschen Einheit einhergehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen in der ehemaligen DDR verlangten von der amtlichen Statistik zwei grundlegende Anpassungen für den Übergang: erstens entsprechend den rechtlichen Vorschriften den Übergang auf das System der Statistiken des früheren Bundesgebietes (einschließlich der Anwendung neuer syste-

1) Vgl. Statistisches Bundesamt: Das Arbeitsgebiet der Bundesstatistik 1988, S. 11 f., Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz.

matischer Gliederungen); und zweitens die Einführung des nach föderalen Grundsätzen organisierten Aufbaus der Bundesstatistik. Auf die damit entstehenden Übergangsprobleme soll nun näher eingegangen werden.

1.1.2 Neuorganisation der amtlichen Statistik in den neuen Bundesländern

Die amtliche Statistik in der ehemaligen DDR war streng zentralistisch organisiert, auch noch nach der politischen Wende im März 1990. Das Statistische Amt der ehemaligen DDR umfaßte bis zum Oktober 1990 neben der Zentrale im früheren Berlin (Ost) auch 15 Bezirksämter und 220 Kreisämter.

Am 3. Oktober 1990, dem Tag der Deutschen Einheit, wurde das Statistische Amt der ehemaligen DDR entsprechend dem Einigungsvertrag aufgeteilt. Ca. 400 Mitarbeiter wurden zur Durchführung der durch den Beitritt gewachsenen Aufgaben des Statistischen Bundesamtes von diesem übernommen und in der Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz zusammengefaßt. Die übrigen Statistiker der Zentrale im früheren Berlin (Ost) - einschließlich der ca. 470 Mitarbeiter des angegliederten Datenverarbeitungszentrums Statistik - sowie die ca. 2 700 Mitarbeiter der Bezirks- und Kreisämter wurden den neuen Bundesländern und Berlin zugeteilt.

Da es bis zum 3. Oktober 1990 in der ehemaligen DDR noch keine funktionsfähigen Landesregierungen und natürlich auch keine funktionierenden Verwaltungsstrukturen einzelner Statistischer Landesämter geben konnte, wurde der Großteil der verbleibenden DDR-Statistik entsprechend dem Einigungsvertrag von einem Gemeinsamen Statistischen Amt der neuen Bundesländer (GeStAL) wahrgenommen.

Ziel war dabei von vornherein, den Ländern den raschen Aufbau eigenständiger Statistischer Ämter zu ermöglichen, gleichzeitig aber die notwendige statistische Informationsversorgung ohne Unterbrechung zu gewährleisten. Die Länder müssen entsprechend dem föderativen Aufbau der Bundesstatistik nach und nach die Länderaufgaben übernehmen. Spätestens zum 31.12.1992 ist nach dem Einigungsvertrag das GeStAL aufzulösen.

In Abstimmung mit dem Statistischen Bundesamt und den fachlich zuständigen Statistischen Landesämtern im früheren Bundesgebiet haben die Mitarbeiter des GeStAL mit viel Engagement die Einführung der Bundesstatistik auf dem Gebiet der ehemaligen DDR organisiert. Sie ist erfolgreich angelaufen. Nicht unwesentlich hat dazu auch die Entwicklung der Statistischen Landesämter in den neuen Bundesländern selbst beigetragen. Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, daß die neuen Bundesländer bestrebt sind, so schnell als möglich eigene Statistische Landesämter aufzubauen. So wurde noch im Dezember 1990 das erste neue Statistische Landesamt in Mecklenburg-Vorpommern gegründet.

Es wird im allgemeinen angestrebt, Statistische Landesämter mit ähnlicher Organisations- und Personalstruktur wie im früheren Bundesgebiet aufzubauen, möglichst mit jeweils einer eigenen Datenverarbeitung. Schon sehr frühzeitig, im September 1990,

haben die Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der alten Bundesländer erklärt, die neuen Statistischen Landesämter bei der Überleitung der Bundesstatistik materiell wie personell zu unterstützen. Dabei hatten sich jeweils ein oder mehrere der elf Statistischen Landesämter des früheren Bundesgebietes als Partnerland auf je eines der neuen Bundesländer konzentriert.

Es ist unschwer nachzuvollziehen, daß die Gesamtheit aller organisatorischen Veränderungen durch sukzessive Verlagerung der Aufgaben und Kompetenzen von der Zentral-, Bezirks- und Kreisebene in der ehemaligen DDR auf die Landesebene einen immensen Schulungsbedarf bei dem Personal der neuen Statistischen Landesämter ausgelöst hat. Neben der Beratung der zukünftigen Statistischen Landesämter durch die jeweiligen Statistischen Landesämter der Partnerländer aus dem früheren Bundesgebiet hat sich zur Bewältigung des Aus- und Fortbildungsbedarfs auch das Statistische Bundesamt in großem Umfang beteiligt. Auf der Grundlage dieses Hilfsprogramms haben bisher mehr als 100 Informations- und Schulungsseminare zu nahezu allen Bereichen der Bundesstatistik für die neuen Bundesländer stattgefunden. Allein auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei waren es über 25 Informationsveranstaltungen.

Bei der Einführung der Bundesstatistik hat sich gezeigt, daß neben den Informationsseminaren vor allem längere Praktikumsaufenthalte im Sinne eines "learning by doing" zunehmend an Bedeutung gewinnen. Diese sehr effektive Form der Hilfe wird vor allem im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit geleistet. Eine beachtliche Hilfe bei der Einführung der Bundesstatistik in den neuen Ländern stellt daneben das Programm der EG "Maßnahmen zur Anpassung der Statistik auf dem Gebiet der ehemaligen DDR an marktwirtschaftliche Erfordernisse" dar. Im Rahmen dieses Programms soll im Einvernehmen zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften und den betroffenen Generaldirektionen sowie in Absprache mit den Bundesministerien des Innern und für Wirtschaft 1991/92 ein Katalog von Maßnahmen durchgeführt werden. Es ist vorgesehen, die EG-Mittel etwa zu 60 % für den Aufbau der Informationstechnik und der Datenbank in den neuen Bundesländern einzusetzen. Ca. 30 % sollen für spezielle Projekte sowie ca. 10 % zur Unterstützung der o.g. Schulungsmaßnahmen und Praktikumsaufenthalte verwandt werden.

1.2 Der 1. Januar 1991 und das Programm der Bundesstatistik für das vereinte Deutschland - was kann man erwarten?

1.2.1 Übersicht

Ab Januar 1991 werden die Bundesstatistiken in den neuen Bundesländern vergleichbar durchgeführt und primär gesamtdeutsche Ergebnisse bereitgestellt. Es ist aber vorgesehen, wie von vielen Nutzern gefordert, zusätzlich für eine Reihe von Jahren für die neuen Bundesländer (einschließlich dem früheren Berlin (Ost)) und das frühere Bundesgebiet getrennte Ergebnisse nachzuweisen. Das ist notwendig, wenn Brüche in

den Zeitreihen vermieden werden sollen. Außerdem ergeben wegen der zu erwartenden unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den beiden Teilgebieten Zusammenfassungen allein oft keine sinnvollen Ergebnisse.

Im folgenden wird ein Überblick über das Programm der Bundesstatistik und den Stand ihrer Einführung in den neuen Bundesländern gegeben. In den nachfolgenden Beiträgen des vorliegenden Forum-Bandes werden methodische Probleme zu den einzelnen Statistiken detaillierter dargelegt (vgl. die Übersicht S. 23 f.).

1.2.2 Bevölkerungs- und Erwerbstätigkeitsstatistik in der Bundesstatistik

Das System der **B e v ö l k e r u n g s s t a t i s t i k e n** in der Bundesrepublik Deutschland mit laufenden Statistiken der Bevölkerungsbewegung, Bevölkerungsfortschreibung und jährlichen Mikrozensushebung geht aus von Ergebnissen der in größeren Zeitabständen durchgeführten Volkszählungen und liefert wichtige Daten über den Stand der Bevölkerung, ihre Zusammensetzung nach demografischen und sozialen Merkmalen und ihre regionale Verteilung. Der jährlich durchgeführte **M i k r o - z e n s u s** bringt in Ergänzung dazu Angaben über wichtige Entwicklungen der bevölkerungs- und erwerbsstatistischen Situation dar. In jährlichen bis dreijährlichen Abständen liefert er zusätzliche Erkenntnisse u.a. über berufliche Verhältnisse, Aus- und Fortbildung, Wohnsituation, gesundheitliche Verhältnisse sowie Urlaubs- und Erholungsreisen.

Zur laufenden Fortschreibung des **B e v ö l k e r u n g s s t a n d e s** werden die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und Ehescheidungen), die Wanderungsstatistik (Zu- und Fortzüge) sowie die Einbürgerungsstatistik herangezogen. Außer einer laufenden Beobachtung der Veränderungen in der Bevölkerungszahl und -struktur sowie ihrer räumlichen Verteilung liefern sie auch Grundlagen für Tafelberechnungen (Sterbe-, Heirats- und Erwerbspersonentafeln) sowie für Bevölkerungsvorausschätzungen und entsprechende Modellrechnungen.

Sowohl über gesellschafts- und sozialpolitische als auch über ökonomische Aspekte der **E r w e r b s t ä t i g k e i t** informiert das durch Befragung von Personen (Erwerbskonzept) und die Erfassung der Beschäftigten über die Betriebe (Beschäftigtenkonzept) dualistisch aufgebaute System der Bundesstatistik. Als Bindeglied zwischen beiden Ansätzen fungiert die Beschäftigtenstatistik, in der die für die Erwerbstätigen aus dem integrierten Meldeverfahren zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung anfallenden Daten ausgewertet werden. Ihre besondere Bedeutung für die Beobachtung des Arbeitsmarktes liegt in der Möglichkeit, die Beschäftigtensituation während des gesamten Jahres zu verfolgen, während die Ergebnisse in tiefer wirtschaftlicher Gliederung nur mit vierteljährlicher Periodizität nachgewiesen werden. Neben den persönlichen, versicherungsbezogenen und wirtschaftlichen Merkmalen der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer stehen zusätzlich jährliche Angaben über Entgelte und Beschäftigungsdauer zur Verfügung. Umfassende Angaben über die Erwerbstätigkeit und ihre langfristige Veränderung kommen aus der mit der

Übersicht zum Stand der Einführung wichtiger ausgewählter Bundesstatistiken in den fünf neuen Bundesländern

Stand: September 1991

Statistik	Termine und erste Ergebnisse
Laufende Bevölkerungsstatistiken	Ausgangsmaterial für Ergebnisvergleiche bei geringfügigen methodischen Unterschieden ab sofort verfügbar (Problem: Wanderungsstatistik). – Überführung der Bevölkerungsstatistiken in Länderverantwortung ab 4. Quartal 1990. Neue Organisation des Datenflusses ist erfolgt.
Statistiken über die Erwerbstätigkeit, Arbeitsmarkindikatoren	
Erwerbstätigenberechnung	Eine vorläufige Gesamtzahl der Erwerbstätigen für das Jahr 1990 wurde im April 1991 veröffentlicht. Per 30. 11. 1990 ist eine totale Beschäftigenerhebung durchgeführt worden, deren Ergebnisse im 4. Quartal 1991 zu erwarten sind.
Beschäftigtenstatistik	Die Sozialversicherungsträger werden voraussichtlich für 1991 bereits in diesem Jahr vergleichbare Ergebnisse vorlegen können.
Mikrozensus (einschl. EG-Arbeitskräftestichprobe)	Einheitliche Durchführung bei unterschiedlicher Stichprobenauswahl für April 1991; das heißt vergleichbare Arbeitsmarkindikatoren ab Frühjahr 1992.
Statistik der Arbeitslosen, der offenen Stellen, der Kurzarbeiter	Die Bundesanstalt für Arbeit hält die monatlichen Ergebnisse ab Juni/Juli 1990 für weitgehend vergleichbar.
Konjunkturstatistiken verschiedener Wirtschaftsbereiche	
Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	Ergebnisse für Auftragsgänge und Umsätze etc. ab Berichtsmontat Juli 1990 bei Unterschieden hinsichtlich der Berichtskreise und der Berichtseinheiten sowie der Definition der beschäftigungsbezogenen Merkmale (z. B. Begriff des Arbeiters und des Angestellten). Vergleichbare Ergebnisse ab Januar 1991.
Monatsbericht im Baugewerbe	Ab Januar 1991 endgültige Umstellung zur Herstellung voller Vergleichbarkeit. Abstimmung der Berichtskreise ab Juli 1990. Seit Januar 1991 liegen vergleichbare Ergebnisse vor.
Statistik im Handel und Gastgewerbe	Erste vergleichbare Ergebnisse für den Zeitraum Januar bis März 1991 liegen vor. April-Ergebnisse sind ab Oktober 1991 verfügbar. Berichtskreise wurden mit Hilfe der Totalerfassung per 30. 9. 1990 als Stichprobe ermittelt. – Erhobene Einzeldatensätze werden ab Juli 1990 in bundesdeutscher Systematik nachgewiesen (Umrechnung).
Produktionsstatistik, -indizes	Einführung des monatlichen Produktionseilberichts ab Juli 1990 sowie der vierteljährlichen Produktionserhebung ab 3. Quartal 1990. Berechnung eines provisorischen Nettoproduktionsindex erfolgt für die neuen Bundesländer und das frühere Berlin (Ost) auf Basis des 3. Quartals 1990.
Handwerksstatistik	Schaffung einer Auswahlgrundlage für eine Stichprobenerhebung auf der Grundlage der Handwerksstatistik per 30. 6. 90 bzw. 31. 12. 89. Vergleichbare Ergebnisse voraussichtlich im 4. Quartal 1991.

Übersicht zum Stand der Einführung wichtiger ausgewählter Bundesstatistiken in den fünf neuen Bundesländern
Stand: September 1991

Statistik	Termine und erste Ergebnisse
Preisstatistiken	
Verbraucherpreiserhebungen	Ab Mai 1990 wurden neue Preiserhebungen aufgebaut, ab Dezember 1990 erfolgte eine Angleichung der Erhebungskataloge. (Problem: Wägungsschemata aus bisherigen Wirtschaftsrechnungen der ehemaligen DDR abgeleitet.)
Erzeugerpreiserhebungen	Aufbau der Erhebungen ab Juli 1990 nach der Währungsumstellung, Einführung einheitlicher Formulare und Verfahren ab 1991; Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugerpreise ab Oktober 1990. Erste Preisindizes für industrielle Erzeugnisse liegen vor; für Bauleistungen und landwirtschaftliche Erzeugnisse sind sie noch 1991 zu erwarten.
Löhne und Gehälter	
Vierteljährliche Verdiensterhebungen	Weitgehend vergleichbare Bruttoverdienste der Arbeitnehmer stehen für Juli und Oktober 1990 zur Verfügung. Ab Januar 1991 liegen vergleichbare Bruttoverdienste der Arbeiter und Angestellten vor.
Tariflohnstatistik	Im Mai 1991 wurden erste Angaben über Tariflöhne und -gehälter (Stand: Oktober 1990) veröffentlicht.
Außenhandelsstatistik	
Landwirtschaftsstatistik	Einführung der Außenhandelsstatistik ab Juli 1990 bei abweichender Warensystematik und anderer methodischer Unterschiede. – Vereinheitlichung und Nachweis voll vergleichbarer Ergebnisse ab Januar 1991.
Landwirtschaftsstatistik	
Bruttoanlageinvestitionen	Eine Verbesserung der durch viele Daten aber eingeschränkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse gekennzeichneten Situation ist erst mit Durchführung von landwirtschaftlichen Großzählungen zu erreichen. (Problem: Erweiterung der Bereichskreise auch auf private Betriebe sowie private Bewirtschafter von Flächen und Halter von Viehbeständen.)
Bruttoanlageinvestitionen	Die Ergebnisse für das 4. Quartal 1990 und das 1. Quartal 1991 lagen im Juni bzw. Juli 1991 vor.
Kostenstrukturserhebungen	Ergebnisse aus Zusatzerhebungen im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe, im Verkehr, im Handel und Gastgewerbe für das 3. Quartal 1990 liegen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vor. Die Abarbeitung der Ergebnisse für das 2. Halbjahr 1990 einschließlich der Bereiche Dienstleistungen und Handwerk wird voraussichtlich im 3. Quartal 1991 abgeschlossen.
Laufende Wirtschaftsrechnungen	Ab 1991 erfolgt Erhebung mit gleichen Methoden und Unterlagen in 1 000 Haushalten der neuen Bundesländer und dem früheren Berlin (Ost). Geringfügige Abweichungen noch bei Erhebungsmerkmalen. Bis 1992 wird zusätzliche Haushaltsbudgets-Erhebung in 4 000 Haushalten durchgeführt.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Erstmals vergleichbare vorläufige Ergebnisse für das 2. Halbjahr 1990 wurden im April 1991 veröffentlicht.

Volkszählung verbundenen Berufszählung, die als einzige Erhebung alle Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung an ihrem Wohnort nachweist, ergänzt um Angaben über die Sozialstruktur.

Demgegenüber werden in der auch gleichzeitig mit der Volkszählung durchgeführten Arbeitsstättenzählung, die sich als Rahmencählung auf alle Wirtschaftsbereiche (mit Ausnahme der Landwirtschaft) erstreckt, die Beschäftigungsfälle (d.h. Erwerbstätige mit mehr als einem Arbeitsverhältnis werden mehrfach gezählt), ebenfalls in tiefer fachlicher und regionaler Untergliederung, am Arbeitsort erfaßt.

Einblicke in die Beschäftigungssituation in einzelnen Wirtschaftsbereichen vermitteln die kurzfristigen Bereichsstatistiken, die monatlich oder vierteljährlich - überwiegend auf Stichprobenbasis und zum Teil mit Abschneidegrenzen, die kleinere Unternehmen bzw. Betriebe unberücksichtigt lassen - Informationen über Beschäftigte in den jeweils erfaßten Wirtschaftszweigen bereitstellen, sowie die in größeren Zeitabständen durchgeführten Bereichszählungen, z.B. Handwerks-, Handels- und Gaststätten- oder Landwirtschaftszählungen.

In jährlichen Abständen werden Angaben über die Erwerbstätigkeit (einschließlich der Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen, Beamten und nicht-sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer) sowie Angaben zur Erwerbslosigkeit aus dem Mikrozensus bereitgestellt. Das vielseitige Frageprogramm umfaßt u.a. Angaben zum Beruf, Merkmale der Aus- und Fortbildung, Fragen des Betriebs- und Berufswechsels sowie der Arbeitszeitgestaltung. Wesentliche Hinweise zu den sozialen Aspekten der Erwerbstätigkeit liefert die Darstellung der Mikrozensusergebnisse im Haushalts- und Familienzusammenhang.²⁾

1.2.3 Übergang der Statistiken in den neuen Bundesländern

Laufende Bevölkerungsstatistiken

Bevölkerungsdaten der ehemaligen DDR sind mit denen der Bundesstatistik weitestgehend vergleichbar. Bestehende methodische Unterschiede stehen rückwirkend einer Zusammenfassung zu gesamtdeutschen Ergebnissen im Prinzip nicht entgegen.

Mit der Herstellung der deutschen Einheit stellte sich mit dem Übergang auf föderale Strukturen jedoch die Aufgabe, die laufenden Bevölkerungsstatistiken für die neuen Bundesländer nicht mehr zentral zu organisieren, sondern diese in die Zuständigkeit der neuen Bundesländer zu überführen.

Damit verbunden war auch ein prinzipiell neuer Weg der Datenerhebung und des Datenflusses. So mußten die Zählpapiere angepaßt bzw. neu konzipiert und die Erhebungsprogramme modifiziert werden. Nun obliegt dem Statistischen Bundesamt u.a. die

2) A.a.O., S. 32 f.

Hauptverantwortung für die einheitliche und rechtzeitige Bereitstellung gesamtdeutscher bevölkerungsstatistischer Daten. Die Statistischen Landesämter sind für die Datenerhebung, -erfassung und -aufbereitung verantwortlich.

M i k r o z e n s u s

Die Einführung des Mikrozensus in den neuen Bundesländern, mit dem gleichzeitig die Anforderungen einer gemeinsamen Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Gemeinschaften erfüllt werden, läßt erste vergleichbare Arbeitsmarktindikatoren für das Frühjahr 1992 erwarten. In allen Bundesländern Deutschlands wurde im April 1991 der Mikrozensus durchgeführt (1 %ige Auswahl). Das Frageprogramm war in allen Bundesländern inhaltlich identisch, doch lagen der Auswahl der Auskunftgebenden in den neuen Bundesländern das Bevölkerungsregister der ehemaligen DDR, in den alten Bundesländern die Ergebnisse der letzten Volkszählung von 1987 zugrunde. Ergänzend sei bemerkt, daß die für die Arbeitsmarktbeobachtung besonders wichtigen Statistiken über Arbeitslose, offene Stellen und Kurzarbeiter für die neuen Bundesländer über die Bundesanstalt für Arbeit bereitgestellt werden.

E r w e r b s t ä t i g k e i t

Schwieriger stellt sich die Situation bei der Ermittlung von Erwerbstätigenzahlen dar. In der Bundesrepublik Deutschland wird aus einer Vielzahl von statistischen Quellen ein Gesamtbild über die Entwicklung der Erwerbstätigkeit ermittelt. Die Überprüfung der erwerbsstatistischen Datenerhebungen der ehemaligen DDR hat ergeben, daß gegenwärtig die unmittelbare Vergleichbarkeit der vorliegenden Daten nur begrenzt möglich ist. Dies ist hauptsächlich in den unterschiedlichen Definitionen der Erhebungs- und Veröffentlichungseinheiten, den unterschiedlichen wirtschaftsbereichs- bzw. wirtschaftszweigspezifischen Abgrenzungen und den Unterschieden in den Erhebungsmodalitäten begründet. So war es z.B. dem Statistischen Amt der ehemaligen DDR bis 1989 nicht erlaubt, die Beschäftigten im sogenannten X-Bereich (Polizei, Zoll, Parteien und Organisationen u.a.) zu erfassen. Erst ab dem zweiten Halbjahr 1990 wurde damit begonnen.

Die bisherigen monatlichen bzw. vierteljährlichen Bereichserhebungen in der ehemaligen DDR erfaßten etwa 75 % bzw. 80 % aller Erwerbstätigen und sind somit, insbesondere im Vergleich zur Bundesstatistik, nur begrenzt für eine umfassende laufende Erwerbstätigenberechnung geeignet. Für den Zeitraum, bis Angaben aus den hierfür benötigten Basisstatistiken der verschiedenen Wirtschaftsbereiche nach bundesdeutschem Konzept verfügbar sind, mußte daher eine Zwischenlösung erarbeitet werden. Eine alle Wirtschaftsbereiche umfassende Schätzung von Erwerbstätigenzahlen für die neuen Bundesländer insgesamt - für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen - wurde Ende 1990 vorgenommen. Die Ergebnisse wurden im April 1991 veröffentlicht. Im November 1990 erfolgte entsprechend dem Einigungsvertragsgesetz in den neuen Bundesländern eine Berufstätigenerhebung, deren Ergebnisse im 4. Quartal 1991 vorlagen.

1.2.4 Statistiken über die Wirtschaft und ihre Bereiche in der Bundesstatistik

Es gibt bereits seit langem zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmte Systeme laufender und mehrjähriger Erhebungen in der Landwirtschaft, im Produzierenden Gewerbe, im Handel und Gastgewerbe, bei den Reiseverkehrsstatistiken, im Verkehrsbereich und in den sonstigen Dienstleistungsbereichen. Bestrebungen, das Datenangebot über den Dienstleistungsbereich weiter zu verbessern, sind im Gange. Den großen Rahmen für die Ausgestaltung des Programms der einzelnen Erhebungen und die Abstimmung der verschiedenen Statistiken untereinander liefern dabei die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Das Informationsschwergewicht liegt im allgemeinen bei den jährlichen Erhebungen, die als Quelle für wichtige Strukturzahlen u.a. Material zur Ermittlung der Nettoproduktionswerte und der Roherträge, der Zusammensetzung der Wareneingänge und des Handelssortiments sowie zur Feststellung weiterer wichtiger Daten über die Unternehmens- und Betriebsstruktur bereitstellen. Sie werden ergänzt durch monatliche und/oder vierteljährliche Erhebungen, die insbesondere der laufenden Konjunkturbeobachtung dienen. Als wichtige Konjunkturindikatoren sind u.a. Angaben über Beschäftigung, Umsätze, Bruttolohn- und Gehaltssummen sowie Produktions- und Preisindizes, für Teilbereiche auch Auftragsgänge und -bestände, verfügbar.

Als Gesamtdarstellungen der wirtschaftlichen Verhältnisse in tiefer regionaler und fachlicher Gliederung und als Hochrechnungsrahmen und Auswahlgrundlage für die verschiedenen Teil- und Repräsentativerhebungen sind in größeren Zeitabständen Bereichszählungen unverzichtbar.

Als Rahmenzählung liefert schließlich die Arbeitsstättenzählung eine umfassende Bestandsaufnahme der gesamten Wirtschaft mit Ausnahme der Landwirtschaft, für die regelmäßig jährliche Zählergebnisse vorliegen. Hinsichtlich der verschiedenen Tatbestandskomplexe in den Wirtschaftsstatistiken werden über die Produktionsvorgänge und -ergebnisse die umfassendsten Angaben bereitgestellt, mit Schwergewicht auf den Daten über Produktion und Umsätze. Erheblich verbessert werden konnte in den vergangenen Jahren der Nachweis von Input-Daten, wie Material- und Wareneingänge und -verbrauch sowie sonstige Vorleistungen, der bisher hinter der Erfassung der Output-Daten zurückstand.

Die statistische Durchleuchtung der Produktionsgrundlagen weist demgegenüber noch Lücken auf. Hinsichtlich der Institutionen konnte zwar der Nachweis von Angaben über Unternehmen und fachliche Unternehmensteile, die mit zunehmender Diversifikation der Produktionsprogramme der Unternehmen an Bedeutung gewinnen, verbessert werden; angesichts der weitreichenden Konzentrationsvorgänge in der Wirtschaft fehlen aber noch Angaben über Unternehmenszusammenschlüsse. Das Material über den Produktionsfaktor Arbeit ist insbesondere hinsichtlich der geleisteten Arbeitszeit bzw. des Arbeitsvolumens ergänzungsbedürftig. Für den Produktionsfaktor Kapital liegen Angaben über Investitionen in verschiedenen Teilbereichen vor. Daten über

Unternehmens- und Betriebsergebnisse, die Ausstattung mit Sachkapital, die Vermögens- und Kapitalstruktur und über Finanzierungsvorgänge u.dgl. liegen nur für Teilbereiche der Wirtschaft vor.³⁾

1.2.5 Übergang der Statistiken im Gebiet der ehemaligen DDR

Kurzfristige Konjunkturstatistiken

Entscheidende Aussagen über die Tendenz der Arbeitsmarktentwicklung lassen sich im früheren Bundesgebiet anhand der kurzfristigen Konjunkturstatistiken in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen gewinnen. Für die ehemalige DDR war die Umstellung der kurzfristigen Industriestatistiken auf die Monatsberichterstattung des Statistischen Bundesamtes in zwei Phasen vorgesehen.

Ab Berichtsmontat Juli 1990 wurde das kurzfristige Berichtssystem im Hinblick auf Systematik, Erhebungsmerkmale und Periodizität schrittweise angepaßt. Wie im Monatsbericht für Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes des früheren Bundesgebietes wurden in den entsprechenden Wirtschaftsbereichen monatlich bzw. vierteljährlich durch verschiedene Erhebungen die Merkmale Beschäftigte, Löhne und Gehälter, geleistete Arbeitsstunden sowie Auftragseingänge und Umsätze erfaßt. Die Begriffsabgrenzungen der Auftragseingänge und Umsätze entsprachen denen der Bundesstatistik. Die beschäftigungsbezogenen Merkmale waren für 1990 noch nicht identisch definiert.

Darüber hinaus bestanden Unterschiede im Berichtskreis und in der Systematik. Der Berichtskreis umfaßt alle Unternehmen des Bereiches Industrie und Anlagenbau nach der Systematik der Volkswirtschaftszweige der ehemaligen DDR. Alle Erhebungsmerkmale wurden für das Unternehmen insgesamt erfaßt, eine Aufgliederung insbesondere in örtliche Einheiten konnte 1990 noch nicht vorgenommen werden. Nach einer Umschlüsselung gemäß der Wirtschaftszweigsystematik des früheren Bundesgebietes wurden die Ergebnisse ab September 1990 auch nach der üblichen Wirtschaftszweiggliederung (SYPRO) dargestellt. Allerdings waren dabei noch erhebliche Probleme zu lösen, denn die Unterschiede zur Systematik der Volkswirtschaftszweige der ehemaligen DDR waren weit größer, als zum Beispiel zu Systematiken von westlichen Industrieländern.

Ab Berichtsmontat Januar 1991 sind die Monatsberichte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe endgültig auf die im früheren Bundesgebiet üblichen Berichtskreise, Systematiken und Erhebungsmerkmale umgestellt. Eine solche einheitliche Erhebung der kurzfristigen Konjunkturindikatoren ist auch zwingende Voraussetzung für vergleichbare Indexberechnungen über Aufträge und Umsätze.

3) A.a.O., S. 33 f.

Produktion

Ab Berichtsmonat Juli 1990 wird der monatliche Produktionseilbericht für die neuen Bundesländer nach den Nomenklaturen des früheren Bundesgebietes erstellt. Ab Berichtsjahr 1991 wird die vierteljährliche Produktionserhebung nach den Maßstäben der Bundesstatistik erhoben und aufbereitet. Die Berechnung eines provisorischen Nettoproduktionsindex erfolgt auf der Grundlage der Daten über die Kostenstruktur des 3. Quartals 1990.

Provisorisch deshalb, da entsprechende Kostenstrukturdaten auf DM-Basis erstmalig für das 3. Quartal 1990 ermittelt wurden. Die Angaben über die Kostenstruktur aus drei Monaten nach der Währungsumstellung sind vermutlich mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Deshalb ist vorgesehen, den Index auf die Kostenstrukturangaben des 2. Halbjahres 1990 umzustellen.

Vergleichsprobleme in wesentlich geringerem Umfang bestehen bei den Indizes für die Bruttonproduktion der Investitions- und Verbrauchsgüter, die zunächst nach DDR-Verfahren fortgeführt wurden, da in der ehemaligen DDR im wesentlichen die gleichen Fortschreibungs- und Aggregationsvorschriften angewandt wurden.

Ähnlich gestaltete sich die Umstellung der kurzfristigen Statistiken im Bereich des Baugewerbes. Zwar wurden ab Berichtsmonat Juli 1990 für alle Betriebe des Baugewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten die Merkmale Bauproduktion und Umsatz sowie für das Bauhauptgewerbe zusätzlich Auftragseingang und Auftragsbestand erfaßt. Die Merkmale Beschäftigte, Löhne und Gehälter sowie geleistete Arbeitsstunden waren jedoch wie in der Industrie für 1990 noch nicht identisch definiert. Eine volle Vergleichbarkeit dieser Angaben ist erst ab Januar 1991 gewährleistet.

Landwirtschaft

Für diesen Wirtschaftsbereich liegt eine erhebliche Menge von agrarstatistischen Daten der ehemaligen DDR vor. Dies gilt besonders für die Bodennutzungs- und Erntestatistik, für Statistiken über Viehbestände sowie über die Erzeugung von Fleisch, Milch, Eiern und Geflügel, aber auch für Ergebnisse aus dem Rechnungswesen der Betriebe. Die Vergleichbarkeit der statistischen Ergebnisse mit denen des früheren Bundesgebietes ist hinsichtlich der Erhebungsbereiche, der Merkmale und der Periodizität zum Teil erheblich eingeschränkt.

Eine Hauptschwierigkeit bereitet die Feststellung der jeweiligen Grundgesamtheit, die über den Bereich der "sozialistischen Betriebe" (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und Volkseigene Güter) hinausgeht. Das betrifft besonders die privaten Betriebe sowie private Bewirtschafter von Flächen und Halter von Viehbeständen.

Eine Vervollständigung der Berichtskreise durch definitivische Angleichung der Grundgesamtheiten wurde erstmals in der im Dezember 1990 fälligen Zählung der Viehbestände erreicht.

Größere Abweichungen beim Vergleich entstehen durch Unterschiede in der Definition der Erhebungsmerkmale. So ist z.B. die Fleischerzeugung durch die Darstellung in Lebendgewicht und die Milcherzeugung durch Umrechnung auf einheitlichen Fettgehalt (Bundesrepublik Deutschland: Gewicht nach Schlachtung; Milchmenge bei natürlichem Fettgehalt) in der ehemaligen DDR ohne Berücksichtigung dieser Unterschiede zu hoch ausgewiesen.

Die bisherigen Arbeiten im Bereich der Landwirtschaftsstatistiken führten zu dem Ergebnis, daß die landwirtschaftlichen Strukturhebungen (Landwirtschaftszählung, Agrarberichterstattung) und die Arbeitskräfteerhebung sowie auch die kurzfristigen Produktionsstatistiken weder in den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und den Volkseigenen Gütern noch bei den Privatbetrieben für die Mehrzahl der Fragenkomplexe kaum auf Schwierigkeiten stoßen. Eine vollständige Anpassung ist erst mit Abschluß landwirtschaftlicher Großzählungen zu erreichen.

Preisstatistiken

Grundlegend andere Bedingungen herrschen bei Erhebungen und Aufbereitungen im Bereich der Preisstatistiken. Zwar wurden auch früher "Preisindizes" für den Einzelhandel in der ehemaligen DDR nachgewiesen, da aber auch echte Preisveränderungen in der Regel mit Qualitätsänderungen der im Warenkorb enthaltenen Produkte erklärt wurden, zeigte der errechnete Index nicht die korrekte Teuerungsrate an.

Ab Monats Mai 1990 wurden daher neue Preiserhebungen aufgebaut. Die bei den Preisermittlungen angewandten Verfahren sowie die weiteren Rechengänge entsprechen der Verfahrensweise bei Bundesstatistiken. Für die Indizes der Verbraucherpreise wurden die Wägungsschemata, da neuere Unterlagen nicht zur Verfügung standen, aus den Ergebnissen der Wirtschaftsrechnungen für 1989 abgeleitet. Die Abgrenzungen der Indexbevölkerung bzw. der erhobenen Haushaltstypen werden an das westdeutsche Vorbild angelehnt. Ab Juli 1990 werden die Artikel der Preiserhebungen an die sich wandelnde Angebotsstruktur angepaßt.

Die Ermittlung von Erzeugerpreisindizes ist wegen der Schwierigkeiten bei der Umstellung auf DM-Preise mit Monats Juli 1990, der Neuauswahl von Berichtsstellen und des Einsatzes einheitlicher Erhebungspapiere erst ab 1991 vergleichbar.

Die Ergebnisse weiterer Preiserhebungen, die insbesondere die Statistik der Baupreise und der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte betreffen, sind ab der zweiten Jahreshälfte 1990 verfügbar.

Finanzen und Steuern

Auf diesem Gebiet bestehen fundamentale Unterschiede in Form und Inhalt des Finanzwesens zwischen marktwirtschaftlich orientierten und zentralgeplanten Ländern. So war in der ehemaligen DDR der Minister der Finanzen für die Abrechnung, Kontrolle und Analyse des Steuerhaushaltes verantwortlich. Die Finanzstatistik des Statisti-

schen Amtes der ehemaligen DDR ermittelte zwar die geplanten und tatsächlichen Kosten der Betriebe und der nichthaushaltsgeplanten Einrichtungen und erhob auch wichtige finanzielle Daten wie die Nettogewinnabführung an den Staat. Die Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte sowie der Steuern oblag jedoch den staatlichen Finanzorganen.

In der Bundesrepublik Deutschland sind die Finanzstatistiken, die Statistiken über das Personal im öffentlichen Dienst und die Steuerstatistiken Sekundärstatistiken. Ihre Daten werden Unterlagen entnommen, die bei Verwaltungs- und Finanzbehörden vorliegen.

Erst mit dem Aufbau der neuen Finanz-, Steuer- und Zollverwaltungen in den neuen Bundesländern und deren Konsolidierung konnte mit der Einführung einer Finanz-, Personalstands- und Steuerstatistik begonnen werden.

Seit 1991 liegen auch für die neuen Bundesländer Ergebnisse der vierteljährlichen kommunalen Kassenstatistik analog denen des früheren Bundesgebietes vor.

B i l d u n g s s t a t i s t i k

Die Bildungsstatistiken wurden in der ehemaligen DDR arbeitsteilig vom Statistischen Amt und den für die Bildung zuständigen Ministerien durchgeführt, die dem Statistischen Amt Ergebnisse zuleiteten.

Mit der Herstellung der deutschen Einheit traten in den neuen Bundesländern die für die Durchführung der Bildungsstatistiken geltenden gesetzlichen Regelungen in Kraft. Da eine Vielzahl der dort enthaltenen Bestimmungen im Bildungs- und Verwaltungsbereich auf dem Gebiet der neuen Bundesländer nicht gegeben war, wurden Übergangsweise die für die Bildungsstatistik der ehemaligen DDR praktizierten Regelungen für das Schul- und Studienjahr 1990/1991 als Landesgesetze beibehalten (die Bildungsstatistik liegt ausschließlich in der Arbeit der Länder).

Ab 1991/1992 werden auch in den neuen Bundesländern die Daten entsprechend der Bundesstatistik bzw. den Länderstatistiken erfaßt (eine Ausnahme bildet die Hochschulstatistik, die auch für das Studienjahr 1991/1992 noch nach der "DDR-Methodik" durchgeführt wird).

G e s u n d h e i t s s t a t i s t i k

In der ehemaligen DDR lag die Verantwortung zur Durchführung (Erhebung, Aufbereitung, Auswertung) der amtlichen Statistik auf den Gebieten Gesundheits- und Sozialwesen beim Ministerium für Gesundheitswesen und seinen unterstellten Einrichtungen und Institutionen.

Statistische Ergebnisse wurden dem Statistischen Amt der ehemaligen DDR für zusammenfassende Arbeiten übergeben.

Mit der Herstellung der Einheit Deutschlands sind auch auf diesem Gebiet Erhebungsprogramme und Meldeverfahren der amtlichen Gesundheitsstatistiken umgestellt worden. Diese Umstellung nach den neuen fachlichen und rechtlichen Gesichtspunkten vollzog sich nicht ohne Schwierigkeiten. Die bis dahin für die Durchführung von Statistiken verantwortlichen Einrichtungen wurden aufgelöst.

Mit der Einführung bundeseinheitlicher Erhebungsprogramme seit dem 1. Januar 1991 sind in den neuen Bundesländern die bisherigen Verfahrensweisen den bundesdeutschen Bedingungen weitgehend angepaßt.

Laufende Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte

Inhaltlich und methodisch wurden die repräsentativen Bevölkerungsbefragungen über die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte auf dem gleichen Gebiet der ehemaligen DDR im Mai 1990 neu gestaltet. Ziel war, die Einkommen differenzierter darzustellen und die unterschiedlichen Verbrauchsgewohnheiten nachzuweisen.

Mit dem Abschluß des Einigungsvertrages wurde der eingeleitete Übergang von der Statistik des Haushaltbudgets zu den laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte im Hinblick auf

- rasche Erhebung und Veröffentlichung von Daten zum Stand und zur wirtschaftlichen Lage der Haushalte in den neuen Bundesländern,
- Beachtung der vorhandenen Unterschiede zu den Haushalten in den alten Bundesländern,
- Schaffung zahlenmäßiger Grundlagen für die Berechnung des privaten Verbrauchs,
- Bereitstellung eines Gewichtungsschemas für den Preisindex der Lebenshaltung

weiterentwickelt. Damit wird seit 1991 die Erhebung der laufenden Wirtschaftsrechnungen mit weitgehend gleichen Methoden und Unterlagen in 1 000 Haushalten der neuen Bundesländer durchgeführt. Geringfügige Abweichungen erklären sich u.a. aus den Unterschieden bei den Merkmalen für die Haushaltstypen. Bis 1992 wird im Beitrittsgebiet zusätzlich eine Haushaltsbudgets-Erhebung in 4 000 Haushalten durchgeführt.

Löhne und Gehälter

Die in der ehemaligen DDR durchgeführte monatliche Arbeitskräfteberichterstattung wurde hinsichtlich der Erfassung der Bruttoverdienste schrittweise ab 1. Juli 1990 auf die vierteljährliche Periodizität der bundesdeutschen Lohnstatistik umgestellt. Erstmals wurden für Juli 1990 die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeiter und Angestellten erfaßt und weitgehend vergleichbare Angaben über die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer im früheren Bundesgebiet und der ehemaligen DDR bereitgestellt. Als vorläufig ist bei diesen Ergebnissen insbesondere die Verwendung der Wirtschaftszweigsystematik des früheren Bundesgebietes und die Gleichsetzung des Produktions- und Handelspersonals mit der in der Bundesstatistik

üblichen Beschäftigtengruppe "Arbeiter" anzusehen. Aufgrund der weitergehenden Angleichung der Methoden und Verfahren ist ab Berichtsmonat Januar 1991 die Anwendung des kompletten Erfassungskonzepts der laufenden Verdiensterhebungen in Industrie, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gesichert.

Im Zuge dieser Anpassung wurde die bisher übliche Gesamterfassung der Betriebe auf die im früheren Bundesgebiet üblichen Stichprobenerhebungen umgestellt und gleiche Erhebungsunterlagen verwendet, allerdings mußte die Auswahl von Unternehmen als Berichtseinheit in den neuen Bundesländern gegenüber Betrieben im früheren Bundesgebiet in Kauf genommen werden.

Weiterhin wurde für die neuen Bundesländer die Tariflohn- und -gehaltsstatistik eingeführt. Alle seit 1.7.1990 abgeschlossenen Tarifverträge wurden registriert und ausgewertet.

Unter der Bedingung, daß die überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten eines Wirtschaftszweiges, der nachgewiesen werden soll, in die neuen Tarifverträge einbezogen ist, bildet die Tariflohn- und -gehaltsstatistik eine gute Grundlage des Nachweises der Tarifentwicklung für Löhne, Gehälter, Wochenarbeitszeit u.a.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Abschließend soll auf die Möglichkeiten der zusammenfassenden wirtschaftlichen Betrachtungen eingegangen werden, die die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bieten. Erste vorläufige Berechnungen für das Bruttoinlandsprodukt nach fünf Wirtschaftsbereichen sowie die wichtigsten Verwendungsaggregate wurden vom Statistischen Amt der ehemaligen DDR für die Jahre 1980 bis 1989 schon im März 1990 vorgelegt.

Die Zahlen sind mit den Ergebnissen, die für das frühere Bundesgebiet veröffentlicht worden sind, nicht vergleichbar, da das Bruttoinlandsprodukt und seine Aggregate in Mark der ehemaligen DDR berechnet wurden und die Berechnungsmethoden noch nicht in allen Punkten dem SNA-Konzept in seiner Anwendung voll entsprechen. Das Bruttoinlandsprodukt konnte wegen fehlender Informationen über die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR für diese Zeiträume noch nicht berechnet werden.

Bei den im April 1991 vorgelegten vorläufigen Ergebnissen der Berechnung des Sozialprodukts für das Gebiet der ehemaligen DDR im 2. Halbjahr 1990 wurde der Übergang vom Bruttoinlandsprodukt auf das Bruttosozialprodukt vollzogen. Das Bruttosozialprodukt und seine Aggregate sind in D-Mark ausgewiesen. Die Berechnungsmethoden entsprechen dem Konzept des SNA in seiner Anwendung im früheren Bundesgebiet. Dazu waren umfangreiche Arbeiten bei der Methodenentwicklung notwendig, da noch nicht alle für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erforderlichen Basisdaten der Wirtschaftsstatistik in den neuen Bundesländern entsprechend den Anforderungen der Bundesstatistik vorlagen. Stärker als für die alten Bundes-

länder wirkten sich die Probleme bei der Erfassung der innerdeutschen Transaktionen auf die Zuverlässigkeit der Sozialproduktberechnung aus.

Für das 1. Halbjahr, den Zeitraum vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, wurden noch keine Ergebnisse veröffentlicht. Die Nichtvergleichbarkeit der Währungen und die Probleme bei der Umrechnung von Mark in D-Mark führten dazu, daß die Sozialproduktberechnung für die neuen Bundesländer für das Jahr 1990 auf den Zeitraum nach der Währungsunion beschränkt bleiben mußte. Somit können auch keine Veränderungsdaten gegenüber früheren Zeiträumen angegeben werden. Die erste Berechnung des Sozialprodukts Deutschland ist für 1991 vorgesehen.

Werner Griepenkerl*)

Landwirtschaft

Allgemeines

Mit der Einführung des gesamten bundeseinheitlichen Programms der Agrarstatistik, das auch den Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften (EG) entspricht, wurde unmittelbar nach der Vereinigung begonnen. Nicht alle fachlichen und rechtlichen Umsetzungen waren sofort möglich. Anpassungsregelungen, die eine schrittweise Angleichung an die Bundesstatistik innerhalb eines zeitlich vorgegebenen Rahmens ermöglichen, wurden erforderlich.¹⁾

Die Einbeziehung der neuen Bundesländer in die Anfang Mai 1991 stattgefundene Landwirtschaftszählung, mit der auch die Anforderungen der Agrarstrukturerhebungen der EG erfüllt werden, ermöglichte schon kurz nach der Vereinigung eine einzelbetriebliche Bestandsaufnahme über die Erzeugungsgrundlagen und -strukturen sowie über die Arbeits- und sozialen Verhältnisse in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Bereits Mitte Juli 1991 lagen erste Ergebnisse aus der Landwirtschaftszählung über die Betriebsgrößenstruktur und Struktur der Viehhaltung und ihre Veränderungen seit der Vereinigung vor.

Der in den neuen Bundesländern mit wenigen Ausnahmen nach Konzept und Methode der Bundesstatistik durchgeführten Landwirtschaftszählung wird turnusgemäß 1993 die zweijährliche Agrarberichterstattung / EG-Strukturerhebung folgen.

Durch die sofortige Einbeziehung der neuen Bundesländer in das nationale und supranationale agrarstatistische Programm sind wesentliche Datengrundlagen für die Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der mit großen Umstellungsschwierigkeiten konfrontierten Landwirtschaft der ehemaligen DDR geschaffen worden.

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

1) Verordnung zur Anpassung des statistischen Berichtswesens 1991 (Statistikanpassungsverordnung) vom 26. März 1991, BGBl. I S. 846. - Verordnung (EWG) Nr. 4 3570/90 des Rates über Abweichungen bei agrarstatistischen Erhebungen in Deutschland aufgrund der Herstellung der Deutschen Einheit vom 4. Dezember 1990. - Verordnung (EWG) Nr. 1057/91 der Kommission zur Änderung der Verordnung und Richtlinien des Rates betreffend die Agrarstatistik infolge der Herstellung der Deutschen Einheit vom 26. April 1991. - Entscheidung der Kommission zur Änderung der Entscheidung der Kommission betreffend die Agrarstatistik infolge der Herstellung der Deutschen Einheit (91/268/EWG) vom 26. April 1991.

Statistiken der tierischen Erzeugung

Viehbestandsstatistiken

Als erste landwirtschaftliche Großzählung im vereinten Deutschland fand bereits ein halbes Jahr vor der Landwirtschaftszählung Anfang Dezember 1990 eine allgemeine Viehzählung statt. Hierbei kam auch in den neuen Bundesländern der seit den siebziger Jahren EG-verbindliche Merkmalskatalog zur Anwendung.

Die Viehbestände der Güter und Genossenschaften wurden mit einzelbetrieblichen Erhebungsbogen ermittelt, denn nur für diesen Berichtskreis lagen registergespeicherte Anschriften vor. Alle übrigen Viehbestände (private Haushalte und sogenannte persönliche Hauswirtschaften) mußten hingegen von den Gemeinden im Zähllistenverfahren bei gleichzeitiger Feststellung der Namen und der Anschriften der Viehhalter ermittelt werden. Die auf diesem Wege festgehaltenen, anschließend in das Betriebsregister aufgenommenen Anschriften bildeten eine wesentliche Grundlage sowohl für die Bereitstellung der Erhebungsgrundlage für die Landwirtschaftszählung 1991 als auch für alle anderen Agrarstatistiken.

Auf die nach den Vorschriften des Agrarstatistikgesetzes Anfang April 1991 vorgesehene repräsentative Zählung der Schweinebestände sowie auf die Anfang Juni 1991 vorgesehene repräsentative Zählung der Rinder- und Schafbestände konnte verzichtet werden, da in den neuen Bundesländern aufgrund einer Sonderregelung (Statistikanpassungsverordnung) eine allgemeine Viehzählung zum Stichtag 3. Mai 1991 im Rahmen der Landwirtschaftszählung stattfand.

In den alten Bundesländern wurden die einzelbetrieblichen Angaben der allgemeinen Dezember-Viehzählung 1990 als Grunderhebung für die Landwirtschaftszählung 1991 verwendet.

Die repräsentative Zählung der Schweinebestände Anfang August 1991 fand hingegen in allen Bundesländern statt. Für die neuen Bundesländer kam dabei erstmals ein im Vergleich zu den alten Bundesländern modifiziertes Stichprobenkonzept zur Anwendung. Statt einzelbetrieblicher Stichprobenerhebung wurden die Viehbestände der Güter und Genossenschaften total und die übrigen Bestände an Schweinen mit einer 10 %-Gemeindestichprobe, in die jede 10. Gemeinde einbezogen war, ermittelt.

Monatsstatistiken über tierische Erzeugung

Schwerpunkt der Vorbereitungen bei der Einführung des agrarstatistischen Programms in den neuen Bundesländern bildeten außer der allgemeinen Dezember-Viehzählung 1990 und der Landwirtschaftszählung 1991 die monatlichen Statistiken der tierischen Erzeugung.

Die Monatsstatistiken über die Erzeugung von Fleisch, Geflügel, Eiern und Milch konnten nach einer Anlaufphase im 4. Quartal 1990 ohne nennenswerte Schwierigkei-

ten ab Januar 1991 den Vorschriften der Bundesstatistik entsprechend erstellt werden, obgleich bei der Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik wesentliche Änderungen hinsichtlich der Bestimmung der Berichtspflichtigen und des Berichtsweges zu organisieren waren. Denn die Feststellung der Zahl der geschlachteten Tiere als Grundlage für die Berechnung der Fleischerzeugung geschieht nach den Vorschriften der Bundesstatistik über die amtliche Schlachttieruntersuchung, die Meldungen über die Kreisveterinärbehörden. Zuvor war die Fleischerzeugung - wie bei fast allen tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen - über den "Staatlichen Ankauf" ermittelt worden. (Näheres siehe im Beitrag "Validität der statistischen Ergebnisse", S. 244 ff.).

Für die Milchstatistik (Erzeugung und Verwendung) bestand nur geringer Anpassungsbedarf. Verzichtet wird auf die in der ehemaligen DDR übliche Umrechnung von angelieferter Rohmilchmenge auf eine fiktive Menge mit 3,7 % Fettgehalt.

Die Geflügelstatistik (Bruteiereinlagen, geschlüpfte Küken, Geflügelfleischerzeugung, Eierzeugung) war bereits Anfang 1990 in der ehemaligen DDR als Erhebung bei den Erzeugerbetrieben eingerichtet worden.

Statistiken der pflanzlichen Erzeugung

Bodennutzungshaupterhebung

Die in den neuen Bundesländern bereits Anfang 1991 durchgeführte "Feststellung der Betrieblichen Einheiten" ist Bestandteil der Bodennutzungshaupterhebung und lieferte neben der allgemeinen Viehzählung weitere wichtige Informationen über neugegründete Betriebe bzw. Anschriften der privaten, insbesondere der reprivatisierten Betriebe (Wiedereinrichter), denn aufgrund des Agrarstatistikgesetzes sind die Auskunftspflichtigen (Betriebe) verpflichtet, Angaben über abgegebene und erhaltene Flächen sowie Namen und Anschriften der ehemaligen und künftigen Nutzer mitzuteilen.

Dieses Verfahren hat sich insbesondere bei den in Auflösung befindlichen oder aufgeteilten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bewährt, dient es doch in erster Linie der Vervollständigung der Berichtskreise für die Vorbereitung und Durchführung einzelner agrarstatistischer Erhebungen.

Als Grunderhebung und somit als integrierter Bestandteil der Landwirtschaftszählung wurde außer der Viehzählung Anfang Mai 1991 eine totale Bodennutzungserhebung in den auskunftspflichtigen Betrieben durchgeföhrt. Sie dient der Feststellung der Nutzung der Betriebsfläche, untergliedert nach Hauptnutzungs- und Kulturarten, insbesondere der Nutzung des Ackerlandes (nach Pflanzengruppen, -arten und Kulturformen sowie der Zwischenfruchtanbau nach der Pflanzengruppe) als wichtige Grundlage für die Erntemengenberechnung.

Viehzählung und Bodennutzungserhebung beschränkten sich ausschließlich auf den Betriebsbereich. Die unterhalb der durch das Agrarstatistikgesetz für die Landwirt-

schaftszählung fixierten Erfassungsgrenze liegenden Viehbestände und Flächen wurden nicht ermittelt.

Aus der in die Landwirtschaftszählung integrierten - bereits eingangs erwähnten - Bodennutzungshaupterhebung und Viehzählung liegen seit Mitte Juli 1991 außer Summenergebnissen vorwegaufbereitete Daten über die Betriebsgrößenstruktur (Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche) und über die Struktur der Viehhaltung (Betriebs- und Bestandsgrößenklassen) vor.

Im Bereich der Statistiken der pflanzlichen Erzeugung sind weitere Erhebungen (Gemüseanbauerhebung 1991, Obstanbauerhebung) nach bundeseinheitlichem Konzept durchgeführt bzw. vorbereitet worden.

Erntestatistiken (Ernteerhebung)

Erntevorausschätzungen auf der Grundlage von Witterungsdaten und unter Berücksichtigung der Anbaufläche sind ab 1992 für Deutschland vorgesehen. Gegenwärtig werden die methodisch-mathematischen Ansätze für die Erweiterung des Verfahrens erarbeitet.

Der Aufbau eines Kreises von Ernteberichterstattem auf freiwilliger Basis für die Ernteschätzung für Getreide und Kartoffeln ist weitestgehend abgeschlossen.

Die im früheren Bundesgebiet übliche "Besondere Erntermittlung" (Stichprobenverfahren der Erntemessung auf der Grundlage von Probeschnitten und Probedruschen bzw. Proberodungen und Vollrodungen) ist unter Federführung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der Länderministerien bereits 1991 für Getreide und für Kartoffeln auch in den neuen Bundesländern durchgeführt worden. Hierbei konnte auf Probeschnitte und Proberodungen verzichtet werden, da genügend repräsentative Ergebnisse aus Volldruschen und Vollrodungen zur Verfügung standen. Unter Heranziehung der Berichterstatterschätzungen gestattet das Verfahren der "Besonderen Erntermittlung" flächendeckende Ernteertrags- und Erntemengenfeststellungen in der Untergliederung nach Kreisen.

Schwierigkeiten bei den Ernteerhebungen traten bei Gemüse, insbesondere bei Obst auf, weil sich die den Berechnungen der Erntemengen zugrunde liegenden Flächenangaben infolge kurzfristiger Änderungen in der Bewirtschaftung bzw. Weiterbewirtschaftung als wenig stabil erwiesen.

Betriebs- und marktwirtschaftliche Meldungen

Für die auf freiwilliger Grundlage unter Federführung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten durchgeführte Statistik über Verkäufe landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie über Dünger- und Futtermiteleinäufe, Vorräte und Verwertung einzelner Erzeugnisse konnte zwar die angestrebte Zahl der auskunfts-

bereiten Betriebe noch nicht ganz erreicht werden; dennoch wurde ab Berichtsmonat Juli 1991 mit der Erhebung und Aufbereitung der Daten begonnen.

Betriebsstatistiken

Landwirtschaftszählung

Der Anfang Mai 1991 in Deutschland und damit erstmals auch in den fünf neuen Bundesländern durchgeführten Landwirtschaftszählung kommt als Informationsquelle über Produktionsgrundlagen, Struktur und sozioökonomische Verhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe vor allem im Hinblick auf die bedeutenden regionalen Unterschiede der Agrarstruktur im vereinten Deutschland und wegen des großen Bedarfs an zeitnahen und vergleichbaren Ergebnissen besondere Bedeutung zu.

In das Erhebungsprogramm der Landwirtschaftszählung wurde das Merkmalsprogramm der EG-Agrarstrukturerhebung, das auf die Bedürfnisse des gemeinsamen Marktes ausgerichtet ist, integriert. Außerdem wird damit auch den Empfehlungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen für einen Welt-agrarzensus in den neunziger Jahren entsprochen.

Durch die Einbindung der Erhebungsprogramme der turnusgemäß jährlich durchzuführenden Viehzählung, Bodennutzungshaupterhebung und Arbeitserhebung in die Landwirtschaftszählung 1991 wurde der Aufwand für die Befragten stark eingeschränkt, weil nur einige Merkmale zusätzlich als Grundlage für aktuelle agrarpolitische Entscheidungen erhoben wurden. Dazu zählten 1991 beispielsweise Fragen zur Hofnachfolge (nur für alte Bundesländer), über Besitzverhältnisse und Pachtpreise, über außerbetriebliche Einkommensquellen sowie über die Verwendung von Schleppern und Maschinen.

Von besonderer Bedeutung ist die Landwirtschaftszählung für die neuen Bundesländer, werden doch erstmals betriebsbezogene Daten über Erzeugung und Struktur erhoben und aufbereitet und zwar sowohl für staatliche Güter und Genossenschaften als auch für private bäuerliche Betriebe. Probebefragungen zum Test des Erhebungsvordrucks "Landwirtschaftszählung 1991" hatten bestätigt, daß das Erhebungsprogramm auch von den Gütern und Genossenschaften ohne Schwierigkeiten zu erfüllen war; das galt auch für die Merkmale über Besitzverhältnisse. Aufwendig hingegen ist die Erfassung jeder im Erhebungsvordruck einzeln aufzuführenden Arbeitskraft, da in den Gütern und Genossenschaften oft mehrere hundert, in einem bekannt gewordenen Fall fast tausend Arbeitskräfte beschäftigt sind. Dieses Erhebungskonzept ist aber auch deshalb erforderlich, um die in der ehemaligen sozialistischen Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte nach Alter, vor allem aber nach der Art ihrer Tätigkeit zu erfassen und nachzuweisen. Hierbei sind die Tätigkeiten für Betriebsleitung, Verwaltung, Leitung der Arbeitsbrigaden, Produktionsvorbereitung und Datenverarbeitung, Berufsausbildung und Kultur- und Sozialbereiche von besonderer Bedeutung und deshalb in den neuen Bundesländern im einzelnen erfaßt worden.

Es sei darauf hingewiesen, daß das vornehmlich auf den bäuerlichen Familienbetrieb ausgerichtete Erhebungsprogramm der Landwirtschaftszählung/EG-Strukturerhebung für die Betriebe der ehemaligen sozialistischen Landwirtschaft nicht uneingeschränkt geeignet ist.

Dies sei an einem Beispiel erläutert: Den Gütern und Genossenschaften (Tierproduktion) werden Tierbestände von mehreren tausend Rindern und Schweinen "zugeordnet". Das erweckt den Eindruck, als werden diese Tiere grundsätzlich in einer Anlage gehalten. Die in der Praxis vorzufindende Struktur der Tierhaltung sieht jedoch meist anders aus, denn die Viehbestände eines Betriebes werden nicht selten in kleineren Teil-Einheiten gehalten.

Eigens für die neuen Bundesländer wurde eine Vorwegaufbereitung vorläufiger Ergebnisse durchgeführt, um frühzeitig über Angaben über die zu erwartenden Änderungen und Anpassungen in der Struktur der Betriebe zu verfügen.

Schaffung technischer und organisatorischer Voraussetzungen für die Durchführung von Agrarstatistiken

Betriebsregister Landwirtschaft

Die Durchführung der Landwirtschaftszählung 1991, insbesondere die Aufbereitung der Ergebnisse setzte ein intaktes Betriebsregister für die Landwirtschaft voraus. Ein vorhandenes Statistisches Betriebsregister für die neuen Bundesländer enthielt etwa 8 000 - 10 000 Anschriften; darunter etwa 4 500 Betriebe der sozialistischen Landwirtschaft. Dieses zentrale Register wurde nach den Kriterien des Betriebsregisters Landwirtschaft der alten Bundesländer umgesetzt und in fünf Landesregister aufgeteilt.

Wie bereits ausgeführt, dienten die allgemeine Dezember-Viehzählung 1991 und die "Feststellung aller Einheiten" (Betriebe) der Ermittlung aller Erhebungseinheiten, die nach den gesetzlichen Kriterien für die Landwirtschaftszählung 1991 sowie für andere Agrarstatistiken auskunftspflichtig sind. Es handelte sich hierbei hauptsächlich um neugegründete Betriebe sowie um etwa 3 700 Betriebe (Privatbetriebe; meist Gartenbaubetriebe), die in der ehemaligen DDR-Statistik nicht einzelbetrieblich aufbereitet bzw. dargestellt worden waren.

Schätzungsweise 20 000 - 25 000 Erhebungseinheiten (Betriebe und Viehhalter) sind in den neuen Bundesländern aufgrund der Anfang Dezember 1990 festgestellten Viehbestände zusätzlich in das Betriebsregister Landwirtschaft aufgenommen worden. Eine weitere Quelle für die Komplettierung des Betriebsregisters Landwirtschaft bildete die bereits beschriebene, Anfang Juni 1991 als "Feststellung der Betrieblichen Einheiten" durchgeführte Befragung der Genossenschaften und Güter nach abgegebenen und behaltenen Flächen. Befragt wurden etwa 1 500 Genossenschaftsbetriebe und Güter. Denn Neugründungen von landwirtschaftlichen Betrieben erfolgten hauptsächlich

durch Rücknahme ursprünglich in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften eingebrachter Flächen.

Außerdem sind neue Betriebe durch Aufteilung der sozialistischen Großbetriebe entstanden.

Aufbau einer Erheberorganisation in den Gemeinden

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Einführung des agrarstatistischen Programms in den neuen Bundesländern war der unverzügliche Aufbau einer besonders geschulten Erheberorganisation. Dies galt in besonderem Maße für die Landwirtschaftszählung im Mai 1991 und für die sich im zweijährigen Turnus anschließenden Agrarberichterstattungen/EG-Strukturerhebungen.

Für diese, aber auch für andere Agrarstatistiken, vor allem für Großzählungen (Statistiken über Viehbestände und Bodennutzung), werden in den alten Bundesländern seit vielen Jahren in den Gemeinden besonders geschulte Erhebungsbeauftragte erfolgreich eingesetzt. Dieses Verfahren steht im Einklang mit dem Agrarstatistikgesetz, das den Einsatz von Erhebungsbeauftragten vorsieht.

Deshalb waren Einzelheiten über die in den neuen Bundesländern erforderlichen Erheberschulungen festzulegen. Hierbei standen Fragen der Gewinnung von Erhebungsbeauftragten und die Beschaffung der für die Schulung erforderlichen finanziellen Mittel im Mittelpunkt. Es war erforderlich, für jede Gemeinde einen Erhebungsbeauftragten zu gewinnen und im Rahmen einer Schulungsveranstaltung mit den agrarstatistischen Erhebungsverfahren der Bundesstatistik vertraut zu machen. Außerdem wurden die Vorsitzenden Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und die Direktoren der landwirtschaftlichen Güter in die Schulungen einbezogen.

Insgesamt mußten kurzfristig etwa 7 600 Erhebungsbeauftragte aus den Gemeinden und etwa 4 500 Betriebsleiter der vorgenannten landwirtschaftlichen Betriebe in das von den neuen Statistischen Landesämtern zu organisierende Schulungsprogramm einbezogen werden.

Den neuen Statistischen Landesämtern wurde hierfür von den EG im Rahmen ihrer Maßnahmen zur Anpassung der Agrarstatistik in den neuen Bundesländern beachtliche finanzielle Hilfe gewährt.

Aufbereitung der Erhebungsergebnisse

Die neuen Statistischen Landesämter haben derzeit noch keine voll leistungsfähige Datenverarbeitung. Deshalb übernimmt das Datenverarbeitungszentrum Statistik des zwischenzeitlich aufgelösten Gemeinsamen Statistischen Amtes der neuen Bundesländer gegenwärtig die Aufbereitung der Erhebungsergebnisse für die neuen Bundes-

länder. Die Erhebungen werden, abgesehen von wenigen Ausnahmen, mit bundeseinheitlichen Programmen, die vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellt werden, aufbereitet. Sobald die neuen Statistischen Landesämter über eine eigene Datenverarbeitung verfügen, ist eine schrittweise Übernahme in eigene Regie vorgesehen. Eine Ausnahme bilden die Aufbereitungsarbeiten zur Landwirtschaftszählung 1991, die noch im Datenverarbeitungszentrum Statistik abgeschlossen werden sollen.

Bautätigkeit und Wohnungen

1 Einzuführende Bundesstatistik bringt wesentlich mehr Informationen

Die Bautätigkeitsstatistik wird in der Bundesrepublik Deutschland für alle genehmigungs- und zustimmungspflichtigen Bauvorhaben des Hochbaus durchgeführt; Rechtsgrundlage dafür ist das 2. Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes (2. BauStatG) vom 27. Juli 1978 (BGBl. I S. 1118). Sie liefert Ergebnisse über die Struktur, den Umfang und die Entwicklung der Bautätigkeit im Hochbau und ist damit zugleich ein wesentlicher Indikator zur Beurteilung der Entwicklung im Bausektor. Darüber hinaus stellen die Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik auch Ansatzpunkte für Beurteilungen volkswirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen dar. Das bezieht sich vor allem auf den Wohnungsbau.

Mit der Einführung der Bautätigkeitsstatistik in den neuen Bundesländern ab 1991 werden wesentlich mehr Informationen über den Hochbau zur Verfügung stehen, als es bisher der Fall war. Gegenüber den bisherigen statistischen Erhebungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sind vor allem folgende Unterschiede festzustellen:

- a) Gegenstand der Erfassung sind jetzt alle genehmigungs- und zustimmungspflichtigen Bauvorhaben des Hochbaus, während in der ehemaligen DDR nur ausgewählte Bereiche nachgewiesen wurden. Erfasst werden Wohngebäude, Anstaltsgebäude (z.B. Krankenhäuser, Altenpflege- und Erziehungsheime), Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche/nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude (z.B. Fabrik- und Werkstattgebäude, Hotels und Gaststätten) und sonstige Nichtwohngebäude (z.B. Kindertagesstätten, Schulgebäude, Sportgebäude). In der ehemaligen DDR sind mit dem Wohnungsbau und einigen ausgewählten Einzelpositionen von Gemeinschaftseinrichtungen (z.B. Kinderkrippen- und Kindergartenplätze, Unterrichtsräume, Schulsporthallen, Feierabend- und Pflegeheimplätze) nur Teilbereiche des Hochbaus nachgewiesen worden. Darüber hinaus ist mit der Bautätigkeitsstatistik in ihren Einzelementen

- Baugenehmigung,
- Bauüberhang,
- Baufertigstellung und
- Abgang

ein geschlossenes Informationssystem für den Hochbau gegeben, während in der ehemaligen DDR Baugenehmigungen nicht erfaßt wurden.

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

- b) In der Bautätigkeitsstatistik werden wesentlich mehr Erhebungsmerkmale nachgewiesen als in den Statistiken der ehemaligen DDR. Gegenstand der Erfassung sind z.B. bei der Baugenehmigung und -fertigstellung Lage des Baugrundstücks, Art des Gebäudes, Art der Bautätigkeit, Größe des Zugangs nach Fläche und Räumen, Größe der Räume, veranschlagte Kosten, Bauherr, Lage des Baugrundstücks, künftige Nutzung, Art der Konstruktion, Abwasserentsorgung, Art der Beheizung, vorwiegende Heizenergie, nachgewiesene PKW-Stellplätze. Diese relativ umfangreiche Erfassung ermöglicht in Verbindung mit Kombinationen von erfaßten Erhebungsmerkmalen im Aufbereitungsprozeß eine anspruchsvolle und detaillierte Ergebnisbereitstellung. In der ehemaligen DDR beschränkte sich die Erfassung im wesentlichen auf den Nachweis der mengenmäßigen Planerfüllung; lediglich im Wohnungsneubau gab es zusätzlich jährliche Aussagen auf Grundlage einer repräsentativen Erhebung (z.B. zur Größe, Bauweise, Geschoßzahl, Bauzeit und zu Preisen der Wohngebäude).
- c) Auskunftspflichtig für die Bautätigkeitsstatistik sind die Bauherren, die mit der Baubetreuung Beauftragten, die Bauaufsichtsbehörden und teilweise auch die Gemeinden. Dieser relativ umfangreiche Kreis von Auskunftspflichtigen resultiert im wesentlichen aus dem breiten Umfang der Erhebung und den damit verbundenen Zuständigkeiten im Interesse einer möglichst exakten Erfassung. In der ehemaligen DDR konnte auf Grund des geringen Umfangs der monatlichen statistischen Erhebungen die Berichtspflicht auf die Wohnungsbaukombinate und Kreisbaudirektoren beschränkt werden. Das künftige Mehr an Informationen ist also dadurch gekennzeichnet, daß auch mehr Auskunftspflichtige zu diesen Informationen beitragen.

2 Methodische Vergleichbarmachung

Mit der Einführung der Bautätigkeitsstatistik in den neuen Bundesländern wird ab 1991 die Erstellung gesamtdeutscher Ergebnisse für den Hochbau gewährleistet. Zur Beurteilung dieser Ergebnisse wäre es vorteilhaft, sie mit denen der Vorjahre vergleichen zu können, d.h. lange Reihen für den Hochbau zu schaffen. Die Möglichkeit der Erstellung langer Reihen ist dabei auf Grund der vorhandenen Datenbasis für das Gebiet der ehemaligen DDR sehr begrenzt und reduziert sich im wesentlichen auf den Bereich des Wohnungsbaus; das betrifft vor allem die Indikatoren Anzahl der Wohnungen und Wohnfläche. Voraussetzung der Erstellung langer Reihen für den Wohnungsbau ist die Vergleichbarkeit der Angaben für das Gebiet der ehemaligen DDR mit denen der alten Bundesländer. Um diese Vergleichbarkeit herzustellen, waren die bisher veröffentlichten Ergebnisse der überhöhten Planabrechnung des Wohnungsbaus der ehemaligen DDR zu bereinigen.

Die "Partei- und Staatsführung" der ehemaligen DDR hatte den Wohnungsbau zum Kernstück der Wirtschafts- und Sozialpolitik auserkoren, mit dem Wohnungsbauprogramm sollte die Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 gelöst werden. Im Oktober 1988 wurde von der "Partei- und Staatsführung" bereits die Übergabe der dreimillionsten seit 1971 fertiggestellten Wohnung gefeiert. Erstmals mit dem Statistischen

Jahrbuch der ehemaligen DDR 1990 wurden jedoch andere, wesentlich niedrigere Zahlen für den Wohnungsbau dieser Jahre präsentiert (vgl. die Tabelle S. 46).

Für den gesamten Zeitraum 1971 bis 1988 ergibt sich eine bei annähernd zwei Millionen Wohnungen liegende Fertigstellung - das sind rd. 1,1 Millionen Wohnungen weniger, als entsprechend der Planabrechnung des Wohnungsbaus bislang ausgewiesen wurden:

überhöhter Nachweis entsprechend der Planabrechnung		realer Nachweis	
Wohnungen insgesamt	3 059 792	Wohnungen insgesamt	1 950 179
davon:		davon:	
Neubau	1 915 959	Neubau	1 725 941
Modernisierung	1 143 833	Um- und Ausbau	157 765
		Rekonstruktion	66 473

Der überhöhte Nachweis des Wohnungsbaus im Zeitraum 1971 bis 1988 war das Ergebnis von Entscheidungen des Politbüros des ZK der SED und daraus resultierender Beschlüsse des Ministerrates der ehemaligen DDR. Diese betrafen im einzelnen die Planung und Abrechnung des Wohnungsbaus und auch die damit zusammenhängenden Fragen der Veröffentlichungen. All diesen Beschlüssen lag das Bestreben zugrunde, im Wohnungsbau möglichst hohe Zahlen nachzuweisen. Das bezog sich sowohl auf den Wohnungsneubau als auch auf fertiggestellte Wohnungen insgesamt und dokumentiert sich in den veröffentlichten Reihen zum Wohnungsbau in den Statistischen Jahrbüchern bis einschließlich 1989.

Erst nach der Wende war es den Statistikern möglich, unter Nutzung intern geführter Fortschreibungen und Aufzeichnungen den realen Nachweis des Wohnungsbaus entsprechend den ECE-Methodiken¹⁾ in der Öffentlichkeit darzustellen.

Folgende Entscheidungen haben im einzelnen zum überhöhen Nachweis des Wohnungsbaus geführt:

- a) Die Einbeziehung der modernisierten Wohnungen in die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen ab 1971.

Durch Modernisierung erfolgte die Erstaussattung bereits vorhandener Wohnungen mit Innen-WC, Bad bzw. Dusche oder moderner Heizung - als Einzelmerkmal oder in Kombination mehrerer Merkmale. Mit dieser Erstaussattung wurde der Ausstattungsgrad des Wohnungsbestandes verbessert, es entstanden aber keine Wohnungen; diese waren ja bereits vorhanden.

1) Die ECE ist die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa mit Sitz in Genf.

Wohnungsbau in der ehemaligen DDR

Jahr	Fertiggestellte Wohnungen ¹⁾	davon		Gebaute Wohnungen ²⁾	davon		
		Neubau	Modernisierung		Neubau	Um- und Ausbau	
						Rekonstruktion	
1970	76 088	65 786	10 302	76 088	65 786	10 302	-
1971	86 777	65 021	21 756	76 020	64 911	11 109	-
1972	117 026	69 552	47 474	85 901	69 552	16 349	-
1973	125 769	80 725	45 044	96 218	80 725	15 493	-
1974	138 301	88 312	49 989	102 468	87 530	14 938	-
1975	140 793	95 976	44 817	107 347	95 133	12 214	-
1976	150 617	103 091	47 526	111 158	99 558	11 600	-
1977	162 745	106 826	55 919	113 846	103 278	10 568	-
1978	167 799	111 909	55 890	114 173	104 641	9 532	-
1979	162 743	117 355	45 388	110 446	101 188	9 258	-
1980	169 223	120 206	49 017	111 933	102 209	9 724	-
1981	185 350	125 731	59 619	120 545	110 916	9 629	-
1982	187 053	122 417	64 636	117 375	110 823	6 552	-
1983	197 221	122 636	74 585	118 592	107 258	4 396	6 938
1984	207 034	121 654	85 380	117 470	103 655	3 555	10 260
1985	212 222	120 728	91 494	115 722	99 129	3 432	13 161
1986	215 690	119 335	96 355	116 545	100 067	3 367	13 111
1987	214 186	113 974	100 212	109 754	91 896	3 302	14 556
1988	219 243	110 511	108 732	104 666	93 472	2 747	8 447

1) Angaben lt. Statistischem Jahrbuch der DDR, Ausgabe 1989, S. 50.

2) Angaben lt. Statistischem Jahrbuch der DDR, Ausgabe 1990, S. 51.

Im ECE-Bereich war die ehemalige DDR das einzige Land, das modernisierte Wohnungen in die Angaben zu den fertiggestellten Wohnungen einbezog; aus den ECE-Definitionen zu den gebauten Wohnungen war eine derartige Verfahrensweise nicht ableitbar. Das betraf rund 1 042 000 Wohnungen.

- b) Die Einbeziehung von in industrieller Bauweise errichteten **Gemeinschaftsunterkünften** (z.B. Plätze in Feierabendheimen) in die Planabrechnung des Wohnungsbaus.

Auch nach der für Planung und Abrechnung verbindlich gewesenen "Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur" der ehemaligen DDR, wo (im Teil VII) Gemeinschaftsunterkünfte der Erzeugnisgruppe 26 (Gebäude und bauliche Anlagen für gesellschaftliche Zwecke) und nicht der Erzeugnisgruppe 25 (... Wohnzwecke) zugeordnet waren, zählten Gemeinschaftsunterkünfte nicht zum Wohnungsbau.

Diese Tatsache negierte der "Beschuß des Ministerrates vom 28.3.1974 zum Bericht über die Lage auf dem Gebiet der Feierabend- und Pflegeheime und Vorschläge für die weitere Entwicklung" und legte unter Punkt 6 fest:

"Bei der Neuschaffung von Feierabendheimen mit Pflegestation ist ein Heimplatz als eine Wohnungseinheit zu planen und abzurechnen."

Damit war jeder neugeschaffene Feierabendheimplatz (das mußte nicht einmal ein Wohnraum sein) als Neubauwohnung nachzuweisen. Gleichzeitig ist jeder dieser Feierabendheimplätze auch in die Abrechnung der fertiggestellten Feierabend- und Pflegeheimplätze einbezogen worden, wurde also in der Fertigstellung doppelt nachgewiesen. Insgesamt wurden auf diese Weise von 1974 bis 1988 55 000 Plätze in Feierabendheimen als Neubauwohnungen abgerechnet. Darüber hinaus wurden in Durchführung des "Ministerratsbeschlusses vom 28.9.1978 zur Abrechnung des Wohnungsbaus" in den Jahren 1978 bis 1988 Gemeinschaftsunterkünfte in Arbeiterwohnheimen als Neubauwohnungen abgerechnet; das betraf 13 000 Wohnungen.

Auch für den Wohnungsneubau erfolgte ein überhöhter Nachweis durch

- Abrechnung der bereits genannten Gemeinschaftsunterkünfte als 68 000 Neubauwohnungen,
- Einbeziehung von 56 000 Um- und Ausbauwohnungen ab 1979 und von 66 000 Rekonstruktionswohnungen ab 1983. Diese Wohnungen entstanden unter Nutzung vorhandener Bausubstanz und zählen zum Wohnungsbau; sie stellen aber keinen Neubau dar.

Damit ist der Wohnungsneubau in den Jahren 1971 bis 1988 insgesamt um rd. 190 000 Wohnungen überhöht nachgewiesen worden.

In der folgenden Übersicht sind die Zusammenhänge zwischen Planabrechnung und realem Ergebnis des Wohnungsbaus der ehemaligen DDR im Zeitraum 1971 bis 1988 dargestellt.

	1 000 Wohnungen
Neubau entsprechend ECE-Methodik	1 726
+ Um- und Ausbau 1979 bis 1988	56
+ Rekonstruktion 1983 bis 1988	66
+ Plätze in Feierabendheimen mit Pflegestation 1974 bis 1988	55
+ Wohneinheiten in Arbeiterwohnheimen 1978 bis 1988	13
Wohnungsbau, aber kein Neubau Gemeinschaftsunterkünfte; gehören weder zum Wohnungsbau noch zum Wohnungsneubau	
= Neubau entsprechend Planabrechnung	1 916
+ Modernisierung lt. Planabrechnung	1 144
davon: Modernisierung (nach ECE-Methodik kein Wohnungsbau)	1 042
Um- und Ausbau 1971 bis 1978 (Wohnungsbau)	102
= Fertiggestellte Wohnungen entsprechend Planabrechnung	3 060

3 Veränderte Bedingungen für die Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes

Mit den Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik sind Voraussetzungen gegeben, um den Wohnungsbestand nach Anzahl der

- Gebäude
- Wohnungen und ihrer Größenstruktur
- Wohnräume und der
- Wohnfläche

fortschreiben zu können. Ausgehend von den Ergebnissen der jeweils letzten Gebäude- und Wohnungszählung, wird in den alten Bundesländern durch die Statistischen Landesämter der Wohnungsbestand unter Berücksichtigung von Zu- und Abgängen jährlich fortgeschrieben. Dabei werden Zugänge und Abgänge aus Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik unter Verwendung der Meldungen über Baufertigstellungen und Bauabgang ermittelt. Für die maschinelle Verarbeitung der Daten gibt es ein entsprechendes Verbundprogramm, das von allen Bundesländern verwendet wird.

Die Fortschreibung des Wohnungsbestandes stellt ein spezifisches Nutzungsfeld der Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik dar. In der ehemaligen DDR erfolgte die Fortschreibung des Wohnungsbestandes in Form einer eigenständigen Berichterstattung bis

1990 durch die Kommunen. Zugänge zum Wohnungsbestand, die ja bereits aus der Abrechnung des Wohnungsbaus ersichtlich waren, sind von den Kommunen nochmals gemeldet worden. Sie wurden also zweimal erfaßt; Abgangsmeldungen dagegen gab es nur einmal in den Meldungen der Kommunen. Es muß davon ausgegangen werden, daß das Ergebnis der Wohnungsbestandsfortschreibung durch die Kommunen tendenziell überhöht ist. Dazu beigetragen hat vor allem der von der SED ausgeübte Druck auf den Nachweis eines möglichst hohen Bestandes. Aber auch die Tatsache, daß nicht alle Abgänge erfaßt wurden (z.B. bei Zusammenlegungen von Wohnungen und bei Umwidmungen in eine andere Nutzung, was auch in anderen Ländern ein Problem in der Wohnungsbestandsfortschreibung darstellt), führte zu einem überhöhten Nachweis.

Mit dem Übergang auf die Bautätigkeitsstatistik der Bundesrepublik Deutschland ab 1991 ist zugleich die Fortschreibung des Wohnungsbestandes in den neuen Bundesländern auf veränderter Grundlage fortzuführen. Eine Meldung durch die Kommunen erfolgt nicht mehr.

Daraus leitet sich die Aufgabe ab, die vorhandenen Daten so umzugruppieren, daß sie mit den Ergebnissen der Bautätigkeitsstatistik von den Statistischen Landesämtern fortgeschrieben werden können. Das bedeutet, das bisherige Programm der Wohnungsbestandsfortschreibung in der ehemaligen DDR den Anforderungen der Bestandsfortschreibung der alten Bundesländer anzupassen. Dabei sind nachstehende Punkte zu beachten:

- a) Für die neuen Bundesländer ist eine Fortschreibung des Gebäudebestandes nicht möglich, da dieser nach der letzten Gebäude- und Wohnungszählung 1981 nicht fortgeschrieben wurde. Da in der Statistik des Wohnungsbaus die Anzahl der Gebäude nicht erfaßt wurde, ist auch eine rückwirkende Ermittlung nicht möglich.
- b) Die Anzahl der Wohnungen und die Wohnfläche können fortgeschrieben werden; methodische Bereinigungen sind nicht erforderlich.
- c) Bis 1990 liegen Angaben zur Anzahl der Wohnräume vor; diese beinhalten jedoch im Unterschied zur Methodik der alten Bundesländer keine Einbeziehung von Küchen.

Um eine inhaltlich vergleichbare Fortschreibung in diesem Erhebungsmerkmal zu gewährleisten, ist rückwirkend die Anzahl der Küchen in die Anzahl der Wohnräume einzurechnen; die Grundlage dafür ist durch das Vorhandensein entsprechender Basisdaten der Gebäude- und Wohnungszählung 1981 gegeben. Dieser Arbeitsschritt mußte vor Ermittlung des Fortschreibungsergebnisses für 1991 abgeschlossen werden und ist inzwischen erfolgt.

Damit kann der Wohnungsbestand künftig in allen Bundesländern mit einem einheitlichen Programm fortgeschrieben werden (Ausnahme: keine Gebäudedaten in den neuen Bundesländern). Die ermittelten Ergebnisse werden jedoch in ihrem Aussagewert sehr unterschiedlich sein:

- a) In den alten Bundesländern wurde die letzte Gebäude- und Wohnungszählung 1987 durchgeführt. Die fortgeschriebenen Daten befinden sich also noch in zeitlicher Nähe zur letzten Zählung. Die Abweichungen der Fortschreibungsergebnisse zum tatsächlichen Bestand sind dadurch noch relativ gering.
- b) In den neuen Bundesländern wurde die letzte Gebäude- und Wohnungszählung 1981 durchgeführt. Es ist einzuschätzen, daß der seither fortgeschriebene Bestand um mindestens zwei Prozentpunkte (möglich sind auch bis zu fünf Prozentpunkte) überhöht ist.

Im Vergleich der Daten zwischen den alten und neuen Bundesländern ist also die deutlich höhere Fehlerquote im Bestandsnachweis der neuen Bundesländer zu beachten. Qualitativ gleichwertige Daten zum früheren Bundesgebiet sind erst nach einer umfassenden Gebäude- und Wohnungszählung in den neuen Bundesländern möglich. Entsprechend den ECE-Empfehlungen hätte eine derartige Zählung im Gebiet der ehemaligen DDR zu Beginn der neunziger Jahre ohnehin auf der Tagesordnung gestanden.

Produzierendes Gewerbe

Mit dem politischen Umbruch im Herbst 1989 vollzog sich gleichlaufend eine Veränderung der Wirtschaftspolitik. Das Hauptinstrument zur Steuerung der Kommandowirtschaft - die zentrale Planung - verlor unter den sich schnell verändernden politischen und wirtschaftlichen Bedingungen die Basis seiner Funktionsfähigkeit. Schrittweise wurden die Steuerungselemente der zentralen Planung durch erste Mechanismen der marktwirtschaftlichen Steuerung ersetzt bzw. mußten Übergangsregelungen eingeführt werden.

Im Rahmen der "sozialistischen Wirtschaftspolitik" wurde mittels der zentralen Planung durch die "Staatliche Plankommission" den Ministerien, den Kombinat und den Unternehmen eine Vielzahl von Planangaben, die auch Gesetzescharakter hatten, vorgegeben. Die Unternehmen waren gesetzlich verpflichtet, die erhaltenen Planangaben in einer tieferen Detaillierung für das Unternehmen aufzugliedern. Dieser Planungsprozeß umfaßte jeweils für einen unterschiedlichen Kennziffernumfang Fünfjahres-, Jahres-, Quartals-, Monats- und Dekadenzeiträume.

Eine der wesentlichen Aufgaben der Wirtschaftsstatistik in der Kommandowirtschaft bestand darin, die Vielzahl der Planvorgaben für die einzelnen Zeitabschnitte für alle geplanten Merkmale in den Fragebogen mit aufzunehmen und mit den gleichfalls erfragten Ist-Angaben zu vergleichen. Damit wurden insbesondere der Grad der Planerfüllung und die volle Aufschlüsselung der Planangaben nach Ministerien, Kombinat, Unternehmen und nach Territorien kontrolliert, ein Vergleich der Pläne der einzelnen Ebenen vorgenommen und die im Zeitraum vorgenommenen Planänderungen der verschiedenen Instanzen festgestellt.

Erst mit Beginn des Jahres 1990 hatte die Umstellung in der Wirtschaft eine solche Phase erreicht, daß die zentrale Vorgabe von Plänen eingestellt und damit auch gleichzeitig das Erfassungsmerkmal "Plan" in all seinen Varianten aus den statistischen Fragebogen entfernt werden konnte.

Gleichlaufend mit der schrittweisen Einstellung des Erfragens von Planangaben zu Beginn des Jahres 1990 wurden ganze Statistiken, die als Bestandteil des "sozialistischen Wirtschaftssystems" im Rahmen der Kommandowirtschaft angeordnet waren, eingestellt. Dazu zählten insbesondere Wissenschaft und Technik, Neue Erzeugnisse, Einsatz und Auslastung von Computern (CAD/CAM), Nettoproduktion und deren Berechnungselemente sowie Finanzen und Kosten.

In der Phase des Beginns des Wirtschaftsumbruchs im Jahre 1990 und des sich abzeichnenden Beitritts der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland wurde be-

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

gonnen, schrittweise die Statistiken auf dem Gebiet der Industrie so umzugestalten, daß sie denen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes im früheren Bundesgebiet entsprachen.

Dieser Umstellungs- und Anpassungsprozeß von der Planabrechnungsstatistik auf die kurzfristigen Konjunktur- und längerfristigen Strukturstatistiken vollzog sich in einem relativ kurzen Zeitraum in folgenden Schritten.

1. Halbjahr 1990

Die für die Beobachtung und Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Gebiet der Industrie notwendigen Statistiken wie z.B.

- Entwicklung des Produktionsvolumens zu vergleichbaren Preisen,
- Produktion nach Erzeugnissen/Erzeugnisgruppen,
- Auftragsvolumen für die zukünftige Produktion,
- Anzahl der Beschäftigten, Arbeitsstunden sowie
- Investitionen

wurden bei Wegfall der Planangaben unter Beibehaltung der bisherigen Meldeeinheiten (Unternehmen) und der bisherigen Methodiken, Definitionen, Zuordnungen zu Wirtschaftszweigen und Nomenklaturen weitergeführt. Damit war gewährleistet, daß

- einerseits vergleichende Darstellungen zu Vorberichtszeiträumen (Monat, Jahr) weiterhin kurzfristig vorgelegt und
- andererseits die in den Unternehmen bekannten Statistiken weiterhin ohne Umstellung der betrieblichen Belegdurchläufe erstellt werden konnten.

Auf diese Weise war es möglich, erste Indikatoren zur Analyse und Prognose der Konjunktorentwicklung auf dem Gebiet der Industrie der Öffentlichkeit in kurzer Zeit zur Verfügung zu stellen. Bisherige EDV-Programme - sowohl in den Unternehmen zur Datenermittlung als auch in den Rechenzentren der Statistik - konnten mit geringfügigen Änderungen weiter genutzt werden. Dies fand dann auch seinen Niederschlag in der guten Meldedisziplin der Unternehmen sowie in der kurzfristigen Bereitstellung der gemeldeten Daten für die Öffentlichkeit durch die Statistischen Bezirksämter als auch durch das Statistische Amt.

2. Halbjahr 1990

Mit dem Beginn der Währungsunion wurde auf dem Gebiet der Industriestatistik eine Reihe von Schritten zur Angleichung der Statistiken an die des früheren Bundesgebietes auf dem Gebiet des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes vorgenommen. Dazu zählen insbesondere:

- Einführung einer monatlichen Konjunkturstatistik mit den Erfassungsmerkmalen Auftragseingang (In- und Ausland) und Umsatz (In- und Ausland);

- Umstellung der Nomenklatur für die Erfassung der Produktion nach Erzeugnissen von der ehemaligen "Erzeugnis- und Leistungs-nomenklatur" auf das Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP).

Obwohl für die wertmäßigen Erfassungsmerkmale auf Grund der Währungsumstellung ab 1.7.1990 eine Fortschreibung der Angaben des 1. Halbjahres nicht mehr möglich war, wurde durch die Beibehaltung der Bewertung der Produktion zu vergleichbaren (konstanten) Preisen gesichert, daß für die Produktionsentwicklung vergleichbare Angaben zu Vorzeiträumen möglich waren und inhaltlich übereinstimmende Angaben über die Konjunktorentwicklung für die neuen Bundesländer zur Verfügung standen. Gleichzeitig wurden die Erfassungsmerkmale Auftragseingang, Umsatz Inland und Umsatz Ausland in voller inhaltlicher Übereinstimmung mit der Statistik in der Bundesrepublik Deutschland in die Fragebogen aufgenommen.

Aufgrund der Beibehaltung der Zuordnung der Unternehmen nach der bisherigen Systematik der Volkswirtschaftszweige war zwar ein zeitlicher Vergleich mit den Vorzeiträumen nach Wirtschaftszweigen und Bereichen für die neuen Länder bei einigen Erfassungsmerkmalen möglich, aber eine Addition der Angaben der neuen Bundesländer mit denen der alten Bundesländer zu einem Gesamtergebnis konnte auf dieser Grundlage nicht erfolgen.

Dieses Ziel konnte erst ab Jahresbeginn 1991 erreicht werden, als Angaben über die Zuordnung der Unternehmen und ihrer Betriebe nach der Systematik der Wirtschaftszweige in der Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) sowie ein einheitlicher Berichtspflichtigenkreis (Betriebe ab 20 Beschäftigte) in den Statistischen Ämtern vorlagen.

Obwohl für wichtige Meldemerkmale bereits im 2. Halbjahr 1990 eine inhaltliche Übereinstimmung zur Statistik des früheren Bundesgebietes im Verarbeitenden Gewerbe erreicht werden konnte, war es in dieser Zeit nicht möglich, auch die Meldeeinheit in Übereinstimmung zu bringen. Die in der ehemaligen DDR meldenden Unternehmen - als Grundlage der meisten Statistiken - wurden bis Ende des Jahres 1990 beibehalten. Eine Umstellung auf die Meldeeinheit "Betrieb" war erst ab 1991 möglich, da die dafür nötigen Voraussetzungen in den Unternehmen und Betrieben einerseits als auch das erforderliche Melderegister (Kartei) innerhalb der Statistik andererseits erst geschaffen werden mußten.

Die Kartei als Grundlage der Statistiken enthält alle für die einzelnen Statistiken notwendigen Hilfsmerkmale für Unternehmen und ihre Betriebe. Es war das Ziel, diese Kartei so aufzubauen, daß sie ab Januar 1991 zur Verfügung stand, um zu gewährleisten, daß der dritte und letzte Schritt zur Herstellung der vollen Übereinstimmung der Statistiken des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes der neuen Bundesländer mit den Statistiken der alten Bundesländer erreicht wird und Ergebnisse für Deutschland der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können.

Aufbau einer Kartei für meldepflichtige Betriebe und Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes

Um ab 1991 die volle Übereinstimmung der Statistiken der neuen Bundesländer mit denen der alten Bundesländer zu gewährleisten, war außer der bisher erreichten Übereinstimmung für die Merkmale (z.B. Umsatz, Auftragseingang usw.) auch eine volle Übereinstimmung für die Meldeeinheit und ihrer Zuordnung zum Industriezweig erforderlich.

Die bisherige Meldeeinheit "Unternehmen" mußte um die Meldeeinheit "Betrieb", der Ausgangspunkt für verschiedene Statistiken ist, als Teil des Unternehmens ergänzt werden.

Eine solche Meldekartei aufzubauen erforderte sowohl zeitliche Vorarbeiten in der Statistik als auch Informationen von den Unternehmen über die allgemeinen Angaben der Betriebe (Hauptproduktion, Sitz, Anzahl der Beschäftigten und Zuordnung zum Industriezweig nach der Haupttätigkeit).

Diese Karteiumfrage wurde von den Statistischen Landesämtern im September 1990 organisiert. In die Umfrage wurden alle Unternehmen des Produzierenden Gewerbes einbezogen. Eine Reihe von Angaben für die Unternehmen konnte aus dem ehemaligen Berichtspflichtigen-Register des Statistischen Amtes übernommen werden. Alle erforderlichen Angaben über Betriebe des Unternehmens (z.B. Anschrift, Hauptproduktion nach wichtigen Erzeugnissen, Anzahl der Beschäftigten) wurden in den Fragebogen aufgenommen. Für die maschinelle Erstellung der Kartei wurde das bestehende EDV-Programm der alten Bundesländer übernommen.

Mit dem Aufbau der Kartei in den Landesämtern war zu Beginn des Jahres 1991 die Grundlage gelegt, den Berichtspflichtigenkreis - auch unter Beachtung der Abschneidegrenze: für Betriebe der Unternehmen (ab 20 Beschäftigte) des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes und für Betriebe (ab 20 Beschäftigte) der Unternehmen außerhalb des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes - sowie alle für die einzelnen Statistiken notwendigen Hilfsmerkmale der Meldenden in den neuen Bundesländern mit denen der alten Bundesländer in völlige Übereinstimmung zu bringen.

Meldedisziplin der Unternehmen und Betriebe und Veränderungen im Organisationsablauf der Durchführung einzelner Statistiken

Während der ersten Etappe der Umstellung der Statistiken - die im wesentlichen durch eine Reduzierung der Erfassungsmerkmale gekennzeichnet war - herrschte bei den Unternehmen eine gute Meldedisziplin.

In der zweiten Etappe der Umstellung der Statistiken (Veränderungen bei den Erfassungsmerkmalen, aber weiterhin Beibehaltung der Meldeeinheiten "Unternehmen" sowie des Berichtspflichtigenkreises der Industrieunternehmen ab 10 Beschäftigte) hatten die bestehenden Unternehmen selbst nur geringe Probleme bei der Einführung des Monatsberichtes mit den Erfassungsmerkmalen Umsatz und Auftragseingang. Schwierigkeiten traten während der Umstellung der Nomenklatur für die monatliche Produktionsmeldung nach Erzeugnissen (von der ehemaligen Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur auf die Nomenklatur des Güterverzeichnisses) hinsichtlich der veränderten Zuordnung und der Nomenklaturerweiterung auf. Nach der ehemaligen Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur wurden monatlich rd. 1 200 und vierteljährlich rd. 500 Erzeugnisse/Erzeugnisgruppen erfragt. Nach dem GP veränderte sich diese Anzahl auf rd. 1 000 (monatlich) bzw. rd. 6 000 (vierteljährlich) Erzeugnisse/Erzeugnisgruppen.

Einführung neuer Energiestatistiken

Bis einschließlich 1989 wurde auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sowie Berlin (Ost) ein Jahresbericht Energie aller Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau), unterschiedlich im Kennzifferumfang nach Groß-, Mittel- und Kleinunternehmen, erhoben.

Darüber hinaus gab es monatliche und quartalsweise Planabrechnungen des Energieverbrauchs der Unternehmen der Industrie, des Verkehrs- und Bauwesens sowie der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft (Großverbraucher).

Neben diesen Erhebungen im staatlich zentralisierten Berichtswesen wurden umfangreiche Fachberichterstattungen durchgeführt. Letztere wurden bereits 1988 stark reduziert und im Jahre 1989 völlig eingestellt.

Bereits beginnend mit dem Erhebungszeitraum Monat Oktober 1990 wurden für die fachlichen Betriebsteile der Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung und die Deutsche Reichsbahn ein Monatsbericht über die Elektrizitätsversorgung und für die Unternehmen der Gaserzeugung, Gasumwandlung, Gasspeicherung und Gasabgabe ein Monatsbericht über Aufkommen und Verwendung von brennbaren Gasen erhoben.

Weitere Erhebungen wurden für das Jahr 1990 bzw. beginnend mit dem Berichtsmonat Januar 1991 in den neuen Bundesländern eingeführt.

Eine langfristige und gründliche Vorbereitung der von den Statistischen Landesämtern eingesetzten Mitarbeiter sicherte Qualität und Termineinhaltung bei der Einführung der Erhebungen.

Folgende Probleme traten auf:

- Die Energiegroßversorger (Verbundnetze Elektroenergie, Gas, Erdöl) befinden sich in der Phase der Neuorientierung. Das erschwert methodisch und personell die Neueinführung der Energieerhebungen. Insbesondere leitungsgebundene Energie kann auf Endabnehmer z.T. gegenwärtig nur schätzungsweise aufgegliedert werden, da ein exakter Nachweis und eine erforderliche Abstimmung mit den regionalen Energieunternehmen nicht voll gewährleistet sind.
- Die Unternehmensstruktur stimmt nicht mit der Länderstruktur überein. Auch die Aufgliederung nach Betrieben, fachlichen Unternehmens- bzw. Betriebsteilen wird dem Territorialprinzip gegenwärtig nicht voll gerecht.
- Die Sachbearbeiter sind sowohl in den Unternehmen als auch in den Statistischen Landesämtern in ihrer Funktion neu tätig.

Kostenstrukturerhebungen in den neuen Bundesländern

Die Kostenstrukturerhebungen in der Bundesrepublik Deutschland haben sich über einen langen Zeitraum hinweg entwickelt und umfassen heute ein System von insgesamt 24 Erhebungen.¹⁾ Ihre Hauptaufgabe ist es, Informationen über die Aufwands- und Ertragsstruktur in den Produktionsprozessen von Wirtschaftseinheiten zu liefern. Weiterhin dienen die Erhebungsergebnisse als Datenbasis für die Ermittlung der Produktionswerte und der Wertschöpfung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Im Produzierenden Gewerbe werden die aus der Kostenstrukturerhebung ermittelten Wertschöpfungsgrößen als wesentliche Grundlage für die Berechnung des Produktionsindex verwendet (Wägungsschema). Diese kurze, auf die wesentlichen Punkte beschränkte Skizzierung der Aufgaben dieser Erhebungen macht deutlich, daß an die einbezogenen Unternehmen in den neuen Bundesländern erhebliche Anforderungen gestellt werden.

Schon im 3. Quartal 1990 wurden vom Statistischen Amt der ehemaligen DDR Kostenstrukturerhebungen in der Industrie, in der Bauindustrie, im Handel, im Gastgewerbe

1) Siehe Kaiser, J.: Zur Verfügbarkeit von Daten der Kostenstrukturstatistiken des Statistischen Bundesamtes, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1986.

sowie im Verkehrswesen durchgeführt. Das Erhebungsprogramm entsprach im wesentlichen dem des Statistischen Bundesamtes. Damit wurde ein Schritt in Richtung Kompatibilität der Statistiken zwischen der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik Deutschland getan, wie es im Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion gefordert worden war.²⁾

Die Erhebungen wurden auf repräsentativer Grundlage durchgeführt. Über die für das 3. Quartal 1990 summierten monatlichen Umsatzmeldungen aller Unternehmen im Produzierenden Gewerbe und im Handel wurde eine Hochrechnung nach Wirtschaftszweigen durchgeführt. Für den Verkehr erfolgte in Ermangelung einer Basis keine Hochrechnung. Die Ergebnisse wurden Ende Dezember von der Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz des Statistischen Bundesamtes in Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Statistischen Amt der neuen Bundesländer (GeStAL) fertiggestellt. Sie waren eine ganz wesentliche Grundlage für die Einschätzung des Bruttosozialproduktes für das 2. Halbjahr 1990. Die für die Industrie ermittelte Bruttowertschöpfung wurde als Basisgewicht für den erstmals nach bundesstatistischer Methodik berechneten Nettoproduktionsindex verwendet.³⁾

Schätzt man die Qualität der Erhebungsergebnisse ein, muß man einige besondere Einflußfaktoren berücksichtigen:

- Die Ergebnisse umfassen **n u r e i n Q u a r t a l**, also kein abgeschlossenes Geschäftsjahr mit allen Resultaten der Bilanzrechnung. Die zeitliche Abgrenzung der Geschäftsvorgänge erforderte z.T. Schätzungen bzw. konnte nur behelfsmäßig vorgenommen werden. Außerdem sind saisonale Einflüsse nicht auszuschließen.
- Die Unternehmen verfügten zum Zeitpunkt der Erhebung überwiegend noch nicht über die DM-Eröffnungsbilanz. Das führte bei der Bewertung einiger Positionen der Erhebung zu Unsicherheiten.
- Entsprechend der im Gesetz⁴⁾ getroffenen Festlegung erfolgten die Erhebungen auf repräsentativer Grundlage. Dabei konnte aber den in der Bundesstatistik angewandten Kriterien der Auswahl der zu befragenden Unternehmen (z.B. geschichtete Zufallsauswahl nach SYPRO-Vierstellern und Beschäftigtengrößenklassen im Produzierenden Gewerbe) aufgrund der instabilen Lage der Wirtschaft sowie der rasch vor sich gehenden Veränderungen der Unternehmensstruktur nicht voll entsprochen werden.

2) Siehe Gesetz über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 18. Mai 1990 (Verfassungsgesetz) vom 21. Juni 1990, Anlage: Gemeinsames Protokoll und Leitsätze, Abschnitt B, Punkt 7, GBl. der DDR, Teil I Nr. 34 vom 25. Juni 1990.

3) Erstmals veröffentlicht in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 5/1991, S. 217*.

4) Gesetz über die amtliche Statistik der DDR vom 20. Juli 1990, GBl. I Nr. 52 vom 17. August 1990.

- Nicht zuletzt ist zu beachten, daß das Erhebungsprogramm für die Unternehmen neu war. Es wurde versucht, durch ausführliche Erläuterungen und "Schlüsselbrücken" zum bisherigen Kontenrahmen den Unternehmen Unterstützung zu geben.

In Einzelfällen sind daher - trotz Prüfung der Erhebungsunterlagen durch Mitarbeiter der Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz des Statistischen Bundesamtes und des GeStAL - Ungenauigkeiten nicht auszuschließen. Von einer Veröffentlichung der Ergebnisse wurde aus den angeführten Gründen Abstand genommen.

Der Einigungsvertrag⁵⁾ verpflichtete das Statistische Bundesamt, für das 2. Halbjahr 1990 in den Unternehmen der neuen Bundesländer sowie im früheren Berlin (Ost) Kostenstrukturerhebungen durchzuführen. Über den Berichtskreis des 3. Quartals hinaus waren auch das Handwerk und der Dienstleistungsbereich einzubeziehen. Das Gesetz sah für das Produzierende Gewerbe eine Totalerhebung vor; für alle anderen Bereiche eine repräsentative Befragung.

Natürlich gelten die für das 3. Quartal genannten Einschränkungen für die Aussagefähigkeit der Ergebnisse - wenn auch in abgeschwächter Form - auch für das 2. Halbjahr. Zum Zeitpunkt der Erhebung hatte eine Reihe von Unternehmen immer noch keine DM-Eröffnungsbilanz bzw. bilanzmäßig das 2. Halbjahr - das erste "Rumpf"-Geschäftsjahr auf DM-Basis - noch nicht abgeschlossen. Auch saisonale Einflüsse (z.B. im Ernährungsgewerbe) sind in den Ergebnissen sichtbar. Mit großer Sorgfalt wurden in der Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz des Statistischen Bundesamtes die Meldungen der Unternehmen geprüft. Etwa in jedem zweiten Fall waren Rückfragen in den Unternehmen erforderlich.

Für das Produzierende Gewerbe liegen veröffentlichte Daten als Arbeitsunterlage vor.

5) Siehe Gesetz zum Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertrag - vom 31. August 1990 (Verfassungsgesetz) vom 20. September 1990, Anlage II, Kapitel XVIII, Abschnitt III, Nr. 1 und Nr. 2 (BGBl. II S. 885).

Binnenhandelsstatistik

Nach Artikel 8 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 in Verbindung mit Kapitel XVIII der besonderen Bestimmungen zur Überleitung von Bundesrecht ist in den neuen Bundesländern mit dem 3. Oktober 1990 das Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe vom 10. November 1978 in Kraft getreten. Das Statistische Bundesamt ist gemäß dem Bundesstatistikgesetz beauftragt, die Einführung der Binnenhandelsstatistik in den neuen Bundesländern in Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Statistischen Amt der neuen Bundesländer (GeStAL) sowie den einzurichtenden Statistischen Ämtern der neuen Bundesländer vorzubereiten. Hierüber soll im folgenden berichtet werden.

Die Binnenhandelsstatistik umfaßt den Groß- und Einzelhandel, die Handelsvermittlung sowie das Gastgewerbe (Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe). Es sind Stichprobenerhebungen in monatlichem, jährlichem und mehrjährigem Turnus durchzuführen, und zwar monatlich für die kurzfristige Wirtschaftsbeobachtung, jährlich für die Strukturberichterstattung und in fünf- bis siebenjährigen Abständen für langfristige Strukturuntersuchungen der Sortimentszusammensetzung sowie der Absatz- und der Bezugswege (sogenannte Ergänzungserhebungen). Darüber hinaus ist spätestens alle zehn Jahre eine Handels- und Gaststättenzählung angeordnet, die Ergebnisse in tiefer regionaler und wirtschaftssystematischer Gliederung bereitstellen soll und Grundlage für die Neuauswahl der Stichprobenunternehmen ist.

Mit dem 3. Oktober 1990 stellte sich zuerst die Frage, wann die monatliche Berichterstattung nach Bundesrecht in den neuen Bundesländern aufgenommen werden kann und ob die Jahreserhebungen für das Berichtsjahr 1990 durchgeführt werden sollten. In die Jahres- und Ergänzungserhebungen im Großhandel, Einzelhandel und Gastgewerbe der Jahre 1991 bis 1993 sind die neuen Bundesländer ohnehin einzubeziehen, ebenso wie in die nächste Handels- und Gaststättenzählung, die für 1993 vorgesehen ist.

Mit der Statistikanpassungsverordnung vom 26. März 1991 wurden die im Handelstatistikgesetz festgelegten Stichprobenobergrenzen im Hinblick auf die neuen Bundesländer erweitert. Für die monatlichen Statistiken dürfen bis zu 13 500 Unternehmen (bisher 10 000) im Großhandel, 35 000 (bisher 25 000) im Einzelhandel und 11 500 (bisher 8 000) im Gastgewerbe befragt werden. Die Jahreserhebungen für das Jahr 1990 wurden ausgesetzt, da eine Zusammenfassung von Wertangaben dieser Erhebung in "Mark der DDR" und "Deutsche Mark" nicht für sinnvoll erachtet wurde.

Die folgenden Ausführungen beschränken sich deshalb darauf, die Einführung der monatlichen Berichterstattung für die neuen Bundesländer darzustellen. Dabei wird

*) Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

das Gastgewerbe ausgeklammert, da die Arbeiten für diesen Bereich noch nicht so weit fortgeschritten sind.

Um die hierbei aufgetretenen Probleme richtig zu verstehen, ist es notwendig, kurz auf die Berichterstattung in der ehemaligen DDR einzugehen. Die Abweichungen beider Berichterstattungen werden verdeutlicht, indem zuerst das System in der ehemaligen DDR dargestellt wird und dieser Darstellung unmittelbar anschließend das bundesdeutsche System der Binnenhandelsstatistik gegenübergestellt wird.

1 Binnenhandelsstatistik in der ehemaligen DDR

Statistiken über den Binnenhandel wurden sowohl von den Statistischen Ämtern (Zentralamt, Bezirks- und Kreisämter) wie auch den Fachministerien oder den ihnen nachgeordneten Stellen geführt (z.B. vom Ökonomischen Forschungszentrum des Binnenhandels als Einrichtung des Ministeriums für Handel und Versorgung). Die Statistiken dienten der Plankontrolle der Versorgung der Bevölkerung und bezogen sich deshalb insbesondere auf den Binnenhandel mit Konsumgütern (Waren und Dienstleistungen), die in den Verkaufseinrichtungen jeder Art an private Haushalte abgesetzt wurden.

Die vom Statistischen Zentralamt der ehemaligen DDR monatlich erstellte Statistik der Einzelhandelsumsätze - eine entsprechende Statistik für den Großhandel gab es nicht - läßt sich mit folgenden Kriterien charakterisieren:

1.1 Einzelhandelsumsatz als Funktionsgröße

Mit der monatlichen Einzelhandelsstatistik sollte der Übergang der in die volkswirtschaftliche Gesamtplanung einbezogenen Konsumgüter und Konsumgütergruppen auf den Endverbraucher gegen Entgelt (Verkauf) erfaßt werden, und zwar in allen Verkaufseinrichtungen unabhängig von deren eigentumsrechtlicher und wirtschaftlicher Zuordnung. Bei diesen Verkaufseinrichtungen handelt es sich überwiegend um Ladengeschäfte des Einzelhandels, aber auch um offene Verkaufsstellen der Industrie, Gaststätten, Kioske, Handwerksbetriebe oder Handel vom Lager und Versandhandel.

Zielsetzung dabei war insbesondere die Planung und Kontrolle der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern, das heißt es sollte eine Parität zwischen dem dem Handel zur Verfügung gestellten "Warenfonds" und dem bei der Bevölkerung verfügbaren "Kauffonds" (Geldmittel) erreicht werden. Dabei durften unentgeltliche Leistungen und der Austausch von Waren (z.B. staatliche Subventionen für Nahrungsmittel, unentgeltliche Rezeptverschreibungen, Verkauf von Erzeugnissen aus eigener Produktion an Betriebsangehörige) nicht berücksichtigt werden. Ebenso spielte der zwischen den Endverbrauchern stattfindende Warenhandel bzw. -tausch (z.B. Antiquitätenhandel, Gebrauchtwarenhandel) zur Sicherung des Fondsausgleiches keine Rolle.

Der Einzelhandelsumsatz war die wichtigste Plankennziffer des Wirtschaftsbereichs Binnenhandel.

Demgegenüber wird in der monatlichen Einzelhandelsstatistik nach dem Handelstatistikgesetz der Umsatz nur von Unternehmen erfaßt, die ausschließlich oder überwiegend Einzelhandel betreiben, das heißt der Gesamtumsatz bezieht sich auf den wichtigsten Wirtschaftsbereich und schließt bereichsfremde Umsätze ein. Nachweisungen dieser Art sollen die Umsatzentwicklung aus institutioneller Sicht darstellen vom Standpunkt des Unternehmens als der wichtigsten Entscheidungseinheit im marktwirtschaftlichen System.

1.2 Erhebungsbereich

Mit der vollständigen Erfassung des funktionellen Einzelhandelsumsatzes waren die Wirtschaftsbereiche einzubeziehen, in denen Einzelhandelstätigkeiten usw. vorkommen. Damit waren grundsätzlich alle Wirtschaftsbereiche einzuschließen, von der Landwirtschaft über das Produzierende Gewerbe, den Handel, das Gastgewerbe bis zu den Dienstleistungen im engeren Sinne.

Die Einzelhandelsstatistik im System der Binnenhandelsstatistik beschränkt sich auf den Wirtschaftsbereich Einzelhandel; es werden nur Unternehmen befragt, die im Schwerpunkt eine Einzelhandelstätigkeit ausübten. Die Umsätze von Gaststätten werden im Rahmen der monatlichen Gastgewerbestatistik gesondert erfaßt.

1.3 Erhebungseinheit

Die Erhebungseinheit der Einzelhandelsstatistik der ehemaligen DDR war der "juristisch selbständige Betrieb", der aus einer Niederlassung bestehen konnte, aber auch aus mehreren Niederlassungen, wie zum Beispiel die Verkaufsstellen der "volkseigenen" Handelsorganisation (HO) in einem Kreis (= HO-Kreisbetrieb). Der "juristisch selbständige Betrieb" hatte gewisse Dispositionsfreiheiten, um das an sich starre Planungssystem etwas flexibler zu handhaben. In seiner Funktion als Abrechnungseinheit hatte der HO-Kreisbetrieb eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Unternehmen im marktwirtschaftlichen System.

Erhebungseinheit in der Binnenhandelsstatistik ist das Unternehmen als kleinste rechtlich selbständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen laufend geordnete Geschäftsaufzeichnungen führt und einen Jahresabschluß erstellt. Gleichzeitig ist es im marktwirtschaftlichen System im allgemeinen auch Entscheidungseinheit im weitesten Sinne.

Der regionale Bezug der Umsätze von Einzelhandelsunternehmen mit Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet ist nur herzustellen, wenn die Umsätze getrennt nach Bundesländern erfragt werden, wie zum Beispiel bei den sogenannten Mehrländerunternehmen (MLU).

1.4 Erhebungsumfang

Wenn die Versorgung der Bevölkerung in tiefer regionaler Gliederung ständig überwacht werden soll, läßt sich das nur mit Totalerhebungen sicherstellen. Die Einzelhandelsstatistik der ehemaligen DDR ist deshalb viermal jährlich zum Quartalsende als Totalzählung durchgeführt worden. In den Zwischenmonaten wurden immerhin noch rund 75 % der Umsätze total erfaßt, der übrige Umsatz fundiert hinzugeschätzt. Diese Notwendigkeit, die Warenbereitstellung laufend vollständig zu kontrollieren, läßt erkennen, wie aufwendig die Durchführung der Einzelhandelsstatistik gewesen ist, bei der vierteljährlich die Umsätze von rund 95 000 Verkaufsstellen erhoben werden mußten, unabhängig von der Umsatzhöhe.

Demgegenüber wird die monatliche Einzelhandelsberichterstattung in den alten Bundesländern nach dem Handelstatistikgesetz als Stichprobenstatistik bei rund 25 000 Unternehmen geführt, das sind etwa 7 % aller Unternehmen. Außerdem bleiben Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 250 000 DM außer Betracht (Abschneidegrenze).

1.5 Begriff und Zweck des Umsatzes

Der Umsatz als der mit Preisen bewertete mengenmäßige Absatz von Konsumgütern an private Haushalte entspricht formal der Terminologie der Binnenhandelsstatistik. Nicht als Umsatz angesehen wurde der eigene Verbrauch des (privaten) Unternehmers sowie die bereits in Abschnitt 1.1 "Einzelhandelsumsatz als Funktionsgröße" aufgeführten Warenbewegungen, die außerhalb der staatlichen Warenfonds lagen (Gebrauchtwarenhandel usw.). Bedeutsam ist jedoch die unterschiedliche Zweckbestimmung der formal fast gleichartigen Begriffe. In der Einzelhandelsstatistik der ehemaligen DDR war der Umsatz Ausdruck des Vollzugs der Warenbereitstellung, das heißt eine reine Abrechnungsgröße. In der Wettbewerbswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist dagegen der Umsatz neben dem Gewinn die wichtigste Meßgröße für den wirtschaftlichen Erfolg unternehmerischer Tätigkeit.

1.6 Ergebnisdarstellung

Die Darstellung der wertmäßigen Umsätze war - entsprechend der Zielsetzung der Statistik - ausgerichtet auf den Nachweis der Konsumgüter nach Warenhauptgruppen in regionaler Gliederung bis zu den Kreisen. Die wirtschaftssystematische Gliederung der Erhebungseinheiten nach (lediglich) neun Gruppen wurde hingegen kaum verwendet. Üblich war jedoch eine Gliederung der Ergebnisse nach den Eigentumsformen "volkseigener Einzelhandel", "genossenschaftlicher Einzelhandel", "sonstiger sozialistischer Einzelhandel" und "privater Einzelhandel".

Im Gegensatz dazu ist in der monatlichen Binnenhandelsstatistik nach dem Handelstatistikgesetz der Nachweis der hochgerechneten absoluten Werte für den Umsatz nicht vorgesehen. Der Umsatznachweis beschränkt sich auf die Darstellung der Umsatzentwicklung mit Hilfe von Meßzahlen. Anstelle einer warenmäßigen Gliederung

der Umsätze gibt es eine tiefe wirtschaftssystematische Gliederung der Unternehmen nach mehr als 80 Positionen entsprechend der Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) und einen detaillierten Nachweis von Erscheinungsformen (Supermarkt, Warenhaus, Verbrauchermarkt, Ladengeschäft anderer Art usw.). Unbekannt ist jedoch eine Darstellung nach Eigentumsformen.

Als Ergebnis der vergleichenden Darstellung der beiden Einzelhandelsstatistiken ergibt sich, daß es sich trotz einer gleichen Bezeichnung um grundverschiedene Statistiken handelt. Bei der Einführung der monatlichen Einzelhandelsberichterstattung in den neuen Bundesländern nach dem Handelsstatistikgesetz mußte deshalb mit erheblichen Anpassungsschwierigkeiten gerechnet werden. Dazu kommen weitere Schwierigkeiten durch den Neuaufbau der Statistischen Ämter der neuen Bundesländer.

2 Privatisierung des Handels als Voraussetzung für den Übergang auf das Unternehmenskonzept

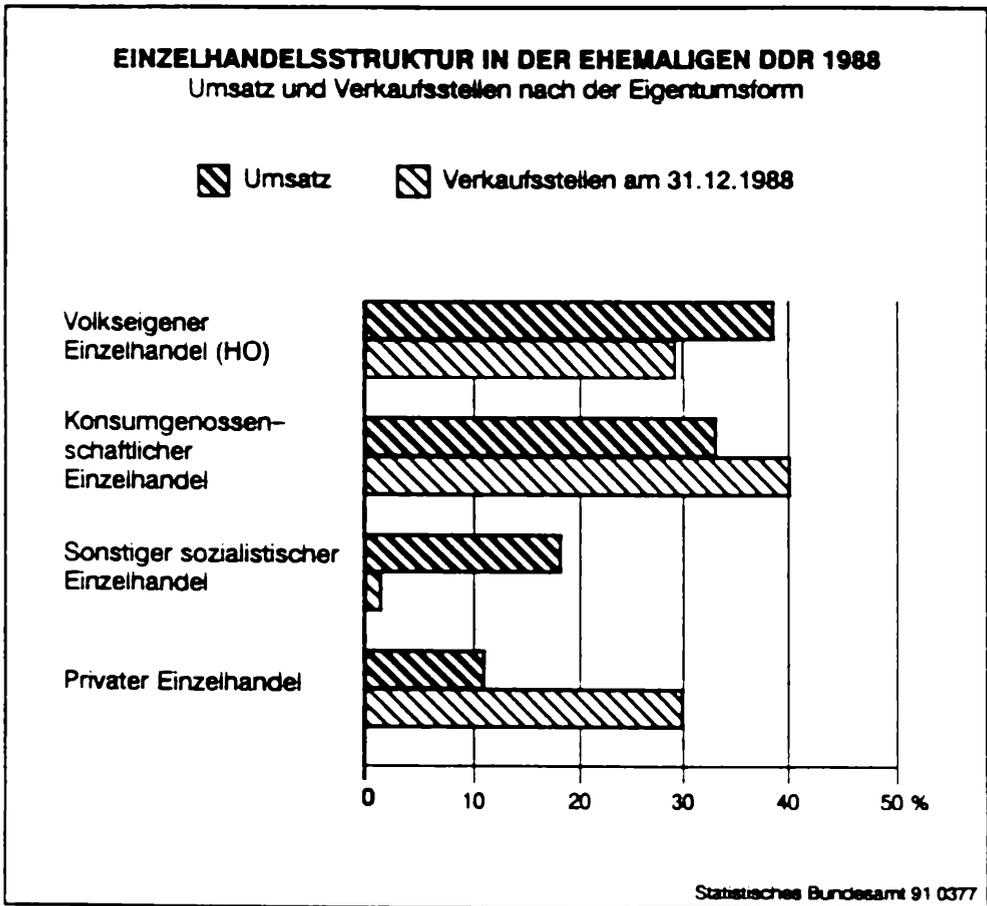
Erhebungseinheit für die monatliche Einzelhandelsberichterstattung ist grundsätzlich das Unternehmen im marktwirtschaftlichen Sinn. Unternehmen in dieser Art gab es in der ehemaligen DDR mit Einschränkungen noch bei den privaten Kleingewerbetreibenden, ihr Umsatzanteil im Einzelhandel lag bei etwa 10 % (siehe Schaubild S. 64). Erst mit der Privatisierung der sogenannten volkseigenen Wirtschaftseinheiten entsprechend dem Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990 sind Unternehmen, überwiegend in der Rechtsform der GmbH, entstanden, die für die Einzelhandelsberichterstattung in Frage kamen. Unmittelbarer Privatisierungs- und Entflechtungsbedarf bestand für die Einheiten der volkseigenen Handelsorganisation und des sogenannten sonstigen sozialistischen Handels, das waren verschiedene branchenspezifische Handelszweige (z.B. Verkauf von Kraftfahrzeugen, Rundfunkgeräten, Kohle und Treibstoffen), die nicht in den Zuständigkeitsbereich des ehemaligen Ministeriums für Handel und Versorgung fielen.

Von den rund 30 000 HO-Verkaufsstellen sind bis Ende 1990 rund 12 000 veräußert oder geschlossen worden. Bis Ende Juni 1991 sind von der Gesellschaft zur Privatisierung des Handels, einer Tochtergesellschaft der Treuhandanstalt, die Einzelhandelsgeschäfte und Gaststätten der HO bis auf rund 2 000 Einheiten veräußert worden, davon knapp 5 000 zum Teil in Paketen mit bestimmten Auflagen an westdeutsche Handelsunternehmen oder Handelsgruppen. Dabei konnte allerdings im allgemeinen kein Grundstückseigentum übertragen werden, weil die Objekte in aller Regel kommunalen Wohnungsverwaltungen oder Wohnungsbaugenossenschaften gehören, das heißt der Erwerber mußte sich um die Überleitung der Mietverträge bemühen, was nicht immer gelang.

Diese wenigen Bemerkungen lassen erkennen, mit welchen Schwierigkeiten der Aufbau eines Berichtskreises für die monatliche Statistik im Einzelhandel und Großhandel verbunden war und noch verbunden ist. Durch den Inhaberwechsel und die große Anzahl von Neugründungen besteht eine außerordentlich hohe Fluktuation des Berichtskreises,

die eine gesicherte Aussage über Niveau und Entwicklung der Einzelhandelsumsätze in den neuen Bundesländern derzeit nicht erlaubt. Eine Berichterstattung mit derselben Qualität wie für die alten Bundesländer wird erst möglich sein, wenn die Anpassungsprozesse im wesentlichen abgeschlossen sind und eine echte Zufallsstichprobe im Anschluß an eine Totalerhebung gezogen werden kann.

Trotzdem war es von Anfang an das Bestreben des Statistischen Bundesamtes, die monatliche Berichterstattung über den Einzelhandel ohne Unterbrechung fortzusetzen. Zu diesem Zweck wurden seit März 1990 zahlreiche Gespräche mit der damaligen Zentralverwaltung für Statistik im früheren Berlin (Ost) geführt und Übergangslösungen erdacht und praktiziert, über die im folgenden berichtet wird.



3 Aufbau der laufenden Einzelhandelsberichterstattung

3.1 Erste Konzeptionen

3.1.1 Umrechnung von Umsatzergebnissen der ehemaligen DDR

Als im Frühjahr 1990 erste Überlegungen zur Angleichung der beiden binnenhandelsstatistischen Systeme angestellt wurden, war noch nicht bekannt, wann die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion oder die Vereinigung der beiden deutschen Staaten vollzogen würde. Ausgehend von dem Vorhandensein beider Systeme wurde deshalb geprüft, ob die in der ehemaligen DDR monatlich erhobenen Einzelhandelsumsätze nach Warenarten zu einem Umsatzindikator nach Wirtschaftsgruppen (3stellige Positionen der WZ) umgerechnet werden können, wenn unterstellt wird, daß sich das Warensortiment der ehemaligen DDR-Einzelhändler demjenigen der bundesdeutschen Unternehmen anpassen wird. Solche Berechnungen sind mit plausiblen Ergebnissen für die Monate Juli, August und September 1990 erstellt worden. Grundlage hierfür war die Umsatzaufgliederung nach Warenarten, die jährlich bei den bundesdeutschen Berichtsunternehmen des Einzelhandels erfragt wird. Im einzelnen waren folgende Arbeitsschritte notwendig:

- Umsatzermittlung und Umsatzanpassung,
- Umsetzung des Umsatzes der Warenhauptgruppen zu Warengruppen in der Abgrenzung der bundesdeutschen Warenerhebung,
- Aufteilung des Umsatzes der Warengruppen auf die Wirtschaftsgruppen nach der WZ.

Einzelheiten des Verfahrens sind auf einem ECE-Workshop "Major fields of transition problems" Mitte Oktober 1990 in Budapest dargestellt und inzwischen veröffentlicht worden.¹⁾

Mit der Vereinigung am 3. Oktober 1990 wurde dem Umrechnungsverfahren mit der Einstellung der ehemaligen DDR-Einzelhandelsstatistik die Grundlage entzogen.

3.1.2 Paariger Vergleich

Ein zweiter Ansatz ging dahin, ab dem 3. Oktober 1990 eine Teilerhebung als Befragung ausgewählter repräsentativer Unternehmen durchzuführen.

Die Unternehmenseigenschaft war den bisherigen Berichtsbetrieben durch das Treuhandgesetz zuerkannt worden. Damit war die Aufbauphase eingeleitet, die Weiterführung, Entflechtung oder Stilllegung bedeuten konnte. Die Auswahl der Unternehmen

1) Band 18 der Schriftenreihe "Forum der Bundesstatistik", herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, S. 332 ff.

war deshalb besonders problematisch. Eine echte Zufallsauswahl konnte nicht in Frage kommen, da kurzfristig keine Auswahlgrundlage vorhanden war. Es bot sich jedoch an, aus dem bisherigen weitgehend noch intakten Berichtssystem die größten Einheiten heranzuziehen, zum Beispiel sämtliche rund 230 HO-Kreisbetriebe als Abrechnungseinheiten der dem jeweiligen Kreis zugehörigen Verkaufsstellen. Durch die fortschreitende Privatisierung spalteten sich von den HO-Kreisbetrieben zunehmend Einheiten ab. Soweit die Verkaufsstellen nicht stillgelegt wurden, ist versucht worden, die Umsätze der Nachfolgeunternehmen zu erfassen.

Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu einem solchen Berichtskreis ist die Paarigkeit der Fälle, das heißt für mindestens zwei Berichtsmonate mußten Daten für dasselbe Unternehmen vorliegen, andernfalls wäre ein Zeitvergleich der Ergebnisse in diesem Sinne nicht möglich. Weiterhin mußte eine wirtschaftssystematische Zuordnung der neuen Unternehmen vorgenommen werden. Das geschah zusammen mit der letztmalig für den 30. September 1990 durchgeführten DDR-Berichterstattung. Den Auskunftspflichtigen wurde eine textliche Beschreibung der Wirtschaftsgruppen übersandt, auf der sie die wirtschaftliche Tätigkeit des Unternehmens anzukreuzen hatten (Selbsteinschätzung).

Hierdurch wurde es möglich, bis zum März 1991 ca. 1 800 Einzelhandelsunternehmen in den neuen Bundesländern einschließlich dem früheren Berlin (Ost) zu befragen, deren Anteil am Gesamtumsatz aller im Gebiet der neuen Bundesländer ansässigen Unternehmen auf etwa 75 % geschätzt wird.

Gleichzeitig sind seit Oktober 1990 die Umsätze der in den alten Bundesländern ansässigen Mehrländerunternehmen, die in beträchtlichem Umfang in den neuen Bundesländern eigene Niederlassungen errichtet und bestehende großflächige Verkaufsstellen übernommen haben, erfaßt worden. Diese - anfänglich noch nicht vollständig vorliegenden - Umsätze waren den Ergebnissen der Unternehmen mit Sitz in der ehemaligen DDR hinzuzufügen. Insgesamt ergab sich bis Jahresende 1990 folgende Umsatzentwicklung (siehe auch Tabelle 1, S. 67):

Der Verlauf der gesamten Einzelhandelsumsätze in den Monaten Oktober bis Dezember 1990 läßt eine Tendenz erkennen, die auch für die alten Bundesländer typisch ist, das heißt das Dezember-Ergebnis ist stark vom "Weihnachtsgeschäft" geprägt, das durch Verdienstsonderzahlungen zusätzliche Impulse erhält. Die Monate Oktober und November erbringen dagegen im allgemeinen Umsätze in Höhe des Monatsdurchschnitts des gesamten Jahresumsatzes.

Tabelle 1: Umsatzentwicklung im Einzelhandel in den neuen Bundesländern im 4. Quartal 1990 nach Wirtschaftsgruppen
3. Quartal 1990 = 100

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftsgruppe	Umsatz von Unternehmen mit Sitz in den neuen Bundesländern					
		einschl. Mehrländerunternehmen ²⁾			ohne Mehrländerunternehmen ²⁾		
		Oktober 1990	November 1990	Dezember 1990	Oktober 1990	November 1990	Dezember 1990
431	Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	102,5	102,6	114,5	101,1	98,6	107,2
432	Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren	185,6	216,6	256,2	105,3	120,7	152,7
433	Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	127,7	135,6	126,4	120,9	123,1	116,7
434	elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	108,2	106,9	128,2	108,1	106,8	122,3
435	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen usw.	108,9	117,5	157,5	103,8	111,4	151,2
436	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	133,4	149,0	168,3	132,4	147,3	164,2
437	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	105,8	94,0	95,5	105,8	94,0	95,5
438	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen usw.	110,2	102,4	101,6	110,2	102,1	101,2
439	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	111,1	116,2	138,8	101,2	101,3	118,9
43	Einzelhandel insgesamt ...	107,4	107,1	120,1	103,2	100,1	110,1

1) Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1979.

2) Niederlassungsumsätze von Mehrländerunternehmen mit Hauptsitz in den alten Bundesländern.

Sehr viel schwieriger ist es, das Niveau der Einzelhandelsumsätze im 4. Quartal 1990 zu beurteilen. Hierbei ist folgendes zu beachten: Mit Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion hat sich das Konsumgüterangebot im Einzelhandel der ehemaligen DDR stark verändert. Es hat ein Preisfindungsprozeß eingesetzt, der in den ersten Wochen durch Preisstellungen gekennzeichnet war, die für viele Artikel über den Preisen in den alten Bundesländern lagen. Die Umsatzwerte haben sich deshalb kurzfristig verändert. Als Bezugsbasis für die Umsatzberichterstattung ist deshalb der Quartalsdurchschnitt der Monate Juli bis September 1990 gewählt worden. Trotzdem dürfte dieser Durchschnittswert vermutlich höher liegen als ein später zu errechnender Durchschnitt aus sechs oder zwölf Monatswerten.

Beim Vergleich der Entwicklung der Gesamtergebnisse mit den Ergebnissen von Unternehmen mit Sitz in den neuen Bundesländern wird der beträchtliche Einfluß der Mehrländerunternehmen sichtbar, im besonderen in den Bereichen Textilien, Bekleidung, aber auch bei pharmazeutischen, kosmetischen Erzeugnissen und bei Einrichtungsgegenständen.

Im Vergleich zur Bezugsbasis ist das Niveau der Umsätze in den eben erwähnten Einzelhandelszweigen außerordentlich hoch und läßt auf einen Nachholbedarf der Verbraucher schließen (siehe Tabelle 1). Dieser Bedarf konnte zu erheblich veränderten Preisen gedeckt werden, wie Stand und Entwicklung der entsprechenden Teilindizes des Preisindex für die Lebenshaltung in den Monaten Oktober bis Dezember 1990 erkennen lassen (eigentlich müßte ein Preisindex für die Einzelhandelspreise verwendet werden - ein solcher Index liegt jedoch noch nicht vor).

Ausgewählte Hauptgruppen des Preisindex für die Lebenshaltung aller Arbeitnehmerhaushalte in den neuen Bundesländern
1989 = 100

Hauptgruppe	Oktober 1990	November 1990	Dezember 1990
Bekleidung, Schuhe	66,9	68,1	68,5
Güter für die Gesundheit und Körperpflege	123,4	123,7	126,6
Möbel, Haushaltsgeräte usw.	76,6	76,6	77,5

Die Umsätze aus dem Verkauf von Kraftstoffen usw. und Fahrzeugen, Fahrzeugteilen usw. dürften mit den in Tabelle 1 nachgewiesenen Meßzahlen vermutlich unterrepräsentiert sein, insbesondere im Zeitablauf. Die Übernahme von Tankstellen der Minol GmbH (über die in der ehemaligen DDR allein die Kraftstoffe vertrieben wurden) durch westdeutsche Unternehmen und der Neuaufbau von Tankstellen durch diese Unternehmen verringerte die Umsatzentwicklung in dieser Wirtschaftsgruppe. Die von den neuen Tankstellen getätigten Umsätze konnten noch nicht erfaßt werden, zum Teil gehören sie auch in den Bereich Handelsvermittlung (Agenturtankstellen).

In der Wirtschaftsgruppe Fahrzeuge, Fahrzeugteile usw. ist die rückläufige Umsatzentwicklung auf das niedrigere Preisniveau und das breitere Angebot in den alten Bundesländern zurückzuführen. Die meisten Fahrzeuge, sehr häufig auch Gebrauchtfahrzeuge, wurden daher in den alten Bundesländern gekauft.

Die zunehmende Privatisierung und Entflechtung der HO-Organisation und des "Sonstigen sozialistischen Einzelhandels" sowie der Zusammenschluß vieler Betriebe des konsumgenossenschaftlich organisierten Binnenhandels haben dazu geführt, daß sich der für die Berichterstattung ab Oktober 1990 verwendete Firmenkreis im Zeitablauf erheblich reduzierte und veränderte. Im Hinblick auf eine ausreichende Repräsentanz der Ergebnisse entstand die Frage, entweder eine Neuauswahl von Unternehmen mit Angaben für die Monate Januar bis März 1991 vorzunehmen oder fehlende Umsätze (insbesondere von Verkaufsstellen ehemaliger HO-Kreisbetriebe, deren Ergebnisse aus verschiedenen Gründen nicht termingerecht vorlagen) einzuschätzen. Nach sorgfältiger Prüfung wurde einer Schätzung der Vorzug gegeben, um einen Bruch in der Meßzahlenreihe zu vermeiden.

Nach den in Tabelle 2 (siehe S. 70) dargestellten Ergebnissen für das 1. Quartal 1991 ist im Februar in allen Wirtschaftsgruppen mit Ausnahme des Kraftfahrzeughandels ein Rückgang der Umsätze gegenüber dem Vormonat eingetreten. Dieser Rückgang ist zum Teil auf die geringere Anzahl von Verkaufstagen in diesem Monat (24 Tage gegenüber 26 Tagen im Januar und 25 Tagen im März) zurückzuführen. Der Wiederanstieg im März dürfte auch durch die Lage der Osterfeiertage begünstigt worden sein, die 1991 zum größten Teil in diesem Monat lagen. Der gesamte Einzelhandelsumsatz hat in den neuen Bundesländern im 1. Quartal 1991 im Durchschnitt stagniert, und zwar auf einem um rund zehn Prozentpunkte niedrigeren Niveau als im 4. Quartal 1990.

Wie erwähnt, war für die Auswahl des seit Oktober 1990 verwendeten Berichtskreises nur ein rein pragmatisches Vorgehen möglich. Parallel dazu wurde deshalb eine Verbesserung der Auswahl vorbereitet.

Tabelle 2: Umsatzentwicklung im Einzelhandel in den neuen Bundesländern im 1. Quartal 1991 nach Wirtschaftsgruppen
3. Quartal 1990 = 100

Nr. der Systematik ¹⁾	Wirtschaftsgruppe	Umsatz von Unternehmen mit Sitz in den neuen Bundesländern					
		einschl. Mehrländerunternehmen ²⁾			ohne Mehrländerunternehmen ²⁾		
		Januar 1991	Februar 1991	März 1991	Januar 1991	Februar 1991	März 1991
431	Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	98,0	90,6	102,9	88,3	84,4	86,6
432	Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren	186,1	182,6	269,1	100,0	93,0	91,0
433	Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	98,1	97,9	108,3	88,4	85,1	89,7
434	elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	74,6	68,2	63,6	74,1	67,0	62,4
435	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen usw.	107,0	91,2	89,9	97,9	85,8	81,4
436	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	138,6	126,9	135,0	133,8	126,9	125,2
437	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	83,8	73,8	81,9	83,8	73,8	81,8
438	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen usw.	95,1	114,9	117,0	94,1	113,9	115,7
439	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	94,8	83,3	86,5	86,7	75,9	77,2
43	Einzelhandel insgesamt ...	95,2	86,6	95,2	87,7	80,8	83,7

1) Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1979.

2) Niederlassungsumsätze von Mehrländerunternehmen mit Hauptsitz in den alten Bundesländern.

3.2 Aufbau einer Zufallsstichprobe

3.2.1 Problematik der Auswahlgrundlage

Die Zuverlässigkeit von Ergebnissen einer Stichprobenerhebung für Verlaufsuntersuchungen, wie zum Beispiel der Umsatzentwicklung von Einzelhandelsunternehmen, hängt von der Qualität der Auswahlgrundlagen und der ständigen Aktualisierung des Berichtskreises ab. Die Qualität der Auswahlgrundlage für eine Einzelhandelsberichterstattung läßt sich daran beurteilen, ob die Anzahl der Unternehmen als Auswahlgesamtheit vollständig ist und ob die für die Auswahl zu verwendenden Merkmale, hier die wirtschaftsfachliche und regionale Zuordnung der Unternehmen und der Unternehmensumsatz, hinreichend genau erfaßt werden konnten.

Als Auswahlgrundlage für die in den neuen Bundesländern einzuführende monatliche Einzelhandelsstatistik waren kurzfristig lediglich die Ergebnisse der für den 30. September 1990 letztmalig durchgeführten Quartalerhebung (Totalzählung) verfügbar. Wie erwähnt, wurde hier versucht, die für den Übergang auf das Unternehmenskonzept notwendigen zusätzlichen Angaben, im besonderen die wirtschaftssystematische Zuordnung, zu ermitteln.

Obwohl in den Folgemonaten bei den "Unternehmen im Aufbau" mit erheblichen Veränderungen sowohl im Hinblick auf ihren Fortbestand wie auch ihre Tätigkeit gerechnet werden mußte, wurde von der Gruppe "Mathematisch-statistische Methoden" des Statistischen Bundesamtes ein Stichprobenplan berechnet mit der Maßgabe, die Veränderungen entsprechend den bestehenden Regeln für die Behandlung von Inhaberwechsel, Unternehmensteilung, Unternehmenszusammenschluß usw. zu berücksichtigen. Außerdem wurde von Anfang an vereinbart, binnen Jahresfrist eine zweite Auswahl von Unternehmen aus den Neugründungen vorzunehmen.

3.2.2 Grundzüge des Stichprobenplans

Der Stichprobenplan hatte davon auszugehen, daß höchstens 10 000 Einzelhandelsunternehmen herangezogen werden können. Zur Erhöhung der Ergebnisgenauigkeit wurde ein geschichtetes Auswahlverfahren verwendet, dessen Schichtung sich an den vorgesehenen Ergebnisgliederungen orientierte.

Als Regionalschichten dienten die neuen Bundesländer (das frühere Berlin (Ost) wurde wie ein eigenes Bundesland behandelt). Weiterhin wurden je Bundesland fachliche Schichtgruppen durch Zusammenfassungen von Wirtschaftszweigen gebildet. Die fachlichen Schichtgruppen wurden noch weiter nach jeweils zwei Umsatzgrößenklassen mit variabler Abgrenzung untergliedert, und zwar ausschließlich zur Steigerung der Ergebnisgenauigkeit für die fachlichen Schichtgruppen.

Tabelle 3: Aufteilung des Stichprobenumfangs für den Einzelhandel auf die neuen Bundesländer

Land	Unternehmen am 30. September 1990	Stichproben- umfang ¹⁾	Auswahlsatz	Obergrenze für den Stichproben- umfang ²⁾
	Anzahl		%	Anzahl
Berlin (Ost)	748	483	64,6	760
Brandenburg	3 489	1 219	34,9	1 900
Mecklenburg- Vorpommern	1 956	850	43,5	1 340
Sachsen	5 333	1 568	29,4	2 450
Sachsen-Anhalt	3 096	1 077	34,8	1 770
Thüringen	3 141	1 156	36,8	1 780
Insgesamt . . .	17 763	6 353	35,8	10 000

1) Aus der Totalerhebung am 30. September 1990 ausgewählte Unternehmen.

2) Einschl. Neugründungen und Unternehmensteilungen.

Die Aufteilung des Stichprobenumfangs auf die Schichten diente dem Ziel, für alle neuen Bundesländer und fachlichen Schichtgruppen je Land annähernd vergleichbar genaue Stichprobenergebnisse zu realisieren. Dieses Aufteilungsprinzip führte dazu, daß für kleinere Länder bzw. umsatzschwächere Schichtgruppen ein höherer Auswahlsatz vorgeschrieben werden mußte als für die größeren Länder bzw. umsatzstarken Schichtgruppen. Im Hinblick auf höchstmögliche Genauigkeit der Ergebnisse für die fachlichen Schichtgruppen waren die Umsatzgrößenklassen so festgelegt worden, daß die obere Größenklasse jeweils total erfaßt werden konnte.

Damit ergab sich die in den Tabellen 3 und 4 (siehe S. 73) dargestellte Stichprobenaufteilung auf die Länder und fachlichen Schichtgruppen.

3.2.3 Erfahrungen bei der erstmaligen Heranziehung der Unternehmen

Der Stichprobenplan für die Auswahl der Unternehmen lag Ende März 1991 vor. Die Ziehung der Stichprobe wurde im April im GeStAL vorgenommen. Mit der Heranziehung der ausgewählten Unternehmen wurde von den Statistischen Ämtern der neuen Bundesländer Ende Mai begonnen, und zwar für den Berichtsmonat April. Mit dem ersten Erhebungsvordruck mußten von den Unternehmen die Monatsumsätze ab Oktober 1990 erfragt werden, um von Beginn an die Umsatzvergleiche mit dem Vormonat und später Rückvergleiche durchführen zu können.

Beim Aufbau des Berichterstatterkreises sind neben Unternehmensschließungen und Entflechtungen vor allem die Unternehmensteilungen der HO-Organisation, aber auch Unternehmenszusammenschlüsse, zum Beispiel bei den Konsumgenossenschaften, erkannt worden. In der Auswahlgesamtheit für die Stichprobe war aus der HO-Organi-

sation je Kreis im allgemeinen nur ein Betrieb als "Unternehmen im Aufbau" enthalten. Ebenso erhielten die rund 200 Konsumgenossenschaften den Unternehmensstatus. Bei der Privatisierung der HO-Organisation sind die als Abrechnungseinheiten fungierenden Kreisbetriebe zum Teil aufgelöst worden. Aus stichprobenmethodischen Gründen müssen alle "Nachfolge"-Unternehmen bei einer Unternehmensteilung bekannt sein, um sie entweder weiterhin für die Berichterstattung heranzuziehen oder um aus ihnen eine Unterstichprobe zu ziehen. Die Klärung dieser Nachfolgeverhältnisse ist außerordentlich zeitaufwendig und verzögert die Heranziehung erheblich. Auch bei den Konsumgenossenschaften erforderten die inzwischen vollzogenen Zusammenschlüsse - derzeit existieren nur noch 57 von vormals 198 Genossenschaften - intensive arbeits- und zeitaufwendige Nachforschungen. Aus diesen Gründen wird die Heranziehung der Berichtsunternehmen erst im August dieses Jahres abgeschlossen werden können.

Tabelle 4: Auswahlgesamtheit und Stichprobenumfang für die monatliche Einzelhandelsstatistik in den neuen Bundesländern ab April 1991

Nr. der Systematik ¹⁾	Fachliche Schichtgruppe	Schichtumfang		Erwarteter Stichprobenumfang	
		Anzahl der Unternehmen	%	Anzahl der Unternehmen	%
431	Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren mit ausgeprägtem Schwerpunkt (ohne 43111) .	5 615	31,6	1 156	18,2
43111	Nahrungsmitteln, Getränken usw., o.a.S. (Supermärkte u. dgl.)	1 256	7,1	804	12,7
432	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1 551	8,7	458	7,2
433	Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische Erzeugnisse usw.)	1 232	6,9	605	9,5
434	elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw.	621	3,5	478	7,5
435	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	675	3,8	445	7,0
436	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	2 449	13,8	729	11,5
437	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	768	4,3	473	7,5
438	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	894	5,0	491	7,7
439	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art (ohne 43980)	2 426	13,7	438	6,9
43980	Waren verschiedener Art (Warenhäuser, Kaufhäuser u. dgl.)	276	1,6	276	4,3
43	Einzelhandel insgesamt . . .	17 763	100	6 353	100

1) Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1979.

Bis zum 5. Juli 1991 wurde folgender Arbeitsstand erreicht: von 17 763 in der Auswahl-gesamtheit enthaltenen Unternehmen sollten laut Auswahlplan 6 353 für die Bericht-erstattung ausgewählt werden. Von den ausgewählten Unternehmen konnten bisher 5 396 in die Stichprobe einbezogen werden. Von diesen Unternehmen haben inzwi-schen 4 535 die Berichtskarten für den Monat April 1991 eingesandt.

Parallel dazu werden derzeit die sehr arbeitsaufwendigen programmtechnischen An-passungen für die Aufbereitung der Daten vorgenommen. Erste Testläufe werden im August im Rechenzentrum der GeStAL stattfinden. Die Installierung sämtlicher maschineller Programme ist im September dieses Jahres vorgesehen, so daß erste Er-gebnisse für den Berichtsmonat April derzeit etwa Ende September erwartet werden. Eine zügige Nachaufbereitung der Angaben für die Berichtsmonate ab Mai dieses Jahres sollte es ermöglichen, daß etwa gegen Ende des Jahres die Veröffentlichung erster Ergebnisse für die neuen Bundesländer zu demselben Zeitpunkt möglich ist wie für die alten Bundesländer (8. des zweiten auf den Berichtsmonat folgenden Monats).

Trotz des damit erreichten terminlichen Anschlusses muß aber darauf hingewiesen werden, daß auch mit der Einführung einer Zufallsstichprobe die Qualität der Berichterstattung in den neuen Bundesländern nicht derjenigen in den alten Bundes-ländern entspricht. Angesichts der mangelnden Vollständigkeit, der unpräzisen wirt-schaftssystematischen Zuordnung der Unternehmen, der mit der Übertragung der maschinellen Aufbereitung vom GeStAL in die Statistischen Ämter der neuen Bundes-länder einhergehenden Anpassungsschwierigkeiten u.a.m. ist lediglich eine auf den Nachweis von Wirtschaftsgruppen eingeschränkte Berichterstattung möglich. Eine dem Qualitätsstandard in den alten Bundesländern entsprechende Berichterstattung wird erst mit einer Neuauswahl des Berichtsfirmenkreises im Anschluß an eine Totalzählung möglich sein. Damit wird auch erstmalig ein einheitliches Basisjahr für die Bericht-erstattung eingeführt werden können. Um diese notwendigen Verbesserungen mög-lichst schnell zu erreichen, bereitet die Bundesregierung derzeit eine Verordnung nach § 10 Nr. 3 des Handelsstatistikgesetzes vor, mit der die Durchführung der Handels- und Gaststättenzählung um zwei Jahre vorverlegt werden soll. Die ursprünglich für 1995 vorgesehene Zählung soll danach bereits im Frühjahr 1993 stattfinden.

4 Aufbau der laufenden Großhandelsberichterstattung

4.1 Großhandel als "neuer" statistischer Erhebungsbereich

Die Tatsache, daß es in der ehemaligen DDR keine Umsatzberichterstattung für den Großhandel gab, läßt erkennen, daß diesem Wirtschaftsbereich keine besondere Be-deutung im System der sozialistischen Planwirtschaft zuerkannt wurde. Es gab zwar durchaus "Wirtschaftseinheiten" mit der Bezeichnung "Großhandel" im Binnenhandel mit Konsumgütern wie mit Produktionsmitteln, die die Raumübertragungs-, Zeitaus-gleichs- und Lagerfunktionen wahrnahmen, doch nicht in einem dispositiven, sondern lediglich warenverteilenden Sinne. Eine in der Planung herausgehobene Stellung hatten die rund 40 für den Außenhandel zuständigen Export- und Importbetriebe. Im Unter-

schied zum Einzelhandel war der Großhandel, gemessen an der Zahl der Unternehmen, zu 97 % "sozialistischer" Großhandel. Der private Großhandel war auf Randsortimente verdrängt worden, wie zum Beispiel Holzwaren; Besen, Bürsten, Pinsel; Drogerieartikel.

Mit der Einführung der Marktwirtschaft begann eine Aufbauphase für diesen Wirtschaftsbereich. Nach der Privatisierung der staatlichen Handelsorganisation sind ca. 140 Kapitalgesellschaften im Konsumgütergroßhandel gegründet worden. Auch im Produktionsmittelhandel sind durch die Auflösung großer Kontore wieder privatwirtschaftlich geführte Unternehmen entstanden, die teilweise von westdeutschen Unternehmen übernommen wurden. Dazu kamen eine Anzahl von Neugründungen.

Der Aufbau des Großhandels in den neuen Bundesländern ist gekennzeichnet durch einen intensiven Wettbewerb mit westdeutschen Großhandels- und Herstellerunternehmen. Dabei sieht sich insbesondere der Produktionsverbindungshandel in der Startphase großen Schwierigkeiten gegenüber, weil die Industrieproduktion im Gebiet der ehemaligen DDR rückläufig ist.

4.2 Erste Ansätze zu einer Großhandelsstatistik nach Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Mit Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 hatte das GeStAL begonnen, einen Firmenkreis für eine Berichterstattung über den Großhandel aufzubauen. Dabei wurden die nach DDR-Recht "juristisch selbständigen Betriebe" des Binnenhandels mit Produktionsmitteln und Konsumgütern sowie des Außenhandels angeschlossen.

Beim Binnenhandel mit Produktionsmitteln wurde unterschieden zwischen dem Großhandel mit Erzeugnissen der Industrie im engeren Sinne und Erzeugnissen der Lebensmittelindustrie und der Landwirtschaft, beim Großhandel mit Konsumgütern zwischen Großhandelsbetrieben für Industriewaren und Großhandelsbetrieben für Lebensmittel, Obst und Gemüse. Es wurden rund 1 200 "Unternehmen" erfaßt und ab Juli 1990 nach ihren Umsätzen und Beschäftigten befragt.

Mit dem Erhebungsvordruck für den Monat September ist dieser Berichtskreis aufgefordert worden, die Unternehmenstätigkeit schwerpunktmäßig der entsprechenden Wirtschaftsgruppe der Unterabteilung 40/41 der WZ zuzuordnen. In den Folgemonaten hat sich dieser Berichtskreis mit der fortschreitenden Privatisierung stark reduziert und verändert. Die ermittelten Ergebnisse waren deshalb unvollständig und im Zeitablauf immer weniger vergleichbar. Angesichts der mit dem 3. Oktober 1990 auf das Statistische Bundesamt übergegangenen Zuständigkeit - die Großhandelsstatistik ist eine zentral durchzuführende Bundesstatistik - wurde deshalb auf eine Veröffentlichung von Ergebnissen für das 3. Quartal 1990 verzichtet. Der ermittelte Anschriftenbestand wurde dem Statistischen Bundesamt im Januar 1991 übertragen.

4.3 Paariger Vergleich

Um die in den rund 5 000 übernommenen Anschriften nur teilweise angegebene wirtschaftssystematische Zuordnung zu vervollständigen und zu überprüfen, hat das Statistische Bundesamt bei allen Unternehmen eine Vorerhebung durchgeführt. Hiermit wurden insbesondere Angaben zum Handelsbereich und geführten Warensortiment erfragt, weiterhin der Umsatz und die Beschäftigten im 4. Quartal 1990. Die zurück-erhaltenen Fragebogen - rund 20 % der Anfragen blieben unbeantwortet - gaben einen detaillierten Einblick in den Aufbau- und Umstrukturierungsprozeß, der sich zur Zeit im Großhandel vollzieht. In 10 % der Fälle lag die Unternehmenstätigkeit zum Befragungszeitpunkt in einem anderen Wirtschaftsbereich. Überwiegend betrieben die Unternehmen nunmehr Einzelhandel oder übten eine Handelsvermittlungstätigkeit aus. Rund 40 % der Anschriften waren zu löschen, weil die Tätigkeit bereits wieder aufgegeben worden war, die Firma mehrfach erfaßt oder die Umsatzangaben so geringfügig waren, daß sie für eine laufende Berichterstattung nicht in Frage kamen. Es verblieb ein Bestand von 1 050 Unternehmen mit Umsatzangaben ab Oktober 1990.

Damit stellte sich auch die Frage, ob dieser (vorläufige) Unternehmensbestand die Grundlage für eine Zufallsauswahl sein konnte. Angesichts der in den letzten Monaten festgestellten Veränderungen des Unternehmenskreises und der beobachteten Neugründungen, über die zur Zeit noch keine vollständige Kenntnis besteht, wurde diese Frage verneint. Inzwischen liegen von zwei Statistischen Ämtern der neuen Bundesländer erste Gewerbeanzeigen vor, von den übrigen werden in Kürze entsprechende Mitteilungen erwartet.

Nachdem es noch nicht sinnvoll erschien, aus dem bisher vorliegenden Material einen Auswahlplan für eine Zufallsstichprobe zu berechnen, wurde ebenso wie im Einzelhandel eine Meßzahlenreihe für die Umsatzentwicklung mit Hilfe des paarigen Vergleichs aufgebaut. Zu diesem Zweck sind die oben erwähnten 1 050 Unternehmen ab dem Monat Mai 1991 zur laufenden Berichterstattung herangezogen worden, aus deren Angaben die Umsatzmeßzahlen in Tabelle 5 (siehe S. 77) errechnet wurden.

4.4 Erste Ergebnisse

4.4.1 Vorbemerkungen zur Aussagefähigkeit

Bevor die ersten Ergebnisse etwas näher erläutert werden, sind einige Vorbemerkungen zu ihrer Aussagefähigkeit notwendig. Wie im Abschnitt 4.1 "Großhandel als ‚neuer‘ statistischer Erhebungsbereich" bereits ausgeführt, steht der Großhandel in den neuen Bundesländern derzeit in einer Aufbau- und Orientierungsphase, deren Abschluß noch nicht abzusehen ist. Die Situation ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß der Konsumgütereinzelhandel, insbesondere derjenige mit Lebensmitteln, noch in hohem Maße unmittelbar von westdeutschen Firmen beliefert wird. Es ist zu vermuten, daß ostdeutsche Großhandelsunternehmen hier Marktanteile gewinnen werden, sobald sie ihre Bestell- und Vertriebsstechniken verbessert haben und vor allem, wenn wettbewerbsfähige Produkte ostdeutscher Hersteller verfügbar sind.

Tabelle 5: Umsatzentwicklung im Großhandel in den neuen Bundesländern nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen *)

Nr. der Systematik 1)	Großhandel mit . . .	Berichtsunternehmen	Oktober 1990	November 1990	Dezember 1990	Januar 1991	Februar 1991	März 1991	April 1991	Mai 1991	4. Quartal 1990 = 100				
											Anzahl				
40	Rohstoffen und Halbwaren	244	87,8	98,6	113,7	58,4	61,3	61,1	56,1	44,1					
	darunter mit:														
405	festen Brennstoffen, Mineralöl- erzeugnissen	23	80,2	99,4	120,6	59,5	64,9	64,9	57,7	40,7					
407	Holz, Baustoffen, Installations- bedarf	133	106,1	107,1	85,9	74,7	68,7	81,8	91,9	87,9					
41	Fertigwaren	806	101,0	87,6	111,4	45,7	41,1	37,8	35,6	34,4					
	darunter mit:														
411	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	376	96,3	101,7	101,8	85,4	73,6	74,7	63,4	71,0					
412	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	68	124,9	87,8	87,6	32,0	37,1	20,3	20,3	11,2					
413	Metallwaren, Einrichtungsgegen- ständen	112	112,3	86,8	100,6	45,9	28,3	24,8	29,9	21,7					
416	Fahrzeugen, Maschinen, techni- schem Bedarf	122	90,1	74,6	135,3	17,1	18,5	19,2	18,9	19,7					
419	Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o.a.S.	65	98,0	97,4	105,0	46,2	42,2	42,6	41,3	38,6					
40/41	Großhandel insgesamt . . .	1 050	95,3	92,3	112,4	51,2	49,8	47,8	44,4	38,6					

*) Umsatz von Unternehmen mit Hauptsitz in den neuen Bundesländern; vorläufige Ergebnisse.

1) Systematik der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 1979.

Es ist deshalb noch mit einer starken Umsatzzunahme des institutionellen Großhandels mit Sitz in den neuen Bundesländern zu rechnen. Die Wachstumschancen lassen sich auch daran erkennen, daß von den in die Berichterstattung einbezogenen Unternehmen im 4. Quartal 1990 ein Gesamtumsatz ermittelt wurde, der noch nicht einmal 5 % des Umsatzes der Großhandelsunternehmen in den alten Bundesländern erreichte. Verglichen mit der Wohnbevölkerung oder anderen den privaten Verbrauch kennzeichnenden Merkmalen (z.B. dem Einzelhandelsumsatz) in beiden Gebietsteilen, erscheint der bisher erzielte Umsatz in den neuen Bundesländern außerordentlich gering.

Die in den vergangenen Monaten beobachtete Geschäftstätigkeit des ostdeutschen Großhandels ist teilweise noch beeinflusst von Lieferverpflichtungen aus Geschäftsabschlüssen vergangener Jahre, insbesondere auf dem Gebiet des Außenhandels. Das hat sich insbesondere auf das Dezember-Ergebnis ausgewirkt.

Es ist deshalb notwendig, die ersten Ergebnisse mit großer Vorsicht zu beurteilen. Sie sind im wesentlichen eine Situationsbeschreibung der Entwicklung eines im Aufbau befindlichen Wirtschaftszweiges in den ersten Monaten nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

4.4.2 Umsatzentwicklung von Oktober 1990 bis Mai 1991

Die in Tabelle 5 dargestellten Umsatzmeßzahlen sind teilweise durch außerordentlich starke Schwankungen gekennzeichnet, die nicht mit Saisoneinflüssen erklärt werden können. Bei den hierzu angestellten Rückfragen wurden die gemeldeten Umsätze durchweg bestätigt und die Umsatzrückgänge vor allem mit dem Auslaufen von Geschäften mit Ostblockstaaten erklärt. Die Unternehmen wiesen zusätzlich darauf hin, daß sie sich derzeit in der Orientierungsphase nach neuen festen Abnehmern bzw. Vertragspartnern befänden.

Knapp ein Viertel der Unternehmen entfällt auf den Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren mit einem Umsatzanteil von etwa 40 % am gesamten ermittelten Großhandelsumsatz. Darunter machen die Umsätze mit festen Brennstoffen (Braunkohle) und Mineralölerzeugnissen mehr als die Hälfte aus. Im Rohstoffbereich erscheint die Umsatzentwicklung des Großhandels mit Holz, Baustoffen usw. recht plausibel.

Drei Viertel der Unternehmen betätigten sich im Fertigwarengroßhandel, darunter fast die Hälfte - sehr häufig recht kleine Unternehmen - im Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken usw. Dieser Großhandelszweig hat sich bisher innerhalb des Fertigwarengroßhandels noch am günstigsten entwickelt.

5 Weiteres Vorgehen

Die wichtigste Aufgabe der nächsten Monate wird es sein, die Aufnahme der monatlichen Berichterstattung im Einzel- und Großhandel in den neuen Bundesländern planmäßig zu vollenden, das heißt vor allem die Ergebnisse zu den bisher für die alten

Bundesländer geltenden Terminen zu veröffentlichen. Wie dargelegt wurde, wird es allerdings noch nicht möglich sein, sie in derselben Gliederungstiefe nachzuweisen, weil die derzeit erstellten Berichtskreise das nicht ermöglichen. Eine voll vergleichbare Berichterstattung mit einem einheitlichen Basisjahr setzt eine nach gleichen Grundsätzen ermittelte Auswahlgrundlage voraus, die erst die nächste Handels- und Gaststättenzählung (HGZ) erbringen muß. Entsprechend stehen die Vorbereitungen der im Frühjahr 1993 geplanten HGZ im Vordergrund der weiteren Arbeiten. Parallel dazu wird die laufende Berichterstattung im Gastgewerbe derzeit vorbereitet, für die bereits Erhebungen durchgeführt werden.

Preise

Vorbemerkung

Bei der Einführung eines marktwirtschaftlich orientierten System der Preisstatistik in den fünf neuen Bundesländern sowie im früheren Berlin (Ost) war zu berücksichtigen, daß das in der ehemaligen DDR bis Anfang 1990 bestehende staatliche System der zentralistischen Leitung und Planung der Volkswirtschaft zu einem entsprechenden Preisbildungsmechanismus geführt hatte. Es bestanden wesentliche Unterschiede in den Prinzipien der Festlegung der Preise einerseits auf der Erzeugerstufe und andererseits auf der Verbraucherstufe, insbesondere bei den Gütern des privaten Verbrauchs. Während die Erzeugerpreise gewerblicher sowie land- und forstwirtschaftlicher Produkte durch periodische zentrale Preisreformen den sich ändernden Aufwandsverhältnissen sowie Marktbedingungen (vor allem für Exporterzeugnisse) weitgehend angepaßt wurden, galten bei der Festlegung der Verbraucherpreise überwiegend politische und soziale Vorgaben.

Diesem System der Preisbildung entsprachen die Methoden zur statistischen Erfassung der Preisänderungen und die Konzepte der daraus berechneten wichtigen Indikatoren für die Unternehmen und die gesamte Volkswirtschaft. Dabei wurden in der Statistik der Preise für landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse vor allem Totalerhebungen aller Erzeugerpreisänderungen angewandt. Das war demnach in keiner Weise vergleichbar mit einer an Marktpreisen orientierten Preisstatistik. Die Statistik der Verbraucherpreise war im Ergebnis politischer Tabus, nämlich der Vorgabe eines stabilen Preisniveaus, völlig unterentwickelt und konnte und durfte die tatsächlich eingetretene Veränderung der Verbraucherpreise nicht richtig widerspiegeln.

1 Erste Schritte zur Einführung einer Preisstatistik für die Marktwirtschaft

Bereits Anfang 1990 wurden von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der ehemaligen DDR erste Maßnahmen eingeleitet, um rasch eine aussagefähige Preisstatistik aufzubauen. Leitlinien dabei waren:

- Die Zielsetzung zur Schaffung der Grundlagen der Marktwirtschaft in der ehemaligen DDR führte in der Praxis dazu, daß im wesentlichen die Konzepte und Methoden der Preisstatistik aus den alten Bundesländern als Modell dienten. Unter den besonderen Bedingungen des Einigungsprozesses und der ab 1. Juli 1990 wirksam werdenden Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der BRD und der DDR war die Preisstatistik kompatibel zu dem in der BRD bestehenden föderativen preisstatisti-

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

schen System, also unter Einbeziehung der Statistischen Ämter der Länder, aufzubauen. In der Bundesrepublik Deutschland werden die methodische Vorbereitung und Organisation der Preisstatistik, die Berechnung und Veröffentlichung von Bundesergebnissen vom Statistischen Bundesamt, also zentral, wahrgenommen. Die Erhebung und Aufbereitung der statistischen Angaben wird i.d.R. von den Statistischen Landesämtern, also dezentral, durchgeführt.

- Mit der Beseitigung aller planwirtschaftlich zentralistischen Formen der Wirtschaftsleitung in der ehemaligen DDR vollzog sich auch im gesamten statistischen Berichtswesen ein Umbruch. Auf dem Gebiet der Erzeugerpreisstatistik bedeutete dies das Abgehen von der totalen Erfassung aller Preisänderungen bei allen Unternehmen und den Aufbau einer repräsentativen Marktpreisstatistik. Ab Mai 1990 begann die Einführung der Preisstatistik nach dem bundesdeutschen Muster für die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte und für die Verbraucherpreise.

Es wurde die Erfassung aller Planinformationen im Statistischen Berichtssystem beseitigt.

Da die personellen und organisatorischen Voraussetzungen zur Gestaltung einer föderativen Preisstatistik - vollständig kompatibel zu den alten Bundesländern - nur schrittweise geschaffen werden konnten, vollzog und vollzieht sich der Aufbau der neuen Preisstatistik ebenfalls nur etappenweise. Besonders intensiviert wurden diese Arbeiten mit dem Beitritt der DDR zur BRD am 3.10.1990 und der Einführung der entsprechenden Statistikgesetzgebung.

2 Gesetzliche Grundlagen zum Aufbau der Preisstatistik

Das rasche Tempo des deutschen Einigungsprozesses hatte Auswirkungen auf die gesetzlichen Grundlagen, nach denen die preisstatistischen Arbeiten gestaltet wurden. Vom Beginn der Einführung repräsentativer Preisstatistiken im Jahre 1990 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt waren drei qualitativ unterschiedliche Rechtsgrundlagen wirksam.

Bis Juni 1990

- Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 11.7.1985.¹⁾
- Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinatzen vom 6.8.1985.²⁾
- Anordnung über Ordnungsmäßigkeit und Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik vom 6.8.1985.³⁾

1) Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 23, S. 261 ff.

2) Gesetzblatt der DDR, Sonderdruck 800/1 vom 10.9.1985.

3) Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 23, S. 267 ff.

Juli - September 1990

Gesetz über die amtliche Statistik der DDR vom 20.7.1990.⁴⁾ Eine Anlage zum Statistikgesetz legte die einzelnen preisstatistischen Erhebungen fest.

Ab 3. Oktober 1990

- Gesetz über die Preisstatistik der Bundesrepublik Deutschland vom 9.8.1958 in Verbindung mit dem Gesetz über Statistik für Bundeszwecke vom 22.1.1987.⁵⁾
- Statistikanpassungsverordnung vom 26.3.1991 entsprechend Einigungsvertrag vom 31.8.1990.⁶⁾

Die in kurzer Zeit wechselnden gesetzlichen Grundlagen zur Durchführung der Preisstatistik stellten erhebliche Anforderungen an die Flexibilität aller Bereiche, die mit der Wahrnehmung der Preisstatistik beauftragt wurden, einschließlich der Berichtstellen in den Gemeinden und Unternehmen.

3 Preiserhebungen

Grundlage zur Ermittlung zusammengefaßter und desaggregierter statistischer Ergebnisse über die Preisentwicklung in Form von Preisindizes auf den verschiedenen Stufen des Güterkreislaufs sind die laufenden, insbesondere monatlichen oder vierteljährlichen Preiserhebungen in ausgewählten Unternehmen, Betrieben und anderen Berichtsstellen für eine festgelegte Güterauswahl. Vorrangig ergab sich deshalb die Aufgabe, für die neuen Bundesländer die laufenden Preiserhebungen einzuführen und zu stabilisieren. Die Hauptschwierigkeit bestand darin, angesichts der raschen Veränderungen im Güterangebot 1990 und 1991 über den gesamten Zeitraum reichende vergleichbare Preisreihen aufzustellen. Den entscheidenden Beitrag dazu leisteten die im Aufbau befindlichen Statistischen Landesämter (bis Oktober 1990 Bezirks- und Kreisstellen des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR) in den neuen Bundesländern. Koordiniert wurden diese Arbeiten durch das Gemeinsame Statistische Amt der neuen Bundesländer (GeStAL) in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt, Wiesbaden bzw. der Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz.

Die nachfolgende Übersicht (siehe S. 83) über den Stand der Einführung der Preiserhebungen zeigt, daß es gelungen ist, für die Hauptbereiche der Preisstatistik die gesetzlich angeordneten Preiserhebungen einzuführen.

4) Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 52, S. 1004 ff.

5) BGBl. I (1958) Seite 605 ff. bzw. BGBl. I (1987) Seite 462 ff.

6) BGBl. I (1991) Seite 846 ff.

Einführung der Preiserhebungen in den neuen Bundesländern

Stand: Juli 1991

Preiserhebung	Einführungs- monat	Periodizität	Anzahl der einbezogenen Berichtsstellen/Preisrepräsentanten
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Mai 1990	monatlich	1454/7135
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ...	Oktober 1990 (rückwirkend Daten ab Juni 1990)	monatlich	378/1371
Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte ..	Februar 1991 (rückwirkend Daten ab Juli 1990)	monatlich	85/1535
Großhandelsverkaufspreise	Oktober 1991	monatlich	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Januar 1991 (rückwirkend Daten ab Juni 1990)	monatlich	258/1355
Kaufwerte für Bauland	Januar 1991	vierteljährlich	ca. 75/1128 Kauffälle (I/91)
Baupreise	Mai/Juni 1990	Februar, Mai, August November	313/3481 (Mai 1991)
Verbraucherpreise	Mai 1990	monatlich	7200/738
Einfuhrpreise	Ende 1991	monatlich	
Ausfuhrpreise	September 1990 (rückwirkend für Dezember 1989 und Juli 1990)	monatlich	430/1000

Die Einführung und Stabilisierung der preisstatistischen Erhebungen in den neuen Bundesländern vollzogen und vollziehen sich unter komplizierten Bedingungen. Die wesentlichen Faktoren sind dabei folgende:

- Starke Strukturveränderungen in der Wirtschaft mit großen Auswirkungen auf die Auswahl der Berichtsstellen und gleichzeitig ein Wandel in der Zusammensetzung des Produktions- und Verbrauchssortiments und damit der ausgewählten Preisrepräsentanten. Dies geschieht im Produktionsbereich bei rückläufiger Produktion oder gar Liquidation sowie Neugründungen von Betrieben mit entsprechend abnehmender Auskunftsbereitschaft.
- In den Berichtsstellen, insbesondere den gewerblichen Unternehmen, besteht eine hohe Fluktuation des für die Ausfüllung der Erhebungsbögen eingesetzten Personals. Das erfordert eine erhöhte intensive Betreuung der Berichtsstellen sowie Mehraufwand bei der Bearbeitung der gemeldeten Erzeugerpreise in den statistischen Dienststellen.
- Gleichzeitig veränderten sich die Struktur und Arbeitsweise der statistischen Dienststellen in den Ländern durch die Bildung von Statistischen Landesämtern, die Auflösung von Nebenstellen in den Bezirken und Kreisen und die Einarbeitung neuen Personals. Gleiches gilt für die Schaffung der verwaltungsmäßigen Infrastruktur in den Ländern (einschließlich Rechenzentren).
- Knappe personelle Ressourcen im Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern zur Bearbeitung aller Fragen der Preisstatistik.

Diese Bedingungen beeinflussen unmittelbar die erreichbare Breite und Qualität der Preisstatistik für die neuen Bundesländer. Zweifelsohne ist es aber möglich und notwendig, auch in einer solchen komplizierten Situation Preisstatistiken zu erstellen, die für Bedürfnisse in Staat und Wirtschaft wichtige Aussagen liefern.

Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß der Aufbau der Preisstatistik unter Übergangsbedingungen neue methodische und organisatorische Probleme aufwirft und Zwischenlösungen für die neuen Bundesländer erfordert, die nur schrittweise an das in den alten Bundesländern bestehende System angepaßt werden können.

Es ist zweckmäßig, die sich daraus ergebenden Fragen in methodische und organisatorische Aspekte zu trennen.

4 Gewichtung- und Preisbasis für die Preisindizes

Die Preisindizes der BRD werden traditionell nach dem Laspeyres-Konzept berechnet, wobei etwa alle fünf Jahre die Wägungsschemata und Preisrepräsentanten überprüft werden und ein neues Basisjahr festgelegt wird. Gegenwärtig dient das Jahr 1985 als Preis- und Gewichtungsbasis. Beim Aufbau der Preisstatistik seit 1990 für die neuen

Bundesländer wurde davon ausgegangen, für die Berechnung der Preisindizes eine möglichst aktuelle Basisperiode zu wählen, für die auch ausreichendes Datenmaterial vorlag, um eine detaillierte Wägungsstruktur für die einzelnen Preisindizes abzuleiten. Dafür kam nur das Jahr 1989 als letztes volles Jahr vor der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Frage. Dies war der nächstliegende Zeitraum mit vollständigen statistischen Daten für ein ganzes Jahr. Da die neuen Preisstatistiken schrittweise erst ab 1990 eingeführt wurden, war hauptsächlich aus Gründen der Vergleichbarkeit der Preise nur ein Vergleich zum Vorjahr 1989 möglich. Als Preis- und Gewichtungsbasis der für die neuen Bundesländer sowie das frühere Berlin (Ost) berechneten Preisindizes wurde deshalb das Jahr 1989 festgelegt.

Dadurch entstehen einige Interpretationsschwierigkeiten bei der Verwendung der berechneten Preisindizes, auf die auch Nutzer von Preisstatistiken bereits mehrfach hingewiesen haben.⁷⁾ Der rasche Strukturwandel der Wirtschaft im Gebiet der ehemaligen DDR führt dazu, daß in einem gegenwärtig nicht genau quantifizierbaren Maß seit 1989 Veränderungen der Produktions- und Verbrauchsstrukturen eingetreten sind, die zweifelsohne die Gewichtungsstrukturen und damit vermutlich auch den Verlauf der Preisindizes beeinflussen.

Das Ausmaß des Einflusses dieser Strukturveränderungen auf die Indizes der Preisentwicklung kann jedoch erst ermittelt werden, wenn für die neuen Bundesländer neuere umfassende Daten über die Produktions- und Verbrauchsstrukturen vorliegen. Dies wird jedoch frühestens Anfang 1992 der Fall sein.

Das Statistische Bundesamt beabsichtigt, unmittelbar nach Vorliegen aktueller statistischer Angaben über die Produktions- und Verbrauchsstrukturen mit aktualisiertem Wägungsschemata Kontrollrechnungen durchzuführen. Dabei muß geklärt werden, in welchem Ausmaß es sich bei den Strukturveränderungen um kurzfristig wirkende bzw. längerfristig andauernde Tendenzen handelt. Das kann jedoch nur auf der Basis tiefgehenden Datenmaterials und weiterer Untersuchungen zuverlässig beurteilt werden.⁸⁾

Bei der Ausarbeitung der Wägungsschemata war es infolge der unterschiedlichen statistischen Datenbasis in der ehemaligen DDR nicht immer möglich, völlig identische Abgrenzungen der Gewichtungsbasis für die neuen Bundesländer im Vergleich mit den alten Bundesländern zu erreichen. Während sich zum Beispiel der Preisindex für die Lebenshaltung für den Indexhaushalt insgesamt für das frühere Bundesgebiet auf den gesamten privaten Verbrauch bezieht, schließt das Wägungsschema für die neuen Bundesländer nur die Ausgaben der Haushalte von Arbeitnehmern ein.

7) Zur Messung der Verbraucherpreisentwicklung im vereinigten Deutschland, Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Mai 1991, S. 32 ff.

8) Inzwischen wurde als erster Preisindex der Preisindex für die Lebenshaltung auf eine aktuellere Gewichtungsbasis umgestellt. Ab Berichtsmontat Dezember 1991 erfolgt die Berechnung auf der Grundlage der Wägungsstruktur der durchschnittlichen monatlichen Ausgabeanteile des Zeitraums vom Juli 1990 bis zum Juni 1991.

5 Berichtsstellen, Preisrepräsentanten und Berechnung von Preisreihen (Meßziffern)

5.1 Berichtsstellen und Preisrepräsentanten

Um eine ausreichende Basis für die Indexberechnungen zu erhalten, wurde bei den bereits im Mai 1990 eingeführten Erhebungen der Erzeuger- und Verbraucherpreise eine möglichst große Zahl von Preisrepräsentanten und Berichtsstellen einbezogen. Damit sollte der zu erwartende Ausfall von Erzeugnissen und Berichtsfirmen ausgeglichen werden.

So wurden bei der ersten Preiserhebung im Mai 1990

- bei den Erzeugnissen gewerblicher Produkte 12 485 Preisrepräsentanten und 1 873 Unternehmen und
- bei der Verbraucherpreisstatistik mehr als 200 Gemeinden (vergleichsweise in den alten Bundesländern 118 Gemeinden) einbezogen.

Inzwischen mußte die Zahl der Berichtsstellen, Preisrepräsentanten und Berichtsgemeinden erheblich reduziert werden.

Entwicklung der Berichtsstellen und Preisrepräsentanten

Zeitpunkt	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		Verbraucherpreise	
	Berichts- stellen	Preis- repräsentanten	Berichts- stellen	Berichts- gemeinden
Mai 1990	1 873	12 485	12 200	220
Juli 1990	1 771	10 719	12 200	220
Dezember 1990	1 623	8 491	9 000	112
Juli 1991	1 454	7 135	7 200	80

Diese beträchtliche Reduzierung der Berichtstellen und Preisrepräsentanten sowie die tiefgreifenden Strukturveränderungen im Güterangebot und -verbrauch haben dazu geführt, daß es in vielen Fällen nicht möglich ist, völlig identische Produkte in ihrer Preisentwicklung bis zum Basisjahr 1989 zurückzuverfolgen. Monatlich scheiden Erzeugnisse aus und neue Produkte werden in die Preiserfassung einbezogen (das gleiche gilt für die Berichtsstellen).

Für die Erzeugnisse gewerblicher Produkte soll das an folgenden Daten illustriert werden:

Erzeugniswechsel bei der Erhebung der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Erhebungsmonat	Ausgeschiedene	Neu einbezogene
	Erzeugnisse im Vergleich zum Vormonat	
Dezember 1990	195	64
Januar 1991	441	196
Februar 1991	487	156
März 1991	259	108
April 1991 ¹⁾	1 217	622
Mai 1991	159	146
Juni 1991	207	171

1) Neuer Erhebungsvordruck.

5.2 Aufstellung von Preisreihen

Die Berechnung der Preisreihen (Meßziffern) ist unter diesen Bedingungen nicht nach den völlig gleichen Verfahren möglich, wie sie bei den auf das Jahr 1985 basierten Preisindizes der alten Bundesländer angewendet werden. Hier kommen Erzeugnis- und Berichtsstellenwechsel weit weniger häufig vor. Entsprechend den allgemeinen indexmethodischen Prinzipien besteht der übliche Weg der Berechnung von Meßziffern bei Erzeugniswechsel darin, die jeweils zum Berichts- und Vormonat ermittelten absoluten Preise des neuen Produkts bis zum Basisjahr zurückzurechnen. Danach werden die Einzelmeßziffern und Gruppenmeßziffern auf Basis der absoluten Preise berechnet.

Wegen des häufigen Produktwechsels ist dieses Verfahren in den neuen Bundesländern gegenwärtig praktisch nicht realisierbar. Es werden deshalb Einzelmeßziffern je Preisrepräsentant und durchschnittliche Meßziffern für die kleinste gewogene Einheit jeweils zwischen dem Berichtsmonat und Vormonat berechnet und bis zum jeweiligen Basiszeitraum (z.B. 1989 = 100) durch Verkettung zurückgerechnet. Diese Meßziffern beruhen auf den im jeweiligen Berichtsmonat erfaßten vergleichbaren Preisrepräsentanten.

Voraussetzung für dieses Verfahren ist bei der Preiserhebung die Beobachtung der Preise für vergleichbare Produkte im Berichtsmonat und dem jeweiligen Vormonat für die vorgegebene untere Gliederungsstufe des Wägungsschemas. Die auf diese Weise ermittelten Meßziffern für die kleinste Gliederungsstufe des Wägungsschemas werden danach mit den Wägungsanteilen gewichtet und zu den Gesamtpreisindizes aggregiert.

Diese Verfahrensweise ermöglicht es, neue Erzeugnisse bzw. Berichtsstellen in die Indexberechnung einzubeziehen, indem jeweils für den Berichtsmonat und den Vormonat die Preise des neuen Erzeugnisses erfaßt werden, die im folgenden Zeitraum

wiederum die Basis für die vergleichbare Preiserfassung darstellen. Bei Erzeugnissen mit annähernder Vergleichbarkeit bei etwas veränderten preisbestimmenden Merkmalen erfolgt in Zusammenarbeit zwischen den Statistikern und den Berichtsstellen eine Einschätzung der Qualitätsveränderungen und eine entsprechende Berücksichtigung bei der Indexberechnung.

Bei der Berechnung von Preisreihen über die Entwicklung der Verbraucherpreise für die neuen Bundesländer sowie das frühere Berlin (Ost) tritt noch eine weitere Besonderheit auf.

Bei Beginn der Verbraucherpreiserhebungen und der entsprechenden Berechnungen von Preisindizes für die Lebenshaltung im Mai 1990 wurde eine repräsentative Artikelauswahl zugrunde gelegt, die noch den damaligen Verhältnissen entsprach. Für diese Artikel erfolgten die Preiserhebungen und auf dieser Basis die Indexberechnungen im wesentlichen bis Anfang 1991. Aufgrund der von Mai 1990 bis Anfang 1991 eingetretenen Änderungen des Warenangebots und des Kaufverhaltens in den neuen Bundesländern, insbesondere seit Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1.7.1990, war es notwendig geworden, die Artikelliste zu verändern. Sie konnte fast vollständig an das Erhebungsprogramm angepaßt werden, das im bisherigen Bundesgebiet gilt. Im Zuge dieser Anpassung wurden etwa 230 Erhebungspositionen gestrichen und mehr als 280 Waren und Leistungen in die Preiserhebung neu aufgenommen.

Beispiele für gestrichene und neu aufgenommene Erhebungspositionen der Verbraucherpreisstatistik

Gestrichene Positionen	Neu aufgenommene Positionen
Eisbein	Lammfleisch
Fleischblutwurst	Rindfleisch zum Kochen
Schmalzfleisch	Gekochter Schinken
Babywindel, Mull	Höschenwindel (Papier) in 60-Stück-Packung
Wellradwaschmaschine	Geschirrspülmaschine
Brausekabine	Videorecorder
Tonbandkassettengerät	TÜV-Gebühren
Schnellkochtopf, 7 Liter Inhalt	Elektrikerarbeiten
PVAC-Latex-Bindemittel, farblos	Platz in Jugendherbergen

Auf dieser aktuellen Grundlage werden die Preisbeobachtung und die Indexberechnung seit Mai 1991 durchgeführt. Gleichzeitig wurde eine rückwirkende vergleichbare Berechnung aller monatlichen Preisindizes für die Lebenshaltung der Monate Mai 1990 bis April 1991 vorgenommen. Da für einen Teil der neuen Artikel eine Rückrechnung bis zurück zum Basisjahr mit Hilfe vorhandener Preisreihen aus vergangenen Preiserhebungen nicht vertretbar erschien, wurden nachträglich Preise erhoben und bei der Indexberechnung berücksichtigt. Dadurch ergaben sich neue Indexzahlen, die jedoch

für den Gesamtindex, bezogen auf die Periode seit der Einführung der DM im Juli 1990, nur geringfügig von den bisherigen Berechnungen abweichen.⁹⁾

**Preisindex für die Lebenshaltung (alle Arbeitnehmerhaushalte) für die neuen Bundesländer
und das frühere Berlin (Ost)**

Juli 1990 = 100

Monat	Bisherige Berechnung	Neuberechnung
August 1990	100,4	99,8
September 1990	102,2	101,0
Oktober 1990	103,9	102,7
November 1990	103,8	102,8
Dezember 1990	104,9	104,0
Januar 1991	112,6	111,1
Februar 1991	113,0	111,9
März 1991	114,0	113,7
April 1991	114,8	114,9

6 Organisatorische Fragen des Aufbaus der Preisstatistik

In der Anfangsetappe des Aufbaus der Preisstatistik im ersten Halbjahr 1990 konnte der noch bestehende Apparat des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR mit 15 Bezirksstellen und 220 Kreisstellen voll genutzt werden. Das ermöglichte eine rasche Einführung der neuen Preiserhebungen unter Mitwirkung erfahrener Statistiker. Das bedeutet z.B. auch, daß die repräsentative Verbraucherpreiserhebung in den zuerst einbezogenen mehr als 220 Gemeinden vollständig von hauptamtlichen Statistikern (Mitarbeitern der Kreis- und Bezirksstellen) durchgeführt wurde. Darin besteht auch z.Z. noch ein wesentlicher Unterschied zu den alten Bundesländern, wo die Preiserhebung in den Gemeinden von nebenamtlichen Preiserhebern vorgenommen wird. Erst im Jahr 1992 wird sich mit der Bildung der Statistischen Landesämter in den neuen Bundesländern diese Situation verändern und der Lage in den alten Bundesländern weitgehend angleichen.

Aus dem schrittweisen Aufbau der Preisstatistik 1990/91 unter wechselnden Bedingungen ergab sich auch die Notwendigkeit, für eine Übergangsperiode teilweise noch mit vorhandenen Organisationsmitteln der ehemaligen DDR-Statistik zu arbeiten.

Bei der Erzeugerpreisstatistik gewerblicher Produkte wurde z.B. deshalb bis zur Umstellung ab September 1991 noch mit der Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur der ehemaligen DDR und den Betriebsnummern des alten statistischen Betriebsregisters

⁹⁾ Zur Neuberechnung auf Basis des Wägungsschemas Juli 1990 bis Juni 1991 siehe Fußnote 8), S. 85.

Stand der Berechnung von Preisindizes für die neuen Bundesländer

Preisindex	Preisindex- berechnung	Veröffentlichung
Preisindex für Lebenshaltung		
– Alle Arbeitnehmerhaushalte		Monatliche Pressemitteilung
– 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit höherem Einkommen	ab Mai 1990 (monatlich)	Fachserie 17; Preise, Reihe 7 Monatsbericht (ab Januar 1991) Eilbericht (ab November 1990) Arbeitsmaterial
– 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen		
– 2-Personen-Rentnerhaushalt		
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte	ab Juli 1990 (monatlich)	Monatliche Pressemitteilung Fachserie 17, Reihe 2 (ab Juli 1990) Arbeitsmaterial
Preisindex für Bauwerke	ab August 1990 (vierteljährlich)	Vierteljährliche Pressemitteilung (ab Februar 1991) Fachserie 17, Reihe 4 (ab August 1991) Arbeitsmaterial (ab November 1990)
Preisindex für landwirtschaftliche Erzeugnisse	ab Juli 1990	Fachserie 17, Reihe 1 (ab September 1991) Arbeitsmaterial
Preisindex für landwirtschaftliche Betriebsmittel	ab Juli 1990	Arbeitsmaterial Fachserie 17, Reihe 1 (ab Januar 1992)
Preisindex für forstwirtschaftliche Erzeugnisse	(monatlich geplant ab 1992)	Arbeitsmaterial (geplant für 1992)
Index der Großhandelsverkaufspreise	z. Z. keine Berechnung möglich	–
Index der Einzelhandelsverkaufspreise	z. Z. keine Berechnung möglich	–
Index der Ausführpreise		
Index der Einfuhrpreise		

gearbeitet. Dies war zur Sicherung der Vergleichbarkeit der Informationen bis zum Basisjahr 1989 zurück zweckmäßig. Parallel dazu erfolgt bei der Ergebnisdarstellung eine Umschlüsselung von der Erzeugnis- und Leistungsnumenklatur der ehemaligen DDR (ELN-Systematik) auf das Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP) des Statistischen Bundesamtes.

7 Berechnung und Veröffentlichung von Preisindizes

Die regelmäßige Berechnung aussagefähiger Preisindizes erfordert ein stabiles System von repräsentativen Preiserhebungen sowie ausreichend detaillierte Wägungsschemata. Diese entscheidenden Grundlagen können mit dem Aufbau der Preisstatistik für das Gebiet der neuen Bundesländer erst schrittweise geschaffen werden. Unter Berücksichtigung der unter Punkt 3 dieses Beitrages beschriebenen unterschiedlichen Zeitpunkte der Einführung der einzelnen Preiserhebungen und der Gewährleistung einer ausreichenden Qualität des erfaßten Preismaterials konnten die Indexberechnungen und ihre Veröffentlichung stufenweise entsprechend den bestehenden Prioritäten aufgenommen und schrittweise weiter ausgedehnt werden (siehe Übersicht S. 90). Das Ziel besteht darin, 1992 die noch bestehenden Lücken zu schließen.

Schlußbemerkung

Die gegenwärtig noch bestehenden Unterschiede in der Produktions- und Verbrauchsstruktur zwischen den alten und neuen Bundesländern sowie im Wirtschafts- und Konjunkturablauf lassen erwarten, daß es noch für einen mittelfristigen Zeitraum zweckmäßig sein wird, gesonderte Preisindizes für die neuen Bundesländer sowie das frühere Berlin (Ost) zu berechnen.

Mit der Einführung einer neuen Indexbasis ist es möglich, gleichzeitig die neuen Bundesländer einzubeziehen. Ab diesem Zeitpunkt sollten die Indexberechnungen für Deutschland vollständig auf ein durchgängig einheitliches methodisches Konzept umgestellt werden. Mit dem Abschluß der gegenwärtig noch laufenden Planungen des Statistischen Bundesamtes werden die hierfür möglichen terminlichen Arbeitsetappen der Indexumstellungen noch festzulegen sein.

Löhne und Gehälter

1 Unterschiedliche Ausgangsbedingungen bei der Datenerfassung

Statistische Daten über Löhne und Gehälter bilden eine wichtige Grundlage zur Darstellung der sozialen Lage der Bevölkerung. Sie wurden auch deshalb in die prioritären statistischen Aufgabengebiete einbezogen, die im Staatsvertrag über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion festgelegt wurden. Mit der Zielsetzung einer raschen Bereitstellung vergleichbarer Ergebnisse über Löhne und Gehälter und einer schrittweisen Einführung der Bundesstatistik auf dem Gebiet der ehemaligen DDR fanden bereits Anfang Mai 1990 intensive Arbeitsberatungen zwischen den zuständigen Vertretern des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR statt. Dabei wurde festgestellt, daß eine unmittelbare Vergleichbarkeit der vorliegenden Daten über Löhne und Gehälter wegen der vorhandenen Unterschiede in der Erfassung nur stark eingeschränkt möglich ist.

Wesentliche Unterschiede zwischen der Lohnstatistik der Bundesrepublik Deutschland und der im Rahmen der Arbeitskräfteberichterstattung in der ehemaligen DDR erfaßten Lohndaten betrafen

- wirtschaftszweigsystematische Abgrenzung der Erhebungsbereiche (abweichende Schlüsselsystematiken).
- Definitionen der Erhebungseinheiten (Betriebe/Unternehmen).
- Rechtsformen der Erhebungseinheiten (im Hinblick auf die Einbeziehung/Nichtbeziehung z.B. der privaten Wirtschaft).
- Erhebungsmodalitäten (kumulative Werte und Totalerhebung in der Arbeitskräfteberichterstattung/Monatswerte und Stichprobenverfahren in der Lohnstatistik) sowie unterschiedliche Abrechnungsperioden (monatlich, quartalsweise) verschiedener Erhebungseinheiten.
- Abgrenzung des Lohnbegriffs (Einbeziehung bestimmter Zahlungen); z.B. wurden Ausfallzeiten für Krankheit ab dem ersten Tag der krankheitsbedingten Abwesenheit von der Sozialversicherung als "Krankengeld" bezahlt. In der Verdiensterhebung wird die Lohnfortzahlung durch den Betrieb bis zu einer Dauer von sechs Wochen berücksichtigt.
- Definition der Beschäftigtengruppen "Arbeiter" (Produktionsarbeiter/Produktionspersonal) und "Angestellte" (kaufmännische und technische Angestellte); Nachweis der Löhne und Gehälter nach Geschlecht und nach Leistungsgruppen.

^{*)} Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

- Unterschiede im Tariflohn- und -gehaltssystem (Inhalt von Lohn- und Gehaltsgruppen). Die in der ehemaligen DDR gültigen Lohn- und Gehaltsgruppen konnten für die Einstufung nach Leistungsgruppen nicht verwendet werden, weil diese Einstufung nicht wie in der Lohnstatistik vor allem nach der ausgeübten Tätigkeit, sondern in erster Linie nach der Qualifikation erfolgte.
- Anwendung unterschiedlicher Zählmaße für Arbeiter und Angestellte (Personen, Vollzeitbeschäftigte, Vollbeschäftigteneinheiten, Vollbeschäftigte)

2 Ermittlung vergleichbarer Ergebnisse aus dem vorhandenen Datenbestand

Die schrittweise Beseitigung der im Punkt 1 dargestellten unterschiedlichen Ausgangsbedingungen bei der Erfassung von Lohndaten wurde zielstrebig verfolgt, so daß bereits Mitte 1990 erste in wesentlichen Punkten vergleichbare statistische zusammenfassende Daten über Löhne und Gehälter für das Gebiet der ehemaligen DDR vorgelegt werden konnten.

Dabei lassen sich folgende Erfahrungen verallgemeinern: Die zuständigen Vertreter des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR haben rechtzeitig und sehr intensiv alle realmachbaren Etappen und inhaltlichen Schwerpunkte (z.B. erfolgte die Konzentration der Arbeiten auf die vierteljährliche Verdiensterhebung in Industrie, Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe und auf den Aufbau einer Tariflohn- und -gehaltsstatistik) gemeinsam beraten und abgestimmt. Zwei Aufgaben wurden gleichzeitig in Angriff genommen. Zum einen ging es um die rasche Bereitstellung vergleichbarer Daten für das Gebiet der ehemaligen DDR aus den dort vorliegenden Ergebnissen der Arbeitskräfteberichterstattung. Zum anderen wurde die schrittweise Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern vorbereitet. Als besonders wichtig hat sich erwiesen, reale Schritte festzulegen und dabei auch Kompromisse in Kauf zu nehmen. Rechtzeitig wurden durch Vertreter des Statistischen Bundesamtes mehrere umfangreiche Schulungen zur Lohnstatistik durchgeführt, in die auch Vertreter der im Aufbau befindlichen Statistischen Landesämter der neuen Bundesländer einbezogen wurden. Damit einher ging ein genereller gemeinsamer Lernprozeß beider Expertengruppen über das jeweilig andere Berichtssystem. Aus heutiger Sicht hat sich das Vorgehen in folgenden drei prinzipiellen Schritten bewährt:

1. Ermittlung erster vergleichbarer Ergebnisse aus der bisherigen Arbeitskräfteberichterstattung, wie sie bis Juni 1990 erfolgte. Lohnstatistische Daten der ehemaligen DDR (Bruttoverdienste der Arbeiter und Angestellten nach ausgewählten Wirtschaftszweigen) wurden für folgende Zeiträume ermittelt:
 - Oktober 1988,
 - Januar, April, Juli, Oktober 1989,

- Januar, April 1990 und
- Jahresdurchschnitte 1987 bis 1989.

Bereits am 26. Juli 1990 konnten in einer Pressemitteilung durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Arbeiter und Angestellten zusammen in ausgewählten Wirtschaftszweigen in der Bundesrepublik Deutschland und in der ehemaligen DDR für Januar 1990 veröffentlicht werden, die allerdings nicht vollinhaltlich vergleichbar waren.

2. Erweiterung/Änderung der Arbeitskräfteberichterstattung ab Juli 1990 durch Einführung einer Reihe wichtiger mit der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel vergleichbarer Erhebungsmerkmale. Erstmals wurden für Juli 1990 und Oktober 1990 die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der *vollzeitbeschäftigten* Arbeiter und Angestellten für das Gebiet der ehemaligen DDR in ausgewählten Wirtschaftszweigen veröffentlicht. Gleichzeitig begann im 2. Halbjahr 1990 der schrittweise Aufbau einer Tariflohn- und -gehaltsstatistik für die neuen Bundesländer (vgl. Abschnitt 4, S. 99).
3. Volle Anpassung der Verdiensterhebung ab Januar 1991 für die neuen Bundesländer unter Berücksichtigung einiger weniger notwendiger Übergangsregelungen (Unternehmen als Erhebungseinheit, Behandlung der Kurzarbeiter).

Welche wesentlichen Aufgaben mußten gelöst werden, um frühzeitig vergleichbare Ergebnisse aus dem vorhandenen Datenbestand zu ermitteln?

- Zuerst war es notwendig, sich schnell über eine zunächst provisorische *Um-schlüsselung* (Schlüsselbrücke) der Daten nach der Systematik der Volkswirtschaftszweige der ehemaligen DDR auf die Systematik der Wirtschaftszweige der Bundesrepublik zu verständigen. Dennoch verbliebene Differenzen wurden kenntlich gemacht.
- Bis zum Vorliegen eindeutiger Unterscheidungsmöglichkeiten entsprechend der Rentenversicherungspflicht in Arbeiter und Angestellte mußte auch eine Verständigung zur bisher unterschiedlichen Begriffsbestimmung "Arbeiter" erfolgen. In der ehemaligen DDR erfolgte keine getrennte Erfassung nach Arbeitern und Angestellten entsprechend der Rentenversicherungspflicht. Es wurden die Lohndaten für die Arbeiter und Angestellten zusammen und als Darunterposition für "Produktions- und Handelspersonal" erfaßt. Das Produktionspersonal umfaßte die Produktionsarbeiter und das ingenieurtechnische Personal. Handelspersonal waren die Beschäftigten, die im Handel für die Durchführung der Prozesse der materiellen Warenbewegung eingesetzt waren. Sie wurden als Arbeiter im Bereich Handel erfaßt. Um zu ersten vergleichbaren Aussagen über Löhne und Gehälter zu kommen, wurde das in der ehemaligen DDR erfaßte "Produktions- und Handelspersonal" mit der Beschäftigtengruppe "Arbeiter" gleichgesetzt. Eine Veröffentlichung dieser Daten erfolgte jedoch nicht.

- In den ausgewiesenen durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten für Arbeiter und Angestellte werden im Rahmen der laufenden Verdiensterhebung nur die **V o l l - z e i t b e s c h ä f t i g t e n** einbezogen, im Rahmen der Arbeitskräfteberichterstattung dagegen erfolgte die Erfassung der Lohndaten für "Personen" und "Vollbeschäftigteneinheiten" (VBE). Als Personen wurden alle Arbeitskräfte unabhängig von der individuell mit dem Betrieb vereinbarten Arbeitszeit erfaßt, d.h., jede Arbeitskraft, ob "vollbeschäftigt" oder "teilbeschäftigt", zählte als eine Person. Die VBE war ein Zählmaß für eine fiktive Anzahl "vollbeschäftigter Personen", es war eine rechnerische Größe auf Basis der Normalarbeitszeiten. Dabei zählten:

- vollbeschäftigte Personen als eine volle Einheit (= 1 VBE);

- teilbeschäftigte Personen nur gemäß dem Anteil ihrer individuell vereinbarten Arbeitszeit an der wöchentlichen Normalarbeitszeit des jeweiligen Schichtsystems;

- zusätzliche Arbeitskräfte gemäß dem Anteil der bezahlten Zeit (ohne Überstunden) an der Normalarbeitszeit des jeweiligen Schichtsystems.

Der Nachweis von Vollzeitbeschäftigten erfolgte für ausgewählte Wirtschaftszweige ab Juli 1990 aufgrund einer Änderung der Erfassungsmerkmale in der Arbeitskräfteberichterstattung.

- Eine Vergleichbarkeit war auch bei den Lohnsummen herzustellen. Der Unterschied bestand vor allem darin, daß in den Bruttolohnsummen lt. Arbeitskräfteberichterstattung die Beträge für krankheitsbedingte Ausfallzeiten (Lohnfortzahlung durch den Betrieb bis zu sechs Wochen im Krankheitsfall) nicht enthalten waren. In der ehemaligen DDR wurden diese Ausfallzeiten durch die Sozialversicherung finanziert. Die Ausfallzeiten durch Krankheit waren nach Wirtschaftszweigen erfaßt, so daß eine auf Zeitbasis ermittelte prozentuale Zurechnung auf die Lohnsumme erfolgen konnte.

Eine entscheidende Verbesserung der Vergleichbarkeit der Lohndaten wurde im 2. Halbjahr 1990 dadurch erreicht, daß ab Juli 1990 eine Erweiterung des Erhebungsprogramms erfolgte. In einem speziellen **A n l a g e b o g e n** zu dem Formblatt zur monatlichen Arbeitskräfteberichterstattung wurden erstmals für Juli 1990 und Oktober 1990 zusätzliche Angaben über Vollzeitbeschäftigte (Anzahl, Bruttolohnsumme und bezahlte Zeiten) für die Bereiche Industrie, Bau, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen und Handel erhoben. Eine Erfassung nach Vollbeschäftigteneinheiten wurde eingestellt. In die Bruttolohnsummen sind die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall für die ersten sechs Wochen durch den Betrieb ab 1. Juli 1990 einbezogen worden. Auch dadurch wurde eine bessere Vergleichbarkeit erreicht. Auf der Grundlage dieser verbesserten Erfassungsbasis wurden im November 1990 Bruttomonatsverdienste der Arbeiter und Angestellten im früheren Bundesgebiet und im Gebiet der ehemaligen DDR für Juli 1990 in ausgewählten Wirtschaftszweigen und im Februar 1991 für Oktober 1990 veröffentlicht.

Neben dieser insgesamt positiven Bewertung bei der Ermittlung vergleichbarer Lohn-daten müssen im Rahmen dieses Erfahrungsberichtes aber auch einige Einschränkungen bzw. Erhebungsprobleme erwähnt werden:

- Die verschiedenen wirtschaftsorganisatorischen Veränderungen (Aufspaltung Volkseigener Kombinate und Betriebe, Rechtsformänderungen/Privatisierung, Konkurse, Neugründungen, aber auch Entlassungen und hohe Zahl von Kurzarbeitern) führten zu einigen Problemen bei der Beurteilung der Entwicklung von Daten in einzelnen Zeiträumen.
- Nicht in jedem Unternehmen gelang es, rechtzeitig aufgrund der neuen Erhebungsmerkmale die EDV-Projekte umzustellen, so daß nicht jedes neue Merkmal abgerechnet wurde.
- Anfangs traten aus unterschiedlichen Gründen Verweigerer auf.
- Die neuen methodischen Vorgaben wurden nicht immer exakt beachtet (so wurden z.T. auch Kurzarbeiter in die Vollzeitbeschäftigung eingerechnet, oder es wurden nicht nur regelmäßige Zahlungen in den Lohnsummen erfaßt, sondern Abfindungen, Prämien u.a.).

Durch umfangreiche Plausibilitätskontrollen und eine Vielzahl von Rückfragen der Statistischen Landesämter bei den Unternehmen konnte jedoch erreicht werden, daß die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste nach Wirtschaftszweigen real ausgewiesen werden.

Parallel zur Ermittlung vergleichbarer Ergebnisse aus dem vorhandenen Datenbestand wurde im 2.Halbjahr 1990 die volle Anpassung der laufenden Verdiensterhebung in Industrie, Handel, im Kredit- und Versicherungsgewerbe ab Berichtsmontat Januar 1991 vorbereitet. Eine Konzentration auf diesen Teil der Lohnstatistik war möglich, weil durch die Statistikanpassungsverordnung (StatAV) vom 26. März 1991 festgelegt wurde, daß die Verdiensterhebung in der Landwirtschaft und im Handwerk für das Jahr 1991 ausgesetzt und die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in den neuen Bundesländern auf Mai 1992 verschoben wird.

3 Volle Anpassung der Verdiensterhebung ab Berichtsmontat Januar 1991

Die Einführung der laufenden Verdiensterhebung in Industrie, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe in den neuen Bundesländern ab Januar 1991 wurde gründlich vorbereitet. Besonders bewährt hat sich die im IV. Quartal 1990 im Land Thüringen und im früheren Berlin (Ost) durchgeführte *P r o b e b e f r a g u n g*. Zu diesem Zweck wurden vier Gruppen gebildet, die sich auf der einen Seite aus Vertretern des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, den Statistischen Landesämtern Hessen und

Berlin und auf der anderen Seite aus Vertretern des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR, der zwischenzeitlich gebildeten Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz des Statistischen Bundesamtes, des Statistischen Landesamtes Thüringen sowie der ehemaligen Bezirksstelle der Statistik im früheren Berlin (Ost) zusammensetzten. In ca. 30 ausgewählten Unternehmen der Industrie, des Handels, des Kredit- und Versicherungsgewerbes wurden erprobt:

- die Ausfüllbarkeit des geplanten Erhebungsbogens und die Verständlichkeit der zum Bogen übergebenen Erläuterungen einschließlich der Definition der Leistungsgruppen für Arbeiter und Angestellte,
- die Aussagefähigkeit des vorgesehenen Informationsblattes, welches u.a. über Art, Umfang und Zweck der Befragung, zu Rechtsgrundlagen und zur Geheimhaltung Auskunft gibt sowie
- die Verfügbarkeit der Daten in der betrieblichen Buchhaltung sowie mögliche Verfahren bei der Periodenabgrenzung, beim Nachweis der Arbeitszeit- und Verdienstsommen für die vorgesehenen Arbeitnehmergruppen (Arbeiter, Kaufmännische und Technische Angestellte), nach dem Geschlecht sowie nach Leistungsgruppen.

In Auswertung dieser sehr nützlichen Probebefragung wurden

- der Erhebungsbogen und die dazugehörigen Erläuterungen überarbeitet,
- die vorgelegten Definitionen der Leistungsgruppen als ausreichend angesehen und
- das Informationsblatt präzisiert.

Als Problem für größere Unternehmen zeigte sich der hohe manuelle Aufwand, da eine Vielzahl von Angaben in den Erhebungsunterlagen noch nicht rechnergestützt ermittelt werden konnte; diese Probleme sind zwischenzeitlich weitgehend beseitigt. So war es z.B. notwendig, die Zuordnung der Arbeiter und Angestellten sowie deren Lohn- und Gehaltssummen nach Leistungsgruppen vorzunehmen. Basis dafür bilden neue Tarifverträge in den neuen Bundesländern, die neue Gehalts- und Lohngruppen enthalten, die wiederum durch das Statistische Bundesamt durch Anweisungen in Leistungsgruppen eingegliedert werden. Da in der Mehrzahl der Unternehmen noch keine neuen Tarifverträge vorlagen, mußte die Zuordnung der Beschäftigten nach Leistungsgruppen auf der Grundlage von Definitionen der Leistungsgruppen erfolgen. Zuordnungskriterien bildeten vor allem die ausgeübte Tätigkeit und die Qualifikation. Durch diese Verfahrensweise waren subjektive Entscheidungen unumgänglich. Die Erhebungsunterlagen wurden für alle neuen Bundesländer zentral gedruckt, ebenso erfolgte die Anpassung der entsprechenden Verbundprogramme (u.a. nach Präzisierung der Plausibilitätsprüfungen) durch das Statistische Landesamt Berlin.

Ein weiterer Schwerpunkt der Vorbereitung der Verdiensterhebung bestand in der qualifizierten und rechtzeitigen Auswahl der berichtspflichtigen Unternehmen.

Bekanntlich mußte von der bisherigen Totalerhebung der volkseigenen und genossenschaftlichen Unternehmen in der ehemaligen DDR auf ein Stichprobenverfahren übergegangen werden. Die Stichprobenauswahl erfolgte auf der Basis der Unterlagen des Statistischen Betriebsregisters über die volkseigenen und genossenschaftlichen Unternehmen und der Arbeitskräfteberichterstattung vom Oktober 1990. Insgesamt wurden 2 218 Unternehmen ausgewählt. Die Auswahl von Unternehmen als Berichtseinheit in den neuen Bundesländern gegenüber Betrieben in den alten Bundesländern mußte in Kauf genommen werden, da keine besseren verwertbaren Unterlagen für die Stichprobe zur Verfügung standen. Die Rechtsverordnung läßt die Auswahl von Unternehmen für die Übergangszeit bis 2. Oktober 1992 ausdrücklich zu. Dieser Unterschied, der z.Z. noch besteht, kann erst im Rahmen einer Neuauswahl des Berichtskreises der neuen Bundesländer auf Betriebsebene beseitigt werden (1992 geplant).

Weiterhin sind sich die Verantwortlichen darüber im klaren, daß die sich noch weiter vollziehenden Veränderungen im Berichtskreis gewissenhaft verfolgt werden müssen, um die ständige Aussagefähigkeit der Daten zu gewährleisten. Das betrifft Veränderungen der Betriebsgrößen (Anzahl der Arbeiter und Angestellten) seit Ziehen der Stichprobe, die Änderung in der Zuordnung zu einem anderen Wirtschaftsbereich, das Verschwinden bzw. die Übernahme von Berichtspflichtigen, die veränderte Zugehörigkeit zu einem anderen Bundesland u.a. Alle diese Veränderungen erforderten und erfordern nach wie vor vielfältige Rückfragen der Statistischen Landesämter bei den Unternehmen sowie erhebliche Bemühungen des Bundesamtes um die Erhaltung der Aussagefähigkeit. Es werden sich auch nicht Korrekturen der Zahl einzubeziehender Unternehmen vermeiden lassen. Außerdem werden immer noch die Erhebungsunterlagen falsch oder lückenhaft ausgefüllt, was ebenfalls intensive Arbeiten seitens der Statistischen Landesämter erfordert.

Als Terminablaufplan für die Durchführung der Verdiensterhebung für den Erhebungsmonat Januar 1991 war vorgesehen:

- | | |
|--|----------------|
| - Abgabe der Erhebungsunterlagen | bis 28.02.1991 |
| - Datenerfassung | bis 15.04.1991 |
| - Maschinelle Plausibilitätskontrolle | bis 30.04.1991 |
| - Maschinelle Aufbereitung (in Berlin) | bis 15.05.1991 |
| - Überprüfung der Ergebnisse und Freigabe durch die Länder | bis 31.05.1991 |
| - Übergabe der Daten an das Statistische Bundesamt (Magnetbandversand) | 01.06.1991 |

Obwohl diese Termine nicht ganz eingehalten werden konnten, waren doch alle an der Bewältigung dieser komplizierten Aufgabe beteiligten Mitarbeiter der Statistischen Landesämtern der neuen Bundesländer, die von ihren Partnern in den alten Bundesländern, im GeStAL, im Statistischen Bundesamt, Wiesbaden (einschließlich dessen Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz) und im Statistischen Landesamt Berlin nachhaltig unterstützt wurden, sehr zufrieden, daß trotz der vielen Probleme erste Länderergeb-

nisse auf Magnetband am 18.06.1991 dem Statistischen Bundesamt übergeben werden konnten. Im September 1991 erschienen im Rahmen der Fachserie 16 "Löhne und Gehälter", Reihe 2.5.1 und 2.5.2 die Veröffentlichungen "Arbeiterverdienste in der Industrie der neuen Bundesländer Januar 1991" und "Angestelltenverdienste in Industrie und Handel der neuen Bundesländer Januar 1991".

Zwischenzeitlich konnten die Termine der Bereitstellung von Lohndaten trotz der noch erforderlichen vielen Rückfragen bei den Unternehmen weiter verkürzt werden. Am 19. August 1991 veröffentlichte das Statistische Bundesamt eine Pressemitteilung zu den Bruttoverdiensten der Arbeiter und Angestellten in den alten und neuen Bundesländern für April 1991.

Zusammenfassend läßt sich schlußfolgern, daß die bei der Vorbereitung und Durchführung der laufenden Verdiensterhebung in Industrie, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe gesammelten Erfahrungen durchaus bei der Vorbereitung und Durchführung der Verdiensterhebung im Handwerk im Mai 1992 und in der Landwirtschaft im September 1992, auch bei der Vorbereitung der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung, die im Mai 1992 in den neuen Bundesländern stattfinden wird, Beachtung finden sollten. Für die Verdiensterhebung in der Industrie muß für 1992 die Neuauswahl des Berichtskreises vorbereitet werden (Übergang von Unternehmen auf Betrieb, Beachtung der zwischenzeitlich erfolgten wirtschaftsorganisatorischen Veränderungen, z.B. im Handel). Entscheidende Probleme liegen in der Ermittlung einer geeigneten aktuellen Auswahlgrundlage bzw. Unterlage im Handel und im Kredit- und Versicherungsgewerbe.

4 Tarifentwicklung für Löhne, Gehälter und Wochenarbeitszeiten in den neuen Bundesländern

Der Aufbau der Tariflohn- und -gehaltsstatistik für die neuen Bundesländer bildete einen weiteren Schwerpunkt, neben der Einführung der Verdiensterhebung in Industrie, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe, um die soziale Lage der Bevölkerung besser darstellen zu können. Dazu wurden folgende Aufgaben bewältigt:

1. Alle seit 1.7.1990 in den neuen Bundesländern abgeschlossenen Tarifverträge wurden registriert und für diesen Teil ein Tarifarchiv aufgebaut. Dies erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Tarifregister des Bundesministeriums für Arbeit, Außenstelle Berlin.
2. Für alle bis Oktober 1990 wichtigen in Kraft getretenen Tarifverträge erfolgte eine erste Veröffentlichung in der Fachserie 16 im Mai 1991. Je Tarifvertrag wurden die Monatsbeträge für Angestellte, die Vergütungssätze je Vergütungsgruppe bzw. die Zeitlohnsätze je Lohngruppe der Arbeiter, die vereinbarte Arbeitszeit, Urlaubsdauer und -bezahlung sowie evtl. Sonderzahlungen ausgewiesen.

3. Für die neuen Tarifverträge wurden erste Anweisungen zur Eingliederung der in den Verträgen enthaltenen Lohn- und Gehaltsgruppen in Leistungsgruppen ausgearbeitet, die wiederum von den Statistischen Landesämtern der neuen Bundesländer den in die Verdiensterhebung einbezogenen Unternehmen übergeben wurden. Damit hatten die Unternehmen eine bessere Grundlage für den Ausweis der Arbeiter und Angestellten und ihrer Bruttolohn- und -gehaltssumme nach Leistungsgruppen.

Die Veröffentlichung der Angaben aus den Tarifverträgen, die bis 30. April 1991 in Kraft getreten sind, erfolgte im Oktober 1991 gleichzeitig für die alten und neuen Bundesländer.

Außenhandel

Vergleich zwischen der Bundesstatistik des Außenhandels und der Außenhandelsstatistik der ehemaligen DDR

Einen wichtigen Indikator für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und die Prognose der künftigen Entwicklung eines Landes stellen Angaben über den Außenhandel dar. Daten über die Struktur und Entwicklung des Außenhandels werden von Wirtschaft, Wissenschaft und Behörden sowohl auf nationaler Ebene als auch international in sehr vielfältiger Weise benötigt und genutzt. Daraus ergeben sich Anforderungen an eine einheitliche und international möglichst weitgehend harmonisierte statistische Erfassung der Daten in methodischer und systematischer Hinsicht. Hier gab es jedoch bei den von der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR erstellten Außenhandelsstatistiken erhebliche Unterschiede, deren kurzfristige Beseitigung mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten unabdingbar wurde.

Die in den folgenden Ausführungen zur Außenhandelsstatistik der ehemaligen DDR gemachten Aussagen beziehen sich auf den Stand vor der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion am 1.7.1990. In der Außenhandelsstatistik der ehemaligen DDR wurde der kommerzielle Waren- und Leistungsverkehr mit dem Ausland erfaßt. Das heißt, daß der nachgewiesene Außenhandel der ehemaligen DDR außer der reinen Warenausfuhr bzw. Wareneinfuhr (einschließlich Reexporte bzw. Importe für Reexporte) unter anderem auch immaterielle Leistungen, Dienstleistungen aller Art, Lohnveredlungsgeschäfte sowie Industriekooperationen erfaßte. Kostenlose Lieferungen und Bezüge von Waren (z.B. Hilfssendungen, Proben usw.), Waren zur Reparatur, die nach der Reparatur zurückgesandt werden, und einige andere spezifische Warenverkehre wurden dagegen nicht in die Exporte bzw. Importe einbezogen.

Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland umfaßt dagegen sowohl den entgeltlichen als auch den unentgeltlichen Warenverkehr mit dem Ausland. Als Außenhandel - in der methodischen Abgrenzung des Spezialhandels - werden in der Bundesrepublik einführseitig die unmittelbare Einfuhr von Waren in den freien Verkehr, zur zollamtlichen bewilligten aktiven Veredlung (Eigen- und Lohnveredlung), nach zollamtlich bewilligter passiver Veredlung (einschließlich Ausbesserung) sowie die Einfuhr ausländischer Waren aus Lagern in die vorstehend genannten Einfuhrarten erfaßt. Ausfuhrseitig gehört der Export von Waren aus dem freien Verkehr, nach zollamtlich bewilligter aktiver Veredlung (Eigen- und Lohnveredlung) und zur zollamtlich bewilligten passiven Veredlung (einschließlich Ausbesserung) zum Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland werden auch nach dem Konzept des Generalhandels nachgewiesen.

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

Die Veredlungsgeschäfte werden jeweils brutto erfaßt, d.h., der Warenwert der unveredelten Erzeugnisse wird bei der Ein- und Ausfuhr erfaßt, zuzüglich des Wertzuwachses durch die Veredlung bei der Einfuhr (passive Veredlung) bzw. bei der Ausfuhr (aktive Veredlung). In der Außenhandelsstatistik der ehemaligen DDR wurde die Lohnveredlung nur mit ihrem Wertzuwachs, d.h. dem Veredlungslohn, erfaßt (Nettoprinzip).

Im Gegensatz zur Außenhandelsstatistik der ehemaligen DDR handelt es sich bei der entsprechenden Erhebung in der Bundesrepublik Deutschland um eine reine Warenverkehrsstatistik. Dienstleistungen werden nicht erfaßt, sondern sind Gegenstand einer eigenen Erhebung der Deutschen Bundesbank.

Als Erhebungszeitpunkt war bei der Außenhandelsstatistik der ehemaligen DDR das Datum der Bestätigung der die Zahlung auslösenden Dokumente durch die Außenhandelsbank maßgebend. Dagegen gilt in der Bundesrepublik Deutschland der Zeitpunkt des Grenzübergangs als Erhebungszeitpunkt. Waren für Konsignation wurden in der ehemaligen DDR erst zum Zeitpunkt ihres Verkaufs als Export bzw. Import erfaßt, während in der Bundesrepublik Deutschland auch in diesem Fall konsequent am Tatbestand des Grenzübergangs als maßgeblichem Datum festgehalten wird.

Grundlage für die Erfassung des Außenhandels in waresystematischer Hinsicht waren in der ehemaligen DDR die achtstelligen Schlüsselnummern der Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur (ELN), die seit 1969 als volkswirtschaftliche Erzeugnisystematik für die Planung, Bilanzierung und Abrechnung der Erzeugnisse verbindlich war.

Diese Nomenklatur war eine reine Binnennomenklatur der ehemaligen DDR und weicht in Aufbau und Gliederung von internationalen Nomenklaturen wie der Einheitlichen Warennomenklatur des Außenhandels (EWNAH) der Mitglieder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) oder dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC) der Vereinten Nationen ab. In der Bundesrepublik Deutschland bildet das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik die Grundlage für die waresystematische Erfassung des Außenhandels. Die neunstelligen Warennummern des Warenverzeichnisses bauen auf den EG-einheitlichen, achtstelligen verschlüsselten Unterpositionen der Kombinierten Nomenklatur (KN) auf. Diese Nomenklatur wiederum basiert auf dem Harmonisierten System zur Bezeichnung und Codierung der Waren (HS) des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens (RZZ) mit seinen sechsstelligen Kennziffern. Die für diese Zwecke der Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik verwendete Warennomenklatur läßt sich also unmittelbar aus international verwendeten Waresystematiken ableiten. Gleichzeitig entsprechen die Warennummern den ersten neun Stellen der zwölfstelligen Codenummern des Deutschen Gebrauchszolltarifs, die bei der Anmeldung und Erfassung von Warenimporten aus Nicht-EG-Staaten verwendet werden. Bei der Anmeldung zur Außenhandelsstatistik der ehemaligen DDR war für jede Warenart die Angabe des Wertes sowie zusätzlich - entsprechend den Festlegungen der ELN - eine Gewichtsangabe oder die Angabe einer besonderen Maßeinheit (z.B. Liter, Stück, Quadratmeter, Paar usw.) erforderlich. Teilweise wurden auch mehrere Maßeinheiten gefordert. Daraus resultiert, daß nicht

für alle Warenarten Gewichtsangaben erfaßt wurden. In der Bundesrepublik Deutschland ist grundsätzlich für jede Ware neben dem Wert das Eigengewicht in Kilogramm sowie in den im Warenverzeichnis entsprechend gekennzeichneten Fällen die Menge in einer weiteren, besonderen Maßeinheit anzugeben.

Die territoriale Gliederung des Außenhandels der ehemaligen DDR erfolgte in der Gliederung nach Einkaufsländern bei der Einfuhr bzw. nach Käuferländern bei der Ausfuhr. Demgegenüber steht in der Bundesrepublik Deutschland die Regionalgliederung nach Ursprungsländern bei der Einfuhr und nach Bestimmungsländern bei der Ausfuhr im Vordergrund des Interesses. Das entspricht auch internationalen Gepflogenheiten. Angaben über das Handelsland (Einkaufs-/Käuferland) werden nur im Handel mit Nicht-EG-Ländern erfaßt.

Unterschiede zwischen den Außenhandelsstatistiken bestanden auch hinsichtlich der Wertstellung. In der ehemaligen DDR enthielten die Angaben zur Einfuhr und Ausfuhr jeweils den Warenpreis zuzüglich aller Fracht- und Versicherungsleistungen sowie sonstiger Nebenkosten im Lieferland, d.h., die Wertstellung erfolgte beim Export und Import "fob" (free on board). Die Bundesrepublik weist dagegen die Einfuhren "cif" (cost, insurance, freight) und die Ausfuhren "fob" nach.

Die wertmäßige Darstellung der Ergebnisse des Außenhandels der ehemaligen DDR wurde bis zum Jahre 1989 in "Valuta-Mark" vorgenommen. Diese Rechengröße diente einem einheitlichen zusammenfassenden Nachweis der in etwa vierzig verschiedenen Währungen durchgeführten Außenhandelsgeschäfte. Die Koeffizienten für die Umrechnung dieser Währungen in eine einheitliche Werteinheit ergaben sich unter anderem aus spezifischen Erlös- und Aufwandsverhältnissen auf dem Gebiet des Außenhandels der ehemaligen DDR und wurden jährlich im Rahmen des Planungssystems zentral festgelegt. Bei der Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik Deutschland muß die Angabe des Statistischen Wertes (Grenzübergangswert) stets in Deutscher Mark erfolgen. In anderen Währungen fakturierte Einfuhren bzw. Ausfuhren müssen vom Auskunftspflichtigen zum offiziellen Wechselkurs umgerechnet werden.

Bereits im 1. Halbjahr 1990 gab es in der Außenhandelsstatistik der ehemaligen DDR einige wesentliche Änderungen. Erstens wurde die ländermäßige Zuordnung des Außenhandels entsprechend international üblichen Systematiken modifiziert, und zweitens wurden die für die Umrechnung der verschiedenen Kontraktwährungen verwendeten Koeffizienten verändert, da sie die tatsächlich existierenden nationalen Erlös- und Aufwandsverhältnisse nicht mehr widerspiegeln. Zur Unterscheidung der neuen gegenüber der in der Vergangenheit durchgeführten Bewertung wurde als Währungsbezeichnung "Mark Valutagegenwert" (VGW) gewählt. In dieser Wertgröße wurden die außenhandelsstatistischen Ergebnisse der ehemaligen DDR bis einschl. Juni 1990 dargestellt.

In der folgenden Übersicht (siehe S. 104) sind die wesentlichsten Unterschiede in der Außenhandelsstatistik der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland noch einmal in übersichtlicher Form dargestellt.

**Vergleich der Außenhandelsstatistik zwischen der ehemaligen DDR
und der Bundesrepublik Deutschland**

Merkmal	Ehemalige DDR	Bundesrepublik Deutschland
Erfassungs- gegenstand	entgeltlicher Waren- und Leistungsverkehr	entgeltlicher und unent- geltlicher Warenverkehr
Veredlungsverkehr	Nettowerte	Bruttowerte
Erfassungs- zeitpunkt	Bankbestätigung	Grenzübergang
Warensystematik	Erzeugnis- und Leistungs- nomenklatur	Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik
Regionale Gliederung	Einkaufs- bzw. Käuferland	Ursprungs- bzw. Verwendungsland
Wertstellung	Import fob Export fob	Import cif Export fob
Bewertung	VM bzw. Mark VGW	DM
Innerdeutscher Handel	enthalten	nicht enthalten

Etappen der Einführung der Bundesstatistik Außenhandel in der ehemaligen DDR

Die für die Einführung einer am marktwirtschaftlichen Informationsbedarf orientierten Außenhandelsstatistik in der ehemaligen DDR notwendigen Umstellungsarbeiten in der Wirtschaft und Verwaltung erforderten einen erheblichen Aufwand und umfangreiche Vorbereitungen. Deshalb wurde die Anpassung der Außenhandelsstatistik der ehemaligen DDR an die in der Bundesrepublik Deutschland und in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften verwendeten Methoden und Systematiken in zwei Etappen durchgeführt. Die erste Etappe begann mit dem Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR am 1. Juli 1990. Die zweite Etappe setzte mit dem 1. Januar 1991 ein.

In der ersten Etappe der Umstellung, die den Zeitraum Juli bis Dezember 1990 umfaßte, erfolgte bei einer Reihe von Methoden bereits eine völlige Anpassung. Das betraf:

- Bei Lohnveredlungen wird nicht mehr nur der Wertzuwachs, sondern der volle Warenwert statistisch erfaßt (Bruttoprinzip).
- Bei der regionalen Gliederung muß statt des bisher erhobenen Einkaufs- bzw. Käuferlandes das Ursprungs- bzw. Bestimmungsland der Ware angegeben werden.
- Die Wertstellung erfolgt entsprechend der in der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften angewandten Methode bei den Exporten "fob", bei den Importen jedoch "cif".
- Der Nachweis der außenhandelsstatistischen Daten erfolgt in Deutscher Mark.
- Der innerdeutsche Warenverkehr ist nicht mehr Gegenstand der Außenhandelsstatistik.

Auf einigen Gebieten konnte noch keine vollständige Anpassung in der ersten Etappe erreicht werden. So wurde im 2. Halbjahr 1990 nach wie vor nur der kommerzielle Außenhandel erfaßt. Unentgeltliche Lieferungen und Bezüge blieben zunächst unberücksichtigt. Allerdings wurden Leistungsverkehre seit dem 1. Juli 1990 nicht mehr einbezogen, die Außenhandelsstatistik beschränkte sich wie in der Bundesrepublik Deutschland auf den reinen Warenverkehr mit fremden Ländern. Dazu wurden die entsprechenden Schlüsselnummern der ELN bei der Auswertung der gemeldeten Einfuhr- bzw. Ausfuhrdaten ausgliedert.

Bei der warensystematischen Anmeldung wurden im zweiten Halbjahr 1990 von den Auskunftspflichtigen Angaben nach zwei Nomenklaturen gefordert. Es handelte sich dabei einmal um die bisher bereits gebräuchlichen Schlüsselnummern der ELN, auf deren Grundlage die außenhandelsstatistischen Ergebnisse noch bis Ende 1990 aufbereitet wurden. Zum anderen waren bereits die Warennummern des Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik anzugeben, die ab 1. Januar 1991 allein der warenmäßigen Erfassung zugrunde liegen.

Das bis Juni 1990 in der ehemaligen DDR angewandte Verfahren bei der Erhebung der Außenhandelsdaten wurde auch im zweiten Halbjahr 1990 im Prinzip noch fortgeführt. Zwar wurde zum 1. Juli 1990 auch in der ehemaligen DDR das EG-einheitliche Einheitspapier zur Abwicklung der Förmlichkeiten im grenzüberschreitenden Warenverkehr eingeführt, das unter anderem auch der Erhebung der Außenhandelsstatistik dient. Allerdings waren bis zum 31. Dezember 1990 noch nicht alle Merkmale wie in der Bundesrepublik Deutschland anzumelden. Um der Wirtschaft und der Verwaltung das Ausfüllen des neuen Erhebungsdokumentes zu erleichtern, wurde durch die zuständigen Dienststellen in der ehemaligen DDR im Benehmen mit den zuständigen Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland ein Merkblatt zum Einheitspapier herausgegeben, das sich eng an die in den alten Bundesländern verwendete Fassung anlehnte und darüber hinaus Angaben zu den für das 2. Halbjahr 1990 getroffenen Übergangsregelungen enthielt.

Das Einheitspapier war bereits ab 1. Juli 1990 von allen importierenden und exportierenden Firmen bei den Zolldienststellen abzugeben. Außerdem meldeten die Außenhandelsbetriebe und andere am Außenhandel beteiligte Unternehmen, die Inhaber einer sogenannten Außenhandelsstatistiknummer waren, ihre Importe und Exporte weiterhin wie im 1. Halbjahr 1990 direkt auf Datenträgern beim Rechenzentrum des Außenhandels an. Zur Vermeidung von Doppelzählungen waren auch die von diesen Firmen vorzulegenden Einheitspapiere durch Angabe der vorgenannten Außenhandelsstatistiknummer zu kennzeichnen. Da nicht alle am Außenhandel beteiligten Firmen Inhaber einer Außenhandelsstatistiknummer waren - das betraf insbesondere Neugründungen von Betrieben bzw. erstmals exportierende bzw. importierende Firmen -, erfolgte die Erfassung von Außenhandelsdaten für diese Firmen bereits ab Juli 1990 auf der Basis des Einheitspapiers.

In der zweiten Etappe ab Januar 1991 erfolgte in methodischer, systematischer und erhebungstechnischer Hinsicht eine vollständige Anpassung an das in der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften übliche System einer Außenhandelsstatistik. Die Erhebung der Einfuhren und Ausfuhren wurde von diesem Zeitpunkt an auch in den neuen Bundesländern grundsätzlich auf der Grundlage des Einheitspapiers, das bei den Zolldienststellen abgegeben und von diesen an die für die Außenhandelsstatistik zuständigen Behörden weitergeleitet wird, durchgeführt. Eine Ausnahme bilden lediglich besonders gelagerte Fälle, bei denen Auskunftspflichtigen Erleichterungen bei der Anmeldung zur Statistik des grenzüberschreitenden Verkehrs zugestanden werden.

Folgende Merkmale, die ab 1991 von den Auskunftspflichtigen einheitlich in allen Bundesländern im Einheitspapier anzugeben sind, werden für Zwecke der Außenhandelsstatistik erfaßt und ausgewertet (siehe Übersicht S. 107).

E i n f u h r	A u s f u h r
Ursprungsland	Bestimmungsland
Einkaufsland	Käuferland
Versendungsland	–
Regionalangabe (Zielbundesland)	Regionalangabe (Ursprungsbundesland)
Containereigenschaft	Containereigenschaft
Staatszugehörigkeit des grenzüberschreitenden Verkehrsmittels	Staatszugehörigkeit des grenzüberschreitenden Verkehrsmittels
Art des Geschäfts	Art des Geschäfts
Eingangszollstelle	Verkehrszweig an der Grenze
Warennummer bzw. Code- nummer des Zolltarifs	Warennummer
Verfahren	Verfahren
Eigenmasse (Eigengewicht) in Kilogramm	Eigenmasse (Eigengewicht) in Kilogramm
Besondere Maßeinheit	Besondere Maßeinheit
Statistischer Wert in Deutscher Mark	Statistischer Wert in Deutscher Mark

Außer den vorgenannten Merkmalen wird noch eine Reihe von Merkmalen, die der Anmelder im Einheitspapier einzutragen hat, zwar nicht für statistische Zwecke aufbereitet, jedoch zur manuellen Plausibilitätsprüfung der Angaben bzw. für Rückfragen herangezogen. Das betrifft insbesondere den Namen und die Anschrift des Einführers bzw. Ausführers, die Währung und den in Rechnung gestellten Betrag, das Rohgewicht (Gewicht der Ware einschließlich aller Umschließungen mit Ausnahme von Beförderungsmaterial) und die verbale Warenbezeichnung.

Erfahrungen bei der konzeptionellen, systematischen und erhebungstechnischen Anpassung

Die Erfahrungen während der Übergangsphase zur Außenhandelsstatistik bestätigten, daß es richtig war, die Anpassung in zwei Etappen durchzuführen. Die Tatsache, daß das Einheitspapier bereits ab Juli 1990 eingeführt wurde und daß die Warennummern nach dem Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik ebenfalls ab Juli 1990 anzumelden waren, brachte den Vorteil, daß sich die Firmen und die Verwaltung bereits im Vorfeld der vollständigen Anpassung an die neuen Erhebungspapiere und die neue Nomenklatur gewöhnen konnten. Es zeigte sich, daß insbesondere folgende Merkmale den Firmen am Anfang erhebliche Probleme bereiteten:

- **Anmeldung der richtigen Warennummer**
Die Zuordnung der Waren zu den über 10 000 Warennummern des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik bereitete den Firmen eine Reihe von Problemen. Insbesondere wurde anfänglich versucht, verschiedene Waren unter Sammelnummern oder Oberbegriffen zu erfassen, um so den Aufwand für die Erstellung der Erhebungspapiere zu verringern.
- **Angabe des Verfahrens**
Da bezüglich der Zollförmlichkeiten, die es in dieser Form in der ehemaligen DDR nicht gab, große Unsicherheiten bestanden, wurde bei Angabe des Verfahrenscodes eine Reihe von Fehlern gemacht.
- **Angabe des Statistischen Wertes**
Insbesondere bei unentgeltlichen Warenlieferungen bzw. -bezügen wurde anfänglich von einer Reihe von Firmen kein Statistischer Wert angegeben. Ferner wurde bei Lohnveredelungen teilweise, wie in der ehemaligen DDR üblich, nur der Wertzuwachs (Nettoangabe) und nicht der gesamte Warenwert (Bruttoangabe) angemeldet.

In erhebungstechnischer Hinsicht zeigte sich im Verlaufe der ersten Etappe in den Monaten Juli und August 1990, daß Korrekturen am Erhebungsweg erforderlich wurden. Die Konzeption, daß bis zum Jahresende 1990 für die Mehrzahl der Exporteure und Importeure, die im Besitz einer sogenannten Außenhandelsstatistiknummer waren, der in der Vergangenheit angewandte Erhebungsweg über Datenträger an das Außenhandelsrechenzentrum beibehalten werden kann, erwies sich durch die eingetretenen Strukturveränderungen in der Wirtschaft als nicht bis zum Jahresende 1990 tragbar. Es zeigte sich, daß, schneller als ursprünglich eingeschätzt, Firmen sich aufspalteten bzw. umbildeten, Außenhandelsbetriebe sich auflösten. Dadurch wurde es immer schwieriger, bei der Zusammenführung der auf zwei Erhebungswegen - über Datenträger und über Einheitspapiere - erfaßten Außenhandelsangaben einerseits Doppelzählungen und andererseits Lücken in der Erfassung zu vermeiden. Deshalb wurde ab 1. Oktober 1990 die Erfassung der Außenhandelsangaben generell auf die Einheitspapiere ausgerichtet. Die Erfassung von Daten über den alten Einzugsweg: Firma - Datenträger - Außenhandelsrechenzentrum wurde eingestellt. Damit wurde bereits früher als geplant,

nämlich ab 1. Oktober 1990, der neue Einzugsweg generell eingeführt, der bei der vollen Anpassung ab 1. Januar 1991 verbindlich ist: Berichtspflichtiger - Zollorgan - Statistisches Bundesamt.

Zur Gewährleistung eines möglichst reibungslosen Übergangs auf das neue Erhebungssystem, auf die geänderte Methodik der Erfassung und Aufbereitung sowie die neue Systematik im Gebiet der ehemaligen DDR wurde bereits im Laufe des Sommers 1990 mit der Schulung der Mitarbeiter des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR durch das Statistische Bundesamt begonnen. Dazu sind Informationsbesuche und Arbeitsaufenthalte von Statistikern aus Berlin in Wiesbaden durchgeführt worden. Darüber hinaus beteiligte sich das Statistische Bundesamt auch vor Ort an der Schulung der Mitarbeiter und stellte Informationsmaterial zur Verfügung.

Finanzen und Steuern

1 Prinzipielle Unterschiede im Finanzwesen zwischen zentralgeplanten und marktwirtschaftlich orientierten Ländern und ihre Auswirkungen auf die Statistik

Will man die Schwierigkeiten und Probleme beim Aufbau einer Finanz-, Personal- und Steuerstatistik in den neuen Bundesländern darlegen, kommt man nicht umhin, auf die fundamentalen Unterschiede in Form und Inhalt des Finanzwesens zwischen zentralgeplanten und marktwirtschaftlich orientierten Ländern einzugehen, da sich daraus wesentlich anders geartete Aufgabenstellungen einer Finanz-, Personal- und Steuerstatistik ergeben.

In zentralgeplanten Wirtschaften ist das gesamte Finanzwesen der Planung und Kontrolle des Staates und seines Finanzministeriums unterworfen. Der Staat konzentriert im sogenannten Staatshaushalt Teile des Nationaleinkommens zur Deckung seines Finanzbedarfs, wobei seine Haupteinnahmen im Gegensatz zu marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften nicht aus Steuern und Abgaben der Bürger und privaten Unternehmen, sondern aus durch Rechtsvorschriften geregelte Abführungen (Gewinnabführungen, Amortisationen usw.) der überwiegend volkseigenen Betriebe bzw. Kombinate resultieren.

Der Staatshaushalt der ehemaligen DDR, bestehend aus den Haushalten der zentralen Staatsorgane, den Haushalten der Bezirke und Kreise, den Haushalten der Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie dem Haushalt der Sozialversicherung, wurde von der Regierung (dem Ministerrat) bestätigt.

Für die Ausarbeitung, Abrechnung, Kontrolle und Analyse des Staatshaushaltes war ausschließlich der Minister der Finanzen zuständig. Auf regionaler Ebene waren dies die Räte der Bezirke und Kreise bzw. die örtlichen Volksvertretungen im Rahmen ihrer Kompetenzen. Der Finanzminister erließ die entsprechenden Bestimmungen für seine Gliederung und Dokumentation, die Rechnungsführung und den Jahresabschluß sowie die Aufstellung der Jahreshaushaltsrechnung. Die kassenmäßige Durchführung erfolgte nach einheitlichen Grundsätzen über die Staatsbank und ihre Organe, ihre Kontrolle vor allem durch die Staatliche Finanzrevision.

In diesem System hatte die Statistik nur eine Marginalfunktion. Die Finanzstatistik ermittelte zwar die geplanten und tatsächlichen Kosten der Betriebe und nicht haushaltsgeplanter Einrichtungen und erfaßte wichtige finanzielle Kennziffern, wie zum Beispiel

^{*)} Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

die Nettogewinnabführung an den Staat, aber die Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte sowie der Steuern oblag den staatlichen Finanzorganen.¹⁾

Es gab also im Gebiet der ehemaligen DDR keine Finanz-, Personal- und Steuerstatistik, wie sie in den alten Bundesländern in ihren Grundzügen schon seit den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts existierte. Als nach der Wende die damalige Volkskammer noch im Juli 1990 ein Gesetz über die amtliche Statistik der DDR erließ, wurden in einer Anlage die durchzuführenden Einzelerhebungen aufgeführt und hier erstmalig auch Statistiken öffentlicher Haushalte ausdrücklich genannt.

Es bestanden seinerzeit jedoch keinerlei Voraussetzungen, um solche Statistiken kurzfristig durchführen zu können.

2 Neue inhaltliche Zielsetzungen der Finanz-, Personal- und Steuerstatistik

Mit der Herstellung der Einheit Deutschlands gilt entsprechend Artikel 8 des Einigungsvertrages das Bundesrecht auch auf dem Territorium der ehemaligen DDR, d.h. für die Finanz- und Steuerstatistiken das Gesetz über die Finanzstatistik vom 11. Juni 1980 (BGBl. I S. 673) sowie das Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665). Danach erfassen die **F i n a n z s t a t i s t i k e n** die öffentlichen Einnahmen, Ausgaben und Schulden auf den Ebenen der Haushalts- und Finanzplanung, der Haushaltsabwicklung und der abschließenden Rechnungslegung. Die **S t a t i s t i k e n** über das **P e r s o n a l** im öffentlichen **D i e n s t** ermitteln in unterschiedlicher Erhebungstiefe und Periodizität den Personalstand, die Versorgungsempfänger sowie Personalzugänge und -abgänge. Bei den **S t e u e r s t a t i s t i k e n** handelt es sich im wesentlichen um die Statistiken der kassenmäßigen Steuereinnahmen, der Steuerbemessungsgrundlagen (Steuern vom Umsatz, Einkommen und Vermögen) und der Verbrauchsteuern; ferner wird ein Realsteuervergleich durchgeführt.

Fast alle diese amtlichen Statistiken sind Sekundärstatistiken, ihre Daten werden also nicht unmittelbar bei Bürgern oder Unternehmen erfragt, sondern sie werden aus Unterlagen entnommen, die bei Finanz- oder sonstigen Verwaltungsbehörden vorliegen. Die Statistischen Ämter sind bei der Durchführung dieser Erhebungen somit von Voraussetzungen abhängig, die außerhalb des statistischen Bereichs liegen und von ihnen nur bedingt beeinflusst werden können. Das betrifft insbesondere das Vorhandensein entsprechender Verwaltungs- und Behördenstrukturen. Ohne eine funktionierende Finanz-, Steuer- und Zollverwaltung können keine Daten für Finanz-, Personal- und Steuerstatistiken zur Verfügung gestellt werden.

1) Vgl. Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 11. Juli 1985, GBl I Nr. 23, § 23 (1).

Diese Statistiken werden überwiegend dezentral durchgeführt, d.h. der Berichtsweg läuft in der Regel über die Statistischen Landesämter. In den neuen Bundesländern, in denen solche Erhebungen nie zuvor über die Organe der Statistik erhoben wurden, fehlten demzufolge Kenntnisse und Erfahrungen über Inhalt und zweckmäßige Organisation dieser Statistiken in den Statistischen Landesämtern.

Mit der Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde der zentrale Haushalt der ehemaligen DDR für das 2. Halbjahr 1990 durch den Bundeshaushalt übernommen. Infolge der fehlenden verwaltungstechnischen Voraussetzungen und des so kurzfristig nicht möglichen Aufbaus einer Finanz-, Personal- und Steuerstatistik erfolgte die finanzstatistische Berichterstattung für diesen Zeitraum durch den Bundesminister der Finanzen. Für das Jahr 1991 galt es jedoch, sowohl die personellen Voraussetzungen sowie die haushalts-, kassen- und rechnungsrechtlichen Vorschriften durch die Landesregierungen der neuen Bundesländer zu schaffen als auch innerhalb der Organe der Statistik eine völlige Neugestaltung der Finanz-, Personal- und Steuerstatistik nach einheitlichen bundesdeutschen Regelungen zu organisieren. Von dem gesamten Programm dieser Statistiken wurde für 1991 der Schwerpunkt auf den Aufbau der aktuellen vierteljährlichen Kassenstatistik einschließlich der kassenmäßigen Steuereinnahmen sowie auf die Erfassung des Personalstandes im öffentlichen Dienst zum Stichtag 30.06.1991 gelegt, während die übrigen umfangreichen Finanz- und Steuerstatistiken in der Regel erst ab 1992 und später durchgeführt werden. Die dabei zu erwartenden Probleme sollen am Beispiel der Erfahrungen bei der Einführung der vierteljährlichen kommunalen Kassenstatistik sichtbar gemacht werden.

3 Probleme der Einführung der Finanz-, Personal- und Steuerstatistik in den neuen Bundesländern am Beispiel der Kassenstatistik

3.1 Schaffung verwaltungstechnischer Voraussetzungen

Mit dem Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise (Kommunalverfassung) hatte die Volkskammer der ehemaligen DDR noch im Frühjahr 1990 die Grundsätze für die Haushaltswirtschaft der Gemeinden und Landkreise neu bestimmt, die für 1991 voll in Kraft treten sollten. Für das gleiche Jahr wurde auch "als Anleitung zum Handeln" der Entwurf eines Musterhaushaltsplanes für Städte und Gemeinden erarbeitet, der sich weitgehend an die Gemeindehaushaltsordnungen der alten Bundesländer anlehnte, zugleich aber eine Anzahl unterschiedlicher Bedingungen in der ehemaligen DDR berücksichtigen mußte. Dennoch waren die Städte, Kreise und Gemeinden mit der Übernahme der sich aus dem Einigungsvertrag ergebenden Aufgaben völlig überfordert. Die Einführung der kommunalen Selbstverwaltung erfolgte unter den Bedingungen einer absolut unzureichenden finanziellen und personellen Ausstattung, die den Aufbau einer leistungsfähigen Haushaltswirtschaft zunächst erheblich beeinträchtigen mußte. Die neuen Verwaltungsstrukturen in den Territorien der ehe-

maligen DDR konnten nur mit massiver finanzieller und personeller Unterstützung der alten Bundesländer, u.a. auch im Rahmen des Deutschen Städtetages, in einem vertretbaren Zeitraum errichtet werden.

Für 1991 mußten in den neuen Bundesländern erstmalig selbständige Haushalte für die neuen Landesverwaltungen sowie die Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunalen Zweckverbände aufgestellt werden. Hierzu waren rechtzeitig die entsprechenden rechtlichen Vorgaben über Art, Umfang und Zeitpunkt der einzubringenden Haushaltspläne zu erlassen.

Diese verwaltungstechnischen Voraussetzungen (einschließlich der personellen Absicherung sowie notwendiger Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen) wurden in den einzelnen neuen Bundesländern in unterschiedlichem Tempo und unterschiedlicher Qualität geschaffen, so daß die inhaltliche Vorbereitung der statistischen Erhebung beträchtlich erschwert wurde.

Zusätzliche Probleme entstanden während dieses Prozesses durch die gleichzeitige Umorganisation des statistischen Dienstes in den neuen Bundesländern. Der Aufbau der Statistischen Landesämter anstelle der bisherigen Bezirksstellen war begleitet von der Auflösung aller Kreisstellen im Bereich des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR, wobei nicht nur eine Vielzahl erfahrener und qualifizierter Mitarbeiter der statistischen Arbeit verlorenging, sondern auch der bestehende unmittelbare Kontakt zu den Dienststellen und Einrichtungen in den Kreisen und Gemeinden weitgehend unterbrochen wurde, und dies unter desolaten Verhältnissen in der Infrastruktur, insbesondere im Telefonverkehr und im Postversand. Auf dem Gebiet der Finanzstatistik mußten ohne Ausnahme Mitarbeiter eingesetzt werden, die bisher andere Aufgabenbereiche der Statistik bearbeitet und nur in den wenigsten Fällen finanzstatistische Vorkenntnisse hatten.

Diese Mitarbeiter, die bis in die ersten Monate des Jahres 1991 häufig wechselten, mußten auf ihre neue Tätigkeit umfassend vorbereitet werden. Das erfolgte durch

- Übergabe umfangreicher Informationsmaterialien (gesetzliche Grundlagen, Arbeitsunterlagen, Veröffentlichungen usw.) seitens des Statistischen Bundesamtes und einzelner Statistischer Landesämter aus den alten Bundesländern an die neuen Statistischen Landesämter über Inhalt und Aufgaben der Finanzstatistik und die Durchführung des Berichtswesens unter föderativen Bedingungen.
- Organisierung von Schulungen der zuständigen Referenten und Sachbearbeiter der im Aufbau befindlichen neuen Statistischen Landesämter über inhaltliche Aspekte der öffentlichen Haushalte des Bundes, der Länder und der Kommunen und ihrer Widerspiegelung in der kommunalen Kassenstatistik sowie über die erhebungstechnischen Grundlagen und Abläufe dieser Berichterstattung.
- Einschaltung des Fachausschusses "Finanz- und Steuerstatistik" beim Statistischen Bundesamt zur Koordinierung der Arbeiten bei der Einführung der neuen Statistik in

den neuen Bundesländern und zur Förderung von Partnerschaften zwischen alten und neuen Statistischen Landesämtern auf diesem Gebiet.

Auf diese Weise gelang es, die neuen für die Finanzstatistik eingesetzten Mitarbeiter rechtzeitig auf ihre künftigen Aufgaben vorzubereiten, so daß trotz aller Schwierigkeiten und Probleme die erstmalige Erhebung der Kassenstatistik per 31. März 1991 in Angriff genommen werden konnte.

3.2 Schaffung finanztechnischer Voraussetzungen

Parallel zur schrittweisen Herausbildung einer neuen Verwaltungs- und Behördenstruktur auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mit einer teilweise grundsätzlich neuen Aufgabenverteilung und -abgrenzung lief nach und nach die finanzielle Ausstattung der Länder, Städte und Gemeinden an, wobei im Prinzip das bundesdeutsche Gemeindefinanzsystem übernommen wurde. Solange das kommunale Haushaltsrecht des früheren Bundesgebietes nicht durchgängig in den neuen Bundesländern angewendet werden konnte, solange in den Kommunen keine ordnungsgemäße Haushalts- und Kassenplanung sowie deren Abrechnung gewährleistet war, so lange war auch die Einführung der Sekundärstatistik über die kassenmäßigen Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in Frage gestellt. Als ein besonderes Problem erwies sich hierbei die Durchsetzung der verbindlichen Anwendung des bundesdeutschen Rahmens für die kommunale Haushaltssystematik mit dem daraus resultierenden Gruppierungsplan einschließlich bestimmter landesspezifischer Besonderheiten in den neuen Bundesländern ab 1.1.1991.

Zu Beginn des Jahres 1991 bildete in vielen Städten und Gemeinden die eingangs erwähnte Musterhaushaltssystematik der ehemaligen DDR die einzige Grundlage für die Planung und Durchführung finanztechnischer Operationen in den Kommunen. Bedingt durch die vollständige Neuordnung der Finanzbeziehungen und die unzureichende personelle Ausstattung in Verbindung mit fehlenden Kenntnissen und Erfahrungen herrschte längere Zeit keine Klarheit, mit welcher Detailliertheit die einzelnen Kommunen - von großen kreisfreien Städten über Landkreise bis zu kleinen Gemeinden - ihre Haushaltsansätze aufzustellen in der Lage sein werden.

Erst allmählich im Laufe des 1. Halbjahres und in den einzelnen Kommunen differenziert in Gliederungstiefe und -aufbau, fand die kommunale Haushaltssystematik Eingang in die Kassenplanung und -abrechnung der öffentlichen Haushalte der neuen Bundesländer, womit eine unerläßliche Voraussetzung für die vorgesehene Durchführung der Kassenstatistik erfüllt war.

3.3 Schaffung statistischer und abrechnungstechnischer Voraussetzungen

Mit der Konsolidierung der Verwaltungsstrukturen in den neuen Bundesländern und dem fortschreitenden Aufbau der Statistischen Landesämter wurde es möglich, in Zusammenarbeit zwischen der Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz des Statistischen Bundesamtes, dem Gemeinsamen Statistischen Amt der neuen Länder (GeStAL) und den

fünf neuen Statistischen Landesämtern mit der konkreten Vorbereitung der Erhebung über die kommunale Kassenstatistik zu beginnen. Dabei mußten folgende Hauptfragen gelöst werden:

- Aufstellung eines Verzeichnisses aller Berichtsstellen (kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden, Landkreise, Zweckverbände) als Vorstufe einer maschinell geführten Leit- und Adressendatei für die Gemeindefinanzstatistiken. Wichtiges Hilfsmittel war das noch vorhandene Gemeindeverzeichnis der ehemaligen DDR, das in bezug auf die neuen Länderstrukturen anstelle der bisherigen Bezirke und entsprechend den erfolgten territorialen Veränderungen präzisiert und neu verschlüsselt werden mußte. Hinzugefügt wurden die Einwohnerdaten der Kommunen als Grundlage für die vorgesehene Größenklassengliederung. So entstand für jedes Land eine maschinenlesbare Leitdatei der Berichtsstellen, die den Statistischen Landesämtern zur Pflege und Aktualisierung in Vorbereitung der Berichterstattung übergeben wurde.
- Erarbeitung eines einheitlichen Erhebungsprogramms und eines eigenen EDV-Projektes. Da alle Statistischen Landesämter unter gleichen Ausgangsbedingungen in die Vorbereitung der Erhebung eintraten und sich erst wenige eigene landestypische Besonderheiten herausgebildet hatten, bot sich - anders als in den alten Bundesländern - die große Chance, die Finanzstatistik für alle neuen Bundesländer im Rahmen eines einheitlichen EDV-Projektes mit einer in Gliederungsbreite und -tiefe weitgehend identischen Erfassungsnomenklatur aufzubauen.

Damit konnte der beträchtliche Aufwand für die Einführung dieser Statistik minimiert und der Prozeß der Ergebnisgewinnung durch eine arbeitsteilige Bearbeitung in den neuen Statistischen Landesämtern und dem GeStAL bzw. dem Statistischen Bundesamt rationalisiert werden.

Dabei war zu berücksichtigen, daß die statistische Aufbereitung in den alten Bundesländern ab 1992 nach einem verbesserten Konzept (Erfassung der einzelnen Ausgabe- und Einnahmearten entsprechend dem vollständigen Gruppierungsplan) erfolgen soll. Um die mit hohem organisatorischem Aufwand verbundene Einführung der neuen Statistik nicht bereits nach einem Jahr wieder umstellen zu müssen, wurde vereinbart, dieses neue Konzept in den neuen Bundesländern schon 1991 anzuwenden. Ab 1992 wird es dann möglich, ein einheitliches Verbundprogramm für alle Bundesländer anzuwenden.

Besondere Schwierigkeiten bereitete die Aufstellung der auf die Situation in den neuen Bundesländern zugeschnittenen und mit dem früheren Bundesgebiet paßfähigen Erfassungsnomenklatur, da aufgrund der o.a. Unklarheiten über die anzuwendende Haushaltssystematik möglichst alle Eventualitäten von Abweichungen zum bundeseinheitlichen Gruppierungsschema in Betracht gezogen werden mußten und Vorkehrungen für eine wenigstens auf höherer Aggregationsebene vergleichbare Darstellung der Daten der einzelnen Kommunen zu treffen waren.

4 Erfahrungen bei der Vorbereitung und Durchführung der ersten Erhebung per 31. März 1991

In der Phase der Vorbereitung der Erhebung spielten die Herstellung einer möglichst engen Zusammenarbeit und die Sicherung eines ständigen gegenseitigen Informationsaustausches zwischen den neuen Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt, der Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz bzw. dem GeStAL eine entscheidende Rolle. Es kam vor allem darauf an, den Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit der Länder für diese Statistik zu wahren und trotzdem ein einheitliches, für alle akzeptables EDV-Projekt zu erreichen.

Dabei war die Unterstützung aus den alten Bundesländern sowie vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, bei Schulungsveranstaltungen, Referentenbesprechungen, gegenseitigen Konsultationen und Arbeitsberatungen sehr nützlich und hilfreich.

Fragen der Gestaltung der Erhebungsunterlagen, der Planung der Abläufe und Informationsflüsse, der Organisation des Prüf- und Korrekturprozesses bis zur Ergebnisgewinnung und -übermittlung an das Statistische Bundesamt standen im Mittelpunkt der Vorbereitung und wurden durch Probeerhebungen, Tests und wechselseitige Absprachen zu klären gesucht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß für die Projektierung der Berichterstattung einschließlich der Tests nur ein Zeitraum von etwa 3 Monaten zur Verfügung stand. So wurde bereits Ende 1990 mit den Vorarbeiten begonnen, obwohl damals - wie weiter oben ausgeführt - die verwaltungs- und finanztechnischen Voraussetzungen in den neuen Bundesländern vielfach noch ungeklärt waren. Daher mußte bei der ersten Erhebung von vornherein mit einer gewissen Unschärfe der Ergebnisse in bezug auf Vollständigkeit, Genauigkeit, Detailliertheit und Paßfähigkeit gerechnet und die Möglichkeit einer späteren Projektkorrektur bzw. -anpassung sowie eine Nachaufbereitung der ersten Erhebungen vorgesehen werden.

Der tatsächliche Ablauf der Erhebung bestätigte diese Einschätzung. Trotz aller Abstimmungen trat eine Reihe von Fehlerquellen auf, die eine Präzisierung der Erhebungsunterlagen, insbesondere der Erhebungsnomenklatur und der Ausfüllvorschriften, für die Folgerhebung per 30.6.1991 notwendig machten. Ungeachtet aller Bemühungen kam es zu Terminverzögerungen und unvollständigen Angaben, die zur Gewinnung eines Gesamtergebnisses durch Schätzungen kompensiert werden mußten. Fehlende Basisdaten und Vergleichswerte wirkten sich dabei negativ auf die mögliche Fehlermarge aus, so daß im Interesse der Gewinnung fundierter Jahresangaben für 1991 die schon vorher ins Auge gefaßte Nachaufbereitung erfolgen muß.

Erschwerend für die Durchführung der ersten Erhebung wirkte sich u.a. aus, daß eine Reihe von Kommunen EDV-Haushaltsprojekte aus den alten Bundesländern mit dem Stand von 1990 nutzte, die nicht paßfähig zum neuen, in den neuen Bundesländern schon 1991 angewendeten Erhebungskonzept mit dem veränderten Gruppierungsplan waren. Das führte teilweise zunächst zu unbrauchbaren Ergebnissen, die in mühevoller manueller Arbeit korrigiert werden mußten. Auch unter Berücksichtigung dieser Ein-

schränkungen ist die erstmalige Erfassung der Einnahmen und Ausgaben sowie Schulden der öffentlichen Haushalte in den neuen Bundesländern ohne Zweifel als beachtlicher Erfolg zu werten, der seine Wurzeln in den Anstrengungen der beteiligten Bediensteten der kommunalen Organe und der Gemeinschaftsarbeit der Statistiker in den alten und neuen Bundesländern hat.

Mit den Ergebnissen wird eine weitere Informationslücke geschlossen und ein wichtiges Teilgebiet der Finanz- und Steuerstatistik nach bundesweit einheitlichen Maßstäben bearbeitet. Es gilt nun, die bei der ersten Erhebung gewonnenen Erkenntnisse zu nutzen und durch entsprechende Änderungen im EDV-Aufbereitungsprojekt die Plausibilität der Ergebnisse der Folgeerhebungen zu erhöhen. Gleichzeitig bilden die gesammelten Erfahrungen eine gute Grundlage für die Vorbereitung weiterer Erhebungen z.B. auf dem Gebiet der Jahresrechnungs-, Schulden-, Personal- und Hochschulfinanzstatistik noch im Jahre 1991.

5 Ausblick auf die Einführung weiterer Projekte auf dem Gebiet der Finanz-, Personal- und Steuerstatistik im Jahre 1991 und dabei zu erwartende Probleme

5.1 Personalstandstatistik im öffentlichen Dienst per 30.6.1991

Nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Finanzstatistik ist die Personalstandstatistik im öffentlichen Dienst jährlich am 30. Juni in der Gliederung nach Art, Umfang und Dauer des Dienstverhältnisses, Aufgabenbereich, Geschlecht, Laufbahngruppe, Einstufung und Alter durchzuführen. In den neuen Bundesländern wurden somit erstmalig zum 30.6.1991 Angaben zum Personalstand im öffentlichen Dienst erfragt. Bei der Vorbereitung der Erhebung traten ähnliche Probleme wie bei der kommunalen Kassenstatistik auf, die durch die besondere Lage in den neuen Ländern (Aufbau der Verwaltungsstruktur, Stand der Behördenorganisation usw.) verursacht waren.

Hinzu kam die Situation auf dem tariflichen Sektor. Da der Tarifabschluß für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den neuen Bundesländern erst zum 1. Juli 1991 eine Eingruppierung in die Vergütungs- und Lohngruppen des Bundesangestelltentarifs bzw. der Manteltarifverträge für Arbeiter vorsah, konnte für die neuen Bundesländer und das frühere Berlin (Ost) nur ein verkürztes Erhebungsprogramm (ohne die Merkmale "Laufbahngruppe" und "Einstufung" sowie "Alter") konzipiert werden. Schwierigkeiten ergaben sich aber auch bei der Aufstellung der Berichtsstellenverzeichnisse, d.h. bei der möglichst lückenlosen Erfassung aller auskunftspflichtigen Behörden und Einrichtungen sowie von Außenstellen, die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bis zum Stichtag am 30.6.1991 gegründet wurden, da trotz der verfügbaren Unterlagen und durchgeführten Umfragen nicht in jedem Fall Klarheit über die Aufgabenabgrenzung zwischen Behörden im früheren Bundesgebiet mit dem dazugehörigen Personal und

ihren neu entstandenen Außenstellen in den neuen Bundesländern mit deren Personal zu erhalten war.

Auch wenn nicht alle Abgrenzungsfragen bis zum Abgabetermin der Formblätter vollständig geklärt werden konnten, läßt der gegenwärtige Stand der Durchführung dieser Erhebung darauf schließen, daß spätestens im Frühjahr 1992 erstmalig einigermaßen verlässliche Angaben über die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in ihrer Verteilung auf Aufgabenbereiche und nach Geschlecht für das Gebiet der ehemaligen DDR vorliegen werden.

5.2 Hochschulfinanzstatistik für das Berichtsjahr 1991

Entsprechend dem Gesetz über die Bundesstatistik für das Hochschulwesen in Verbindung mit dem Gesetz über die Finanzstatistik werden in der Hochschulfinanzstatistik die Ausgaben und Einnahmen der Hochschulen in fachlicher und haushaltsmäßiger Gliederung erfaßt, wobei die fachliche Gliederung nach dem Fächerschlüssel der Hochschulen und die haushaltsmäßige Gliederung nach Einnahme- und Ausgabearten gemäß Gruppierungsplan der staatlichen Haushalte erfolgt. Eine derartig umfangreiche Berichterstattung wurde in der ehemaligen DDR nicht durchgeführt, so daß - ähnlich wie auf anderen Gebieten - hier nicht auf vorhandene Daten und vorliegende Erfahrungen zurückgegriffen werden kann.

Ob es gelingt, wie vorgesehen, schon für 1991 aussagefähige Daten über die Finanzen der Hochschulen in den neuen Bundesländern zu ermitteln, hängt wesentlich davon ab, in welcher Form die Hochschulen finanztechnisch und organisatorisch mit den Landeshaushalten 1991 verbunden sind, wie schnell die Reformen des Hochschulwesens einschließlich der Hochschulkliniken abgeschlossen werden und inwieweit die Hochschulen ihr Rechnungswesen den neuen Bedingungen anpassen können. Da jedoch gerade in den Jahren der Umgestaltung Informationen über die Finanzen der Hochschulen von größter Bedeutung sind, muß versucht werden, ggf. zunächst mit einem eingeschränkten Erhebungsprogramm wichtige Eckzahlen über die Finanzsituation der Hochschulen im Jahr 1991 zu erfragen. Als erster Schritt zur Vorbereitung der Erhebung hat Mitte des Jahres 1991 mit allen Beteiligten (Hochschulen, Ministerien, Statistische Landesämter, Statistisches Bundesamt) ein Informationsaustausch stattgefunden, um rechtzeitig die inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen für die Durchführung dieser Statistik schaffen zu können. Die zur Verfügung stehende Zeit bis zum Versand der Erhebungsunterlagen im Mai 1992 sollte ausreichen, um sowohl in den Hochschulen als auch im Statistischen Bundesamt sowie in den Statistischen Landesämtern für den notwendigen Vorlauf für eine reibungslose Durchführung dieser Statistik - wenn auch unter Umständen mit reduziertem Programm - zu sorgen.

Bildungswesen der ehemaligen DDR

Für alle Kinder ab dem 6. Lebensjahr bestand gemäß der Verfassung der ehemaligen DDR das Recht und die Pflicht zum Besuch der polytechnischen Oberschulen. Im Jahre 1959 wurde die letzte Einklassenschule in der ehemaligen DDR aufgelöst, dies war der Beginn der Verwirklichung der zehnjährigen Schulpflicht.

1965 wurde von der Regierung das "Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem"¹⁾ beschlossen, das ein in vollem Umfang zentralistisch organisiertes System vorschrieb.

Angefangen von den Bildungsinhalten bis zum organisatorischen Aufbau der Bildungseinrichtungen beruhten alle Maßnahmen auf zentralen gesetzlichen Regelungen, Beschlüssen der damaligen Regierung oder auch der einzelnen Ministerien. Diesem zentralistischen Prinzip waren auch die Bildungsstatistiken untergeordnet.

Die einzelnen Bildungsebenen wurden in der ehemaligen DDR den Fachministerien zugeordnet (Ministerium für Volksbildung, Staatssekretariat für Berufsbildung, Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen). Die bei den Räten der Bezirke und Kreise bestehenden Abteilungen "Volksbildung" und "Berufsbildung und Berufsberatung" waren ausschließlich Durchführungsorgane der Zentrale.

Dem besseren Verständnis soll das folgende Strukturschema (siehe S. 120) dienen.

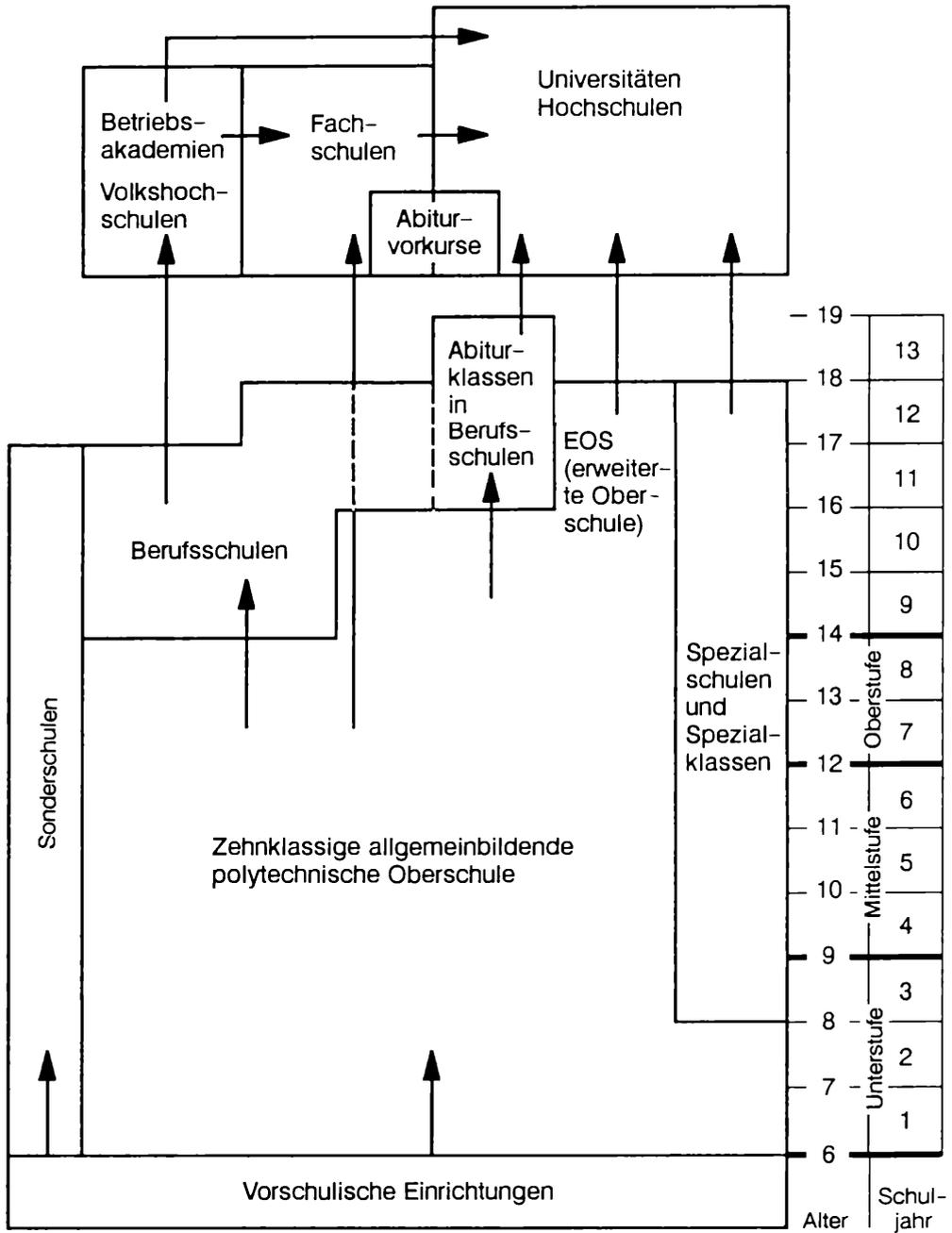
Mit der Einführung des o.g. Gesetzes wurde jedoch erreicht, daß die in den fünfziger Jahren zwischen Stadt und Land noch vorhandenen Unterschiede in den Bildungsinhalten auf dem Gebiet der Allgemeinbildung beseitigt wurden. Zum anderen wurden bessere Möglichkeiten für den Übergang von einer Bildungsstufe in die nächsthöhere angestrebt. Die dabei angewandten Auswahlprinzipien, insbesondere zur Erlangung der Hochschulreife und für die Zulassung zu den Universitäten und Hochschulen sowie zu den Ingenieur- und Fachschulen, wurden in der Regel durch entsprechende zentrale Festlegungen gesteuert. Dabei waren neben dem erklärten Leistungsprinzip auch andere Kriterien (z.B. gesellschaftliche Aktivitäten des Bewerbers, soziale Stellung der Eltern) für den Zugang maßgebend.

Mit der Einführung des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem wurde das gesamte Bildungswesen in der 2. Hälfte der sechziger Jahre von der zen-

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

1) Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem vom 25. Februar 1965 (GBl. I der DDR, Nr. 6 S. 83).

Struktur des Bildungswesens der ehemaligen DDR 1989



Quelle: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Grund- und Strukturdaten 1990/91, S. 356

Statistisches Bundesamt 92 0197

tralen staatlichen Planung erfaßt und damit die Bildungsstatistik in ihrer inhaltlich-methodischen Gestaltung dem Planungssystem untergeordnet.

Statistiken des Bildungswesens in der ehemaligen DDR

Erhebungen und ausgewählte Merkmale

Die Statistiken des Bildungswesens waren in einem geschlossenen System zusammengefaßt, entstanden aus den Einzelstatistiken für die einzelnen Bildungsstufen. Die Statistiken wurden arbeitsteilig bei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und bei den jeweiligen Fachministerien durchgeführt. Die von den zuständigen Fachministerien durchgeführten Erhebungen wurden als fachliche Berichterstattungen bezeichnet. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik erhielt von den genannten Ministerien Ergebnisse der einzelnen Erhebungen.

Die Bildungsstatistik vermittelte Erkenntnisse über die Zahl der Neuzulassungen, Lernenden und Absolventen in den Bildungseinrichtungen. Weiterhin konnten die ermittelten Daten für die entsprechenden Bildungsebenen zusammengefaßt werden. Außerdem wurden Aussagen über das in den Einrichtungen des Bildungswesens tätige pädagogische, technische und sonstige Personal getroffen. Im einzelnen umfaßte die Bildungsstatistik der ehemaligen DDR folgende Sachgebiete:

V o r s c h u l e r z i e h u n g

Berichterstattung über die Einrichtungen der Vorschulerziehung (Kindergärten).

A l l g e m e i n b i l d u n g

Die Angaben über die Allgemeinbildung wurden mittels der Schulstatistik (Anfang September) und Schuljahresendstatistik (Ende Juni) für die einzelnen Schularten gewonnen.

Die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, die organisatorisch noch in Unterstufe (Klassenstufen I - III), Mittelstufe (Klassenstufen IV - VI) und Oberstufe (Klassenstufen VII - X) untergliedert war, stellte die Hauptform der Schulbildung dar. Daneben bestanden noch folgende Schularten, die spezielle Aufgaben zu erfüllen hatten:

- die erweiterte allgemeinbildende polytechnische Oberschule
- die Spezialschule und
- die Sonderschule.

Außerdem wurden im Zusammenhang mit der Schulstatistik noch Erhebungen mit besonderen Aussagen, wie z.B. über die Anzahl der Schüler der Klassenstufen I bis IV, die einen Schulhort besuchten, durchgeführt.

Der Schulhort war eine Einrichtung, in der die Kinder berufstätiger Mütter in der Zeit von 6.00 bis ca. 18.00 Uhr von der Horterzieherin betreut wurden.

Der Bestand des Personals in den Einrichtungen der Volksbildung wurde auf der Basis der Arbeitskräfte-datenbank des ehemaligen Ministeriums für Volksbildung per 30.9. des jeweiligen Jahres ausgewiesen.

Berufsausbildung

Bei der Erfassung der Daten über die Berufsausbildung wurde unterschieden in Statistiken über die praktische und theoretische Ausbildung der Lehrlinge.

- Aussagen über die praktische Ausbildung der Lehrlinge wurden auf der Grundlage eines Primärbelegs, der Bestätigungskarte, gewonnen. Daraus resultierten auch Angaben über
 - die Neuaufnahme von Schulabgängern in die Berufsausbildung, den Lehrlingsbestand und
 - die abgeschlossenen Facharbeiterprüfungen.
- Angaben über die theoretische Ausbildung der Lehrlinge wurden mit der Statistik über die Berufsschulen erfaßt.

Hoch- und Fachschulwesen

Die Ausbildung der Personen, die eine höhere Qualifikation anstrebten, erfolgte auf zwei Bildungsebenen. Durch Aufnahme eines Studiums an einer Ingenieur- bzw. Fachschule oder an einer Universität bzw. Hochschule.

- Die Grundlage für die Erfassung der Daten für die Fachschulausbildung bildete die Berichterstattung Fachschulstatistik.
- Angaben über die Leistungen der Universitäten und Hochschulen wurden mit der Hochschulstatistik ermittelt.

Erwachsenenqualifizierung

Zu den Berichterstattungen auf diesem Teilgebiet wurden die Statistiken über die

- Tätigkeit der Volkshochschulen und die
- Ausbildung/Zuerkennung Werkstätiger zu Facharbeitern/Meistern

gezählt.

Außerdem gehörte noch zu den Bildungsstatistiken die Berichterstattung über den Qualifikationsstand sowie der Aus- und Weiterbildung der Arbeiter und Angestellten.

Ausgewählte Kennziffern der angeführten Erhebungen sind im Anhang zu diesem Beitrag (siehe S. 130 f.) enthalten.

Veröffentlichung von Ergebnissen der Statistik des Bildungswesens

Eckdaten zu den einzelnen Statistiken des Bildungswesens wurden

- im "Statistischen Jahrbuch" und "Taschenbuch der DDR",
- in der Kennziffernsammlung "Die Frau in der DDR",
- in der statistischen Übersicht "Die Jugend in der DDR"

veröffentlicht (Herausgeber: ehemalige Staatliche Zentralverwaltung für Statistik).

Vom ehemaligen Ministerium für Hoch- und Fachschulen wurden das

- Statistische Jahrbuch des Hochschulwesens und das
- Statistische Jahrbuch des Fachschulwesens

herausgegeben.

Übergangsregelungen für die Schul- bzw. Studienjahre 1990/91 und 1991/92

Im ersten Halbjahr 1990 wurde eine "Gemeinsame Bildungskommission der Bundesrepublik Deutschland und der DDR" gebildet. Am 31. Mai 1990 konstituierte sich die "Expertengruppe Bildungsstatistik" der Gemeinsamen Bildungskommission. Die Expertengruppe bestand seitens der Bundesrepublik Deutschland aus Vertretern des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, des Sekretariats der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK), des Statistischen Bundesamtes sowie der Statistischen Landesämter. Seitens der ehemaligen DDR gehörten ihr Vertreter des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft und des Statistischen Amtes an.

Der Arbeitsauftrag bestand darin, Voraussetzungen für eine Angleichung bis zu einer Zusammenführung der Bildungsstatistiksysteme beider Staaten zu schaffen. Ein erster Arbeitsschritt war die Erarbeitung eines Katalogs der wichtigsten Begriffs- und Merkmalsdefinitionen, die in Zusammenhang mit deutsch-deutschen Vergleichen auf dem Gebiet der Schul-, Berufsbildungs- und Hochschulstatistiken zu berücksichtigen sind. In diesem Material wurde auch auf Besonderheiten einzelner Kennziffern hingewiesen, um falsche Aussagen bei der Auswertung statistischer Daten aus der Vergangenheit zu vermeiden.

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland und auf der Grundlage des Einigungsvertrages vom 30.8.1990 traten in den neuen Bundesländern sowie dem früheren Berlin (Ost) u.a. auch die für die Durchführung der Bildungsstatistik geltenden bundesgesetzlichen Regelungen in Kraft. Im Hinblick auf eine Vielzahl noch fehlender Voraussetzungen für deren konkrete Anwendung und auf die sich vollziehenden Veränderungen im bildungspolitischen und verwaltungstechnischen Bereich, darunter der

Aufbau neuer Landesregierungen und Statistischer Landesämter, erwies es sich als zweckmäßig, die für die Bildungsstatistik der ehemaligen DDR praktizierten Regelungen auch für das Schul- bzw. Studienjahr 1990/91 als landesgesetzliche Regelungen beizubehalten.

Auf Empfehlung der Expertengruppe und mit der Zustimmung anderer zuständiger Gremien (wie z.B. Ausschüsse der Kultusministerkonferenz, Ausschuß für die Hochschulstatistik) wurden für die neuen Bundesländer nachstehende Übergangsregelungen für die Schuljahre bzw. Studienjahre 1990/91 und 1991/92 vereinbart:

B e r e i c h S c h u l e n

In den alten Bundesländern umfaßt die Schulstatistik sowohl die allgemeinbildenden als auch die beruflichen Schulen; in den neuen Bundesländern dagegen nur die allgemeinbildenden Schulen. Für das Schuljahr 1990/91 wurde deshalb die Schulstatistik noch nach der ehemaligen DDR-Methodik und in alter organisatorischer Form durchgeführt.

Auf der Grundlage der Beschlüsse der Kultusministerkonferenz werden die Schuldaten ab Schuljahr 1991/92 in allen Bundesländern einheitlich erfaßt. Dazu wurden entsprechende gesetzliche Regelungen und Durchführungsbestimmungen von den einzelnen Landesregierungen erlassen.

B e r e i c h B e r u f s b i l d u n g

Wesentliche Veränderungen auf dem Gebiet der Berufsbildungsstatistiken ergaben sich aus dem Gesetz über die "Inkraftsetzung des Berufsbildungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik"²⁾ vom 19. Juli 1990 sowie dem neuen Gesetz über "Berufsschulen"³⁾, das zum gleichen Zeitpunkt verabschiedet wurde und eine Übergangsregelung bis zum Erlaß entsprechender Landesgesetze darstellte.

Praktische Konsequenzen bestanden zunächst darin, daß die statistischen Erhebungen auf diesem Gebiet in ihrer bisherigen inhaltlichen und organisatorischen Form für das Jahr 1990 nicht mehr durchgeführt werden konnten.

Die sich aus dem Einigungsvertrag ergebende verbindliche Anwendung der Bundesstatistik über die Berufsbildung (auf der Grundlage des Berufsbildungsförderungsgesetzes vom 23. Dezember 1981) konnte 1990 ebenfalls nicht durchgeführt werden, bedingt durch die fehlenden bzw. erst im Aufbau befindlichen zuständigen Stellen für die Berufsausbildung (in der Regel Kammern).

2) Gesetz über die Inkraftsetzung des Berufsbildungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik - IGBBiG - vom 19. Juli 1990 (GBl. I der DDR Nr. 50, S. 907).

3) Gesetz über Berufsschulen vom 19. Juli 1990 (GBl. I der DDR Nr. 50, S. 919).

Aus diesem Grunde wurde per 31. Oktober 1990 eine Erhebung über die "Beruflichen Schulen" in der ehemaligen DDR durchgeführt. Sie umfaßte u.a. nachstehende Kennziffernkomplexe:

Anzahl der

- Auszubildenden nach Berufsgruppen;
- Schüler im Berufsgrund- bzw. Berufsvorbereitungsjahr;
- Personal.

Keine Angaben liegen über die erfolgreiche Beendigung der Ausbildung (Prüfungen) vor. Der Nachweis der Auszubildenden nach Berufsgruppen basierte auf der gesetzlichen Grundlage des Verzeichnisses der anerkannten Ausbildungsberufe der Bundesrepublik Deutschland.

Bereich Fachschulen

Davon ausgehend, daß es in den alten Bundesländern eine Fachschulausbildung analog der in der ehemaligen DDR nicht gibt und eine Zuordnung der Angaben zu einer vergleichbaren Bildungsstufe schwer möglich ist, wurde in den neuen Bundesländern für das Studienjahr 1990/91 die Fachschulstatistik noch einmal in der alten Form durchgeführt, d.h. unter Anwendung der spezifischen Merkmale, Systematiken und Definitionen der ehemaligen DDR.

Für die Durchführung einer Statistik an den o.g. Bildungseinrichtungen ab Studienjahr 1991/92 sind durch die zuständigen Ministerien bzw. Verwaltungen in den neuen Bundesländern entsprechende gesetzliche Regelungen zu erlassen.

Bereich Universitäten und Hochschulen

Das Hochschulstatistikgesetz der Bundesrepublik Deutschland⁴⁾ vom 21. April 1980 gilt seit dem 3. Oktober 1990 auch für die ehemalige DDR, die somit auch in das Arbeitsprogramm der bundeseinheitlichen Hochschulstatistik einzubeziehen ist. Es war bereits 1990 abzusehen, daß die umfangreichen Erhebungen der bundeseinheitlichen Statistik an den Hochschulen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nicht kurzfristig hätten eingeführt werden können, insbesondere auch wegen der sich nunmehr unter Landeshoheit anbahnenden Neugestaltung und Umstrukturierung der Universitäten und Hochschulen. Gleichzeitig muß man berücksichtigen, daß ab Juni 1992 die Novelle zum Hochschulstatistikgesetz in Kraft tritt. Sie führt zu weitgehenden Veränderungen hinsichtlich der Rechtsgrundlagen sowie der organisatorischen Durchführung der Datenerfassung, -aufbereitung und -auswertung in der gesamten deutschen Hochschulstatistik.

4) Gesetz über eine Bundesstatistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz - HStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. April 1980 (BGBl.I S. 453).

Aus diesem Grunde wurde zwischen dem Statistischen Bundesamt, dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft und dem GeStAL vereinbart, daß für das Studienjahr 1990/91 die ehemalige zentrale DDR-Hochschulstatistik weitergeführt wird, bei gleichzeitiger Reduzierung des Kennziffernprogramms um die Merkmale, die nicht dem Hochschulstatistikgesetz entsprachen. Zur Anwendung kamen die ehemaligen hochschulspezifischen Systematiken, Definitionen und Nomenklaturen.

Eckdaten der Studentenstatistik 1990/91 für die Bundesrepublik Deutschland (einschließlich der neuen Bundesländer) konnten bereits am 6. Februar 1991 als Pressemitteilung vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht werden.

Entsprechend dem Hochschulstatistikgesetz wurde zu Beginn des Jahres 1991 in den neuen Bundesländern die Befragung der Schüler in den Abschlußklassen (die zur Hochschulreife führen) über ihre Studien- und Berufswünsche durchgeführt. Durch Erweiterung des Merkmalkataloges, entsprechend den Bedingungen in der ehemaligen DDR, konnte das bundeseinheitliche Programm angewendet werden. Die Auswertung dieser Daten hinsichtlich der Studienwünsche der Abiturienten ist für das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft sowie für die Landesministerien von bildungspolitischer Bedeutung, beispielsweise für Prognosen zum Hochschulzugang, für die Beratung der Studienbewerber und für die Ausbauplanung der Hochschulen.

Als Übergangsregelung für das Studienjahr 1991/92 wird in den neuen Bundesländern sowie im früheren Berlin (Ost) die Hochschulstatistik letztmalig nach der ehemaligen DDR-Methodik durchgeführt.

Um eine exakte Erfassung der Daten zu gewährleisten, muß eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Landesministerien und den Statistischen Landesämtern erfolgen. Dies gilt entsprechend auch für die Arbeiten im Rahmen der Bundesstatistik und beim Aufbau eines gesamtdeutschen Systems der bildungsstatistischen Berichterstattung.

Probleme der Zuordnung von Systematiken und Nomenklaturen der ehemaligen DDR zu den Systematiken und Signierschlüsseln der Bundesstatistik

Ausbildungsberufe

Die Bezeichnung der Ausbildungsberufe basierte in der ehemaligen DDR auf der gesetzlichen Grundlage der "Systematik der Facharbeiterberufe" vom Dezember 1984.⁵⁾ Bis zum Inkrafttreten des Berufsbildungsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland im Juli 1990 wurde die o.g. Systematik angewandt. Sie wurde vom "Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe" abgelöst.

5) Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Facharbeiterberufe - Systematik der Facharbeiterberufe - vom 21. Dezember 1984 (GBl. I der DDR, Nr. 4 (1985) S. 28).

**Vergleich von ausgewählten Merkmalen zwischen den Bildungsstatistiken
der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR**

Merkmal	Bundesrepublik Deutschland	Ehemalige DDR
Schulen	Allgemeinbildende und berufliche Schulen	Allgemeinbildende Schulen
Auszubildender	Auszubildender	Lehrling
Student	Student	Studierender
Studienanfänger	Studienanfänger im 1. Hochschulsemester bzw. im 1. Fachsemester	Neuzulassung
Abschlußprüfung an Universität/Hochschule	Abschlußprüfung	Absolvent
Ausbildungsrichtung		
– berufliche	Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe	Systematik der Facharbeiterberufe
– an Hochschulen	Systematik der – Fächergruppen – Studienbereiche/Lehr- und Forschungsbereiche – Studienfächer/Fachgebiete	Nomenklatur der Hochschulausbildung Wissenschaftszweige, Fachrichtungsgruppen, Fachrichtungen

Bei der Gegenüberstellung der beiden Systematiken kann man davon ausgehen, daß eine Zuordnung der Facharbeiterberufe der ehemaligen DDR zu den anerkannten Ausbildungsberufen der Bundesrepublik Deutschland in den meisten Fällen möglich ist. Dabei kann es vorkommen, daß einem Facharbeiterberuf mehrere vergleichbare Ausbildungsberufe entsprechen. Auch gibt es Facharbeiterberufe, die nicht mit einem anerkannten Ausbildungsberuf vergleichbar sind, da für diese Berufe nur in der ehemaligen DDR ausgebildet wurde.

Ein Problem stellt die Gegenüberstellung der Berufe im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens dar. Die Ausbildung dieser Berufe erfolgte seit 1974 an medizinischen Fachschulen; sie waren somit nicht in der Systematik der Facharbeiterberufe enthalten.

Als Grundlage für die Zuordnung der Berufe könnte die Sonderveröffentlichung "Facharbeiterberufe der DDR und zugeordnete vergleichbare Ausbildungsberufe der Bundesrepublik Deutschland", 1990 genommen werden. Diese Broschüre wurde vom Zentralinstitut für Berufsbildung und vom Bundesinstitut für Berufsbildung erarbeitet.

Ausbildungsrichtungen an Universitäten und Hochschulen

Ein direkter Vergleich zwischen dem Schlüssel der Fächergruppen, Studienbereiche und Studienfächer der Bundesstatistik und der Nomenklatur der Hochschulausbildung⁶⁾ der ehemaligen DDR (Wissenschaftszweige, Fachrichtungsgruppen, Fachrichtungen) ist nicht gegeben.

Die Erarbeitung eines Umsteigeschlüssels für die beiden Systematiken wird im Statistischen Bundesamt vorbereitet. Die Zuordnung der einzelnen Signaturen kann aber nicht nur aus statistischer, sondern muß auch aus inhaltlicher bzw. bildungspolitischer Sicht erfolgen.

Einführung der Bundesstatistiken

Auf dem Gebiet des Bildungswesens gibt es nur zwei gesetzlich angeordnete Bundesstatistiken, nämlich die Berufsbildungsstatistik und die Hochschulstatistik. Für alle anderen Statistiken auf diesem Gebiet liegt die rechtliche Kompetenz bei den Ländern. Zwecks Erstellung von bundeseinheitlichen Ergebnissen bestehen jedoch Vereinbarungen zwischen den Ländern und den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder über die Durchführung von "koordinierten Länderstatistiken".

Berufsbildungsstatistik

Nach den bisherigen Erkenntnissen werden bei der Einführung der o.g. Erhebung (auf Grundlage des Berufsbildungsförderungsgesetzes⁷⁾ vom 23. Dezember 1981) im Dezember 1991 Probleme hinsichtlich der Nachweisführung der geforderten Angaben auftreten. Dabei muß man berücksichtigen, daß in der ehemaligen DDR früher keine Kammern (außer Handwerkskammern) für die einzelnen Berufsgruppen existierten.

Diese Statistik umfaßt u.a. nachstehende Merkmalskomplexe:

- Auszubildende,
- Ausbilder,
- Teilnahme an Prüfungen in der beruflichen Bildung und
- Ausbildungsberater.

Hochschulstatistik

Mit dem Inkrafttreten der Neufassung des Hochschulgesetzes müssen ab Juni 1992 die bisher gültigen Verbundprogramme sowie die Systematiken und Schlüsselverzeichnisse der bundeseinheitlichen Hochschulstatistik geändert werden. Die Einführung der

6) Anordnung Nr. 4 über die Führung der Nomenklatur der Hoch- und Fachschulausbildung vom 31. Dezember 1975 (GBl. der DDR - Sonderdruck Nr. 757/3).

7) Gesetz zur Förderung der Berufsbildung durch Planung und Forschung (Berufsbildungsförderungsgesetz - BerBiFG) vom 23. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1692).

Hochschulstatistik im gesamten Bundesgebiet (auf der Grundlage des Hochschulstatistikgesetzes⁸⁾ vom 2. November 1990) erfolgt mit Beginn des Wintersemesters 1992. Bis zu diesem Zeitpunkt sind auch die landes- und hochschulrechtlichen Grundlagen bzw. Durchführungsbestimmungen sowie die organisatorischen Voraussetzungen für die Erfassung der Daten neu zu erarbeiten bzw. vorzubereiten.

Die Hochschulstatistik besteht aus mehreren Einzelstatistiken, wie z.B. der Studenten- und Prüfungsstatistik, der Hochschulfinanzstatistik, der Statistik des Hochschulpersonals, der Stellen, der Habilitationen und des Raumbestandes der Hochschulen. Durch zahlreiche Erhebungsmerkmale werden diese Komplexe weiter untergliedert.

Literaturhinweise

Bundesinstitut für Berufsbildung: Die anerkannten Ausbildungsberufe, Stand: 1. Juli 1989, W. Bertelsmann Verlag KG, Bielefeld.

Bundesinstitut für Berufsbildung / Zentralinstitut für Berufsbildung der DDR: Facharbeiterberufe der Deutschen Demokratischen Republik und zugeordnete vergleichbare Ausbildungsberufe der Bundesrepublik Deutschland - Sonderveröffentlichung 1990.

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Grund- und Strukturdaten 1990/91, Verlag Karl Heinrich Bock, Bad Honnef.

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft / Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland:

Erster Bericht der "Expertengruppe Bildungsstatistik" an die Gemeinsame Bildungskommission mit der DDR vom 30.5./1.6.1990.

Zweiter Bericht der "Expertengruppe Bildungsstatistik" vom 17.9.1990.

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland:

Bericht der "Expertengruppe Bildungsstatistik" - Bereich Schulen/berufliche Bildung vom 4.9.1990.

Gemeinsame Mitteilung über die dritte und abschließende Sitzung der Gemeinsamen Bildungskommission der Bundesrepublik Deutschland und der DDR am 26. September 1990.

Statistisches Bundesamt: Ergebnisprotokoll der 45. Sitzung des Ausschusses für die Hochschulstatistik am 15. März 1991.

8) Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz - HStatG) vom 2. November 1990 (BGBl. I S. 2414).

Anhang

Ausgewählte Kennziffernkomplexe der Berichterstattungen der ehemaligen DDR *)

Berichterstattung/ Verantwortlich für die Durchführung	Kennziffernkomplex	Untergliederung
1. Einrichtungen der Vorschul- erziehung (Kindergärten)	Plätze, betreute Kinder, Räume, Personal	
Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS)		
2. Schulstatistik	Schüler Klassen	Geschlecht und Klassenstufen
Ministerium für Volksbildung	Unterrichts- und Fachunter- richtsräume, Schulturnhallen, Internatsplätze und deren Nutzung	
Schuljahresendstatistik	Schüler Schüler, die das Klassenziel nicht erreichten	Geschlecht Klassenstufen
Ministerium für Volksbildung	Schulabgänger, Absolventen der X. und XII. Klasse	
3. Statistiken der praktischen Berufsausbildung	Neuaufnahme von Schulabgän- gern in die Berufsausbildung	Geschlecht schulische Vorbildung Ausbildungsziele Ausbildungsberufe ¹⁾
SZS	Lehrlingsbestand	
	Teilnehmer an der Facharbeiter- prüfung	
4. Statistik der theoretischen Aus- bildung (Berufsschulen)	Berufsschüler Klassen	Geschlecht Lehrjahre
	Unterrichtsräume Lehrkräfte	
SZS und Staatssekretariat für Berufsbildung	Lehrlingswohnheime Kapazität und deren Belegung Erzieher	

*) Einschl. der fachlichen Berichterstattung. – 1) Systematik der Facharbeiterberufe.

Ausgewählte Kennziffernkomplexe der Berichterstattungen der ehemaligen DDR*)

Berichterstattung/ Verantwortlich für die Durchführung	Kennziffernkomplex	Untergliederung
5. Fachschulstatistik SZS Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen	Studierende, Neuzulassungen und Absolventen Teilnehmer an der Weiterbildung Stipendienempfänger Wohnheimplätze und deren Nutzung Personal	Geschlecht Ausbildungsrichtungen ¹⁾ Studienformen Stipendienarten
6. Hochschulstatistik Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen	Studierende, Neuzulassungen und Absolventen Teilnehmer an der Weiterbildung Aspiranten, abgeschlossene Promotionen Stipendienempfänger Wohnheimplätze und deren Nutzung Personal	Geschlecht Ausbildungsrichtung ¹⁾ Studienformen Stipendienarten
7. Tätigkeit der Volkshochschulen SZS	Teilnehmer Prüfungsteilnehmer	Geschlecht Lehrgangsarten
8. Ausbildung/Zuerkennung Werk­tätiger zu Facharbeitern/ Meistern SZS	Prüfungsteilnehmer	Geschlecht Ausbildungsberufen ^{2) 3)}
9. Qualifikationsstand sowie Aus- und Weiterbildung der Arbeiter und Angestellten SZS	Arbeiter und Angestellte Teilnehmer an der Aus- und Weiterbildung	Geschlecht Qualifikationsstufe Geschlecht Qualifikationsziel, Weiter- bildungsmaßnahmen

*) Einschließlich der fachlichen Berichterstattung. – 1) Nomenklatur der Hoch- bzw. Fachschulausbildung. – 2) Systematik der Facharbeiterberufe. – 3) Systematik der Meisterberufe.

Statistik des Gesundheits- und Sozialwesens der ehemaligen DDR

1 Aufbau und Organisation des "Statistischen Informationssystems"

Auf dem Gebiet der amtlichen Statistik des Gesundheits- und Sozialwesens (auch Fachberichtswesen genannt) kam es in den fünfziger Jahren zu einer Neuverteilung der Aufgaben zwischen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS) und dem Ministerium für Gesundheitswesen (MfGe). Die Verantwortung zur Durchführung (Erhebung, Aufbereitung, Auswertung) von amtlichen Statistiken übernahm von da an das Ministerium für seine ihm unterstellten medizinischen und sozialen Einrichtungen und Institutionen. Fachliche, ökonomische und personelle Gesichtspunkte waren die Gründe, warum es zu einer weiteren Aufgabenverteilung innerhalb des Gesundheitswesens kam. Eine Reihe von nachgeordneten Einrichtungen erhielt vom Ministerium den Auftrag, ihre eigenen Fachberichterstattungen durchzuführen, wie beispielsweise

- das Zentralinstitut für Hygiene, Mikrobiologie und Epidemiologie in Berlin für die Statistik der meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten;
- das Forschungsinstitut für Lungenkrankheiten und Tuberkulose in Berlin für die Tuberkulosestatistik;
- das Forschungsinstitut für Balneologie und Kurortwissenschaften in Bad Elster für die Statistik des Kur- und Bäderwesens (ein Bestandteil der jetzigen amtlichen Krankenhausstatistik).

Soweit es nicht gelang, diese Statistiken in nachgeordnete Einrichtungen zu verlagern, sind einige von ihnen aus Kostengründen eingestellt worden. Dazu gehörte auch die im MfGe geführte "Ärztkartei", die erst Mitte der achtziger Jahre als erweiterter Datenspeicher nicht nur für Ärzte, sondern auch für Zahnärzte und Apotheker ("Hochschul-kaderprojekt" genannt) wieder aufgebaut worden ist.

Mit der Errichtung der Akademie für Sozialhygiene, Arbeitshygiene und Ärztliche Fortbildung im Jahre 1954 hatte das MfGe eine Institution geschaffen, die neben einer Vielzahl von wissenschaftlichen Aufgaben in Forschung und Lehre auch Aufgaben der medizinischen Statistik zu erfüllen hatte. Aus dieser Akademie gingen im Laufe der Jahre verschiedene Institutionen hervor, so die Akademie für Ärztliche Fortbildung der ehemaligen DDR im Jahre 1968 und das Institut für Medizinische Statistik und Datenverarbeitung (ISD) im Jahre 1985.

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

Mit der Gründung eines eigenständigen Instituts für Statistik konnten die Koordinierung, die Bearbeitung methodisch-inhaltlicher Fragen, die ordnungsgemäße und termingerechte Durchführung der Statistiken, die inzwischen eine Zahl von über 100 Fachberichterstattungen erreicht hatte, weitgehend verbessert werden. Ein Ziel dieser Aufgaben war schon in den sechziger Jahren der Aufbau eines inhaltlich aussagefähigen, flexibel handhabbaren und rationell organisierten "Statistischen Informationssystem für Leitung und Planung" im Gesundheits- und Sozialwesen. In dieses Informationssystem waren sowohl die Medizinisch-Statistischen Büros in den Bezirken (Gründung im Jahre 1967) als auch die von den Bezirks- und Kreisärzten beauftragten Fachärzte und Einrichtungen einbezogen, die für die Ausfüllung der Melde- und Erhebungsformulare (einheitliche Vordrucke) und für die ordnungsgemäß termingerechte Durchführung der Fachberichterstattungen verantwortlich waren. Zu diesen zentralen Fachberichterstattungen führten die Medizinisch-Statistischen Büros in einem unterschiedlichen Umfang eigene Fachberichterstattungen durch. Die letzte Prüfung der SZS im Jahre 1989 ergab:

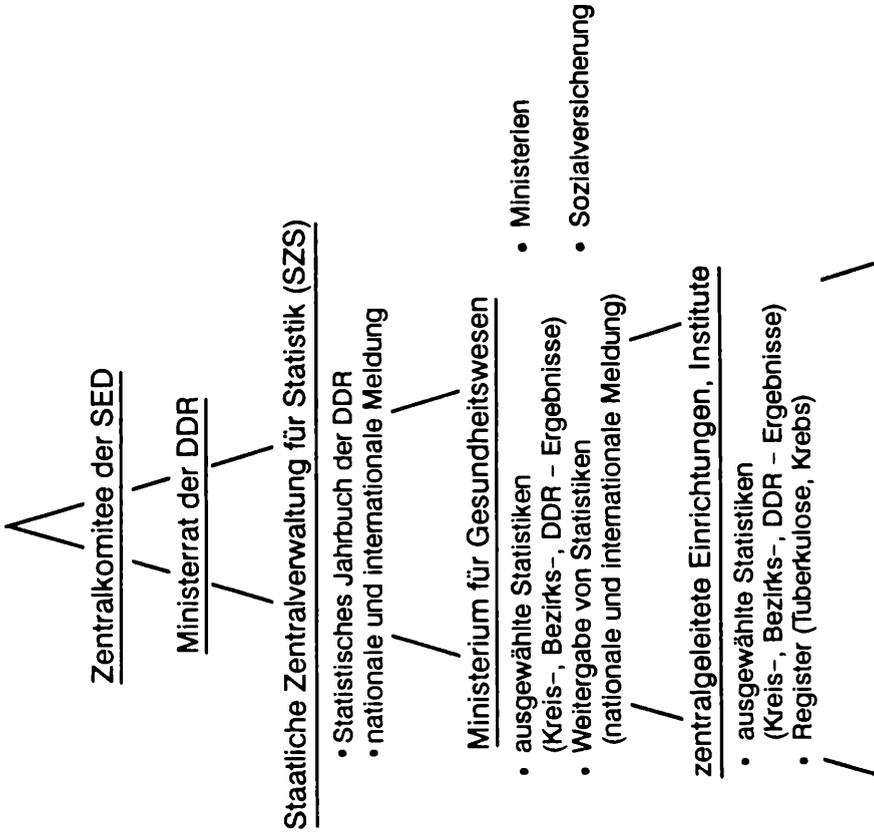
- 96 Fachberichterstattungen des Ministeriums für Gesundheitswesen (davon 23 Berichterstattungen, die im ISD bearbeitet worden sind) und
- 30 Fachberichterstattungen der Bezirke (siehe Anhang zu diesem Beitrag, S. 150 f.).

Die statistischen Ergebnisse aus diesen Erhebungen wurden nach einheitlichen Vorgaben auf der Grundlage von Tabellenprogrammen ausgewertet. Die Aggregation und Anonymisierung der personen- und einrichtungsbezogenen Daten erfolgten entweder auf zentraler Ebene, Bezirks- oder Kreisebene. Recherchenprogramme waren nur für wenige Projekte möglich, wie für die Projekte "Totenschein" und "Krankenblatt".

Ein einheitliches Datenverarbeitungssystem stand dem Gesundheits- und Sozialwesen nicht zur Verfügung, so daß unterschiedliche Verarbeitungssysteme (SM 4-, ESER-, Mikrorechentechnik) zur Anwendung kamen.

Dem ISD wurden die Einrichtungs-, Kreis- und Bezirksergebnisse aus den Erhebungen auf unterschiedlichen Datenträgern (visuell und/oder maschinenlesbar) von den Medizinisch-Statistischen Büros und Einrichtungen zur weiteren Aufbereitung übergeben. Erhebungen mit umfangreichen Berichtspflichtigenkreisen oder Erhebungsbereichen wurden wegen fehlender Großrechenanlagen im Gesundheitswesen in verschiedenen Datenverarbeitungsbetrieben der Bezirke auf vertraglicher Basis abgearbeitet, so die Erhebungen des Krankenblattes, des Schwangerensignierstreifens oder des Einrichtungsberichts Arbeitskräfte. Die ausgefüllten und geprüften Formulare dieser Erhebungen wurden von den Einrichtungen an die Rechenbetriebe zur Erfassung und Auswertung der Daten übergeben. In der Regel erhielt das ISD die Auswertungslisten von den Rechenbetrieben und gab sie nach der Erstellung des Jahresergebnisses (ehemalige DDR und Bezirke) an die Bezirke weiter. Seltener erhielten die Bezirke ihre Listen mit den Kreisergebnissen direkt von den Rechenbetrieben zur eigenen Nutzung und Archivierung.

Überblick zum Statistischen Informationssystem des Gesundheits- und Sozialwesens der ehemaligen DDR



Institut für Medizinische Statistik und Datenverarbeitung

- ausgewählte Statistiken (Kreis-, Bezirks-, DDR – Ergebnisse)
- Statistisches Jahrbuch des Gesundheitswesens (Bezirks-, DDR – Ergebnisse)
- Mitteilungshefte, Leitungsinformationen
- Statistiken für SZS und Weltgesundheitsorganisation

Medizinisch – Statistische Büros der Bezirke

- Aggregation der statistischen Informationen zu Kreis- und Bezirksergebnissen (für DDR – Statistiken)
- ausgewählte Statistiken des Bezirkes
- Statistisches Jahrbuch des Bezirkes

örtlich- und zentralgeleitete staatliche Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens

Erfassung von patienten-, personen- und einrichtungsbezogenen statistischen Informationen

Die Nutzung von Fremdleistungen zur Durchführung der Datenverarbeitung brachte des öfteren terminliche Verzögerungen in der Bereitstellung der Ergebnisse mit sich. Erst durch den Einsatz der Mikrorechentechnik auch in den Einrichtungen des Gesundheitswesens wurde es möglich, einen Teil dieser Projekte schrittweise auf die neue Technik umzusetzen. Dazu gehörte u.a. das Leitband der Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens ("Einrichtungsregister"). Gleichzeitig begann man in den Medizinisch-Statistischen Büros (Suhl, Halle, Cottbus u.a.) und im Institut Datenbanken ("Stationäre Betreuung", "Hochschulkaderprojekt" Ärzte, Zahnärzte, Apotheker) aufzubauen.

In den vergangenen Jahren kam es auch schrittweise zu einer Erweiterung des Berichtspflichtigenkreises für einige Erhebungen. Ein Teil von Fachberichterstattungen lief somit nicht allein im Verantwortungsbereich des MfGe, sondern auch parallel in weiteren Ministerien, konfessionellen Einrichtungen und Behörden, die in einem unterschiedlichen Ausmaß Aufgaben der medizinischen und sozialen Betreuung, der Aus- und Weiterbildung sowie der medizinischen Forschung wahrgenommen haben.

Für die Bearbeitung der statistischen Jahresberichte¹⁾ des Gesundheits- und Sozialwesens sind neben den eigenen statistischen Auswertungsergebnissen auch solche aus den Berichterstattungen der SZS und aus den Fachberichterstattungen der Ministerien und der Behörden mit genutzt worden. Das ISD publizierte die statistischen Ergebnisse im Jahrbuch "Das Gesundheitswesen" und in einem unterschiedlichen Umfang in "Mittteilungsheften" (ehemalige DDR- und Bezirksergebnisse), in den "Leitungsinformationen" (unveröffentlicht) sowie in den nationalen und internationalen Fachzeitschriften. Die Medizinisch-Statistischen Büros der Bezirke gaben eigene "Statistische Jahrbücher" mit ihren Bezirks- und Kreisergebnissen heraus. Die SZS veröffentlichte ihrerseits statistische Angaben aus dem Gesundheits- und Sozialwesen in Zeitreihen nach Bezirken und ehemalige DDR insgesamt.

Ein Statistikgesetz, wie es die Bundesrepublik kennt, hatte bis zum Juli 1990 die ehemalige DDR nicht. Bis dahin war die Verfahrensweise zum Berichtswesen in einer Rechtsvorschrift - "Verordnung über Rechnungsführung und Statistik" - festgelegt, die durch "Informationsordnungen" der Ministerien ergänzt wurde. Für eine Reihe von zentralen Fachberichterstattungen gab es Rechtsvorschriften, die über die Gesetzesblätter veröffentlicht wurden. Der überwiegende Teil der zentralen und bezirklichen Fachberichterstattungen ist durch Anweisungen oder Richtlinien des MfGe bzw. der Vorsitzenden der Räte der Bezirke festgelegt worden. Die Veröffentlichung erfolgte in den jeweiligen Amtsblättern, die hauptsächlich für den Dienstgebrauch bestimmt und der breiten Öffentlichkeit kaum bekannt waren.

Zusätzlich mußte jede Fachberichterstattung mit ihren Erhebungs- und Hilfsmerkmalen durch die SZS inhaltlich bestätigt und durch den Ministerrat der ehemaligen DDR auf der Grundlage von unveröffentlichten Vorlagen des Ministerrates genehmigt

1) "Das Gesundheitswesen der DDR" liegt seit dem Jahre 1965 als jährliche Veröffentlichung vor.

werden. Jede genehmigte Fachberichterstattung hatte einen gültigen Registriervermerk mit der Registriernummer und Gültigkeitsdauer zu tragen. Ohne diesen Vermerk durfte keine Erhebung durchgeführt werden. Die Registriernummer wurde von der SZS erteilt, die auch das Register aller genehmigten Berichterstattungen führte.

Damit das Berichtswesen trotz des strengen Reglements nicht ausuferte, wurden in regelmäßigen Abständen (alle 2 bis 3 Jahre) durch die SZS im Auftrag des Ministerrates Überprüfungen der Ordnungs- und Rechtmäßigkeit durchgeführt. Bei diesen Überprüfungen mußte jede Fachberichterstattung hinsichtlich der Notwendigkeit ihrer Durchführung erneut begründet werden.

2 Die Einführung der amtlichen Gesundheitsstatistiken in den fünf neuen Bundesländern

Im Frühsommer des Jahres 1990 war schon abzusehen, daß es mit der Einigung Deutschlands zu einer Umgestaltung des "Statistischen Informationssystems" des Gesundheits- und Sozialwesens käme. Frühzeitig hat das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem ISD, mit den Leitern der Medizinisch-Statistischen Büros der Bezirke und mit den Vertretern der sich bildenden Statistischen Landesämter begonnen, die Fachberichterstattungen des Gesundheits- und Sozialwesens auf die Erhebungsprogramme und Meldeverfahren der amtlichen Gesundheitsstatistiken der Bundesrepublik Deutschland umzustellen. Diese Umstellung nach den neuen fachlichen und rechtlichen Gesichtspunkten vollzog sich nicht ohne Schwierigkeiten. Die bis dahin für die Durchführung von Statistiken verantwortlichen Einrichtungen wurden aufgelöst, so auch das ISD und die Medizinisch-Statistischen Büros in den Bezirken. Einige Mitarbeiter aus diesen Einrichtungen konnten in die Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz des Statistischen Bundesamtes, in das Gemeinsame Statistische Amt der neuen Bundesländer (GeStAL) und in die Statistischen Landesämter übernommen werden.

Mit der Herauslösung der ehemaligen DDR-Fachberichterstattungen aus den bisherigen Verwaltungsstrukturen des Gesundheits- und Sozialwesens kam es zu einer Entflechtung und Neuorganisation der Statistiken. In den neuen Bundesländern waren auf dem Gebiet des Gesundheitswesens die amtlichen Bundes- und Länderstatistiken, die Statistiken der Kassen, der Kassenärztlichen Vereinigungen und die Statistiken der Körperschaften des öffentlichen Rechts zu übernehmen bzw. einzuführen. Ein kleiner Teil von Erhebungsmerkmalen aus den ehemaligen Fachberichterstattungen konnte im Rahmen der Statistiken des öffentlichen Gesundheitsdienstes - "Jahresgesundheitsbericht" - in den Ländern weitergeführt werden. Einige Berichterstattungen mußten aber eingestellt werden. Vor ihrer Einstellung wurde versucht, sie ordnungsgemäß abzuschließen und zu dokumentieren.

Da sich die Einigung Deutschlands in dem schon laufenden Berichtsjahr 1990 vollzog, mußte rechtzeitig bestimmt werden, welche Fachberichterstattungen mit ihren Erhebungs- und Hilfsmerkmalen für die Erstellung der amtlichen Bundes- und Landeser-

gebnisse in den neuen Ländern bis zur vollständigen Einführung der amtlichen Gesundheitsstatistiken ab dem Berichtsjahr 1991 fortzuführen sind.

Für die folgenden amtlichen Gesundheitsstatistiken waren Ergebnisse aus den ehemaligen Fachberichterstattungen für das Berichtsjahr 1990 bereitzustellen:

- Statistik der meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten mit ihren Teilen
 - Tuberkulose,
 - Geschlechtskrankheiten,
 - Sonstige meldepflichtige Krankheiten;
- Statistik der Schwangerschaftsabbrüche;
- Statistik der Todesursachen;
- Statistik der Berufe des Gesundheitswesens mit ihren Teilen
 - Fachpersonal des Gesundheitsamtes;
 - Berufe des Gesundheitswesens (erteilte Approbationen an Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Tierärzte);
- Krankenhausstatistik.

Um vergleichbare Ergebnisse zu erhalten, wurden frühzeitig inhaltlich-methodische Anpassungsarbeiten eingeleitet. Beispielsweise erarbeitete das ISD einen "Methodischen Umsteiger von Berichterstattungen der ehemaligen DDR zur amtlichen Krankenhausstatistik".

Diese Arbeiten sind durch die Mitarbeiter der Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz des Statistischen Bundesamtes und des GeStAL fortgeführt worden. Sie bestanden in der Unterstützung der sich im Aufbau befindlichen Statistischen Landesämter auf folgenden Gebieten:

- Bereitstellung von Informationsmaterialien zur Durchführung der ehemaligen Fachberichterstattungen des Berichtsjahres 1990 mit ihren eingeschränkten Erhebungs- und Auswertungsprogrammen, einschließlich Informationsmaterialien zu den neu einzuführenden amtlichen Gesundheitsstatistiken ab dem Berichtsjahr 1991.
- Übergabe von Melde- und Erhebungsformularen mit entsprechenden methodischen Hinweisen (zu den Definitionen, Nomenklaturen, Schlüsselbrücken, Melde- und Berichtswegen) für die Berichtsjahre 1990 und 1991.
- Übernahme von rechnergestützten Arbeiten zur Datenerfassung und zur Ergebnisergebnisgewinnung (Bettenmeldung, Einrichtungsbericht Arbeitskräfte).

- Lieferung von PC-Software zur Datenerfassung und zur Erstellung der jeweiligen Kreis- und Landesergebnisse.
- Aufbereitung von Ergebnissen des vorangegangenen Berichtsjahres (1989) nach Kreisen und Ländern für den Vergleich mit den neuerstellten Ergebnissen des Berichtsjahres 1990 und mit dem Ziel, methodische Fehler schneller aufzufinden und zu bereinigen.

Die Hilfe des GeStAL und der Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz des Statistischen Bundesamtes wurde in unterschiedlichem Umfang in Anspruch genommen. Sie erfolgte in der vorübergehenden Abnahme von statistischen Arbeiten sowie in Form von Konsultationen und Schulungen. Die Statistischen Landesämter in den neuen Bundesländern wurden dabei nicht nur durch die genannten Partner, sondern auch durch die Statistischen Ämter der alten Bundesländer und des Bundes unterstützt.

3 Zu den amtlichen Gesundheitsstatistiken

3.1 Statistik der meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten

Für die Statistik der meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten des Berichtsjahres 1990 konnten weitgehend die Angaben aus den Meldeformularen und Fachberichterstattungen der "Meldepflichtigen Krankheiten" und der "Geschlechtskrankheiten" sowie aus dem "Tuberkulose-Register" der ehemaligen DDR genutzt werden. Die bestehenden Unterschiede in der Erfassung (siehe Übersicht 1, S. 140 und Übersicht 2, S. 141), in der Periodizität oder in den ärztlichen Meldewegen und statistischen Berichtswegen sind rechtzeitig den Statistischen Landesämtern mitgeteilt worden, die wiederum die Gesundheitsämter informierten.

Die statistischen Ergebnisse des Berichtsjahres 1990 zeigen aber, daß es bei den Erkrankungen, insbesondere bei den Geschlechtskrankheiten, zu einer Untererfassung gekommen ist. Eine von vielen Ursachen dürfte die Unsicherheit bei der Auslegung bundesdeutscher Datenschutzbestimmungen gewesen sein, die dazu führte, daß personenbezogene Informationen teilweise nicht an die Statistik weitergegeben wurden. Bisher hatten die ärztlichen Meldeformulare sowohl Verwaltungs- als auch Statistikaufgaben zu erfüllen. Der vom damaligen Kreis- bzw. Bezirksarzt beauftragte Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten war nicht nur für die Überwachung der Erkrankten in seinem Territorium (Region) verantwortlich, sondern auch für die Zusammenstellung der aggregierten und anonymisierten statistischen Ergebnisse, die er an seine übergeordnete Dienststelle weiterzugeben hatte. Die ärztlichen Meldungen der Erkrankten an übertragbaren Krankheiten einschließlich Tuberkulose verliefen nach ähnlichem Prinzip.

Durch diese Verfahrensweise konnte das ärztliche Fachpersonal die epidemiologische Situation im Territorium sehr schnell beurteilen und die entsprechenden Maßnahmen zur Bekämpfung einleiten. Die statistischen Ergebnisse, die am Ende eines jeden Berichtsjahres korrigiert wurden, spiegelten somit die tatsächliche epidemiologische Situation wider. Eine Trennung von Verwaltungsaufgaben und Statistik erfolgte allerdings nicht.

Mit der Einführung bundeseinheitlicher Erhebungsprogramme seit dem 1. Januar 1991 sind die bisherigen Verfahrensweisen in den neuen Bundesländern den bundesdeutschen Bedingungen angepaßt worden, so daß auch die Datenschutzbestimmungen erfüllt werden. Um einer weiteren Untererfassung bei den Erkrankungen entgegenzuwirken, werden nach Möglichkeit die bekannten Melde- und Berichtswege in den neuen Bundesländern so lange aufrechterhalten, bis der Aufbau der Gesundheitsämter in allen Landkreisen und kreisfreien Städten abgeschlossen ist und eine überarbeitete Statistik vorliegt.

Nach der Meinung von Experten in den alten Bundesländern entspricht diese Statistik mit ihren drei Erhebungen nicht mehr dem heutigen Erkenntnisstand, so daß inhaltliche und methodische Überarbeitungen vorgesehen sind. Für die Tuberkulose-Erhebung kommen schon jetzt die vorgeschlagenen Verbesserungen zur Anwendung.

Übersicht 1
Gegenüberstellung der meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten (Auszug)

Krankheit	Bundesrepublik Deutschland				Ehemalige DDR ¹⁾			
	V	E	T	A	V	E	T	A
Amöbenruhr	—	—	—	—	—	X	X	X
Bandwurm	—	—	—	—	—	X	X	—
Botulismus	X	X	X	—	X	X	X	—
Cholera	X	X	X	X	X	X	X	X
Diarrhoe	—	—	—	—	—	X	X	—
Fleckfieber	X	X	X	—	X	X	X	—
Gasbrand	—	X	X	—	X	X	X	—
Geschlechtskrankheiten ²⁾	X	X	—	—	X	X	—	—
Syphilis (angeboren)	—	X	X	—	—	X	X	—
Puerperalsepsis ³⁾	—	—	X	—	—	—	X	—
Röteln (angeboren)	—	—	—	—	—	X	X	—
Toxoplasmose (angeboren)	—	—	—	—	—	X	X	—
Tuberkulose	—	X	X	—	X	X	X	—

Abkürzungen und Zeichenerklärung:

V = Verdacht, E = Erkrankung, T = Tod, A = Ausscheider
— = Nicht aufgetretene Fälle, X = Aufgetretene Fälle

- 1) In der ehemaligen DDR gehörte zu jeder Krankheitsbezeichnung die Angabe der entsprechenden Schlüsselnummer der „Internationalen Statistischen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen“ (ICD, 9. Revision, WHO).
- 2) Verdachtsfälle an Geschlechtskrankheiten sind zwar in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Gesundheitsamt meldepflichtig, es wird aber keine Bundesstatistik erstellt. — Zur statistischen Erfassung der Geschlechtskrankheiten siehe Übersicht 2, S. 141.
- 3) Erfassung in der ehemaligen DDR über den Totenschein und über die Meldung eines Todesfalles einer Schwangeren oder einer kreißenden Wöchnerin.

Übersicht 2

Gegenüberstellung der statistischen Erfassung der Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose

	Geschlechtskrankheiten		Tuberkulose (Tbc)	
	Bundesrepublik Deutschland	ehemalige DDR	Bundesrepublik Deutschland	ehemalige DDR ¹⁾
Zugang	+			
davon:				
Ersterkrankung	2)	+	+	+
Wiedererkrankung .	2)	+	+	+
Bestand (am Anfang/ Ende des Berichts- jahres	-	+	-	+
Abgang (Wohnungs- wechsel, Tod)	-	+	-	+

1) Erfassung im Tbc-Register

- Bestand am Anfang des Jahres
- Zu- und Übergänge
 - Neuzugang
 - Zuzüge
 - aus anderen Gruppen ohne Wiedererkrankung
- Abgänge
 - in andere Betreuungsgruppen der Tbc
 - Sterbefälle an Tbc
 - Wegzüge
 - nicht bestätigte bzw. nicht mehr betreuungsbedürftige Tbc
- Bestand am Ende des Jahres.

2) Eine getrennte Erfassung erfolgt nicht.

3.2 Statistik der Schwangerschaftsabbrüche

Die bundesdeutsche Statistik über Schwangerschaftsabbrüche wird in den neuen Bundesländern erst eingeführt, wenn eine materielle Neuregelung des § 218 des Strafgesetzbuches in Kraft getreten ist.

Nach dem Einigungsvertrag gilt das DDR-Gesetz vom 9. März 1972 zur Unterbrechung der Schwangerschaft bis längstens 31. Dezember 1992, so daß bis zum Inkrafttreten eines neuen Gesetzes zwei unterschiedliche Statistiken vorliegen werden, in den neuen Bundesländern sowie dem früheren Berlin (Ost) Ergebnisse nach der Fristenlösung und in den alten Bundesländern Ergebnisse nach der Indikationslösung.

3.3 Statistik der Todesursachen

Auf dem Gebiet der Todesursachenstatistik vollzog sich die Umgestaltung nicht ohne Schwierigkeiten. Die Totenscheine hatten neben ihrer statistischen Funktion (Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Todesursachen) Verwaltungsfunktionen zu erfüllen. Die bisherigen, aufeinander abgestimmten Rechtsvorschriften der ehemaligen DDR zum Personenstandswesen, zur ärztlichen Leichenschau, zum Bestat-

tungs- und Friedhofswesen und zum Strafgesetzbuch sind teilweise nach dem 3. Oktober 1990 durch Bundesgesetze ersetzt worden. Nach dem Einigungsvertrag wurden einige Paragraphen dieser Gesetze, die nicht durch Bundesgesetze abgelöst worden sind, als Landesgesetze weitergeführt. Das betrifft beispielsweise einen Teil von Paragraphen des Gesetzes zur ärztlichen Leichenschau, wie die Anzeige eines Todesfalles, den Sektionskatalog, die Freigabe der Leiche zur Bestattung, die organisatorisch-technische Bearbeitung einschließlich Archivierung der Totenscheine und der dazugehörigen Dokumentation.

Bei der Statistik der Todesursachen gab es einige größere Veränderungen:

- Die bundesdeutschen Definitionen zu den Lebend-, Tot- und Fehlgeborenen waren zu übernehmen (siehe die folgende Übersicht).

Übersicht 3

Gegenüberstellung der Definitionen für Lebend-, Tot- und Fehlgeborene

	Bundesrepublik Deutschland	ehemalige DDR
<u>Lebendgeborene</u>	nach Scheidung vom Mutterleib ein Lebenszeichen Herztätigkeit oder Nabelschnur- pulsation oder Lungenatmung	nach vollständigem Verlassen des Mutterleibes unabhängig vom Durchtrennen der Nabel- schnur und der Ausstoßung der Plazenta zwei Lebenszeichen Herztätigkeit und Lungenatmung
<u>Totgeborene</u>	- totgeborenes oder in der Geburt ver- storbenes Kind - kein Lebenszeichen	ein oder kein Lebenszeichen
Geburtsgewicht	1 000 g und darüber	1 000 g und darüber
<u>Fehlgeborene</u> Gewicht	- kein Lebenszeichen unter 1 000 g	- kein Lebenszeichen unter 1 000 g

- Grundlage für die statistische Erfassung waren, im Gegensatz zur ehemaligen DDR, die vom Standesamt ausgestellten Zählkarten. Dabei war zu beachten, daß die Totgeborenen nicht wie bisher bei den Gestorbenen, sondern bei den Geburten erfaßt werden.
- Die von den Ärzten ausgestellten Totenscheine werden sowohl für die Beurkundung als auch für die Ausstellung der Sterbefallzählkarten durch die Standesbeamten genutzt.
- In den neuen Bundesländern werden, mit Ausnahme des Landes Berlin, weiterhin zwei Totenscheine
 - Totenschein für Totgeborene und für unter ein Jahr Verstorbene und
 - Totenschein für Verstorbene, die bei Eintritt des Todes ein Jahr und älter waren

sowie die dazugehörigen Dokumentationen (Autopsieantrag, Sektionskarte, Korrekturmeldung) bis zur Einführung eines landes- bzw. bundeseinheitlichen Formblattes verwendet.

- Die inhaltlichen Anpassungen an das bundesdeutsche Erhebungsprogramm sind auf den Formularen vorgenommen worden, beispielsweise bei den Unfallkategorien (siehe die folgende Übersicht).
- Die Vorschriften zum Datenschutz fanden bei der Neuauflage der Formulare ebenfalls ihre Berücksichtigung.
- Die Angaben auf den Totenscheinen, wie die Todesursachen oder die äußeren Ursachen einer Verletzung oder einer Vergiftung, werden weiterhin von den Ärzten codiert und zwar so lange, bis die Statistischen Landesämter über eigene Codierkräfte verfügen.

Weitere Ausführungen zur Umstellung des rechnergestützten Erfassungs- und Auswertungsprogramms des "zentralen Einwohnerdatenspeichers" der ehemaligen DDR auf das System der amtlichen Bevölkerungsstatistik der Länder und des Bundes sind im Beitrag Bevölkerungsstatistik (siehe S. 152 ff.) nachzulesen.

Übersicht 4
Gegenüberstellung der Unfallkategorien des Totenscheines

Bundesrepublik Deutschland	Ehemalige DDR
a) Arbeits- oder Dienstunfall (ohne Wegeunfall)	Arbeitsunfall
b) Schulunfall	Unfall in Gemeinschaftseinrichtungen (Krippe, Kindergarten, Schule, Krankenhaus ...)
c) Verkehrsunfall einschließlich Wegeunfall	Unfall im Verkehr (ohne Wegeunfall)
d) häuslicher Unfall	Unfall zu Hause
e) Sport-/Spielunfall (außer bei schulischer Veranstaltung oder im Haus)	Unfall in Erholungs-/Sportstätten (außer wenn der Unfall in Ausübung berufl. oder gesellschaftl. Tätig- keit auftrat)
-	Arbeits- und Wegeunfall
f) sonstiger Unfall (nähere Angaben)	wo sonst? (Unfälle in öffentlichen Gebäuden)

3.4 Statistik der Berufe des Gesundheitswesens

Die amtliche Statistik der Berufe des Gesundheitswesens in der Bundesrepublik Deutschland spiegelt das breite Berufsspektrum der im Gesundheitswesen Tätigen nicht wider. Als koordinierte Länderstatistik erfaßte sie das Fachpersonal der Gesundheitsämter und die an Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Tierärzte (einschließlich Ausländer) erteilten Approbationen. Das Personal in den sonstigen Gesundheitsberufen wird auf der Basis von Stichprobenerhebungen, wie Mikrozensus-Erhebung und EG-Arbeitskräftestichproben, ermittelt. Die Angaben zur Zahl der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker mit ihren Gebiets- und Teilgebietsanerkennungen werden von den für diese Berufe bestehenden Kammern und Dachorganisationen zur Verfügung gestellt. Die neue amtliche Krankenhausstatistik stellt ab 1991 umfassende Angaben aus den Krankenhäusern sowie Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen zu dem ärztlichen und nichtärztlichen Personal bereit.

Um für die neuen Bundesländer vergleichbare Zahlenangaben bereits für das Berichtsjahr 1990 zur Verfügung zu stellen, wurde versucht, sowohl über die Bettenmeldung (stationärer Bereich) und den Einrichtungsbericht Arbeitskräfte (ambulanter und stationärer Bereich) als auch über die amtliche Statistik der Berufe des Gesundheitswesens Zahlenangaben zu erhalten.

Die ehemaligen DDR-Statistiken zu den Arbeitskräften enthielten eine Reihe von Erhebungsmerkmalen, für die es keine Konkordanz zur Bundesstatistik gab. Umsteigeschlüssel zu den Berufsbezeichnungen des nichtärztlichen Personals und zu den Gebiets- und Teilgebietsbezeichnungen des ärztlichen Personals mußten erarbeitet werden (siehe Übersicht 5, S. 147). Die Zuordnung der ehemaligen DDR-Berufe zu denen der Bundesrepublik kann nur als eine Übergangslösung betrachtet werden. Die komplizierten Arbeiten zur Harmonisierung der Berufsbezeichnungen sind von den dafür Beauftragten, wie vom Bundesärzтетag, eingeleitet worden. Wann diese Arbeiten abgeschlossen sein werden, ist noch unbekannt.

3.5 Krankenhausstatistik

Eine bundeseinheitliche Krankenhausstatistik mit ihren Teilen - Grunddaten und Kostennachweis - ist in den alten Bundesländern erstmals im Jahre 1990 durchgeführt worden.

In den neuen Bundesländern erfolgte ihre Einführung aufgrund des Einigungsvertrages ein Jahr später, mit Ausnahme des Landes Berlin, das, durch seine besondere Situation bedingt, diese Statistik im früheren Berlin (Ost) schon 1990 mit einführt. Der Diagnosteteil wird erst ab dem Berichtsjahr 1993 eingeführt. Beginnend ab dem Jahre 1993 wird für jeden aus dem Krankenhaus entlassenen Patienten ein nichtpersonenbezogener Datensatz erfaßt und statistisch ausgewertet.

Die bisherige Krankenhausstatistik war eine sogenannte koordinierte Länderstatistik, die den heutigen datenschutzrechtlichen Anforderungen und dem Informationsbedarf nicht mehr entsprach. Die neue Krankenhausstatistik ist eine Erhebung mit abgestimmtem Merkmalskatalog, einheitlichem Berichtsweg sowie einheitlichen rechnergestützten Aufbereitungs- und Prüfverfahren.

Um wichtige statistische Angaben aus den neuen Bundesländern auch für das Berichtsjahr 1990 liefern zu können, wurden einige ehemalige DDR-Fachberichterstattungen, wie die Bettenmeldung und der Einrichtungsbericht Arbeitskräfte, bis zum Ende des Berichtsjahres fortgeführt. Daneben mußten einige Primärdaten aus anderen Berichten, wie z.B. zum Kur- und Bäderwesen, entnommen werden. Die Angaben zu den medizinisch-technischen Großgeräten, zu den Dialyseplätzen sowie zu den Dialysen, wie sie für das Auswertungsprogramm benötigt werden, sind zusätzlich zur Bettenmeldung erhoben worden. Für die Zusammenführung der Erhebungsteile und für die Vorbereitung der Erhebung ab dem 1. Januar 1991 ist das Einrichtungsregister des Gesundheits- und Sozialwesens genutzt worden.

Zur Herstellung einer Kompatibilität zu den Erhebungsmerkmalen der Krankenhausstatistik waren methodische Untersuchungen notwendig, die noch im Institut für Medizinische Statistik und Datenverarbeitung durchgeführt und in den "Methodischen Hinweisen zur Einführung der Krankenhausstatistik" publiziert worden sind. Diese Umsteigeschlüssel bzw. Schlüsselbrücken werden für weitere Jahre eine Voraussetzung sein, um eine Vergleichbarkeit zu den sich im Umbruch befindlichen Organisationsstrukturen in den Krankenhäusern herstellen zu können. Eine Harmonisierung, wie die Bezeichnungen der Fachabteilungen oder der Berufsbezeichnungen des Personals in den Krankenhäusern, wird nicht schnell vonstatten gehen (siehe Übersicht 5, S. 147 und Übersicht 6, S. 148).

Die Auskunftspflichtigen in den neuen Bundesländern erhielten schon Ende 1990 umfassende Informationen zum Erhebungsprogramm mit seinen Besonderheiten. Frühzeitig haben einige Krankenhäuser gemeinsam mit dem für sie zuständigen Statistischen Landesamt und der Krankenhausgesellschaft begonnen, sich mit der neuen Statistik auseinanderzusetzen, um auch schrittweise ihre bisherigen Erhebungsformen in den Einrichtungen der neuen Methodik anzupassen.

Schlußbemerkungen

Die amtliche Statistik des Gesundheits- und Sozialwesens der ehemaligen DDR war auf manchen Gebieten überdimensioniert. Die Ursache dafür war, daß die Entscheidungen für die Leitung und Planung des Gesundheits- und Sozialwesens weitgehend im MfGe lagen. Zur Unterstützung dieser Entscheidungen wurde über das Fachberichtswesen versucht, eine möglichst totale Widerspiegelung der tatsächlichen Verhältnisse zu erhalten. Das hatte wiederum zur Folge, daß zwar ein umfangreiches Programm erhoben und jährlich ausgewertet wurde, ein großer Teil der Ergebnisse aber nicht an die Öffentlichkeit gelangte. Einige von diesen Daten, wie die Angaben über Kindesmißhandlungen, Alkoholismus und Selbsttötungen, durften auch nicht veröffentlicht werden, da sie nicht in das offizielle Bild von der "heilen Welt" einer sozialistischen Gesellschaft paßten.

Um in späteren Jahren die Leistungen des Gesundheits- und Sozialwesens der ehemaligen DDR und die Ursachen ihres Strukturwandels objektiv bewerten zu können, sollten die Datenbestände des ehemaligen Fachberichtswesens gesichtet, bewertet und im Rahmen der Rückrechnung "langer historisch rückwärts gerichteter Reihen" genutzt, bevor sie dann archiviert werden.

Übersicht 5
Zuordnung der Berufsbezeichnungen der Ärzte der Bundesrepublik Deutschland
zur ehemaligen DDR

Krankenhausstatistik der Bundesrepublik Deutschland		Volkswirtschaftliche Arbeitskräftesystematik der ehemaligen DDR	
Gebietsbezeichnung/ Teilgebietsbezeichnung (TG)	Schl.- Nr.	Facharztbezeichnung/ Subspezialisierung (Sb.)	Schl.- Nr.
Allgemeinmedizin	030	Allgemeinmedizin	030
Anästhesiologie	060	Anästhesiologie und Intensivtherapie	060
Arbeitsmedizin	090	Arbeitsmedizin	090
Augenheilkunde	120	Augenheilkunde	120
Chirurgie	150	Chirurgie	150
dar.:TG Gefäßchirurgie	153	dar.:Sb. Gefäßchirurgie	153
TG Kinderchirurgie	156	Herzchirurgie	153
TG Plastische Chirurgie	159	Kinderchirurgie	156
TG Thorax- u. Kardiovaskularchirurgie	163	—	—
TG Unfallchirurgie	166	Sb. Thoraxchirurgie	163
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	190	Sb. Traumatologie	166
Hals-,Nasen- und Ohrenheilkunde	220	Gynäkologie und Geburtshilfe	190
dar. TG Phoniatrie u. Pädioaudiologie	223	Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde	220
Haut- und Geschlechtskrankheiten	250	dar. Sb. Phoniatrie/Audiologie	223
Hygiene	280	Haut- und Geschlechtskrankheiten	250
Innere Medizin	310	Hygiene	280
dar.:TG Endokrinologie	313	Innere Medizin	310
TG Gastroenterologie	316	dar.:Sb. Diabetologie	313
TG Hämatologie	319	Sb. Gastroenterologie	316
TG Kardiologie	323	Sb. Hämatologie	319
TG Lungen- und Bronchialheilkunde	326	Sb. Kardiologie/Angiologie	323
TG Nephrologie	329	Sb. Pulmologie/Lungenheilkunde	326
TG Rheumatologie	333	Sb. Nephrologie	329
Kinderheilkunde	360	Sb. Rheumatologie	333
dar. TG Kinderkardiologie	363	Kinderheilkunde	360
Kinder- und Jugendpsychiatrie	390	—	—
Klinische Pharmakologie	420	—	—
Laboratoriumsmedizin	450	Pathobiochemie und Labordiagnostik	450
Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie	480	Mikrobiologie	480
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	510	Kieferchirurgie	510
Neurochirurgie	540	Neurochirurgie	540
Neurologie	570	Neurologie/Psychiatrie ¹⁾	570
Neuropathologie	600	—	—
Nuklearmedizin	630	Nuklearmedizin	630
Öffentliches Gesundheitswesen	660	—	—
Orthopädie	690	Orthopädie	690
dar. TG Rheumatologie	693	—	—
Pathologie	720	Pathologische Anatomie/Psychiologie	720
Pharmakologie und Toxikologie	750	Pharmakologie und Toxikologie	750
Psychiatrie	780	Neurologie/Psychiatrie ¹⁾	780
Radiologische Diagnostik	810	Radiologie/Diagnostik/Röntgenologie	810
dar.:TG Kinderradiologie	813	—	—
TG Neuroradiologie	816	—	—
Rechtsmedizin	840	Gerichtliche Medizin	840
Strahlentherapie	870	Radiologie/Therapie	870
Urologie	900	Urologie	900

1) Der Facharzt für Neurologie/Psychiatrie ist der Fachrichtung zuzuordnen, in der er überwiegend tätig ist.

Übersicht 6
Zuordnung der Fachabteilungen in Krankenhäusern der Bundesrepublik Deutschland
zur ehemaligen DDR

Krankenhausstatistik der Bundesrepublik Deutschland	Schl.-Nr.	DDR-Bettenmeldung	Schl.-Nr.
Augenheilkunde	120	Ophthalmologie	120
Chirurgie	150	Chirurgie (ohne Neurochirurgie)	150
dar.: Gefäßchirurgie	153	—	—
Kinderchirurgie	156	Kinderchirurgie	156
Plastische Chirurgie	159	—	—
Thorax- u. Kardiovaskularchirurgie	163	Herzchirurgie	163
Unfallchirurgie	166	—	—
Frauenheilkunde/Geburtshilfe	190	—	—
dar.: Frauenheilkunde	193	Gynäkologie	193
Geburtshilfe	196	Geburtshilfe	196
Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde	220	Oto-Rhino-Laryngologie	220
Haut- und Geschlechtskrankheiten	250	—	—
—	—	Dermatologie	250
—	—	Venerologie	250
Innere Medizin	310	Innere Medizin	310
dar.: Endokrinologie	313	—	—
Gastroenterologie	316	—	—
Hämatologie	319	—	—
Kardiologie	323	Herz/Kreislauf	323
Lungen- und Bronchialheilkunde	326	Lungen-Kh. u. Tbc u. Tbc-Heilstätten	326
Nephrologie	329	—	—
Rheumatologie	333	Rheumatologie	333
Geriatric	336	—	—
—	—	Diabetes	310
—	—	Infektion (Erwachsene)	310
—	—	Chronisch Kranke	310
Kinderheilkunde	360	Pädiatrie	360
—	—	dar.: Säuglinge	360
—	—	Infektion	360
—	—	Neonatologie II	360
—	—	Erkr. der Kinder werkt. Mütter	360
Kinder- und Jugendpsychiatrie	390	Psychisch kranke Kinder ¹⁾	390
Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie	510	Stomatologie	510
Neurochirurgie	540	Neurochirurgie ²⁾	540
Neurologie	570	Neurologie	570
Nuklearmedizin	630	—	—
Orthopädie	690	Orthopädie	690
dar. Rheumatologie	693	—	—
Psychiatrie	780	Psychiatrie	780
dar. Suchtkrankheiten	783	—	—
Psychosomatik	790	—	—
Strahlentherapie	870	Strahlentherapie	870
Urologie	900	Urologie	900
Sonstige Fachbereiche/Allgemeinbetten	930	Allgemeine	930
—	—	Sonstige	930

1) Darunter-Position von Psychiatrie. – 2) Darunter-Position von Chirurgie.

Literaturverzeichnis

- Anweisung vom 18. März 1988 über die Informationsordnung des Ministers für Gesundheitswesen - Informationsordnung - (Verf. u. Mitt. des MfGe der DDR Nr. 3, S. 43).
- Anweisung Nr. 2 vom 22. September 1988 über die Informationsordnung des Ministers für Gesundheitswesen - Informationsordnung - (Verf. u. Mitt. des MfGe der DDR Nr. 7, S. 83).
- AO vom 5. Mai 1967 über die Errichtung und Tätigkeit der Medizinisch-Statistischen Büros in den Bezirken (GBl. II der DDR Nr. 86, S. 645).
- Gesetz vom 9. März 1972 zur Unterbrechung der Schwangerschaft (GBl. I der DDR, Nr. 5, S. 89) - Durchführungsbestimmung vom 9. März 1972 (GBl. II der DDR Nr.12, S. 149).
- Gesetz vom 20. Juli 1990 über die amtliche Statistik der DDR, (GBl. I der DDR Nr. 52, S. 1004).
- Hoffmann, U.: Neue Bundesstatistik über Krankenhäuser. Grundlagen zum Aufbau eines statistischen Krankenhausinformationssystems, in: Wirtschaft und Statistik Heft 10/1990, S. 693.
- Informationskatalog des Gesundheits- und Sozialwesens-Berichtswesen (Ministerrat der DDR, Ministerium für Gesundheitswesen) Ausgabe 1989.
- Institut für Medizinische Statistik und Datenverarbeitung: Methodischer Umsteiger von Berichterstattungen der DDR zur Krankenhausstatistik, Dezember 1990.
- Tellkamp, F., Hellmund, W.: Ärztliche Meldepflichten in der DDR, VEB Verlag Volk und Gesundheit, Berlin, 1986.

Anhang

Gesamtübersicht der Fachberichterstattungen des Ministeriums für Gesundheitswesen nach Fachgebieten (Stand 1989)

Fachgebiet	Anzahl
Einrichtungsregister	1
Medizinische Betreuung	34
Kur- und Bäderwesen	1
Pharmazie/Medizintechnik	16
Sozialwesen	8
Hygiene	13
Gesundheitsschutz in den Betrieben und Arbeitshygieneinspektion	6
Ökonomie, Planung, Finanzen, Arbeitskräfte	5
Wissenschaft/Forschung	2
Aus- und Weiterbildung	8
Sozialistische Jugendpolitik	1
Internationale Beziehungen	1

Gesamtübersicht der Fachberichterstattungen der Bezirke (Stand 1989)

Bezirk	Anzahl	Art der Fachberichterstattung
Berlin	3	Tätigkeit der orthopädischen Beratungsstellen Bettenauslastung der Krankenhäuser Besetzung der Planstellen
Cottbus	2	Ambulant tätige Zahnärzte u. Ärzte nach Fachrichtungen Entwicklung der Nah- u. Feierabenderholungsmöglichkeiten
Dresden	1	Leistungsnachweis der ÄBK ¹⁾
Erfurt	4	Schwesternanalyse Ergebnisse v. Aussprachen mit Ärzten in Weiterbildung Übersicht über Ärzte und Zahnärzte in Weiterbildung Überprüfung des Ausbildungsstandes des Operations-Hilfspersonals
Chemnitz ²⁾	7	Analyse der Rehabilitationen Bericht über erwachsene psychisch Kranke Fürsorgemaßnahmen der Geschwulstbetreuungsstellen Leistungsnachweis der ÄBK ¹⁾ Ergänzungsbericht zum Krankenstand, Ärztliche Arbeitsplätze Kreisanalyse Apothekenwesen Apothekenanalyse
Rostock	1	Ergebnisse über die Rehabilitation geschädigter Bürger
Leipzig	4	Durchsetzung des Herzinfarktbekämpfungsprogramms Analyse der Neuerkrankungen an malignen Neoplasmen Information über Auslastung der Bettenkapazitäten Stomatologische Leistungsdokumentation
Halle	3	Erfassung betreuungs- und hilfebedürftiger Bürger im hohen Lebensalter Recht auf Arbeit f. Rehabilitanden und Unterstützung geschädigter Bürger Bestand und Verbrauch an Materialien im Gesundheitswesen
Magdeburg	3	Betreuung älterer Bürger Operativmeldung Planerfüllung im kreisgeleiteten Bauwesen Kinderreiche Familien
Potsdam	2	Erfüllung der speziellen Staatsaufgabe Investitionen für Kinderkrippen

1) Ärzteberatungskommission.

2) Früher: Karl-Marx-Stadt.

Bevölkerungsstatistik

1 Bevölkerungstatistik als Beispiel für den Übergang von zentralisierten Kompetenzen auf föderative Organe im Bereich der Sozialpolitik

1.1 Veränderungen in den laufenden Bevölkerungsstatistiken nach der Wiedervereinigung

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands stellte sich die Aufgabe, die laufenden Bevölkerungsstatistiken auch in den neuen Bundesländern nach den Prinzipien des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates und unter Beachtung des föderativen Charakters des Staatsaufbaus neu zu organisieren.

Das bedeutete:

- Die bisher zentral gesteuerte Bevölkerungsstatistik ist in die Zuständigkeit der neuen Bundesländer zu überführen.

In der ehemaligen DDR wurden bevölkerungsstatistische Ergebnisse von der Zentralstelle des Statistischen Amtes (StAt) erstellt und anschließend den Bezirksstellen für Statistik und anderen Interessenten zur Nutzung übergeben. Die Bezirksstellen für Statistik waren in den Prozeß der Datenerhebung, -erfassung und -aufbereitung nicht einbezogen.

- Die Ergebniserhebung ist auf den gesetzlichen Grundlagen der Bundesstatistik zu gewährleisten. Dabei handelt es sich um die Durchsetzung der Belange des
 - Bundesstatistikgesetzes und des
 - Bevölkerungsstatistikgesetzes

unter Berücksichtigung sonstiger Rahmenbedingungen, zu denen insbesondere das Personenstandsgesetz und das Melderechtsrahmengesetz zählen.

Vor allem geht es hierbei um die Sicherung klar voneinander abgegrenzter Datenerhebungen für die kommunalen Verwaltungen (persönlich zuordenbare Daten) und für die Statistik (anonymisierte Daten).

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

Nur auf dieser Grundlage ist letztlich zu gewährleisten, daß mit der massenhaften Erhebung und Auswertung bevölkerungsstatistischer Daten den Erfordernissen des Personendatenschutzes ausreichend Rechnung getragen werden kann.

In der ehemaligen DDR gab es zwischen Verwaltungs- und Statistikvollzug eine enge Verzahnung. Die Datenerfassung erfolgte im Zentralen Einwohnerregister (ZER), die Datenaufbereitung im Bereich der Statistik.

Im Zusammenhang mit der Datenerhebung, -erfassung und -aufbereitung spielte die Personenkenzahl (PKZ) als Hauptidentifikator eine wesentliche Rolle. Die PKZ ermöglichte, daß sämtliche im ZER gespeicherten Angaben mit Daten anderer Datenspeicher zusammengeführt werden konnten, wovon auch Gebrauch gemacht wurde.

Gerade diese wechselseitige Verknüpfung von Datenspeichern auf gesamtstaatlicher Ebene ist nach den im geeinten Deutschland geltenden rechtsstaatlichen Grundsätzen des Datenschutzes sowie des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung unzulässig. Das erklärt auch, warum die in der ehemaligen DDR bereits effizient organisierte Bevölkerungsstatistik in der bisherigen Form nicht weitergeführt werden konnte.

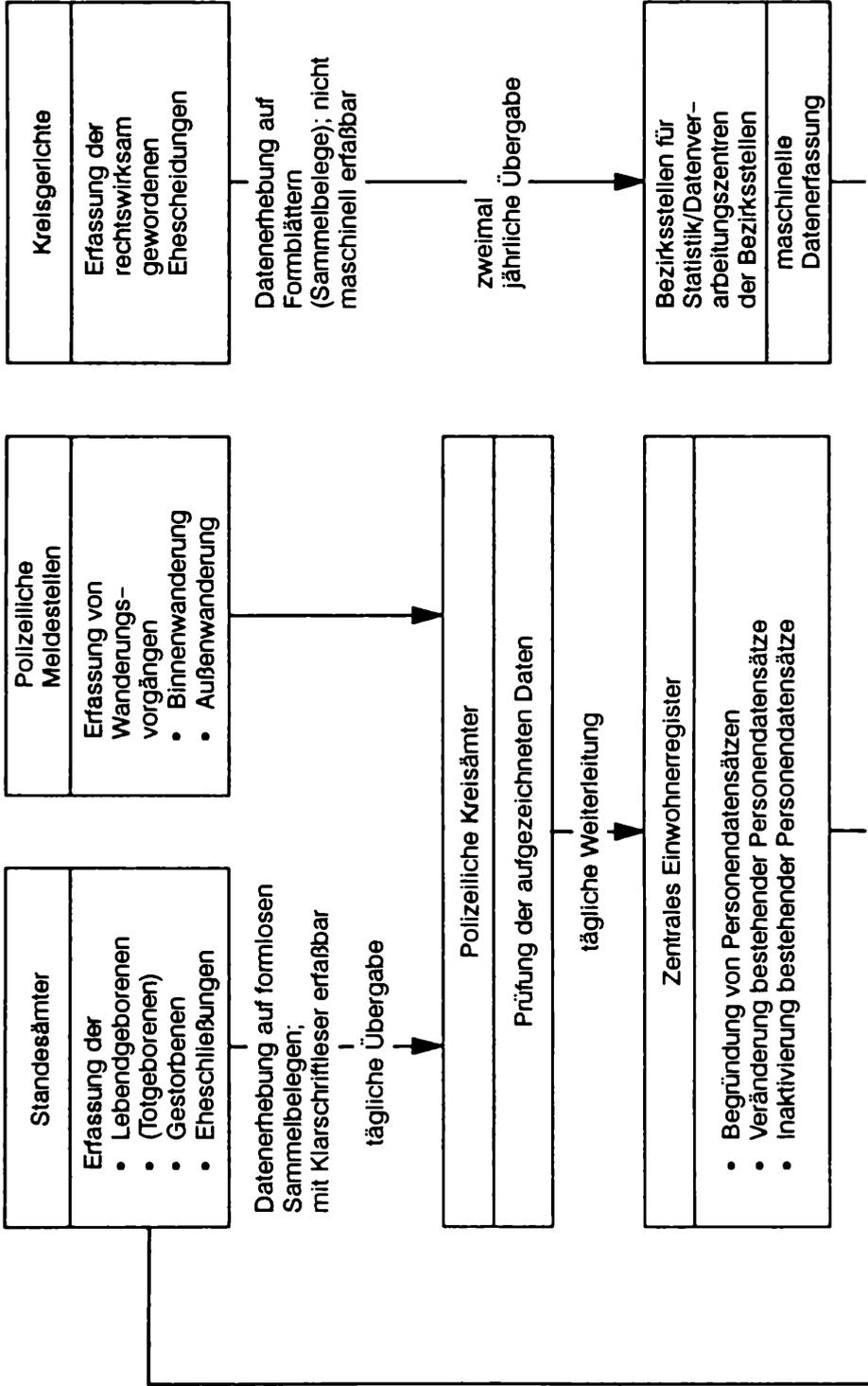
1.2 Organisation der Bevölkerungsstatistik in der ehemaligen DDR¹⁾

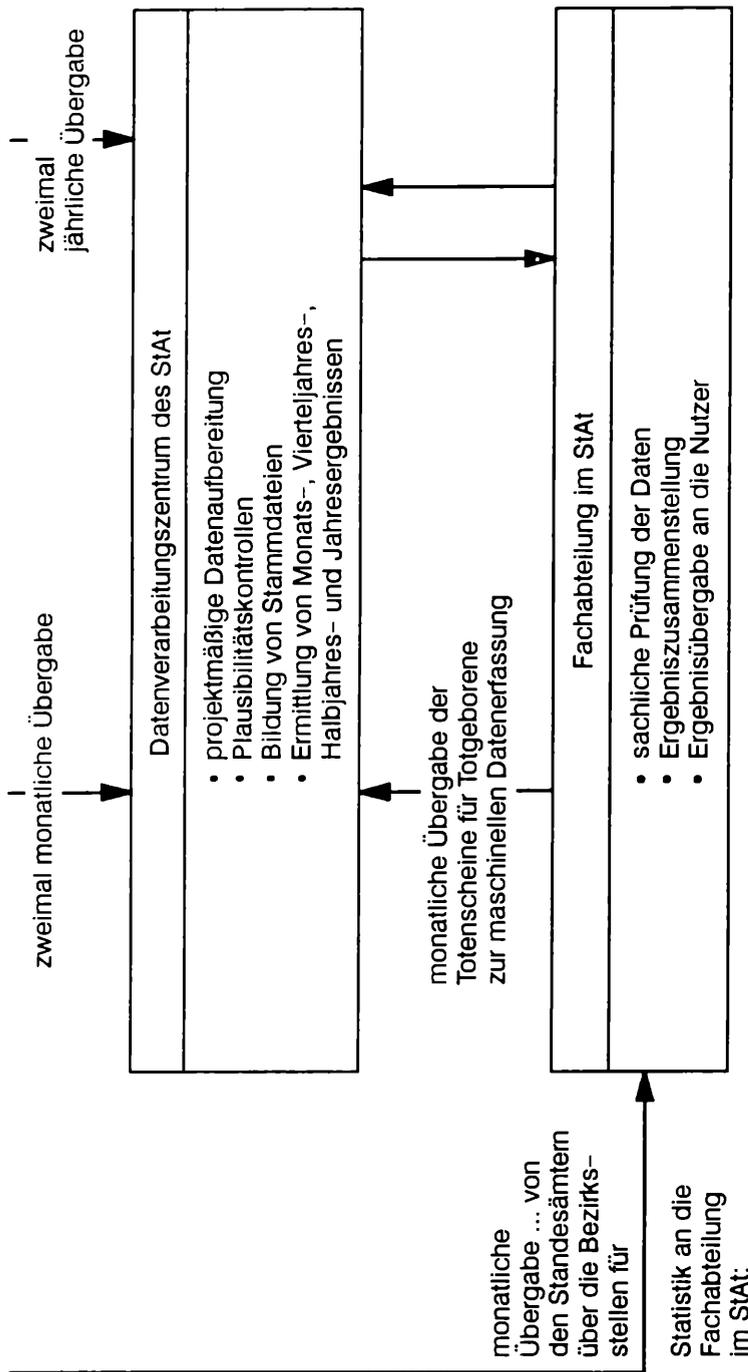
Kennzeichnend für die bis zum 2.10.1990 praktizierte Organisation der Bevölkerungsstatistik waren

- die dezentrale Datenerhebung in
 - Standesämtern (Lebend- bzw. Totgeborene, Gestorbene, Eheschließungen),
 - Kreisgerichten (rechtswirksame Scheidungen) und
 - polizeilichen Meldestellen (grenzüberschreitende Zu- bzw. Wegzüge, Anmeldungen innerhalb der ehemaligen DDR);
- die einheitliche Speicherung aller standesamtlich und melderechtlich relevanten Daten im ZER durch
 - Begründung von Personendatensätzen (Lebendgeborene, Anmeldung einer Hauptwohnung als Folge eines grenzüberschreitenden Zuzugs),
 - Veränderung bestehender Personendatensätze (Eheschließung, Ehescheidung, Veränderung des Hauptwohnsitzes innerhalb der ehemaligen DDR) und
 - Inaktivierung bestehender Personendatensätze (Todesfall, grenzüberschreitender Wegzug);

1) Vgl. die Übersicht S. 154 f.

Organisationsschema der laufenden Bevölkerungsstatistiken in der ehemaligen DDR





- der Totenscheine für die Plausibilitätskontrollen und Archivierung sowie zur maschinellen Datenerfassung der Totgeborenen
- der standesamtlichen Registrierungen der Eheschließungen, Lebendgeborenen und Gestorbenen zur Gegenkontrolle der im ZER aufgezeichneten Personenstandsfälle

- die zentrale Datenaufbereitung im Datenverarbeitungszentrum des StAt (DVZ-Statistik) sowie die sich daran anschließende Ergebnisbereitstellung für die nachgeordneten Bezirksstellen für Statistik und sonstigen Nutzer bevölkerungsstatistischer Daten.

Die Datenerhebung in den Standesämtern und polizeilichen Meldestellen erfolgte formblattlos auf maschinenlesbaren Datenträgern (Klarschriftbelegen). Diese Belege gelangten nach der Prüfung in den polizeilichen Kreisämtern über diese täglich an das ZER.

Im ZER wurden für alle Bewohner der ehemaligen DDR die standesamtlichen und melderechtlich relevanten Personendaten gespeichert. Das Hauptordnungsmerkmal im System der Registerführung bildete die PKZ. Die Abspeicherung der Daten erfolgte nach dem Hauptwohnsitz. Zweimal im Monat wurden dem DVZ-Statistik personenbezogene die Veränderungsmeldungen übergeben. Diese Übergabedatensätze enthielten zugleich zusätzliche, im ZER nicht abgespeicherte demographische Informationen, die jedoch für die Bevölkerungsstatistik von Bedeutung waren.

Abweichend von der bisher dargelegten Praxis, sind für die Bevölkerungsstatistik Angaben über Ehescheidungen erhoben und maschinell erfaßt worden. So wurden in den Kreisgerichten nach Rechtswirksamkeit der Ehescheidungen personenbezogene Daten auf Sammelbelegen manuell festgehalten, zweimal jährlich den Datenverarbeitungszentren der Bezirksstellen für Statistik zur maschinellen Datenerfassung übergeben und anschließend dem DVZ-Statistik zur weiteren Bearbeitung zugestellt.

Unabhängig davon erhielten sowohl das Standesamt, in dem die Ehe ursprünglich geschlossen worden war, als auch das ZER Mitteilung von der Ehescheidung.

Die EDV-mäßige Datenaufbereitung und Ergebnisgewinnung im DVZ-Statistik vollzog sich in nachstehenden Arbeitsschritten:

- Splittung der vom ZER in einem einheitlichen Personendatensatz übergebenen Daten entsprechend den einzelnen Projekten der Bevölkerungsstatistik.
- Durchführung monatlicher bzw. bei Ehescheidungen halbjährlicher Prüfläufe (Plausibilitätskontrollen).
- Korrektur der fehlerhaften und Überführung der sachlich einwandfreien Personendatensätze in die monatlichen Stammdateien zur Erstellung der Jahresergebnisse.
- Anschreibung von Abstimmlisten zur Sicherstellung sachlich richtiger Ergebnisse mit anschließender Freigabe der Daten zur Gewinnung von Jahresergebnissen.

- Listenmäßiger Ausdruck der Ergebnisse und deren Zusammenstellung zu Ergebnisbroschüren.
- Übergabe der Ergebnisse an die Nutzer.

1.3 Neuorganisation der Bevölkerungsstatistik in den neuen Bundesländern

Sofort nach Inkrafttreten der Wiedervereinigung konnte in den neuen Bundesländern die bisherige Organisation der Bevölkerungsstatistik in wesentlichen Teilen nicht mehr aufrechterhalten werden. Noch vom ehemaligen DDR-Innenministerium ist den Standesämtern zum 3.10.1990 0.00 Uhr die maschinenlesbare Aufzeichnung von Personenstandsfällen für das ZER untersagt worden. Damit konnte das ZER der Statistik nur noch solche Daten über die natürliche Bevölkerungsbewegung bereitstellen, deren Erhebung der Gesetzgeber den Einwohnermeldeämtern im Melderechtsrahmengesetz gestattet. Als direkte Folge dieser Weisung war damit die rasche Übernahme der in den alten Bundesländern angewandten Organisation der Bevölkerungsstatistik zu einem dringenden Erfordernis geworden. Die mit dem Umstellungsprozeß verbundenen Zeitverluste in der Datenerhebung, -erfassung und -aufbereitung waren und sind so gering wie möglich zu halten. Das öffentliche Interesse an gesamtdeutschen Bevölkerungsdaten für 1990 und der Bedarf an länderspezifischen Ergebnissen für den verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Neuaufbau in den neuen Bundesländern lassen nennenswerte Zeitverzögerungen in der Ergebnisbereitstellung nicht zu.

Der Umstellungsprozeß erforderte deshalb kurzfristig Überlegungen und Entscheidungen auf folgenden Gebieten:

- Anpassung bzw. Neukonzeption der Zählpapiere und Berichtswege.
- Anpassung der Erhebungsprogramme, d.h.

Erfassung von bisher nicht erfragten Merkmalen

- Staatsangehörigkeit,
- Religionszugehörigkeit,
- Beteiligung am Erwerbsleben (Wanderungsstatistik) und

Wegfall von Merkmalen, die im Bevölkerungsstatistikgesetz nicht vorgesehen sind.

- Sicherstellung der maschinellen Datenerfassung und -aufbereitung.
- Vorgaben über den zeitlichen Ablauf der Ergebniserhebung.
- U m s t e l l u n g der Wanderungsstatistik von der zentralen Verbuchung von Zuzügen in der Zuzugsgemeinde bei gleichzeitiger Abbuchung in der Herkunftsgemeinde auf die dezentrale Verbuchung über-

regionaler Wanderungsfälle durch den Austausch entsprechender Informationen zwischen den Statistischen Landesämtern (StLÄ) der Zuzugs- und der Herkunftsländer.

- Ermittlung eines realen Bevölkerungsstandes per 3.10.1990 durch Sonderauszählung im ZER. Der Registerabzug per 3.10.1990 bildet die Grundlage für die nach den Regeln der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern durchzuführende Bevölkerungsfortschreibung.
- Anpassung auf methodischem und definitorischem Gebiet:
 - Berechnung der altersspezifischen und der zusammengefaßten Geburtenziffern.
 - Berechnung der Sterbewahrscheinlichkeit.
 - Berechnung "abgekürzter" Sterbetafeln.
 - Definition Lebendgeborene/Totgeborene.
 - Definition Hauptwohnsitz.
 - Definition der Unfallkategorien in der Todesursachenstatistik.

1.4 Zu den Aufgaben der mit der Neuorganisation der laufenden Bevölkerungsstatistiken in den neuen Bundesländern befaßten statistischen und sonstigen Einrichtungen

Ein wichtiger Aspekt bei der Neuorganisation der laufenden Bevölkerungsstatistiken in den neuen Bundesländern ist das aufeinander abgestimmte Zusammenwirken sämtlicher an diesem Prozeß beteiligten statistischen Ämter und sonstigen Einrichtungen. Die dabei von den einzelnen Partnern zu lösenden Aufgaben stellen sich wie folgt dar:

- Statistisches Bundesamt (StBA)

Dem StBA obliegt u.a. die Hauptverantwortung für die einheitliche und rechtzeitige Bereitstellung gesamtdeutscher bevölkerungsstatistischer Daten. Das Amt ist zugleich zuständig für alle rechtlichen, organisatorischen und methodischen Fragen auf dem Gebiet der laufenden Bevölkerungsstatistiken (z.B. Erstellung von Datenfluß- und Zeitplänen für die einzelnen Arbeitsetappen von der Datenerhebung bis zur Ergebniskonzentration zu Bundesergebnissen, Festlegung von Definitionen, Berechnung von Maßzahlen, Vorausschätzungen, Sterbetafeln).

- Statistische Landesämter in den alten und neuen Bundesländern (StLÄ)

Die StLÄ sind für die Durchführung der Erhebungen und Aufbereitung der Ergebnisse zuständig. Hierbei gewähren die StLÄ in den alten Bundesländern den neuen Bundesländern Hilfe, indem sie ihnen mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen bei der Datenerhebung, -erfassung und -aufbereitung zur Seite stehen. Jedem

StLA in den neuen Bundesländern stehen ein oder mehrere StLÄ in den alten Bundesländern als Partner zur Verfügung. Die Unterstützung umfaßt u.a.

- die Bereitstellung von Zählblättern,
- die Schaffung programmtechnischer Voraussetzungen für die maschinelle Datenerfassung und -aufbereitung sowie
- ggf. auch die direkte Hilfe bei der maschinellen Datenerfassung und -aufbereitung.

Die gewährte Hilfe schließt in jedem Fall auch die gezielte Schulung der Mitarbeiter in den neuen StLÄ ein.

- G e m e i n s a m e s S t a t i s t i s c h e s A m t d e r n e u e n B u n d e s l ä n d e r (GeStAL)

Das GeStAL ist für die Abwicklung der bisher zentral organisierten laufenden Bevölkerungsstatistiken (Zeitraum 1.1. bis 2.10.1990) zuständig. In diesem Zusammenhang schafft es für die neuen StLÄ die datenmäßigen Voraussetzungen, um dort

- die Bevölkerungsfortschreibung ab 3.10.1990,
- die Ermittlung der Jahresergebnisse für 1990 und
- den Datenaustausch auf dem Gebiet der Binnenwanderung zwischen den StLÄ der alten und der neuen Bundesländer

zu ermöglichen.

Folgende Aktivitäten waren bzw. sind hierzu erforderlich:

- Nacherfassen von Personenstandsfällen, die vor dem 3.10.1990 aufgetreten, aber noch nicht Bestandteil der im DVZ-Statistik archivierten Daten (Stammdateien) waren. Die Nacherfassung erfolgte zur Sicherstellung eines aktuellen Datenbestandes, der den neuen StLÄ zur Ermittlung der Jahresergebnisse im 2. Halbjahr 1991 übergeben wird. Sie diente gleichzeitig zur Gewährleistung eines möglichst aktuellen Registerabzuges im ZER als Basis für die Fortschreibung in den neuen Bundesländern ab 3.10.1990.
- Übergabe dieses Registerabzuges per 3.10.1990 an die StLÄ der neuen Bundesländer, und zwar in der Satzstruktur jener Verbundprogramme (Programme der Datenaufbereitung)²⁾, die die Bevölkerungsfortschreibung betreffen (Summendatensätze). Die Daten werden vom ZER als Einzeldatensätze in der Gliederung
 - Geburtsdatum,
 - Geschlecht,

2) EDV-Programme, die von jeweils einem StLA erstellt werden und in der Regel von allen StLÄ genutzt werden.

- Familienstand und
- Deutscher/Nichtdeutscher

übergeben.

- Umsetzung der Stammdateien (1.1. bis 2.10.1990) in die Satzstruktur der Verbundprogramme sowie Übergabe dieser Daten an die neuen StLÄ zur Ermittlung der Jahresergebnisse.
- Zeitlich verkürzte Ergebnisaufbereitung (1.1 bis 2.10.1990) nach den bisherigen Aufbereitungsprojekten, um über Eckdaten zu kontrollieren, ob die Umsetzung der Stammdateien (Einzeldatensätze) in die Satzstruktur der Verbundprogramme fehlerfrei erfolgt ist. Zu diesem Zweck wird die Ermittlung der Jahresergebnisse 1990 in den neuen StLÄ in der zeitlichen Gliederung
 - 01.01. bis 02.10.1990,
 - 03.10. bis 31.12.1990 und
 - 01.01. bis 31.12.1990

vorgenommen.

- Bereitstellung der monatlichen Wanderungsergebnisse in der Satzstruktur der betreffenden Verbundprogramme (Eingabedatensätze) nach Übernahme dieser Daten vom ZER.
- Zentrales Einwohnerregister (ZER)

Das ZER sichert die

- Bereitstellung des bereits mehrfach erwähnten Registerabzuges (Bevölkerungsstand per 3.10.1990).

Mit dem Abzug konnte das ZER den Bevölkerungsstand per 3.10.1990 hinsichtlich der Bevölkerungszahl, des Alters, des Geschlechts sowie der Unterteilung in Deutsche und Nichtdeutsche gewährleisten.

Dagegen bezogen sich die Angaben zum Familienstand auf den Zeitpunkt der Datenbereitstellung (Ende Mai 1991). Im ZER wird zwar die Veränderung des Familienstandes, nicht aber das Datum des Eintretens dieser Veränderung abgespeichert. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, mit der Familienstandsfortschreibung in den neuen Bundesländern nicht ab 3.10.1990, sondern erst ab Juni 1991 zu beginnen.

Die Sonderauszählung berücksichtigte soweit möglich alle Wanderungsfälle zwischen den alten und neuen Bundesländern seit dem 2. Halbjahr 1989 bis zum 2.10.1990, die zum Zeitpunkt des Ereignisses noch nicht verbucht worden waren. In

diesen Fällen ist der Wohnortwechsel ohne Abmeldung erfolgt. Die Nacherfassung wurde möglich, weil seit dem 3.10.1990 die Einwohnermeldeämter in den alten Bundesländern über Rückmeldungen den Herkunftsgemeinden rückwirkend seit Mai 1989 den Verzug anzeigen.

- Bereitstellung von Wanderungsdaten, die die Veränderung des Hauptwohnsitzes innerhalb der neuen Bundesländer, zwischen jedem neuen Bundesland und den übrigen Bundesländern sowie die Außenwanderung betreffen.

Das ZER wird diese Aufgaben solange weiterführen, wie die neuen Bundesländer noch nicht über eigene Meldegesetze verfügen. Der Einigungsvertrag hat den Zeitraum, in dem die Meldeordnung der ehemaligen DDR im wesentlichen noch rechtswirksam ist, bis zum 3.10.1991 begrenzt.

1.5 Rückwirkende Datensicherung

Ein wesentliches Anliegen, das mit der Integration der laufenden Bevölkerungsstatistiken in den neuen Bundesländern in die der Bundesstatistik verfolgt wird, ist die Datensicherung für zurückliegende Zeiträume und damit die Sicherstellung gesamtdeutscher Ergebnisse seit 1949.

Für die neuen Bundesländer ergeben sich daraus folgende Aufgabenstellungen:

- die Daten sind rückwirkend auf der Grundlage der Auswertungsprogramme der entsprechenden Bundesstatistiken neu zusammenzustellen;
- die Daten sind gemäß den methodischen und definatorischen Erfordernissen der Bundesstatistik vergleichbar zu machen;
- eine Umrechnung territorial gegliederter Ergebnisse auf den jetzt aktuellen Gebietsstand.

Das betrifft die Umrechnung von Bezirks- in Länderdaten unter Berücksichtigung von Veränderungen in der Kreiszuordnung sowie zwischenzeitlich eingetretene Gemeinde- und Kreisgebietsveränderungen.

Größere Schwierigkeiten bei der Datenzusammenfassung bereiten dabei die Unterschiede in den Auswertungsprogrammen sowie Datendefizite in den neuen Bundesländern vor allem für die fünfziger Jahre. Weniger problematisch dürfte dagegen die im Unterschied zu anderen Bereichen der Statistik weitgehende Vergleichbarkeit der bevölkerungsstatistischen Daten sein. Im einzelnen ist noch zu klären, ob und in welchem Umfang die methodischen und definatorischen Unterschiede die Vergleichbarkeit der Ergebnisse tatsächlich beeinflussen. Gegebenenfalls ist dieser Gesichtspunkt bei der rückwirkenden Gewinnung gesamtdeutscher Ergebnisse teilweise oder gänzlich zu vernachlässigen.

Die Rückrechnung erfordert - wie die gesamte Bevölkerungsstatistik im föderativen System der Bundesstatistik - ein enges Zusammenwirken von neuen StLÄ, dem GeStAL und dem StBA. Das betrifft sowohl die mit den Ländern abzustimmende Ermittlung territorialer Daten als auch deren Bereitstellung, soweit sie in den neuen Bundesländern nicht vorhanden sind. Letzteres trifft auch zu für die im DVZ-Statistik archivierten Datenbestände der laufenden Bevölkerungsstatistiken (Stammdateien für die Jahre 1986 bis 1989, umgesetzt in die Satzstruktur der Verbundprogramme), der Ende 1990 gelöschten Einwohnerdatenspeicher und der Volkszählungen.

Erwerbstätigkeit

1 Unterschiedliche Ausgangsbedingungen der Erwerbstätigenstatistik

In der Bundesstatistik werden Informationen über die Erwerbstätigen aus zahlreichen Quellen gewonnen. Dabei wird von den Ergebnissen der in etwa zehnjährigen Abständen durchgeführten Volks- und Berufszählungen sowie Arbeitsstättenzählungen ausgegangen. Diese Daten werden dann vor allem anhand der Ergebnisse einer Vielzahl von periodischen (monatlichen, vierteljährlichen oder jährlichen) Teilerhebungen der einzelnen Wirtschaftsbereiche, des jährlichen Mikrozensus und der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, die die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer erfaßt, laufend fortgeschrieben.

Die bisher in der ehemaligen DDR durch die amtliche Statistik ermittelten Daten über die Erwerbstätigen wurden im Prinzip nur über die laufenden Erhebungen der Betriebe und Einrichtungen und nicht durch Befragung von Personen, Haushalten und Familien gewonnen. Die statistischen Daten wurden grundsätzlich nicht als Personendaten, sondern für die gesamte berichtspflichtige Einheit zusammengefaßt erhoben und in den vorgesehenen Gliederungen (Wirtschaftsbereiche, -zweige, Verantwortungsorgane, Eigentumsformen u.a.) bereitgestellt bzw. veröffentlicht.

Die mit Volks- und Berufszählungen erhaltenen personenbezogenen Daten über die wirtschaftliche Tätigkeit lieferten wesentliche Einblicke in die strukturelle und regionale Beschäftigung. Die Ergebnisse dieser Zählungen wurden jedoch nicht als Basisgrößen für ein Berechnungsmodell über die Erwerbstätigkeit, wie es in der Bundesrepublik Deutschland angewendet wird, genutzt. Mit der Zielsetzung einer raschen Bereitstellung vergleichbarer Ergebnisse über Erwerbstätige, Beschäftigte, Arbeitslose - um nur die wichtigsten zu nennen - nach den Maßstäben des Statistischen Bundesamtes wurde mit Beginn des 2. Quartals 1990 eine intensive gemeinsame Arbeit zwischen Vertretern des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR aufgenommen.

Zunächst war festzustellen, daß eine unmittelbare Vergleichbarkeit und damit die Möglichkeit der direkten Aggregation der in der ehemaligen DDR mit der amtlichen Statistik erfaßten Erwerbstätigendaten mit den in der Bundesrepublik ermittelten Erwerbstätigenzahlen nur begrenzt möglich ist.

Dies ist hauptsächlich in folgenden Tatsachen begründet:

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

1. Es fehlt in der ehemaligen DDR eine dem Jahr 1987 (Basisdatenjahr für die Erwerbstätigenrechnung der Bundesstatistik) naheliegende, einmalige Totalerfassung der Erwerbstätigen nach den bundesdeutschen Konzepten als Voraussetzung für die Gewinnung von Basisdaten und für die weitere Fortschreibung von Erwerbstätigenzahlen.
2. Die vorhandenen Daten über Erwerbstätige weisen Unterschiede in den Definitionen der Erhebungs- und Veröffentlichungseinheiten (örtliche, rechtliche Einheit bzw. Betrieb/Unternehmen) auf; sie sind mittels unterschiedlicher wirtschaftsbereichs- und -zweiglieder Systematiken und Nomenklaturen aggregiert sowie nach unterschiedlichen Rechtsformen der Erhebungseinheiten (im Hinblick auf die Einbeziehung/ Nichteinbeziehung der privaten und genossenschaftlichen Wirtschaft) gegliedert.
3. Die in der ehemaligen DDR erfaßten laufenden Arbeitskräftedaten sind unvollständig, da es dem Statistischen Amt bis 1989 nicht erlaubt war, Angaben über Teilmassen des sogenannten X-Bereichs, wie Polizei, Armee, Staatssicherheit, Wismut, Parteien und gesellschaftliche Organisationen u.a. zu erheben. Erst ab dem zweiten Halbjahr 1990 wurde mit der Erfassung der noch existenten Teilmassen begonnen.
4. Die Ermittlung von Daten über die Erwerbstätigen stützt sich in der Bundesrepublik neben den Bereichsstatistiken auch auf die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und den Mikrozensus.

Zuständig für den Aufbau einer Beschäftigtenstatistik in der ehemaligen DDR sind die Sozialversicherungsträger. Da ein entsprechendes statistisches Meldeverfahren noch nicht angelaufen war und auch Anfang 1991 noch nicht voll dem bundesdeutschen System entsprechen dürfte, kann diese Quelle noch über eine lange Zeit nicht genutzt werden. So sollen zunächst, beginnend mit 1991, nur An- und Abmeldungen, keine Jahresmeldungen erfaßt werden. Gemeldet werden sollen außerdem nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, keine geringfügig Beschäftigten.

Auch die Durchführung des Mikrozensus in der ehemaligen DDR, mit dem gleichzeitig die Anforderungen der Arbeitskräftestichprobe der EG realisiert werden, konnte 1990 noch nicht erfolgen.

Vorausschauend konnte nur davon ausgegangen werden, daß für April 1991 erstmals mit dem Mikrozensus auf Stichprobenbasis die dringend benötigten Informationen über die Erwerbstätigkeit mit erhalten werden. Legt man die Erfahrungswerte für die Aufbereitungszeiten einer solchen Erhebung zugrunde, dann ist mit auch international vergleichbaren Ergebnissen im Frühjahr 1992 zu rechnen.

5. Eine Erhebung unterjähriger Angaben zu jenen Teilmassen, wie z.B. Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Genossenschaftsmitglieder u.a., die gerade nach dem 1.7.1990 eine zunehmend dynamische Veränderung erfahren, gab es in der ehemaligen DDR nicht.

2 Schritte der Anpassung der Erwerbstätigenstatistik

Unter den im vorigen Abschnitt kurz dargestellten Hintergrund erfolgte - beginnend im 2. Quartal 1990 bis zum heutigen Zeitpunkt - eine Reihe von Schritten zur Anpassung der Erwerbstätigenstatistik in den neuen Bundesländern an das Erwerbstätigenkonzept der alten Bundesländer.

Rechtsgrundlagen

Im Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands - dem Einigungsvertrag vom 31. August 1990 - wurde in der Anlage II, Kapitel XVIII, Abschnitt III festgelegt, daß einige Erhebungen im Gebiet der ehemaligen DDR 1990 weitergeführt werden und bis zum 30. Juni 1991 abgeschlossen sein müssen. Dazu zählten, relevant im Hinblick auf die Erwerbstätigenrechnung, die Erhebung über Arbeitskräfte, Einkommen und Arbeitszeit und die Berufstätigenerhebung. Beide Erhebungen waren bisher im Gebiet der ehemaligen DDR die wesentlichsten Quellen zur Gewinnung von Daten über Zahl und Struktur der Erwerbstätigen mittels der amtlichen Statistik.

Arbeitskräfteerhebung

Die Erhebung über Arbeitskräfte (Arbeitskräfteberichterstattung oder kurz AKB genannt) war nicht als Gesamterhebung aller Erwerbstätigen konzipiert. Auskunftspflichtig waren volkseigene und ihnen gleichgestellte Betriebe und Einrichtungen, genossenschaftliche Betriebe (ohne landwirtschaftliche und Handwerks-genossenschaften) und staatliche Einrichtungen.

Nicht enthalten waren u.a. Landwirtschaftliche Genossenschaften, genossenschaftliches und privates Handwerk, private Verkehrs- und Handelsunternehmen, freiberuflich Tätige, Organisationen und ihnen unterstellte Betriebe und Einrichtungen, Armee und Grenztruppen, Polizei, Beschäftigte des Innenministeriums sowie der früheren Staats-sicherheit. Mit der Veränderung der Rechtsformen ging die Abrechnungspflicht auf die (Rechts-)Nachfolger der ehemals volkseigenen, ihnen gleichgestellten und genossenschaftlichen Betriebe über.

Dieser Prozeß erforderte von den Statistischen Ämtern in den neuen Bundesländern eine enge Kommunikation mit den Unternehmen, um diese Veränderungen in Erfahrung zu bringen. Nicht in allen Fällen wird es gelungen sein, einen vollständigen Überblick des Übergangs von einem Unternehmen/Betrieb zu mehreren aus ihm hervorgegangenen zu erhalten, um eine hundertprozentige Berichtspflicht zu sichern. Insbesondere werden davon Betriebe oder Betriebsteile betroffen gewesen sein, die privatisiert worden sind.

Im Verlaufe des Jahres 1990 wurden Inhalt und Periodizität der AKB verändert, indem einerseits eine beträchtliche Anzahl von Erhebungsmerkmalen, die dem bisherigen Planungssystem angepaßt waren, gestrichen und andererseits Kennziffern erhoben

wurden, die sich der bundesstatistischen Praxis annäherten, aber auch eine Fortschreibung der bisherigen Daten sichern sollten. Für die Ermittlung der Zahl der Erwerbstätigen waren wichtig:

Im 1. Halbjahr 1990

Die Erfassung von Durchschnittszahlen (Personen) der Arbeiter und Angestellten in allen Arbeitsbereichen für die Zeiträume 1.1. bis 31.3.1990 und 1.1. bis 30.6.1990 sowie für Lehrlinge für den Zeitraum 1.1. bis 30.6.1990.

Im 2. Halbjahr 1990

Die Erfassung von Durchschnittszahlen (Personen) für Arbeiter und Angestellte sowie Lehrlinge für den jeweiligen Berichtsmonat.

Für die Unternehmen/Betriebe in den einzelnen Wirtschaftsbereichen waren folgende Berichtsmonate festgelegt:

Wirtschaftsbereich	Berichtsmonat für	
	Arbeiter und Angestellte	Lehrlinge
Industrie		
Bauwirtschaft	Juli, August, Sept.,	Juli und
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	Oktober, November und Dezember	Oktober
Handel		
Übrige	Juli, Oktober und Dezember	

Die Ergebnisse sind für alle Zeiträume des Jahres 1990 nach der Systematik der Volkswirtschaftszweige der ehemaligen DDR, Ausgabe 1985, aufbereitet worden. Von den einzelnen Fachbereichen gab es noch keine durchgängig den Systematiken des Statistischen Bundesamtes angepaßte Umschlüsselung der Unternehmen, Betriebe und Einrichtungen.

Im Verlauf des 2. Halbjahres konnten zunächst für die Wirtschaftsbereiche Industrie und Bauwirtschaft durch die Erarbeitung entsprechender Grundlagen erste vergleichbare Daten ermittelt werden (für die Monate September bis Dezember). Dabei wurden die Daten über Beschäftigte auf der Basis der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO), für die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes - nach der alten DDR-Systematik Unternehmen der Industrie und der Bauwirtschaft - ermittelt.

Berufstätigenerhebung

Die Berufstätigenerhebung war bisher bezüglich des erfaßten Personen- und Betriebskreises die umfassendste und wichtigste Erhebung von Daten über die Erwerbstätigkeit. Sie wurde in den vergangenen Jahren als Stichtagserhebung (in der Regel per 30.9. des jeweiligen Jahres) durchgeführt. Für das Jahr 1990 wurden die Daten mit dem Stichtag 30. November erhoben, also zu einem Zeitpunkt, nach dem bereits die Einheit Deutschlands erfolgt war. Damit mußte neben dem Einigungsvertrag auch dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565) bezüglich Auskunftspflicht, Geheimhaltung und anderen Bestimmungen über die Anwendung von Hilfsmerkmalen, Ordnungsnummern und Adreßdateien Rechnung getragen werden. Für die fünf neuen Bundesländer sowie das frühere Berlin (Ost) erlangte die Vorbereitung und Durchführung der Berufstätigenerhebung eine besondere Bedeutung, da mittels dieser Erhebung

- dringend benötigte Daten über die regionale Verteilung und Zusammensetzung der Erwerbstätigen nach möglichst vergleichbarem definitorischem und inhaltlichem Konzept der Bundesstatistik für die neuen Bundesländer und damit Gesamtdeutschland zu ermitteln waren;
- nur die Möglichkeit bestand, für die neuen Bundesländer in nächster Zeit Daten über die Erwerbstätigkeit als Basisgrößen zu erhalten, die den in den alten Bundesländern aufgrund der Volks- sowie der Arbeitsstättenzählung von 1987 vorliegenden Erwerbstätigenzahlen inhaltlich nahekommen:
- statistische Grundlagen für die Arbeitsmarktbeobachtung und -analyse in den neuen Bundesländern geschaffen werden konnten;
- Erwerbstätigendaten gewonnen werden sollten, um verlässliche Rückrechnungen über die Zahl der Erwerbstätigen für die neuen Bundesländer und damit Gesamtdeutschland vornehmen zu können.

Die Auskunftspflicht bei der Berufstätigenerhebung 1990 richtete sich nach dem **U n t e r n e h m e n s p r i n z i p**. Die Daten wurden grundsätzlich für das gesamte Unternehmen, die gesamte Behörde, Organisation, Anstalt oder Einrichtung erhoben. Dabei galt als Unternehmen die kleinste juristisch selbständige Einheit, die aus handels- und/oder steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und bilanziert. Es wurde unterschieden in Einbetriebsunternehmen, wenn es nur aus einer einzigen örtlichen Niederlassung bestand, und in Mehrbetriebsunternehmen, wenn das Unternehmen über mehrere - mindestens zwei - voneinander getrennt liegende, juristisch unselbständige örtliche Einheiten verfügte. Niederlassungen, Geschäftsstellen, Zweigstellen u.ä. von Unternehmen, die ihren Sitz außerhalb der neuen Bundesländer bzw. dem früheren Berlin (Ost) hatten, wurden wie ein Einbetriebsunternehmen behandelt. Mehrbetriebsunternehmen hatten zusätzlich zum Erhebungsfragebogen einen Anlagebogen auszufüllen, auf dem die Angaben für die in den einzelnen Betrieben tätigen Personen aufzuführen waren. Diese Daten werden benötigt, um die späteren Ergebnisse regional

bereinigt, also nach dem Arbeitsortprinzip, kreisweise zuordnen zu können. Vollständig wird das nicht gelingen. Insbesondere die Bereiche Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung sehen sich aus den verschiedensten Gründen nicht in der Lage, differenzierter als für eine Ländergliederung die Angaben zu liefern.

Mit der Berufstätigenerhebung am 30.11.1990 wurden alle Erwerbstätigen (tätige Personen) nach Geschlecht erfaßt, die für das jeweilige Unternehmen zu diesem Zeitpunkt tätig waren und entweder als abhängig Beschäftigte in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis oder in einem Eigentümer-, Miteigentümer- oder Pachtverhältnis zum Unternehmen standen oder unbezahlt mithelfende Familienangehörige waren. Hierzu zählen auch Personen, die wegen Krankheit, Urlaub oder aus sonstigen Gründen vorübergehend abwesend waren, solange das Arbeitsverhältnis nicht gelöst war, ferner Heimarbeiter, Saison- und Aushilfskräfte, Kurzarbeiter, Arbeiter und Angestellte im Wartestand, Schlechtwettergeldempfänger, Teilzeitbeschäftigte, Personal auf Bau- und Montagestellen, Fahrzeugen usw.

Nicht zu den tätigen Personen gehörten die zum Grundwehrdienst bzw. Zivildienst einberufenen Personen, Strafgefangene, Personen im Vorruhestand bzw. Empfänger von Altersübergangsgeld oder Altersruhegeld, ehrenamtlich tätige Personen, die als Beauftragte anderer Unternehmen im befragten Unternehmen z.B. Montage-, Reparaturarbeiten oder Beratungen durchführten. Kennzeichnend für die zuletzt genannten Personen ist, daß sie vorübergehend im befragten Unternehmen tätig sind und daß sie zu diesem nicht in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen. Auch nicht zu den tätigen Personen zählten Beauftragte von Unternehmen mit Sitz außerhalb der neuen Bundesländer sowie dem früheren Berlin (Ost), die in Niederlassungen, Geschäftsstellen, Zweigstellen u.ä. innerhalb dieses Gebietes delegiert waren.

Es wurde versucht, die inhaltlichen Definitionen der verschiedenen Kategorien von Erwerbstätigen nach der Stellung im Betrieb der Praxis der Bundesstatistik anzupassen. Dabei waren vor allem gegenüber der bisherigen "DDR-Praxis" folgende wesentliche und teilweise neue Festlegungen zu treffen:

1. Die Arbeiter und Angestellten waren gesondert zu erfassen, obwohl zum Zeitpunkt der Erhebung eine Zuordnung aufgrund der Versicherungspflicht zur Arbeiterrenten- bzw. Angestelltenrentenversicherung noch nicht generell möglich war. Es mußten daher definitorische Abgrenzungen für diese beiden Kategorien vorgegeben werden.
2. Die Auszubildenden einschließlich Anlernlinge, Volontäre und Praktikanten waren in dem Unternehmen, mit dem ein Ausbildungsvertrag (Lehrvertrag) abgeschlossen worden ist, zu erfassen und entsprechend dem Ausbildungsberuf entweder den Arbeitern oder den Angestellten zuzuordnen.
3. Die mitarbeitenden Genossenschaftsmitglieder waren nach der Art ihrer Tätigkeit entweder als Arbeiter oder als Angestellte einzugliedern.

4. Die Personen im Babyjahr, d.h. diejenigen, die die gesetzliche Freistellung zur Betreuung des Kindes in Anspruch nahmen, waren mit als tätige Personen zu erfassen.
5. Die Personen, die im berichtspflichtigen Unternehmen eine zweite oder weitere Tätigkeit (nebenberufliche Tätigkeit) ausübten, waren ebenfalls mit den tätigen Personen zu erfassen.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben wurden die tätigen Personen nach der Stellung im Betrieb unterschieden in:

- **Selbständige**, die ein Unternehmen wirtschaftlich und organisatorisch als Eigentümer, Miteigentümer oder Pächter leiten bzw. freiberuflich tätig sind, sowie
- **unbezahlt mithelfende Familienangehörige**, die unentgeltlich in einem Unternehmen mitarbeiten, das von einem Familienmitglied als Selbständiger oder freiberuflicher Tätiger geleitet wird, soweit nicht gleichzeitig eine andere Haupttätigkeit in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis vorliegt.
- **Arbeiter**, als diejenigen Personen in abhängiger Stellung, die überwiegend manuelle und/oder mechanische Tätigkeiten ausüben. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um Facharbeiter, angelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter, Brigadiere etc. handelt. Als Arbeiter gelten auch Beschäftigte, die sich in der Ausbildung zu einem Arbeiterberuf (gewerblicher Lehrberuf) befinden, sowie Heimarbeiter. Wenn zum Zeitpunkt der Erhebung eine Zuordnung zu den Arbeitern aufgrund der Versicherungspflicht zur Arbeiterrentenversicherung möglich war, so sollte sie angewandt werden.
- **Angestellte**, als diejenigen Personen in abhängiger Stellung, die überwiegend kaufmännische, technische oder Verwaltungsberufe ausüben.

Zu den Angestellten zählen insbesondere:

- Angestellte in leitender Stellung,
- technische Angestellte im Betrieb, Büro und in der Verwaltung,
- Meister und andere Angestellte in einer ähnlichen Stellung,
- Büroangestellte, soweit sie nicht ausschließlich mit Botengängen, Reinigung, Aufräumen oder ähnlichen Arbeiten beschäftigt werden,
- Handlungsgehilfen und andere Angestellte für kaufmännische Dienste,
- Gehilfen und Praktikanten in Apotheken,
- Bühnenmitglieder und Musiker,
- Angestellte in Berufen der Erziehung, des Unterrichts, der Fürsorge, der Kranken- und Wohlfahrtspflege sowie
- Schiffsführer und Bordpersonal von Flugzeugen.

Als Angestellte gelten auch Beschäftigte, die sich in der Ausbildung zu einem Angestelltenberuf befinden. Wenn zum Zeitpunkt der Erhebung eine Zuordnung als Angestellter aufgrund der Versicherungspflicht zur Angestelltenrentenversicherung möglich war, so sollte sie angewandt werden.

Die Einbeziehung aller Personen, mit denen ein Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag besteht, bedeutet einerseits, daß der Wohnort auch außerhalb der neuen Bundesländer liegen konnte, und andererseits, daß zeitweilig außerhalb der neuen Bundesländer eingesetzte Beschäftigte (z.B. auf Baustellen) in den Angaben des Auskunftspflichtigen enthalten sein mußten. Bei Mehrbetriebsunternehmen erfolgte die betriebliche Zuordnung in der Regel zu dem "Stammsitz" (Betrieb am Unternehmenssitz), wenn Mitarbeiter im Ausland eingesetzt waren.

Die wirtschaftliche Zuordnung der mit der Berufstätigenerhebung 1990 erfaßten tätigen Personen wurde erstmals nach der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, Fassung für die Arbeitstättenzählung, des Statistischen Bundesamtes vorgenommen. Grundlage dazu waren die Angaben der Auskunftspflichtigen zum wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens, der ausgeübten Tätigkeit bzw. des Aufgabengebietes. Sämtliche wirtschaftsfachlichen Signierungen erfolgten nach der Zuordnung des Unternehmens, also alle in dem Anlagebogen von Mehrbetriebsunternehmen einzeln aufgeführten Betriebe erhielten den für das Unternehmen ermittelten Wirtschaftszweig. Bei Anstalten oder Einrichtungen von Behörden oder der Sozialversicherung sowie von Kirchen, Verbänden und sonstigen Organisationen ohne Erwerbszweck wurde darüber hinaus der ausgewiesene Träger (z.B. Altenpflegeheim - Gemeinde, Erholungsheim - Gewerkschaft) zur Signierung der Angaben mit herangezogen. Dadurch war eine Entscheidung möglich, zu welcher Abteilung der Systematik der Wirtschaftszweige - Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung - eine Zuordnung erfolgen konnte. Für Unternehmen z.B. des Produzierenden Gewerbes und des Baugewerbes, für die in den Statistischen Landesämtern durch entsprechende Karteibefragungen für die Unternehmens- bzw. Betriebsregister bereits wirtschaftliche Zuordnungen vorgenommen worden waren, erfolgte keine neue Signierung. Hier wurde die Wirtschaftszweignummer aus den vorhandenen Karteien maschinell übernommen.

Als grundsätzliches Arbeitsinstrument für die Sicherung der ordnungsmäßigen Organisation sowie der Vollständigkeit der Erfassung wurde das im GeStAL vorhandene Statistische Betriebsregister genutzt, das jeweils eine achtstellige Betriebsnummer zur Identifikation der Erhebungseinheiten enthält. Den Statistischen Landesämtern oblag daher in Vorbereitung der Erhebung die sehr wichtige und unter den komplizierten Bedingungen (z.B. ständige Veränderung, Neugründungen etc. von Betrieben und Gewerben) schwere Aufgabe der Sicherung der Evidenz dieses Registers. Dies geschah im Prinzip in zwei Phasen. In der ersten Phase bis zum Versand der Erhebungspapiere erfolgte ein ständiges Einbringen neuer, bis zum 30.11.1990 gegründeter Unternehmen bzw. eine Korrektur von bereits im Register enthaltenen und zu korrigierenden Angaben. Eine zweite Phase der Veränderung des Registers und damit des Aufbaus des spä-

teren Aufbereitungsregisters war dann im Zusammenhang mit dem Rücklauf der Erhebungspapiere durchzuführen. Dieses letztere Aufbereitungsregister hatte vor allem drei Funktionen zu erfüllen:

- die inhaltliche Richtigkeit der übergebenen Leitsätze (im Prinzip Ordnungsdaten der Erhebungseinheiten) zu prüfen bzw. deren Korrektur zu ermöglichen,
- die jeweiligen Stammdaten den aktuellen und vollständigen Leitsätzen zuzuordnen und
- geprüfte und für richtig erklärte Angaben über die Zahl der tätigen Personen, den Wirtschaftszweig und bei Handwerksbetrieben die Eintragung in die Handwerksrolle in das Register zur Nachnutzung aufzunehmen.

3 Ermittlung erster vorläufiger Gesamtergebnisse über Erwerbstätige für das Jahr 1990

Die Datenlage für die Ermittlung der Erwerbstätigenzahl - wie bereits beschrieben - war für die einzelnen Zeitabschnitte des Jahres 1990 unterschiedlich. Die Ergebnisse der Berufstätigenerhebung, die mit dem Stichtag 30. November 1990 durchgeführt wurde, stehen erst etwa ein Jahr später zur Verfügung. Es bestand jedoch bereits im Verlaufe des Jahres 1990 und insbesondere im Frühjahr 1991 ein dringender Bedarf an verlässlichen Angaben über die Erwerbstätigen und beschäftigten Arbeitnehmer für die neuen Bundesländer.

Unterjährige bzw. das gesamte Jahr umfassende Informationen lieferten die monatliche bzw. vierteljährliche Arbeitskräfteberichterstattung für die beschäftigten Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte sowie Auszubildende) nach Wirtschaftsbereichen entsprechend der Systematik der Volkswirtschaftszweige der ehemaligen DDR. Die mit dieser Erhebung ermittelten Daten weisen für die verschiedenen Zeiträume etwa folgenden berechneten Deckungsgrad der Gesamterwerbstätigenzahlen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen auf (siehe hierzu die Übersicht S. 172).

Weitere Quellen für Daten über die Beschäftigten im Handwerk (ohne privates Handwerk) und in der Landwirtschaft standen für das erste Halbjahr 1990 mit der Handwerksberichterstattung sowie dem sogenannten Jahresabschlußbericht in der Landwirtschaft zur Verfügung. Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in den durch unmittelbare Quellen nicht abgedeckten Bereichen wurde durch die Fortschreibung von Vergangenheitinformationen und unter Nutzung der in den statistischen Dienststellen von den Gewerbebeamten gemeldeten Gewerbean- und -abmeldungen geschätzt. Angaben für weitere Bereiche (z.B. des sogenannten X-Bereichs) wurden auf der Grundlage der Volkszählungen geschätzt und fortgeschrieben sowie anhand von Angaben für einzelne Institutionen für das zweite Halbjahr 1990 (freiwillige Meldungen, Haushaltspläne) überprüft bzw. präzisiert. Außerdem konnten die von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) ab Mitte 1990 für das Gebiet der ehemaligen DDR regelmäßig durch die Arbeits-

ämter erfaßten und veröffentlichten Arbeitsmarktdaten (Zahlen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Übergänge in den Vorruhestand bzw. Bezieher von Altersübergangsgeld) in die Schätzungen mit einbezogen werden. Mit Hilfe dieser Datenquellen wurden insbesondere für die Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zusammengefaßte vorläufige Erwerbstätigendaten und Angaben über Löhne und Gehälter für das Gebiet der ehemaligen DDR für das Jahr 1990 berechnet.

Berechneter Deckungsgrad der Gesamtzahl der Erwerbstätigen

Bereich	Berechneter Deckungsgrad der Gesamtzahl der Erwerbstätigen durch die	
	quartalsweise Abrechnung der Zahl der Arbeiter und Angestellten	monatliche Abrechnung der Zahl der Arbeiter und Angestellten
	%	
Industrie	93	93
Bauwirtschaft	82	82
Land- und Forstwirtschaft	23	20
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen	97	97
Handel	89	86
Sonstige produzierende Zweige	98	51
Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Geld- und Kreditwesen	70	3
Wissenschaft, Bildung, Kultur, Gesundheits- u. Sozialwesen	95	1
Staatliche Verwaltung	91	2
Bereiche insgesamt ...	84	75

Die Ergebnisse dieser ersten vorläufigen Berechnungen konnten bereits im April 1991 durch das Statistische Bundesamt publiziert werden.

Danach betrug im Gebiet der ehemaligen DDR die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen (abhängig Beschäftigte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige) für das Jahr 1990 rd. 8,855 Mill. Personen. Das waren rd. 1 Million oder 10 % weniger als im Durchschnitt des Jahres 1989.

Bei der Interpretation dieser Daten ist zu bedenken, daß eine beträchtliche Zahl der Erwerbstätigen ab Juli 1990 nur Kurzarbeit leistete. Die Zahl der Kurzarbeiter war von rd. 656 000 im Juli 1990 auf rd. 1,794 Mill. im Dezember 1990 gestiegen. Außerdem wurde ab 3. Oktober 1990 eine Reihe von bis zu diesem Zeitpunkt tätigen Personen in die sogenannte Warteschleife versetzt. Die Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen im Verlaufe des Jahres 1990 wurde von den politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen stark beeinflusst und verlief demzufolge sehr differenziert.

Im 1. Halbjahr 1990 ging gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum die Durchschnittszahl der Erwerbstätigen um rd. 6 % zurück. Dieser Rückgang erfolgte in allen Wirtschaftsbereichen hauptsächlich durch das Ausscheiden von bisher tätigen Personen im Rentenalter, den Übergang von Personen in den Vorruhestand, die Arbeitsaufnahme von bisher im Gebiet der ehemaligen DDR tätigen Personen in einem der alten Bundesländer bzw. den ständigen Wohnsitzwechsel dorthin sowie die beginnende Arbeitslosigkeit. Außerdem wurde seit Beginn des Jahres 1990 der Abbau von Beschäftigten in solchen Institutionen wie Staatssicherheit, Nationale Volksarmee sowie in Parteien und gesellschaftlichen Organisationen wirksam.

Im 2. Halbjahr 1990 ging gegenüber dem gleichen Zeitraum 1989 die Durchschnittszahl der Erwerbstätigen um rd. 15 % zurück. Maßgebliche Ursachen waren die dramatische Erhöhung der Arbeitslosigkeit, der weitere Abbau der Beschäftigten in der Nationalen Volksarmee sowie in den Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, eine anhaltend hohe Zahl von Wegzügen in die alten Bundesländer, der weitere Übergang von bisher tätigen Personen in den Vorruhestand bis zum 2. Oktober 1990 sowie die Inanspruchnahme der Möglichkeit, vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszuschneiden und ein Altersübergangsgeld zu erhalten. Die Zahl der Bezieher von Vorruhestandsgeld lag z.B. Ende Februar 1991 bei über 400 000 Personen, Altersübergangsgeld erhielten zu diesem Zeitpunkt rd. 50 000 Personen.

4 Erarbeitung von Basisdaten für das Gebiet der ehemaligen DDR für das Jahr 1990 zwecks Angleichung an das "Schätzmodell" der alten Bundesländer

Für die alten Bundesländer werden insbesondere für die laufende Arbeitsmarktbeobachtung und auch als Bezugsdaten für die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auf der Basis der Ergebnisse aller verfügbaren Statistiken die Zahlen über Erwerbstätige mit Hilfe von speziellen Berechnungen gewonnen.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig vierteljährliche, halbjährliche und jährliche Durchschnittszahlen für Erwerbstätige und ab Januar 1981 auch monatliche Durchschnittswerte. Diese Daten haben als Basis die jeweiligen Volks- und Arbeitsstättenzählungen und werden laufend anhand der erwerbsstatistischen Quellen fortgeschrieben. Das dabei angewandte "Integrierte Konzept zur Berechnung von Erwerbstätigenzahlen"¹⁾ wurde vom StBA gemeinsam mit den Statistischen Ämtern der Länder erarbeitet. Die Berechnungen für die Länder und Kreise werden dabei von den Ländern in enger Abstimmung mit dem Bund durchgeführt, eigens dazu wurde eine Arbeitsgruppe "Schätzungen der Erwerbstätigkeit" gebildet. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands wurden in diese Arbeitsgruppe die Vertreter der neuen Bundesländer integriert. Wegen der Spezifik der vorhandenen Basis bzw. der Entwicklung der Statistiken über Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern wurde eine spezielle Unterarbeitsgruppe "Neue Länder" etabliert, der neben dem StBA Vertreter der neuen Bundesländer sowie aus den Ländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Berlin angehören. Diese "Unterarbeitsgruppe" hat sich zunächst die Aufgabe gestellt, mittels der vorhandenen Quellen der Statistiken über Erwerbstätigkeit ein Konzept für eine Basiswertberechnung für das Jahr 1990 zu erarbeiten und danach die entsprechenden Basisdaten für die einzelnen Länder zu ermitteln.

Die konzeptionellen Vorstellungen sahen zu Beginn die Ermittlung der Basisangaben für die Erwerbstätigenrechnung für das Jahr 1990 nach zwei Varianten vor. In einer ersten Variante sollten alle für das Jahr 1990 verfügbaren Datenquellen genutzt werden. Dabei wäre es erforderlich gewesen, zwischen dem 1. und 2. Halbjahr getrennte Berechnungen durchzuführen, da sich die verfügbare Datenbasis aus den laufenden Erhebungen zwischen beiden Halbjahren erheblich verändert bzw. reduziert hat. Außerdem waren alle im Verlaufe des Jahres 1990 erhobenen Daten nach der Zuordnung des Unternehmens/Betriebes entsprechend der "Systematik der Volkswirtschaftszweige der ehemaligen DDR", Ausgabe 1985, signiert und gegliedert. Für das Basisdatenmodell der Erwerbstätigen ist jedoch eine Gliederung der Ergebnisse nach der vom Statistischen Bundesamt verwendeten Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979, notwendig. Demzufolge müßten die vorliegenden Daten umfangreichen, den erforderlichen Tiefengliederungen nach Wirtschaftszweigen genügenden Umschlüsselungen unterzogen werden. Da zum gegenwärtigen Zeitpunkt die dazu benötigten Schlüsselbrücken zwischen beiden Systematiken noch nicht vorhanden sind, entschied sich die "Unterarbeitsgruppe" zunächst, diese Variante nicht zu realisieren. Vielmehr wird einer zweiten Variante der Vorzug gegeben, nach der die Ergebnisse der mit dem Stichtag 30.11.1990 durchgeführten Berufstätigenerhebung die Grundlage für die Basisangaben der Erwerbstätigenrechnung der neuen Bundesländer bilden werden. Dies hat den Vorteil, daß die Daten bereits in vergleichbarer wirtschaftlicher Gliederung zu dem Konzept der Erwerbstätigenrechnung in den alten Bundesländern vorliegen werden.

1) Siehe Schoer, K., Hanefeld, U.: Erwerbstätige 1970 bis 1989, Revision der durchschnittlichen Erwerbstätigenzahlen, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 4/1990, S. 245 ff.

5 Fortschreibung der Basisdaten ab 1991

Beginnend mit dem Jahre 1991 sind für die neuen Bundesländer erwerbsstatistische Tatbestände und deren Fortschreibungen nach den bundesstatistischen Grundsätzen und Konzepten zu ermitteln. Das bedeutet, daß ab diesem Zeitpunkt die gleichen Statistischen Quellen zur Verfügung stehen, wie sie für die Realisierung des Erwerbstätigenkonzepts benötigt werden, und somit die gleiche Datenlage erwächst.

Die Neueinführung einer Vielzahl von Erhebungen der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern ab 1991, die statistische Aufbereitung der Erhebungen sowie die Ergebnisermittlung in der erforderlichen wirtschaftlichen Gliederung ist allerdings mit Problemen und Anlaufschwierigkeiten verbunden. Als hauptsächliche Ursachen, die bestimmte Auswirkungen auf die erwerbsstatistische Datenbereitstellung und -qualität haben werden, sind zu nennen:

- Die sich in den Betriebs- und Unternehmensstrukturen vollziehenden umfangreichen, schwer überschaubar und registrierbaren Änderungen erschweren das Anlegen von vollständigen und laufend aktualisierten Adreßdateien. Dadurch sind die Bestimmung der Auskunftspflichtigen und ihre Belieferung mit den erforderlichen Erhebungunterlagen durch die Statistischen Landesämter sowie die exakte Realisierung der Stichprobenpläne für die Erhebungen kompliziert.
- Für eine Reihe von Ansprechpartnern (Auskunftspflichtigen) für Erhebungen der amtlichen Statistik werden in den neuen Bundesländern erst im Verlaufe des Jahres 1991 entsprechende Behörden, Einrichtungen etc. geschaffen und wirksam. So setzt z.B. der Aufbau der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit die Existenz und volle Arbeitsfähigkeit der niedergelassenen Krankenkassen voraus; oder die Durchführung der Personalstandsstatistik im öffentlichen Dienst die Existenz von vollwertig arbeitenden Landesbehörden und kommunalen Einrichtungen.
- Schließlich sind auf dem Gebiet der Erwerbstätigenstatistik vielfältige Anstrengungen im Erhebungssystem zu leisten, um eine eindeutige methodische und systematische Vergleichbarkeit sowie hohe Qualität der Daten zu sichern.

Mit der folgenden Übersicht (siehe S. 176 ff.) wird - ausgehend von den einzelnen Quellen der amtlichen Statistiken, die für die Realisierung des Konzepts der Erwerbstätigenrechnung benötigt werden - ein Überblick gegeben, wann mit der Vorlage von ersten Ergebnissen zu rechnen ist. Daraus wird deutlich, daß über die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen der neuen Bundesländer in einzelnen Bereichen bereits im Verlaufe des Jahres 1991 Aussagen getroffen werden können. Das ist insbesondere für jene Bereiche der Fall, für die monatliche erwerbsstatistische Tatbestände in den jeweiligen Konjunkturstatistiken erfaßt werden. Da aber aus den beiden wichtigen Quellen - Beschäftigtenstatistik der BA sowie Mikrozensus der StLÄ - Daten über Erwerbstätige für 1991 erst im Jahre 1992 vorliegen werden, kann eine vollständige und zuverlässige Erwerbstätigenrechnung auch erst im Jahre 1992 für das Jahr 1991 und damit die Fortschreibung der ermittelten Basisdaten für 1990 für die neuen Bundesländer erfolgen.

Wichtige Quellen der amtlichen Statistiken zur Fortschreibung der Erwerbstätigenzahlen in den neuen Bundesländern ab 1991

Wirtschaftsabteilung	Statistik	Periodizität ¹⁾	Voraussichtlicher Termin der Vorlage erster Ergebnisse
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	Mikrozensus	j	April 1992
	Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft (für 1991 Landwirtschaftszählung)	j	Febr./März 1992
	Agrarberichterstattung	2j	wird erst 1993 durch- geführt
	Beschäftigtenstatistik (BA)	vj	- ²⁾
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	Monatsbericht in der Energie- und Wasserversorgung	m	März 1991
	Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	m	April 1991
	Mikrozensus	j	April 1992
	Investitions- und Kostenstrukturerhebung in der Energie- und Wasserversorgung	j	Dezember 1992
	Investitions- und Kostenstrukturerhebung im Berg- bau und Verarbeitenden Gewerbe	j	Dezember 1992
	Beschäftigtenstatistik (BA)	vj	- ²⁾

1) m = monatlich, vj = vierteljährlich, j = jährlich.

2) - = Termin war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Wichtige Quellen der amtlichen Statistiken zur Fortschreibung der Erwerbstätigenzahlen in den neuen Bundesländern ab 1991

Wirtschaftsabteilung	Statistik	Periodizität ¹⁾	Voraussichtlicher Termin der Vorlage erster Ergebnisse
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	m	April 1991
	Handwerksberichterstattung	vj	November 1991
	Mikrozensus	j	April 1992
	Investitions- und Kostenstrukturerhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe	j	Dezember 1992
	Kleinbetriebshebung	j	Mai 1992
	Heimarbeiterstatistik	j	- ²⁾
	Baugewerbe	Monatsbericht im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe	m
Baugewerbe	Handwerksberichterstattung	vj	November 1991
	Totalerhebung im Bauhauptgewerbe	j	Januar 1992
	Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe	j	Januar 1991
	Investitions- und Kostenstrukturerhebung im Bau-gewerbe	j	Dezember 1992
	Mikrozensus	j	April 1992
	Beschäftigtenstatistik (BA)	vj	- ²⁾

1) m = monatlich, vj = vierteljährlich, j = jährlich.

2) - = Termin war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Wichtige Quellen der amtlichen Statistiken zur Fortschreibung der Erwerbstätigenzahlen in den neuen Bundesländern ab 1991

Wirtschaftsabteilung	Statistik	Periodizität ¹⁾	Voraussichtlicher Termin der Vorlage erster Ergebnisse
Handel	Monatsbericht im Großhandel	m	— ²⁾
	Monatsbericht im Einzelhandel	m	Oktober 1991
	Mikrozensus	j	April 1992
	Beschäftigtenstatistik (BA)	vj	— ²⁾
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Monatliche Personalstandsmeldungen der Deutschen Bundesbahn	m	— ²⁾
	Monatliche Personalstandsmeldungen der Deutschen Bundespost	m	— ²⁾
	Verbandsstatistik über Beschäftigte bei nicht bundes-eigenen Eisenbahnen	j	— ²⁾
	Personalstandsstatistik	j	— ²⁾
	Heimarbeiterstatistik	j	— ²⁾
	Beschäftigtenstatistik (BA)	vj	— ²⁾

1) m = monatlich, vj = vierteljährlich, j = jährlich.

2) — = Termin war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Wichtige Quellen der amtlichen Statistiken zur Fortschreibung der Erwerbstätigenzahlen in den neuen Bundesländern ab 1991

Wirtschaftsabteilung	Statistik	Periodizität ¹⁾	Voraussichtlicher Termin der Vorlage erster Ergebnisse
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	Meldungen der Bundesbank über Beschäftigte bei Kreditinstituten	j	- ²⁾
	Mitteilungen des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen	j	- ²⁾
	Mikrozensus	j	April 1992
	Beschäftigtenstatistik (BA)	vj	- ²⁾
Dienstleistungen (soweit anderweitig nicht genannt)	Monatsbericht im Gastgewerbe	m	Oktober 1991
	Handwerksberichterstattung	vj	November 1991
	Personalstandsstatistik	j	- ²⁾
	Mikrozensus	j	April 1992
	Beschäftigtenstatistik (BA)	j	- ²⁾

1) m = monatlich, vj = vierteljährlich, j = jährlich.

2) - = Termin war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Wichtige Quellen der amtlichen Statistiken zur Fortschreibung der Erwerbstätigenzahlen in den neuen Bundesländern ab 1991

Wirtschaftsabteilung	Statistik	Periodizität ¹⁾	Voraussichtlicher Termin der Vorlage erster Ergebnisse
Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	Mikrozensus	j	April 1992
	Beschäftigtenstatistik (BA)	vj	- ²⁾
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	Beschäftigtenstatistik (BA)	vj	- ²⁾
	Meldungen über Bundeswehr, Bundesgrenzschutz	vj	- ²⁾
	Personalstandsstatistik	j	- ²⁾
	Meldungen über zivile Arbeitskräfte bei den ausländischen Streitkräften	j	- ²⁾
	Meldungen über die Bereitschaftspolizei	j	- ²⁾

1) m = monatlich, vj = vierteljährlich, j = jährlich.

2) - = Termin war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

Wahlen

1 Erstmalige Übernahme von Aufgaben als Wahlbehörde durch die amtliche Statistik bei der Vorbereitung und Durchführung der demokratischen Wahlen des Jahres 1990 im Gebiet der ehemaligen DDR

Nach der politischen Wende im Herbst 1989 wurde durch die politischen Oppositionsgruppen die Forderung erhoben, die Verfassung, die der SED als Staatspartei ein Machtmonopol zusprach, zu ändern und freie Wahlen durchzuführen, die eine neue Regierung demokratisch legitimieren sollten.

Am 18. März 1990 hatte die Bevölkerung zum ersten Mal Gelegenheit, in freier, allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl über die Zusammensetzung der Volkskammer zu entscheiden. Wahlberechtigt waren dabei 12,4 Millionen Bürger über 18 Jahre, davon ca. 53 % Frauen und 47 % Männer.

Das am 20.2.1990 in Kraft getretene Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer am 18.3.1990¹⁾ legte fest, daß die Leitung der Wahlen durch demokratisch gebildete, öffentlich arbeitende Wahlkommissionen unter Leitung von Vorsitzenden erfolgt, und zwar durch die Wahlkommission der Republik und die Wahlkommissionen der Wahlkreise. Die Einteilung der Wahlkreise folgte der damaligen territorialen Gliederung der Republik in Bezirke, einschließlich dem früheren Berlin (Ost).

In der Ordnung zur Durchführung der Wahl²⁾ wurde festgelegt, daß das Statistische Amt mit seinen Ämtern in den Bezirken und Kreisen im Auftrag der Wahlkommissionen die Ermittlung und Weitergabe der vorläufigen und endgültigen Wahlergebnisse auf der Grundlage der von den Wahlvorständen festgestellten Ergebnisse der Stimmentzählung vorzunehmen hat.

Damit folgte der Gesetzgeber den Prinzipien des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates, zur möglichst vollkommenen Neutralisierung des Wahlverfahrens unabhängige und weisungsfreie Wahlgorgane in Form der Wahlkommission zu schaffen. Außerdem wurden Stellen der allgemeinen Verwaltungsorganisation der Republik wie die amtliche Statistik als Wahlbehörden eingesetzt, die - allein dem Wahlgesetz und der Wahlordnung verpflichtet - Aufgaben der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen wahrnahmen.

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

1) Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 18. März 1990 vom 20. Februar 1990 (Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 9/1990).

2) Ordnung zur Durchführung der Wahl der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 18. März 1990 (Wahlordnung) vom 20. Februar 1990 (Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 9/1990).

Die amtliche Statistik erhielt aufgrund ihrer besonderen Zuständigkeit für die Erhebung, Sammlung und Aufbereitung von Daten die Aufgabe der

- rechnergestützten Herstellung von Einwohnerlisten als Grundlage der Wählerverzeichnisse und der schriftlichen Benachrichtigungen über die Eintragung der Bürger in diese Einwohnerlisten und
- Ermittlung der vorläufigen und endgültigen Wahlergebnisse und ihre Weitergabe an die Wahlkommission zur Bestätigung.

Wie in dem später erlassenen Gesetz über die amtliche Statistik der ehemaligen DDR³⁾ festgeschrieben, galten für ihre Tätigkeit nach der politischen Wende im Herbst 1989 die Grundsätze der Neutralität, Objektivität und wissenschaftliche Unabhängigkeit. Mit ihren Ämtern in den Kreisen war sie außerdem in der Lage, auch unmittlere Aufgaben der Kreisverwaltungen und der Gemeindebehörden bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu übernehmen. Das war deshalb von besonderer Bedeutung, da sich viele Kreisverwaltungen und Gemeindebehörden aus der Zeit der SED-Herrschaft auflösten und neue demokratisch gewählte Kommunalvertretungen noch nicht existierten.

Damit wurde erstmalig in der Geschichte der ehemaligen DDR die amtliche Statistik mit der Ermittlung von Wahlergebnissen betraut. Wie bei der Volkskammerwahl wurde die amtliche Statistik mit gleichen Aufgaben bei der Vorbereitung und Durchführung der

- Wahlen zu Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen (Kommunalwahlen) am 6.5.1990⁴⁾ und
- Wahlen zu den Landtagen am 14.10.1990⁵⁾

beauftragt.

3) Gesetz über die amtliche Statistik der DDR vom 20. Juli 1990 (Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 52/1990).

4) Gesetz über die Wahlen zu Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen am 6. Mai 1990 vom 6. März 1990 (Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 13/1990).
- Ordnung zur Durchführung der Wahlen zu Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen am 6. Mai 1990 vom 9. März 1990 (Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 16/1990).

5) Gesetz über die Wahlen zu Landtagen in der Deutschen Demokratischen Republik (Länderwahlgesetz - LWG) vom 22. Juni 1991 (Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 51/1990). - Ordnung zur Durchführung der Wahlen zu Landtagen in der Deutschen Demokratischen Republik am 14. Oktober 1990 vom 22. Juli 1990 (Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 51/1990).

2 Aufgaben der amtlichen Statistik bei der Volkskammerwahl, den Kommunalwahlen und den Landtagswahlen

Die amtliche Statistik hatte bei allen drei Wahlen, die jeweils innerhalb von etwa zwei Monaten vorzubereiten und durchzuführen waren, folgende zwei grundsätzliche Aufgaben durchzuführen:

2.1 Rechnergestützte Herstellung von Einwohnerlisten je Stimmbezirk als Grundlage für die Wählerverzeichnisse und von schriftlichen Benachrichtigungen der Wahlberechtigten über ihre Eintragung in diese Einwohnerlisten

In der ehemaligen DDR wurden in einem zentralen Einwohnerregister (ZER) im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern für alle Bewohner der ehemaligen DDR melderechtsrelevante Personendaten gespeichert. Das Hauptmerkmal im System der Registerführung bildete dabei die Personenkenzahl (PKZ). Die Abspeicherung der Daten erfolgte nach dem Hauptwohnsitz der zur Wohnbevölkerung zählenden Personen.

Aus dem ZER wurden über das Statistische Amt/Datenverarbeitungszentrum Statistik Auszüge und vierzehntägige Veränderungsmeldungen zum Aufbau und der Führung der kommunalen Einwohnerdatenspeicher (EDS) bereitgestellt. Die EDS wurden für die Kommunen bezirklich geführt. In ihnen waren insbesondere Name, PKZ und die Anschrift des Hauptwohnsitzes abgespeichert. Die EDS dienten zur rationellen Unterstützung der Verwaltungsarbeit, z.B. im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens, der Volksbildung. Das Statistische Amt war hinsichtlich der 15 bezirklich geführten EDS für das einheitliche Rechen- und Organisationsprojekt verantwortlich, ihm oblag also auch die Erarbeitung der Organisation der Arbeiten zur rechnergestützten Herstellung der Einwohnerlisten je Stimmbezirk und der Wahlberechtigungskarten.

Bestandteil der EDS war ebenfalls ein regionales Bezugssystem, ein territorialer Grundschlüssel der gültigen Gemeinden, Gemeindeteile, Straßen und der Nummer der bewohnten Häuser. Mit Hilfe dieses regionalen Bezugssystems und der Einspeicherung des Einzugsbereichs der Stimmbezirke konnten damit auf der Grundlage der 15 EDS automatisiert die Einwohnerlisten je Stimmbezirk sowie die entsprechenden Wahlbenachrichtigungskarten hergestellt werden.

Das größte Problem bei der Vorbereitung der Wählerverzeichnisse bestand darin, daß die Organisation so aufgebaut werden mußte, daß innerhalb kürzester Frist

- aktuelle Personendaten über das Melde- und Personenstandswesen erfaßt und in die kommunalen Einwohnerdatenspeicher über das Zentrale Einwohnerregister eingespeichert wurden. Das Ziel bestand darin, einen aktuellen Stand der Wähler etwa einen Monat vor dem Wahltermin zu erreichen;

- durch die Kommunen eine Datei der Wahllokale und ihres Einzugsbereiches zu erarbeiten war. Die Erarbeitung und Einspeicherung dieser Daten über die Stimmbezirke erwiesen sich als besonders schwierig, da sich von Wahl zu Wahl beachtliche Veränderungen ergaben, z.B. durch die Anpassung der Einzugsbereiche an die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl der Wahlberechtigten je Stimmbezirk oder die häufig anzutreffende Änderung der Wahllokale.

In der politisch sehr bewegten Zeit des Jahres 1990 stellte das höchste Anforderungen an die Organisation und die persönliche Verantwortung aller Beteiligten. Da die Gemeinden im Jahre 1990 weder über die datenmäßigen noch die technischen Voraussetzungen verfügten, erwies sich die unter Regie der amtlichen Statistik vorgenommene automatisierte Herstellung der Einwohnerlisten je Stimmbezirk und der Wahlbenachrichtigungskarten aus dem Einwohnerdatenspeicher als einziger rationeller Weg, um den mit der Herstellung der Wählerlisten vor jeder Wahl verbundenen umfangreichen Verwaltungsaufwand zu bewältigen.

Die in den Wahlgesetzen enthaltenen Termine zur öffentlichen Auslegung der Wählerverzeichnisse konnten auf dieser Grundlage bei allen Wahlen des Jahres 1990 eingehalten werden.

Daneben wurden gleichzeitig Meinungsforschungsinstituten, wie Infas, Bad Godesberg oder der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, anonymisierte, tief gegliederte statistische Daten für die Stichprobe und die Hochrechnung an den Wahlabenden zur Verfügung gestellt. Wie sie selbst feststellten, hat diese Zusammenarbeit ihnen sehr geholfen, die notwendigen Vorbereitungsaufgaben durchführen zu können.

2.2 Ermittlung und Weitergabe der vorläufigen und endgültigen Ergebnisse der Wahlen

Entsprechend den Festlegungen der Wahlordnungen wurde für die Ermittlung und Weitergabe der Wahlergebnisse je Wahl durch die amtliche Statistik eine Organisationsanweisung erarbeitet. Sie legte verbindlich für die Wahlorgane, insbesondere die Wahlvorstände der Stimmbezirke und das Statistische Amt, einschließlich seiner Kreis- und Bezirksämter, die Aufgaben fest. Die Organisationsanweisung wurde durch die entsprechenden Wahlkommissionen der ehemaligen DDR bzw. bei den Landtagswahlen vom Wahlleiter der Republik bestätigt.

Zu einigen Grundsätzen der Ermittlung und Weitergabe der Wahlergebnisse:

- Allen drei Wahlen war gemeinsam, daß die Statistischen Kreisämter sowohl die Aufgaben von Gemeindebehörden als auch von Kreisverwaltungen bei der Zusammenstellung der Wahlergebnisse vornahmen. So haben die Statistischen Kreisämter
- am Wahlabend die telefonisch von den Wahlvorständen durchgegebenen Ergebnisse entsprechend der "Schnellmeldung - vorläufiges Ergebnis" aufgenommen, rechnerisch geprüft und stimmbezirksweise in Personalcomputer eingegeben;

- anhand der durch die Wahlkommissionen bzw. Kreiswahlleiter auf Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit geprüften Wahlniederschriften der Wahlvorstände die rechnerische Zusammenstellung der endgültigen Ergebnisse vorgenommen.
- Um eine hohe Schnelligkeit bei der Ergebnisermittlung zu erreichen, wurde für die einzelnen Wahlen jeweils ein projektgesteuertes Datennetz mit Hilfe des Fernmeldewesens der Post aufgebaut. Dadurch erfolgten die Zusammenstellung der Ergebnisse, die Berechnung der Sitzverteilung und die Ermittlung der gewählten Kandidaten mit hohem Automatisierungsgrad.

Zur Volkskammerwahl waren die Statistischen Kreisämter noch nicht mittels Datenfernübertragung mit den Bezirksämtern verbunden. Die vorläufigen Ergebnisse wurden am Wahlabend nach ihrer Zusammenstellung an Bürocomputern als Kreisergebnisse telefonisch übermittelt bzw. die endgültigen Ergebnisse wurden stimmbezirksweise untergliedert körperlich auf Disketten übergeben. Die in den 15 Bezirksämtern eingesetzten Abteilungsrechner waren mittels Datenfernübertragung projektgesteuert mit dem zentralen Wahlrechenzentrum in Berlin zur Zusammenstellung und Berechnung der Wahlergebnisse verbunden.

Ab den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 wurden netzfähige Personalcomputer in den Kreisämtern eingesetzt, die mit den Abteilungsrechnern in den Bezirksämtern bzw. zur Landtagswahl in den Statistischen Bezirksämtern mit Landesfunktion über festgeschaltete Datenleitungen verbunden waren. Die netzmäßige Verbindung der Abteilungsrechner mit dem Großrechner im Wahlrechenzentrum in Berlin blieb bestehen.

- Ein wichtiges Prinzip bei der Ermittlung der Wahlergebnisse bestand darin, daß diese für die Öffentlichkeit kontrollierbar darzustellen waren. Die Wahlkommission und auch jeder Bürger konnte sich durch unmittelbaren Vergleich der Wahlergebnisse, wie sie durch die Wahlvorstände bekanntgegeben wurden, mit denen, die durch die amtliche Statistik zusammengestellt wurden, von der Ordnungsmäßigkeit überzeugen. Deshalb wurden auch die amtlichen Endergebnisse bis zum Stimmbezirk untergliedert ausgewiesen.
- Entsprechend den Wahlordnungen erfolgten die Zusammenstellung der Ergebnisse, die Berechnung der Mandatsverteilung und die Ermittlung der gewählten Kandidaten durch die amtliche Statistik. Die Feststellung und Bekanntmachung war nach den Wahlgesetzen Aufgabe der jeweils zuständigen Wahlkommissionen bzw. Wahlausschüsse.

Im Auftrag der Wahlorgane wurden je Wahl umfangreiche Dokumentationen über die Wahlergebnisse von der amtlichen Statistik herausgegeben. Gleichzeitig wurde durch die Aufstellung von Datenstationen in Wahlstudios des Fernsehens sowie in Pressezentren eine unmittelbare Darbietung von Zahlenübersichten, Grafiken zu vorläufigen Ergebnissen an den Wahlabenden erreicht. Damit konnten die vorläufigen Ergebnisse sehr schnell der Öffentlichkeit übergeben werden.

Als besonders problematisch erwies sich, daß die konkrete Organisation, die angewandten Computerprogramme zur Zusammenfassung und Berechnung der Ergebnisse, der Aufbau des Datennetzes entsprechend den unterschiedlich angewandten Wahlverfahren und nach der jeweiligen Spezifik der Wahl in kürzester Frist neu erarbeitet und eingeführt werden mußten.

Welches waren die wichtigsten Besonderheiten der einzelnen Wahlen, die zu berücksichtigen waren:

1. Die Wahl der Volkskammer am 18.3.1990 wurde nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts durchgeführt. Jeder Wähler verfügte über eine Stimme, die er für eine Liste abgab. Es gab für das gesamte Wahlgebiet eine einheitliche Liste der an der Wahl teilnehmenden Parteien, anderer politischer Vereinigungen und Listenvereinigungen, unabhängig davon, ob je Liste in jedem Wahlkreis (Bezirk) Kandidaten aufgestellt wurden.

Das Gesamtergebnis der Volkskammerwahl wurde im Wahlrechenzentrum in Berlin festgestellt. Hier erfolgte

- die Ermittlung der Stimmenzahl einer Partei für die gesamte Republik über den Listenverbund, d.h., es wurden die erreichten Wahlergebnisse pro Liste addiert;
- anschließend nach der Formel von Niemeyer die Berechnung der Anzahl der für jede Liste in der gesamten Republik erreichten Mandate;
- als dritter Rechengang ebenfalls nach der Formel von Niemeyer die Verteilung der Parlamentssitze jeder Partei auf die Wahlkreise. Die gewählten Kandidaten wurden dann entsprechend der verbindlichen Reihenfolge, wie sie eingereicht wurden, bestimmt.

Den Kreis- und Bezirksamtern oblag bei der Volkskammerwahl die Aufgabe der Zusammenstellung und Weitergabe der Ergebnisse sowie deren Übergabe an die Wahlkreiscommissionen zur Bestätigung.

2. Die Kommunalwahlen am 6.5.1990 verlangten entsprechend ihrem spezifischen Charakter und dem veränderten Wahlverfahren eine vollkommen neue Organisation.

Die Hauptarbeit zur Ermittlung der Wahlergebnisse verlagerte sich in die Statistischen Kreisämter. Sie fungierten jeweils als Rechenzentrum

- zur Ermittlung der Wahlergebnisse für die Kreistage in den Landkreisen und die Stadtverordnetenversammlungen in kreisfreien Städten;
- zur Zusammenfassung der endgültigen Ergebnisse der Wahlen zu Gemeindevertretungen. In Gemeinden und kreisangehörigen Städten wurden die Ergebnisse der

Gemeindewahlen selbständig ermittelt und dann durch die Statistischen Kreisämter für den Kreis zusammengestellt.

Im früheren Berlin (Ost) wurden durch das Statistische Amt der Stadt sowohl die Ergebnisse der Wahl der Stadtverordnetenversammlung als auch der Wahlen zu den Bezirksversammlungen direkt aus den Stimmbezirken zusammengefaßt und ermittelt.

Dafür wurden einheitliche Computerprogramme und andere Organisationsmittel durch das Statistische Amt und sein Wahlrechenzentrum entwickelt und herausgegeben. In diese Computerprogramme waren bei der Vorbereitung der Wahlen je Kreis die Dateien und die festgelegten Stimmbezirke und Wahllokale, über die Wahlvorschläge entsprechend den Stimmzetteln und die Gesamtzahl der zu wählenden Abgeordneten für die jeweilige Volksvertretung einzugeben.

Die Programme zu den Kommunalwahlen mußten vollkommen neu erarbeitet werden, da die Kommunalwahlen nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl durchgeführt wurden. Jeder Wähler hatte zur Wahl drei Stimmen, die er für Kandidaten der Listen abgeben konnte. Die abgegebenen Stimmen mußten jedoch weder alle drei noch alle an dieselbe Liste vergeben werden.

Nach der Zusammenfassung der abgegebenen Stimmen und ihrer Verteilung auf die Listen erfolgte die Berechnung der Mandate auf die im Wahlgebiet kandidierenden Listen nach der Formel von Niemeyer.

Die ermittelten Mandate erhielten die Kandidaten der Liste in der Reihenfolge der höchsten Stimmenzahl.

Da die Öffentlichkeit ein großes Interesse an den Ergebnissen der Kommunalwahlen hatte, um insbesondere festzustellen, welche politischen Trends sich im Wahlverhalten der Bevölkerung abzeichnen, wurden noch in der Wahlnacht vorläufige Ergebnisse der Wahlen zu den Kreistagen der Landkreise und der Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte für die gesamte ehemalige DDR zusammengefaßt und im früheren Berlin (Ost) veröffentlicht. Dabei wurden zum Vergleich mit der Volkskammerwahl die Listen, die bereits am 18.3.1990 kandidiert hatten, einzeln ausgewiesen. Weitere Listen wurden zusammengefaßt.

Nach der Bestätigung der endgültigen Wahlergebnisse der Kommunalwahlen durch die jeweils zuständige Wahlkommission wurden diese, untergliedert bis zum Stimmbezirk, für die gesamte Republik durch die amtliche Statistik zusammengefaßt und der Wahlkommission der ehemaligen DDR sowie der Öffentlichkeit vorgelegt.

3. Die Wahlen zu den Landtagen der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen stellten einen wichtigen Schritt in die deutsche Einheit dar.

Entsprechend dem von der Volkskammer am 22.7.1990 erlassenen Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern⁶⁾ waren mit Wirkung vom 14.10.1990 föderative Strukturen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu schaffen. Zum gleichen Datum wie die Länderbildung waren Landtagswahlen durchzuführen.

Die schnelle politische Entwicklung im Jahre 1990 führte dazu, daß bereits am 3.10.1990 die deutsche Einheit durch den Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland hergestellt wurde.

Diese politischen Bedingungen stellten an die amtliche Statistik höchste Anforderungen bei der Lösung der ihr übertragenen Aufgaben bei der Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahlen. Man kann dabei auf den einmaligen Charakter dieser Wahlen verweisen. Er bestand insbesondere darin, daß

- nur ein äußerst kurzer Zeitraum der Vorbereitung der Wahlen zur Verfügung stand,
- die Wahlen nach einem neu gefaßten Länderwahlgesetz erfolgten, das sich bereits an das bundesdeutsche Wahlrecht anglich,
- ein neues Wahlsystem im Vergleich zu den vorhergehenden zwei Wahlen des Jahres 1990 angewandt wurde und
- im Verlauf der Vorbereitung der Landtagswahlen die deutsche Einheit hergestellt wurde.

Die Wahlen zu den Landtagen wurden nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl durchgeführt. Jeder Wähler hatte zwei Stimmen, eine Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten und die Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste. Die Stimmabgabe war in Wahllokalen oder mit der erstmals eingeführten Briefwahl möglich.

Das Statistische Amt hatte bei der Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahlen neben der Ermittlung der Wahlergebnisse noch die Aufgabe der Erarbeitung des Entwurfs der Einteilung der Länder in Wahlkreise. Auf der Grundlage des Ländereinführungsgesetzes, das am 22.7.1990 die Länderstruktur festlegte, wurde die Gliederung der Länder in Wahlkreise von der amtlichen Statistik in Abstimmung mit den Beauftragten der Regierung in den zu diesem Zeitpunkt noch vorhandenen administrativen Einheiten der Bezirke entworfen. Dabei wurde davon ausgegangen, daß ein Wahlkreis in der Regel 60 000 Einwohner umfaßt und von dieser Zahl nicht mehr als 25 von Hundert nach oben und nach unten abweicht.

6) Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik - Ländereinführungsgesetz - vom 22. Juli 1990 (Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 51/1990).

Bedingt durch diese Festlegung im Wahlgesetz war es erforderlich, eine große Anzahl von Kreisen aufzuteilen, wobei ein Wahlkreis immer als zusammenhängendes Gebiet gebildet wurde, die Grenzen der Gemeinden eingehalten wurden und bei Notwendigkeit der Aufteilung eines Kreisterritoriums regionale Zusammengehörigkeiten berücksichtigt wurden.

Am 27.7.1990 wurde die Wahlkreiseinteilung für die Landtagswahlen vom Präsidium der Volkskammer beschlossen und als Anlage zum Wahlgesetz veröffentlicht.

Die Hauptarbeit zur Ermittlung der Wahlergebnisse verlagerte sich in die Statistischen Bezirksämter mit Landesfunktion. In ihnen wurden nach einheitlichen Programmen die vorläufigen und endgültigen Ergebnisse der Wahlkreise sowie des Landes insgesamt ermittelt und den Kreiswahlleitern sowie dem Landeswahlleiter zur Feststellung übergeben.

Um bestehende territoriale Strukturen zu nutzen, was z.B. hinsichtlich der Nachrichtenverbindungen von größter Bedeutung war, erfolgte die Übermittlung der Wahlergebnisse durch die Wahlvorstände der Stimmbezirke an das für die Gemeinde zuständige Statistische Kreisamt, unabhängig von seiner Zugehörigkeit zu einem Wahlkreis. Die Zuordnung der einzelnen Stimmbezirke zu einem Wahlkreis wurde projektgesteuert im Landesmaßstab vorgenommen. Das setzte voraus, daß die Datei der Stimmbezirke mit den Angaben zur territorialen Struktur (lt. Gemeindeverzeichnis) und zur Wahlkreisstruktur gewissenhaft erarbeitet und eingespeichert wurde.

Damit wurde die Ermittlung der Ergebnisse je Wahlkreis im Landesrechenzentrum vorgenommen. Die Wahlkreisleiter erhielten die Ergebnisse mit dem Wahlkreissieger dann über das für sie zuständige Statistische Kreisamt unter Nutzung des Daten-netzes.

Die Berechnung der Verteilung der Mandate eines Landesparlaments auf die einzelnen Listen erfolgte nach folgendem Verfahren:

- Die Zahl der Sitze einer Liste im Landtag richtete sich nach der Gesamtheit der für sie im Wahlgebiet abgegebenen Zweitstimmen. Es wurden jedoch erstmalig nur die Zweitstimmen derjenigen Listen berücksichtigt, die im Wahlgebiet mindestens 5 % der gültigen Stimmen erhielten oder mindestens drei Wahlkreissitze errangen.
- Die laut Wahlgesetz festgelegte Anzahl der Sitze eines Landtages wurde je nach dem Ergebnis der für die Liste im gesamten Wahlgebiet abgegebenen Zweitstimmen unter Anwendung des Verfahrens von Niemeyer auf die Listen verteilt.
- Von den so je Liste ermittelten Sitzen wurden die von der Liste direkt gewonnenen Wahlkreissitze (Direktmandate) abgezogen. Die verbleibenden Sitze wurden dann aus der Landesliste in der Reihenfolge der nicht direkt gewählten Bewerber besetzt.

Dieses Verfahren kann dazu führen, daß eine Liste mehr Landtagsabgeordnete stellt, als ihr nach den Zweitstimmen Abgeordnete zustehen. Da alle direkt im Wahlkreis Gewählten in den Landtag einziehen, erhöht sich die Anzahl der Landtagsabgeordneten durch sogenannte "Überhangsmandate". Solche Überhangsmandate gab es bei den Landtagswahlen 1990 in Sachsen-Anhalt (8 Mandate) und in Thüringen (1 Mandat).

Im zentralen Wahlrechenzentrum in Berlin erfolgte nach ihrer Feststellung durch die Landeswahlausschüsse sowohl für die vorläufigen als auch für die endgültigen Ergebnisse ihre Zusammenstellung für die fünf Länder zu einer Übersicht für den Wahlleiter der Republik und für die Öffentlichkeit.

Wesentlich für die Bewältigung dieser Aufgaben für drei Wahlen innerhalb kürzester Frist war die Unterstützung des ehemaligen Statistischen Amtes durch

- die Bereitstellung von Anwendersoftware und die Mitwirkung von Mitarbeitern des Statistischen Landesamtes von Berlin bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Volkskammer,
- die zeitweise Bereitstellung von Computer Hard- und Software sowie die Mitwirkung von Mitarbeitern der Gesellschaft IBM-Deutschland bei allen Wahlen und durch
- das Statistische Bundesamt, das mit Rat und Hinweisen die Arbeit unterstützte und z.B. seinen BTX-Dienst zur Veröffentlichung von Wahlergebnissen zur Verfügung stellte.

Die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen erfolgten in engster Zusammenarbeit verschiedener Stellen und Organisationen im Osten und Westen Deutschlands, die auch eine der Voraussetzungen war, daß mit der erfolgreichen Durchführung der Wahlen, mit der ordnungsgemäßen Bekanntmachung der Wahlergebnisse ein bedeutsamer Beitrag zur Herstellung der Einheit Deutschlands geleistet wurde.

3 Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des 12. Deutschen Bundestages am 2.12.1990

Nach der Herstellung der Einheit Deutschlands war die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag ein weiterer entscheidender Schritt der Vereinigung. Die Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl erfolgten entsprechend dem Wahlvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik nach dem Bundeswahlgesetz und der Bundeswahlordnung.⁷⁾

Es war selbstverständlich, daß frühzeitig durch eine Zusammenarbeit zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Statistischen Amt, nach dem 3.10.1990 dem Gemeinsamen Statistischen Amt der neuen Bundesländer (GeStAL), die notwendigen Maßnahmen vorbereitet wurden. Dies betraf die Vorbereitung der Bundestagswahl in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Entsprechend den Vorgaben des Bundeswahlleiters wurde im Juli 1990 in Vorbereitung des o.a. Wahlvertrages

- die Anzahl der zu wählenden Abgeordneten für jedes neue Bundesland sowie das frühere Berlin (Ost) ermittelt und
- in Zusammenarbeit mit dem Regierungsbeauftragten in den zu diesem Zeitpunkt noch vorhandenen administrativen Einheiten der Bezirke ein Entwurf der Wahlkreiseinteilung für die neuen Bundesländer sowie das frühere Berlin (Ost) erarbeitet.

Im Ergebnis der Änderungen des Bundeswahlgesetzes erhöhten sich die Gesamtzahl der zu wählenden Abgeordneten für den Deutschen Bundestag um 144 auf 656 (einschl. der auf Berlin (West) entfallenden Abgeordneten) und die Anzahl der Wahlkreise um 72 auf 328 (einschl. der auf Berlin (West) entfallenden Bundeswahlkreise). Die in der Anlage des Wahlgesetzes festgelegte Wahlkreiseinteilung wurde durch die Wahlkreise Nr. 257 bis 328 ergänzt.

Unter Berücksichtigung der auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bestehenden Bedingungen zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen wurde in der Dritten Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 14.9.1990 festgelegt, daß

- in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie im früheren Berlin-Ost die Wählerverzeichnisse aus dem Ein-

7) Bundeswahlgesetz (BWG) in der Fassung vom 21. September (BGBl. I, S. 2059), geändert am 8. Oktober 1990 (BGBl. I, S. 2141). - Bundeswahlordnung (BWO) in der Fassung vom 7. Dezember 1989 (BGBl. I, S. 1, 142), geändert durch die Verordnung vom 25. Juni 1990 (BGBl. I, S. 1199), 14. September 1990 (BGBl. I, S. 2030) und 9. Oktober 1990 (BGBl. I, S. 2159). - Gesetz vom 29. August 1990 zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990 (BGBl. II, S. 813).

wohnerregister aufgestellt und den Gemeinden durch das Statistische Amt und die zuständigen regionalen Dienststellen übergeben werden;

- der Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen festlegt, welche Einrichtungen die Zusammenstellung und Weiterleitung der Wahlergebnisse vornehmen.

Auf der Grundlage dieser gesetzlichen Festlegungen konnten

- das bereits beschriebene Verfahren der Herstellung der Einwohnerlisten aus den Einwohnerdatenspeichern als Grundlage der Wählerverzeichnisse und der Benachrichtigungskarten an die Bürger über ihre Eintragungen in diese und
- das zu den Landtagswahlen im Oktober angewandte System der automatisierten Erfassung und Weiterleitung der Wahlergebnisse im Bereich der amtlichen Statistik der neuen Bundesländer mit Anpassungen wieder angewandt werden. Die Anpassungen betrafen insbesondere die neue Struktur der Bundeswahlkreise und die Veränderungen bei den Wahlbezirken gegenüber den Landtagswahlen.

Nach der Erfassung der Wahlergebnisse durch die Statistischen Kreisämter erfolgten in den im Aufbau befindlichen Statistischen Landesämtern eine Ermittlung der Wahlergebnisse je Wahlkreis und für das Land insgesamt und ihre Übergabe an die Kreis- und Landeswahlleiter. Die durch die entsprechenden Wahlausschüsse bestätigten Ergebnisse wurden dann mittels Datenfernübertragung von den Ländern über das GeStAL an das Wahlrechenzentrum des Statistischen Bundesamtes übergeben. Hier erfolgte die Ermittlung des Wahlergebnisses im Bund.

Gleichzeitig wurde erstmalig in den fünf neuen Bundesländern eine repräsentative Wahlstatistik über das Wahlverhalten, d.h. die Wahlbeteiligung und die Stimmabgabe verschiedener Bevölkerungsgruppen, durchgeführt. Die repräsentative Wahlstatistik war damit eine der ersten Statistiken, die im gesamten Bundesgebiet einheitlich vorbereitet und durchgeführt wurde. Damit konnte ein aktueller Beitrag zur politischen Diskussion um das Ergebnis der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, insbesondere über das Wahlverhalten in den neuen Bundesländern, geleistet werden.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) in der Bundesrepublik Deutschland ist das "Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG)", das auf dem "System of National Accounts (SNA)"¹⁾ aufgebaut ist, während in der ehemaligen DDR die VGR auf dem "Material Product System (MPS)"²⁾ basierten. Die Unterschiede zwischen beiden Systemen sind so gravierend, daß die in den beiden deutschen Staaten vor der Vereinigung nach unterschiedlichen Konzepten berechneten Größen nicht annähernd vergleichbar sind.

Ausgehend von diesen verschiedenen Konzepten, wurde auch eine völlig andere Terminologie in den Berechnungen für die ehemalige DDR im Vergleich zum SNA angewandt. Nur wenige Daten, und diese auch nur in hochaggrierter Form, wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das vollständige Datenmaterial und darauf basierende Analysen waren nur für einen eng begrenzten Personenkreis bestimmt. Dies trifft auch für die in der ehemaligen DDR aufgestellten Input-Output-Tabellen und die Berechnungen für das Anlagevermögen zu.

Der Hauptunterschied zwischen den Konzepten des SNA und des MPS besteht in der Abgrenzung der Produktion. Bei der Berechnung des Nationaleinkommens im MPS - das Gegenstück zum Sozialprodukt im SNA - wurden nur die Leistungen des sogenannten produzierenden Bereichs (Industrie, Bauwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr, Post und Fernmeldewesen, Binnenhandel u.a.) einbezogen, während die Leistungen des sogenannten nichtproduzierenden Bereichs (Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Vermittlungs-, Werbe- und Beratungsbüros, der Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, der Einrichtungen der Wissenschaft, Bildung, Kultur und Kunst, des Gesundheits- und Sozialwesens sowie des Staates und der Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) unberücksichtigt blieben.

Als intermediärer Verbrauch (im MPS: Produktionsverbrauch) wurden einerseits nur der Verbrauch von Material und produktiven Leistungen (z.B. Reparatur-, Montage-, Transport-, Nachrichten-, Umschlags- und Lagerleistungen) des sogenannten produzierenden Bereichs gewertet, andererseits aber auch der Verschleiß dauerhafter Güter (Investitionsgüter) einbezogen. Die letzte Verwendung des Nationaleinkommens

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin

1) Vereinte Nationen: A System of National Accounts, New York 1968; Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG), zweite Auflage, Luxemburg 1984; Statistisches Bundesamt: "Erläuterungen zum Inhalt und Aufbau der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen", Fachserie 18, Reihe 1.3, 1989, Hauptbericht, S. 41 ff.

2) Vereinte Nationen: Basic Methodological Principles Governing the Compilation of the System of Statistical Balances of the National Economy, Band I und II, New York 1989.

umfaßte dann auch nur den letzten Verbrauch von im produzierenden Bereich erzeugten Gütern und produktiven Leistungen durch Private Haushalte - Individuelle Konsumtion -, durch Unternehmen im sogenannten nichtproduzierenden Bereich (Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Reisevermittlung, Beherbergung, Wohnungsvermietung, Körperpflege, Unterhaltung, Erholungswesen, Freizeit und Sport u.a.), durch den Staat und Organisationen ohne Erwerbszweck (Parteien, Massenorganisationen, Religionsgemeinschaften, Interessengemeinschaften) - Gesellschaftliche Konsumtion -, die Nettoinvestitionen im sogenannten produzierenden Bereich (einschließlich der Veränderungen materieller Bestände), die Investitionen im sogenannten nichtproduzierenden Bereich - Akkumulation - sowie den Saldo der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und produktiven Leistungen. Die Gliederung in Individuelle und Gesellschaftliche Konsumtion läßt sich darüber hinaus auch strukturell nicht mit den Aggregaten Privater Verbrauch und Staatsverbrauch vergleichen.³⁾

Auch die Anwendung des Inlands- bzw. des Inländerkonzepts erfolgt in beiden Systemen sehr unterschiedlich.

Im MPS gibt es außerdem keine ausgebaute Einkommensverteilungs- und Finanzierungsrechnung. Es erfolgt kein Nachweis des verfügbaren Einkommens und der Ersparnis der Sektoren.

Sozialproduktberechnungen

Mit dem im Herbst 1989 eingeleiteten Wandel in der ehemaligen DDR und insbesondere im Zusammenhang mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion rückte schon in der Zeit vor der Vereinigung die Forderung nach vergleichbaren statistischen Daten nachdrücklich in den Mittelpunkt. Zu den am stärksten verlangten Zahlen gehörten vergleichbare Ergebnisse der VGR mit dem Bruttosozialprodukt bzw. dem Bruttoinlandsprodukt als wichtigste gesamtwirtschaftliche Leistungsindikatoren.

Das Statistische Bundesamt stand seit Anfang 1990 mit der damaligen Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik mit dem Ziel in Verbindung, die VGR der ehemaligen DDR auf das SNA in der konkreten Anwendung der Bundesrepublik Deutschland umzustellen.

Eine sofortige Umrechnung der Daten der VGR voll kompatibel zur Bundesstatistik war wegen der erforderlichen umfangreichen und komplizierten konzeptionellen Änderungen nicht möglich. Außerdem stand eine Vielzahl von Informationen für die Umrechnung nicht in geeigneter Form zur Verfügung, da die Basisstatistiken in der ehemaligen DDR anders gestaltet waren.

3) Vereinte Nationen: Comparison of the System of National Accounts and the System of Balances of the National Economy, Part I, Conceptual Relationships, Studies in Methods, Series F No. 20, New York 1977.

So wurden im April 1990 zunächst Ergebnisse einer vorläufigen Umrechnung auf Konzepte des SNA der Öffentlichkeit vorgestellt⁴⁾, die auf Untersuchungen basierten, mit denen in der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik schon zu einem weitaus früheren Zeitpunkt intern begonnen worden war.

Da die Umrechnung parallel zu den VGR nach MPS erfolgte und gleichzeitig das Konzept des SNA stark an die zentral geplante Wirtschaft angepaßt werden mußte, entsprachen die Ergebnisse noch nicht in allen Punkten den Regeln des SNA. Die Berechnungen erfolgten in Mark der ehemaligen DDR und beschränkten sich auf die Entstehungs- und Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts.

Die im Frühjahr 1990 veröffentlichten Ergebnisse der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts nach SNA wurden später mit Erläuterungen versehen und im Heft 12 der Schriftenreihe "Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik" veröffentlicht.⁵⁾ Besonderer Wert wurde auf die Beschreibung der noch bestehenden konzeptionellen Unterschiede zu den Sozialproduktberechnungen des Statistischen Bundesamtes gelegt, damit die Benutzer die Daten und ihre Vergleichbarkeit sachgerecht bewerten und interpretieren konnten.

Mangels statistischer Informationen war zum damaligen Zeitpunkt lediglich die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts, nicht aber der Übergang zum Inländerkonzept und damit zum Bruttoinlandsprodukt - dem umfassendsten Ausdruck der wirtschaftlichen Leistung einer Volkswirtschaft - möglich.

Im Juni 1990 wurde unter Beteiligung des Bundesministeriums für Wirtschaft, des Ministeriums für Wirtschaft der ehemaligen DDR, des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR ein Arbeitskreis konstituiert, dessen vorrangigste Aufgabe zunächst darin bestand, die Sozialproduktberechnungen der Entstehungs- und Verwendungsseite in der ehemaligen DDR so rasch wie möglich voll kompatibel mit den entsprechenden Berechnungen in der Bundesrepublik Deutschland zu erstellen. Dabei wurde davon ausgegangen, daß drei Zeitphasen deutlich unterschieden werden müssen:

- der Zeitraum 1989 und früher,
- die Übergangsphase der Jahre 1990 und 1991 und
- die mittel- und langfristige Konzeption ab 1992.

Nach der Vereinigung setzte der Arbeitskreis seine Tätigkeit unter der Bezeichnung "Sozialprodukt der neuen Bundesländer" fort.

4) Siehe u.a. die Wochenzeitung "Die Wirtschaft" vom 5. April 1990, S. 18.

5) Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg., 1990): "Zur Sozialproduktberechnung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik", Heft 12 der Schriftenreihe "Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik".

Erste Priorität hatte die Berechnung des Sozialprodukts für die neuen Bundesländer im 2. Halbjahr 1990.

Das Statistische Bundesamt legte am 23. April 1991 mit einer Pressemitteilung erste vorläufige Ergebnisse der Sozialproduktsberechnung für das Gebiet der ehemaligen DDR sowie dem früheren Berlin (Ost) nach den in der Bundesrepublik üblichen Konzepten der VGR für das 2. Halbjahr 1990 vor. In einem Aufsatz⁶⁾ wurden die Ergebnisse ausführlicher dargestellt, und es wurde, soweit möglich und sinnvoll, auf vergleichbare Angaben für die alten Bundesländer zum Stand nach der Revision vom April 1991⁷⁾ Bezug genommen, ohne daß ein gesamtdeutsches Ergebnis dargestellt wurde. Zusammen mit den Ergebnissen der Sozialproduktsberechnungen für das Gebiet der ehemaligen DDR im 2. Halbjahr 1990 veröffentlichte das Statistische Bundesamt auch die Bruttolohn- und -gehaltsumme und die Zahl der Erwerbstätigen für das Jahr 1989, das 1. Halbjahr 1990 und das 2. Halbjahr 1990.

Ausgehend davon, daß die VGR ein Produkt der Weiterverarbeitung umfangreichen statistischen Ausgangsmaterials sind, das in den wenigsten Fällen in erster Linie speziellen Zwecken der VGR dient, ist die Abhängigkeit der Qualität der Berechnungen vom allgemeinen Stand der Einführung der Bundesstatistiken in den neuen Bundesländern besonders augenfällig.

Eine für die VGR wichtige Datenbasis - die Produktionsstatistik - ist bereits ab Juli 1990 auf bundesdeutsche Erhebungen umgestellt worden. Andererseits sind aber in der Übergangsphase auch mit der Einführung der Bundesstatistik in den neuen Bundesländern zeitweilige Informationslücken entstanden, wenn z.B. Informationen in ihrer bisherigen Form nicht mehr vorlagen und die Ergebnisse der Bundesstatistiken erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen waren.

Diese Lücken sind nicht in allen Fällen durch Schätzungen zu schließen, da sich gerade in diesem Zeitraum auch wesentliche wirtschaftliche Veränderungen vollzogen, bzw. sich die Preisrelationen einschneidend geändert haben. Es mußten kurzfristig rechtlich abgesicherte Voraussetzungen zur Durchführung befristeter statistischer Erhebungen in den neuen Bundesländern geschaffen werden. Das betraf u.a. die folgenden Statistiken:

- Repräsentative bereichsübergreifende Kostenstrukturerhebung für das 3. Quartal 1990.
- Bereichsübergreifende Kostenstrukturerhebung für das 2. Halbjahr 1990.
- Kostenstrukturerhebungen für die Jahre 1991 und 1992.

6) Siehe Dr. Horstmann, Hein, Hoepfner: "Sozialprodukt im Gebiet der ehemaligen DDR im 2. Halbjahr 1990", in: *Wirtschaft und Statistik*, 5/1991, S. 305 ff.

7) Siehe Lützel, H. und Mitarbeiter: "Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1970 bis 1990", in: *Wirtschaft und Statistik*, 4/1991, S. 227 ff.

- Vierteljährliche Investitionserhebung für das 2. Halbjahr 1990 und die Jahre 1991 und 1992 im Produzierenden Gewerbe, im Handel und Gastgewerbe.
- Berufstätigenerhebung per 31. November 1990.
- Arbeitskräfteberichterstattung im 2. Halbjahr 1990.
- Statistik des Haushaltsbudgets für 5 000 Haushalte (laufende Wirtschaftsrechnungen) in den Jahren 1991 und 1992.

Die Durchführung der o.g. Statistiken half, wesentliche Informationslücken zu schließen. In anderen Fällen mußten verstärkt Schätzungen vorgenommen werden. Die Datenlage und die Qualität der vorliegenden Ergebnisse der neu eingeführten Basisstatistiken in den neuen Bundesländern sind auf den einzelnen Gebieten der VGR recht unterschiedlich. Daher mußten bei den ersten vorläufigen Berechnungen des Sozialprodukts für die neuen Bundesländer weitaus höhere Fehlermargen in Kauf genommen werden, als es in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes über die VGR bisher üblich war. Insbesondere problematisch ist die Erfassung der innerdeutschen Transaktionen - Umfang der gegenseitigen Lieferung von Waren und Dienstleistungen zwischen dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 und dem Gebiet der ehemaligen DDR -, weil bisher genutzte statistische Quellen nicht mehr oder nur in modifizierter Form vorliegen. So handelt es sich beispielsweise bei der Statistik des Innerdeutschen Warenverkehrs ab dem 2. Halbjahr 1990 um eine Primärstatistik für Zwecke der VGR. Sie ersetzt die Auswertung der Warenbegleitscheine, die im Innerdeutschen Warenverkehr nunmehr weggefallen sind. Die Firmendatei dieser Meldung basiert auf Anschriften der Firmen, die früher zum Innerdeutschen Handel gemeldet haben. Heute dürfte aber eine weitaus größere Anzahl von Firmen an Lieferungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern beteiligt sein.

Trotz aller Anstrengungen des Statistischen Bundesamtes, auch diese Firmen in die Erhebung einzubeziehen, ist zu vermuten, daß besonders bei kleineren Unternehmen eine bedeutende Untererfassung besteht. Die Arbeitsgruppe "Innerdeutscher Zahlungsverkehr" ist deshalb verstärkt auf Schätzungen der innerdeutschen Transaktionen angewiesen.

Ergänzende Informationen über den Umfang der Lieferungen zwischen den alten und neuen Bundesländern liefert die Statistik des Haushaltsbudgets. Für die Schätzung der Käufe ostdeutscher privater Haushalte in den alten Bundesländern sind die unterschiedliche Einzelhandelsentwicklung in westlichen und östlichen alten Bundesländern, die geschätzten Pendlereinkommen sowie die Kfz-Zulassungsstatistik Anhaltspunkte.

Für eine nach Gebieten getrennte Sozialproduktsberechnung fällt außerdem ins Gewicht, daß die eindeutige Zuordnung der grenzüberschreitenden Transaktionen der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland zu den alten bzw. neuen Bundesländern innerhalb der Außenhandelsstatistik nicht problemlos ist. So können durchaus Importe

des früheren Bundesgebietes in das Gebiet der neuen Bundesländer gelangen, wie auch umgekehrt. Entsprechend können auch Exporte, die in dem einen Gebiet angemeldet werden, aus dem anderen Gebiet stammen. Detaillierte Nachweise über diese Warenströme sind nicht möglich. Die damit verbundenen Verzerrungen müssen in Kauf genommen werden.

Ebenso sind die Reiseausgaben der Bundesbürger im Ausland nicht den Bewohnern des einen oder anderen Gebietes mit Sicherheit zuzuordnen. Genauso problematisch ist die Zuordnung der Reiseausgaben Gebietsfremder zu beiden Gebieten. In der Zahlungsbilanzstatistik wird eine solche Trennung der Transaktionen nicht vorgenommen. Über wechselseitige Vermögenseinkommen liegen gegenwärtig überhaupt keine Informationen vor.

Die Berechnungen des Außenbeitrages erweisen sich aus den o.g. Gründen für die beiden Gebiete als zunehmend problematischer. Erfahrungen der Vergangenheit und gegenwärtig zu beobachtende Sachverhalte bieten zwar Anhaltspunkte für eine ergänzende bzw. ersetzende Schätzung zu den statistischen Quellen, jedoch läßt sich die wünschenswerte Sicherheit dieser Rückschlüsse nicht erreichen.

Für 1989 und das 1. Halbjahr 1990 wurden die Entstehungs- und Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts nach den in der Bundesrepublik angewendeten Konzepten der VGR in Mark der ehemaligen DDR berechnet.

Für den Zeitraum bis 1. Halbjahr 1990 liegt eine Fülle von Basisdaten der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR vor. Sie unterscheiden sich zwar erheblich von den Statistiken der Bundesrepublik Deutschland, jedoch war es nach einer gründlichen Auswertung dieser Datenbestände möglich, geeignete Ausgangsdaten für die VGR nach dem Konzept der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Darüber hinaus wurde eine Reihe von Informationen, die der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR vor der Wende nicht zugänglich war, von anderen Dienststellen beschafft. Das betrifft insbesondere Angaben zur Zahlungsbilanz und Informationen über den sogenannten Sonderbereich, d.h. den militärischen Bereich sowie Teile des zentralen Staatsapparates, über die in der Abrechnung des Staatshaushaltes keine Angaben enthalten waren.

Die Berechnungsmethoden des Statistischen Bundesamtes konnten nicht unmittelbar auf die Berechnung des Sozialprodukts für die neuen Bundesländer übertragen werden. Ausgehend vom vorhandenen Datenmaterial, wurden geeignete Berechnungsverfahren für die Aggregate der VGR ausgearbeitet und im Falle vorhandener Datenlücken entsprechende Schätzverfahren entwickelt. Die Gliederung der Ergebnisse nach Wirtschaftszweigen erfolgte zunächst nach den 5 zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen. Die Sektorengliederung der Volkswirtschaft bereitete keine Schwierigkeiten.

Die Datenlage ist insbesondere für die Produktionsunternehmen sehr gut. Für Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung waren Hauptdatenquellen die Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts sowie die Abrechnung der Hauptverwaltung der Sozialversicherung. Für den von der amtlichen Statistik nicht erfaßten sogenannten Sonderbereich, der Teile des zentralen Staatsapparates, den gesamten militärischen Bereich, gesellschaftliche Organisationen und die Wismut AG umfaßte, wurden in mühevoller Kleinarbeit zusätzliche Informationen beschafft bzw. Schätzungen vorgenommen.

Die aufgeführten Beispiele allein lassen schon erkennen, welche umfangreichen Arbeiten, ausgehend von den für die ehemalige DDR vorhandenen konkreten Basisdaten, für die Berechnung der Entstehungs- und Verwendungsseite des Sozialprodukts erforderlich waren. Sie konnten zunächst nur in Mark der ehemaligen DDR ausgeführt werden. Die Umrechnung von Mark in DM erfordert eine tiefgehende Analyse der Preisbewer tungssysteme und der daraus resultierenden Preisentwicklungen für die einzelnen Bestandteile des Sozialprodukts.

Das betrifft auch das 1. Halbjahr 1990, d.h. den unmittelbaren Zeitraum vor der Währungsunion. Die Nichtvergleichbarkeit beider Währungen und Probleme bei ihrer Umrechnung führten dazu, daß die Sozialproduktsberechnung der neuen Bundesländer für das Jahr 1990 in DM auf den Zeitraum nach der Währungsunion beschränkt bleiben mußte. Somit konnten bisher auch keine Veränderungsdaten gegenüber früheren Zeiträumen angegeben werden.

Die ersten gesamtdeutschen Berechnungen des Sozialprodukts sind für das Jahr 1991 vorgesehen. Es muß jedoch davon ausgegangen werden, daß für einen gewissen Zeitraum für das Gebiet der ehemaligen DDR Ergebnisse aus wichtigen in mehrjährigen Abständen durchgeführten Erhebungen (Zensen, Material- und Wareneingangserhebungen, Umsatzsteuerstatistik u.ä.) noch nicht vorliegen werden und die Vereinheitlichung laufender Bundesstatistiken nicht überall in kurzer Zeit abgeschlossen werden kann. Bis dahin wird es Sondererhebungen in den neuen Bundesländern geben. Dazu gehören die vorgenannten Erhebungen sowie die vorgesehene vierteljährliche Erhebung im Dienstleistungsbereich. Daher ist es erforderlich, daß in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes für einen Zeitraum, der bis etwa 1993 dauern kann, eine Reihe von Zuarbeiten für die gesamtdeutsche Sozialproduktsberechnung durchgeführt werden muß.

Die Arbeiten in Berlin werden sich auf das fachlich (Kenntnis der Lage in den neuen Bundesländern) und sachlich (besondere Berechnungsgrundlagen und -methoden für die neuen Bundesländer) Notwendige beschränken. Sobald die Basisstatistiken es erlauben, werden die Arbeiten sukzessiv nach Wiesbaden verlagert.

Berechnungen für die neuen Bundesländer werden in Wiesbaden ab 1991 in folgenden Bereichen durchgeführt:

- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei,
- Versicherungsunternehmen,
- Kreditinstitute,
- Staat,
- Übrige Welt,
- Bruttolohn- und -gehaltssumme,
- Erwerbstätige sowie
- Anlageinvestitionen.

Die erstmalige Aufstellung gesamtdeutscher Einkommens- und Finanzierungskonten wird ebenfalls in Wiesbaden vorgenommen.

Die Übergangsphase bei der Aufstellung einheitlicher VGR für das gesamte Bundesgebiet wird dann abgeschlossen sein, wenn nach Vorliegen voll vereinheitlichter Basisstatistiken die Arbeiten komplett in Wiesbaden durchgeführt werden können und in den neuen Bundesländern die Voraussetzungen für die Regionalisierung der gesamtdeutschen Ergebnisse geschaffen sind.

Die vorgesehenen Rückrechnungen auf dem Gebiet der VGR werden in Berlin durchgeführt, wo die dafür erforderlichen personellen und sachlichen Voraussetzungen vorhanden sind.

In der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes werden gegenwärtig die bisher noch unveröffentlichten Ergebnisse der VGR für das Jahr 1989 und das 1. Halbjahr 1990 für das Gebiet der ehemaligen DDR überarbeitet, indem Schätzungen durch aktuellere Informationen ersetzt werden. Die Veröffentlichung der Ergebnisse ist zunächst in Mark der ehemaligen DDR vorgesehen.

Die Daten für das 2. Halbjahr 1990 werden für die neuen Bundesländer unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung für das 2. Halbjahr 1990, der aktuellen Schätzungen der innerdeutschen Transaktionen durch die Arbeitsgruppe "Innerdeutscher Zahlungsverkehr", der Ergebnisse der Berufstätigenerhebung per 30. November 1990 (Erwerbstätige, Bruttolöhne- und -gehälter) und anderer aktueller Informationen überarbeitet. Die aktualisierten Ergebnisse für die neuen Bundesländer

sollen umfassend untergliedert werden. Weiterhin wird eine Berechnung des Sozialprodukts für die neuen Bundesländer für das Jahr 1991 insgesamt und nach Quartalen vorgenommen.

Über die Berechnungen des Sozialprodukts im Gebiet der ehemaligen DDR werden für die Zeiträume 1989 und 1. Halbjahr 1990 sowie für das 2. Halbjahr 1990 detaillierte Methodenbeschreibungen angefertigt.

Input-Output-Tabellen

Es ist vorgesehen, für das Jahr 1991 eine gesamtdeutsche Input-Output-Tabelle aufzustellen. Dazu sind als wichtige Zuarbeit die Input-Strukturen (Vorleistungen nach 58 Gütergruppen) der 58 Produktionsbereiche im Gebiet der ehemaligen DDR zu ermitteln. Sämtliche vorhandene Informationen über Produktionswert, Vorleistungsverbrauch, Bruttowertschöpfung und die Letzte Verwendung in der Gliederung nach Gütergruppen für die ehemalige DDR sind zu nutzen (z.B. Kostenstrukturerhebung, Investitionserhebung usw.). Fehlende Informationen müssen durch Experten geschätzt werden. Diese Arbeiten sind deshalb besonders aufwendig, weil Ergebnisse aus der Material- und Wareneingangserhebung 1990 nicht über die Unternehmen in den neuen Bundesländern vorliegen werden.

In Vorbereitung der Aufstellung der gesamtdeutschen Input-Output-Tabelle 1991 wird gegenwärtig die Input-Output-Tabelle 1987 der ehemaligen DDR auf die Konzepte der Europäischen Gemeinschaft laut ESVG umgestellt. Konzeptionell bedingte Lücken werden dabei geschlossen. Die Bereichsgliederung wird auf 58 Produktionsbereiche der Input-Output-Tabelle der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990 und die 44 Produktionsbereiche der europäischen Input-Output-Tabelle umgeschlüsselt. Die Bewertung wird auf DM-Preise von 1991 umgestellt.

Die Bewältigung dieses bisher in der Geschichte der Input-Output-Rechnungen einmaligen Projektes ist nur durch Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, die auf dem Gebiet der Input-Output-Rechnungen arbeiten, möglich. Mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, das auf dem Gebiet der Input-Output-Rechnungen jahrzehntelange Erfahrungen aufweist, wurde zur Umrechnung der Input-Output-Tabelle 1987 für die ehemalige DDR eine Vereinbarung abgeschlossen.

Es ist vorgesehen, daß die umgerechnete Input-Output-Tabelle 1987 für die ehemalige DDR veröffentlicht wird. Die Ergebnisse werden voraussichtlich Ende 1992 vorliegen.

Anlagevermögensrechnung

Bis zu einer ersten Veröffentlichung von Ergebnissen der Anlagevermögensrechnung für die neuen Bundesländer nach den Konzepten der Bundesstatistik sind noch aufwendige Arbeiten erforderlich.

In den alten Bundesländern wird das Anlagevermögen nach der Perpetual-Inventory-Methode berechnet. Ausgangspunkt dieser Methode ist die Überlegung, daß sich der aktuelle Vermögensbestand aus den Zu- und Abgängen in der Vergangenheit ergibt. Dazu sind sowohl Informationen über Investitionen für möglichst weit in die Vergangenheit zurückreichende Jahrgänge als auch über die Struktur der Investitionsgüter sowie die durchschnittliche Nutzungsdauer für die einzelnen Güterarten erforderlich.

In der ehemaligen DDR ist das Anlagevermögen direkt in den Betrieben und Einrichtungen erhoben worden. Ergebnisse liegen bis einschließlich 1. Halbjahr 1990 vor. Nicht durch Erhebungen der amtlichen Statistik erfaßt war das Anlagevermögen des sogenannten Sonderbereichs. Dazu gehörten die Ministerien für Nationale Verteidigung, des Innern, für Staatssicherheit, die Hauptverwaltung der Zivilverteidigung, die Zollverwaltung, die staatliche Verwaltung der Staatsreserve, das staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz, die Gesellschaft für Sport und Technik, bestimmte nachgeordnete Einrichtungen des Ministerrates, politische Parteien, die Gewerkschaft und gesellschaftliche Massenorganisationen. Nicht erfaßt war auch das Anlagevermögen der Religions- und der Interessengemeinschaften. Der Wert des nichterfaßbaren Anlagevermögens muß unter Nutzung sich bietender Datenquellen nachträglich geschätzt werden.

Der Ausweis des Anlagevermögens für die ehemalige DDR nach den Konzepten der Bundesstatistik erfordert die Einbeziehung der werterhöhenden Instandhaltungsaufwendungen sowie des Wertes der Modernisierungsmaßnahmen für Wohnbauten. Weiterhin sind Bestandteile des Anlagevermögens, die in der ehemaligen DDR den Ausrüstungen zugeordnet waren, den Bauten zuzuordnen. Das betrifft z.B. Anlagen zur Fortleitung und Verteilung von Elektroenergie, Gas und Wärme, elektrische Fahrleitungsanlagen sowie Straßenbeleuchtungen.

Für die Zuordnung des Anlagevermögens zu den Wirtschaftszweigen nach der Wirtschaftszweigsystematik der Bundesrepublik Deutschland sind umfangreiche rechnergestützte Umschlüsselungsarbeiten in der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes erforderlich.

Schließlich ist das in Mark der ehemaligen DDR bewertete Anlagevermögen in DM umzubewerten.

Die 1990 durchgeführten Proberechnungen des Anlagevermögens für ausgewählte Inventarobjekte im Wirtschaftszweig Elektrotechnik und Elektronik zeigen, daß die Perpetual-Inventory-Methode zur Berechnung des Anlagevermögens für die neuen Bundesländer auf Grundlage der vorhandenen Grundmitteldaten möglich ist. Mit den derzeit in Berlin durchgeführten Arbeiten werden die Voraussetzungen geschaffen, das Anlagevermögen der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich der neuen Bundesländer) ab 1993 einheitlich nach der Perpetual-Inventory-Methode zu ermitteln.

Die Lösung dieser Aufgaben erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin.

Laufende Wirtschaftsrechnungen

Vorbemerkung

Informationen über die Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte sind von besonderer Wichtigkeit. Eine Vielzahl staatlicher Maßnahmen der Sozial-, Familien- und Subventionspolitik setzt u.a. an diesen Daten an. Aber auch die Allgemeinheit ist besonders an der Frage interessiert, wie die Menschen in den neuen Bundesländern im Vergleich zu denen im früheren Bundesgebiet leben, was sie verdienen und was sie sich erlauben können.

Dieser Aufsatz gibt einen Überblick über Ziele und Inhalt der Statistik des Haushaltsbudgets im Gebiet der ehemaligen DDR. Bedeutsame Etappen des Wandels von den Erhebungen in der DDR über die Übergangsregelungen in den Jahren 1990, 1991 und 1992 bis zur vollen Vereinheitlichung mit den Erhebungen in den alten Bundesländern voraussichtlich ab 1993 werden kurz dargestellt. Das kann Nutzern der umfangreichen Datenbestände als Leitfaden für den Umgang mit den Daten dienen. Dieser Überblick soll auch verdeutlichen, welche komplizierten Aufgaben zu bewältigen sind, wenn Statistiken zweier unterschiedlicher Systeme im schnellen Prozeß der Vereinigung zusammengeführt werden müssen.

Der Aufsatz beschreibt ebenfalls Wege und die Methoden, die bei der Einführung der Bundesstatistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen gewählt wurden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte als Ausgangsgröße zur Berechnung des Privaten Verbrauchs im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Es geht aber auch darum, mit der monatlichen Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen ausgewählter Haushaltstypen in den alten Bundesländern vergleichbare Ergebnisse bereitzustellen.

1 Aufgaben und Ziele der Statistik des Haushaltsbudgets

Die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen kann als eine in Inhalt und Form geänderte Fortführung der Statistik des Haushaltsbudgets bezeichnet werden. Mit den Ergebnissen für das 1. und 2. Halbjahr 1990 und 1991 liegt aus der Statistik des Haushaltsbudgets eine über Jahrzehnte reichende Reihe vergleichbarer Angaben über die Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte für das Gebiet der ehemaligen DDR vor.

Erstmals nach dem 2. Weltkrieg sind im Jahre 1947 in der sowjetischen Besatzungszone 1 200 Arbeiter- und Angestelltenhaushalte zu ihren Einnahmen und Ausgaben befragt worden. Primärer Zweck der Erhebung war es festzustellen, wie sich die Ausgaben der

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

Haushalte gestalten und was sie in der Nachkriegsperiode verbrauchten. Damit sollten auch Erkenntnisse für die Versorgungsplanung gewonnen werden. Die Erhebungen erstreckten sich auf das 4. Vierteljahr 1947 und die Monate November und Dezember 1948.¹⁾

Ab Januar 1949 erfolgte die Befragung monatlich. Zunächst wurde dem Verbrauchsverhalten ausgewählter streng abgegrenzter Berufsgruppen (z.B. Vier-Personen-Haushalt von Industriearbeitern mit mittlerem Einkommen) das Primat zugemessen. Ab Mitte der fünfziger Jahre stand - bei Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit der Teilnahme der Haushalte - die höhere Repräsentanz der Wirtschaftsrechnungen im Vordergrund. Von 1 000 Arbeiter- und Angestelltenhaushalten der Industrie und der Bauwirtschaft wurde ab Mai 1958 je ein Haushalt befragt. Der Erhebungsumfang von 3 200 Haushalten gestattete nunmehr auch repräsentative Aussagen, gegliedert nach Einkommens- und Familiengruppen. Seit 1959 wurde es infolge des stark erweiterten Stichprobenumfangs möglich, fundierte sozialpolitische und ökonomische Fragestellungen, differenziert für Bevölkerungsgruppen, zu beantworten. Erfasst wurden bis zum Jahre 1981 durchschnittlich mindestens 0,09 % der privaten Haushalte.

Die Zahl der befragten Haushalte war in den einzelnen Jahren unterschiedlich. Sie schwankte bei den Arbeitern und Angestellten zwischen 3 800 und 4 500 Haushalten. Darüber hinaus wurden 1 500 bis 1 800 Haushalte von Mitgliedern der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und 750 bis 1 200 Haushalte von Rentenbeziehern, die nicht mehr in einem ständigen Arbeitsrechtsverhältnis standen, nach ihren Ausgaben, ihrem Verbrauch und ihren Einnahmen befragt. Gekoppelt mit diesen Befragungen waren Erhebungen über die Ausstattung der Haushalte mit ausgewählten Konsumgütern sowie andere Fragen zu den Lebensbedingungen.²⁾

Die Erhebungsmethodik wurde mehrfach verändert. Die letzte grundlegende Änderung betraf den Berichtszeitraum ab 1974. Wesentlich erweitert wurden der Umfang und Feinheitegrad der zu erfassenden Positionen auf 380 Wert- und 140 Mengenpositionen. Die Nomenklaturen wurden den volkswirtschaftlichen Nomenklaturen der Geldbilanz, der Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur und der Binnenhandelsschlüsselliste angepaßt. Für die Darstellung der Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen kam es damit zu einer Kombination von Erzeugnis- und Bedürfniskomplexen. Das neue Datenverarbeitungsprojekt ermöglichte tiefgegliederte Auswertungen, z.B. nach sozialen und Haushaltsgruppen mit starren Einkommensgrenzen sowie nach Einkommensquantilen, Familien nach Anzahl und Altersgruppen der Kinder, Pro-Kopf-Einkommen u.a.

Ab 1975 war es grundsätzlich möglich, monatliche Ergebnisse bereitzustellen, doch wurde hiervon primär wegen unzureichender EDV-Kapazitäten nicht Gebrauch gemacht. Vielmehr wurden jeweils zwölf Monatsdaten zusammengefaßt und als durchschnittliches Monatsergebnis für ein verschobenes Kalenderjahr (November bis Okto-

1) Siehe "Haushaltungsrechnungen 1950", in: Statistische Praxis, Heft 12/1949, S. 189.

2) Siehe Grossert, K: "Nächste Aufgaben der Statistik der repräsentativen Haushalts- und Bevölkerungsfragen", in: Statistische Praxis, Heft 8/1966, S. 359 ff.

ber des Folgejahres) ausgewiesen. Die grundlegenden Konzepte und ihre Änderungen im Jahr 1975 beruhten auf Absprachen in der Kommission für Statistik des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Hierzu gehörten auch der Übergang vom Bruttoeinkommen auf das Nettoeinkommen der Haushalte und die Änderung des Begriffs Wirtschaftsrechnungen in Statistik des Haushaltsbudgets. Infolge der grundlegenden methodischen Änderungen ist eine Vergleichbarkeit der Reihen vom Jahre 1975 rückwirkend nur noch für grobe Strukturen möglich.

Die Statistik des Haushaltsbudgets war die einzige Quelle der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR, die zahlenmäßige Informationen über das Niveau, die Struktur und die Entwicklung der Geldausgaben bzw. des Verbrauches privater Haushalte erfaßte und die wechselseitigen Zusammenhänge zwischen dem Einkommen und dem Verbrauch für typische Bevölkerungsgruppen abbildete.

Die repräsentativ gewonnenen Angaben über die Ausgaben-/Verbrauchsgewohnheiten privater Haushalte waren in ihrer sozialen Differenzierung als Datenbasis für die Sozial- und Familienpolitik nutzbar. Sie lieferten Unterlagen über den befriedigten/unbefriedigten Bedarf bzw. zur Nachfrage bei Konsumgütern (Waren) und Dienstleistungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. In Verbindung mit Ergebnissen der Marktforschung wurde die Möglichkeit eröffnet, sie als wichtige Anhaltspunkte für die staatliche Strukturpolitik (Planung der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Dienstleistungen) sowie die Produktions- und Absatzplanung der Unternehmen zu nutzen.

Die Statistik des Haushaltsbudgets lieferte ferner sozialökonomische Aussagen über das Sachvermögen, den Zuwachs der Ersparnisse der Haushalte und war zahlenmäßige Grundlage für die volkswirtschaftliche Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben, besonders zur differenzierten Entwicklung der Familien- und Haushaltseinkommen.³⁾

In den fünfziger und sechziger Jahren wurden auf der Grundlage der Verbrauchsschemata der Wirtschaftsrechnungen auch Indizes der Lebenshaltungskosten berechnet.

1.1 Zusatzerhebungen

Im Rahmen der Statistik des Haushaltsbudgets gab es folgende Zusatzerhebungen:

- zum Zeitbudget,
- zum Lebensmittelverbrauch und zu den Lebensmittelverlusten und
- zu den kulturellen und sozialen Lebensbedingungen.

3) Siehe Barth, I., Feldmann, R. und Mittelbach, H.: "Hauptfaktoren der Entwicklung der unentgeltlichen Leistungen und ihrer differenzierten Inanspruchnahme durch verschiedene Gruppen der Bevölkerung", in: Wirtschaftswissenschaft 12/1981, S. 1437 - 1456.

Ab 1974 wurden Zeitbudgeterhebungen in fünf- bzw. sechsjährlichen Abständen in den privaten Haushalten ausgewählter sozialer Bevölkerungsgruppen durchgeführt. Die Informationen über die Zeitverwendung der erwachsenen Bevölkerung ergänzten die aus den Befragungen zu den Einnahmen und den Ausgaben bzw. zum Verbrauch vorhandenen Angaben und vergrößerten den Diskursbereich für die statistische Analyse sozialer Prozesse.

Integriert in die Statistik des Haushaltsbudgets war bis zum Jahre 1979 die mengenmäßige Anschreibung der Lebensmitteleinkäufe. Ein Viertel der an der Stichprobe teilnehmenden Haushalte aller sozialer Gruppen erfaßte monatlich die Mengenangaben für ca. 140 Positionen. Die Klagen der Haushalte zur Höhe des Aufwandes waren Anlaß, die Notwendigkeit des Erhebungsumfanges kritisch zu analysieren. Aufgrund einer Studie des Instituts für Ernährung, Potsdam-Rehbrücke, wurde festgestellt, daß bei einem jahreszeitlich relativ konstanten Kauf und Verbrauchsverhalten der Durchschnitt der Angaben für die Monate April und August als ausreichend repräsentativ für das Jahr angesehen werden können. Berücksichtigt man außerdem, daß die Einzelhandelsverkaufspreise für Nahrungsmittel und Getränke (mit Ausnahme derjenigen für Delikatessen) relativ stabil waren, schien es gerechtfertigt, in Zusatzbefragungen die mengenmäßigen Lebensmitteleinkäufe und Lebensmittelverluste nur noch in fünfjährlichem Abstand in den Monaten April und August zu erfassen. Damit liegen für die Jahre 1979, 1984 und 1989 Angaben über die wertmäßigen Ausgaben und die gekauften Mengen an Nahrungs- und Genußmitteln vor. Für die Jahre 1984 und 1989 gibt es darüber hinaus Angaben zu entstandenen Lebensmittelverlusten durch Verderb bzw. Wegwerfen oder Tierfütterung, was bei den damaligen hochsubventionierten Lebensmittelpreisen (z.B. für Brot, Haferflocken, Reis, Grieß etc.) häufiger vorkam. Die Kombination von Wertangaben nach Haushalts- und Personenmerkmalen aus der Statistik des Haushaltsbudgets mit Mengenangaben aus der Sondererhebung war eine wichtige Datenbasis für die statistische Analyse des Ernährungsverhaltens der Bevölkerung. Weiterhin konnten, differenziert nach sozialen Gruppen und Haushaltstypen, Angaben über durchschnittlich gezahlte Beträge für gekaufte Lebensmittel je Mengeneinheit ermittelt werden.

Abgerundet wurde die Statistik des Haushaltsbudgets durch die ergänzende repräsentative Befragung zu den kulturell-sozialen Lebensbedingungen. Ziel der Erhebung war es, die Häufigkeit der Inanspruchnahme kulturell-sozialer Leistungen durch Personen, differenziert nach sozialer Stellung, dem Geschlecht, Altersgruppen, Bildungsabschluß, Berufstätigkeit sowie nach Haushaltsgrößen, Familientypen und Haushaltsnettoeinkommens- sowie Gemeindegrößengruppen, zu erfassen. Im Jahre 1977 wurden die drei großen sozialen Gruppen, im Jahre 1988 nur Arbeiter- und Angestelltenhaushalte befragt. In die Erhebung einbezogen waren vier Komplexe. Bei der gesundheitlichen Betreuung ging es um Aussagen zur Inanspruchnahme von Arzt-, Zahnarztkonsultationen, stationären Behandlungen und Kuren, diagnostischen Untersuchungen sowie zu eingelösten Rezepten. Der Umfang und die Differenziertheit kulturell-sportlicher Betätigung wurden durch Fragen nach der Häufigkeit der Besuche von Theatern, Konzerten, Kinos, Museen und Ausstellungen, Kultur- und Klubhäusern, Tierparks/Zoos, Zirkussen, sonstigen Kultur- und Sportveranstaltungen

gen und von Bibliotheken näher untersucht. Ziel der Befragung für den Komplex **U r - l a u b u n d E r h o l u n g** war es festzustellen, welcher Umfang und welche Unterschiede beim Reiseverhalten für die verschiedenen Personengruppen charakteristisch sind. Erfaßt wurden Ausflüge bzw. Kurzreisen, Inlands- und Auslandsreisen nach Häufigkeit, Reisearten und Reisedauer und der Urlaubsanspruch. Bei der **G e m e i n - s c h a f t s v e r p f l e g u n g** wurden Daten über die Teilnahme am Werkküchen- bzw. Schulessen gewonnen.

2 Erhebungsmethode und Erhebungsverfahren der Statistik des Haushaltsbudgets

Die Erhebung war **f r e i w i l l i g** und **a n o n y m**. Von den Haushalten waren **a l l e G e l d e i n n a h m e n u n d G e l d a u s g a b e n** in einem monatlichen Haushaltsbuch zu erfassen. Die Dokumentation der finanziellen Vorgänge hatte den Charakter einer Budgetrechnung. Die Haushalte zeichneten ihre Angaben in einer strukturierten vorgegebenen Gliederung einzeln auf. Sie umfaßte Einzelangaben zur Art der gekauften Waren und Dienstleistungen.

Die Hauptgruppen gliedern sich in:

- 0 = die Geldeinnahmen,
- 1 = die Geldausgaben für Nahrungsmittel,
- 2 = die Geldausgaben für Genußmittel,
- 3 = die Geldausgaben für Schuhe, Täschner- und Feinsattlerwaren,
- 4 = die Geldausgaben für Textilien und Bekleidung,
- 5 = die Geldausgaben für sonstige Industriewaren,
- 6 = die Geldausgaben für bezahlte Leistungen,
- 7 = die Geldausgaben für Steuern, Versicherungen und Beiträge,
- 8 = den Eigenverbrauch, die Geldausgaben für die persönliche Wirtschaft.

Dazu kamen demographische Angaben zur sozialen Stellung der Haushaltsmitglieder, Angaben über die Anzahl der im Haushalt vorhandenen ausgewählten dauerhaften Konsumgüter und Angaben über die persönliche Wirtschaft. Die Haushalte zeichneten grundsätzlich die **a n f a l l e n d e n G e l d e i n n a h m e n u n d - a u s g a b e n** auf. "Unterstellte" Geldeinnahmen und -ausgaben als Gegenwert von Sachzuwendungen oder der Nutzung privaten Wohneigentums bzw. von Garagen wurden nicht erfaßt.

Unentgeltlich individuell empfangene Leistungen bewirkten ebenso wie hohe Subventionen des Staates bei wichtigen Gütern, daß der in der Statistik der Haushaltsbudgets ausgewiesene Wert des Privaten Verbrauchs erheblich unter dem Wert der den Haushalten zugeflossenen Waren und Dienstleistungen zu Produktionskosten lag. Ebenfalls teilweise zu niedrig ausgewiesen ist der Verbrauch an Nahrungsmitteln bei den Bauern. Der Eigenverbrauch wurde nur mengenmäßig erfaßt. Für vergleichende Untersuchungen zum Verbrauch wäre es nötig gewesen, den mengenmäßigen Eigenverbrauch finanziell zu bewerten und den von den Landwirten getätigten Käufen zuzuschlagen.

Unter der Rubrik persönliche Wirtschaft wurden im Aufzeichnungsheft die Einnahmen und Ausgaben der LPG-Bauern erfaßt, die für ihre eigenständig bewirtschaftete Landfläche (im allgemeinen 0,5 ha) und die individuelle Viehhaltung (z.B. Geflügel, Kaninchen, Rinder, Schweine) anfielen, sowie von Kleingärtnern.

In die Budgetrechnung dieser Haushalte gingen dabei seit Anfang der siebziger Jahre nur die Salden zwischen den "Geldeinnahmen aus Verkäufen von Produkten der persönlichen Wirtschaft, des Kleingartens und der Kleintierhaltung" und den "Geldausgaben für die persönliche Wirtschaft" (z.B. Anschaffungen für Maschinen und Anlagen mit mehr als 500,- Mark, Grundsteuer, Pacht für Wirtschaftsgebäude etc.) ein. Das schien gerechtfertigt, da mehr als 90 % der Einnahmen aus der Tätigkeit in der Genossenschaft erzielt worden sind.

Die gewählte Erhebungsmethode ermöglichte den Haushalten eine gute Übersicht über die Struktur der Geldeinnahmen und -ausgaben. Sie konnten sofort und ohne zusätzliche Hilfsrechnungen erkennen, für welche Hauptpositionen sie wieviel Geld ausgegeben haben. Inwieweit sich durch eine starke Selbstkontrolle, die zu einem "bewußten" Ausgabeverhalten führt, systematische Fehler entwickeln können, ist bisher nicht untersucht worden. Um diese Fehler gering zu halten, galt bis zum Jahre 1990, daß Haushalte auszutauschen waren, wenn sie fünf Jahre hintereinander an der Erhebung teilgenommen hatten.

Da die Haushalte die einzelnen Ausgaben im Verlaufe des Monats in vorgruppierte bzw. teilweise vorsignierte Positionen eintragen (siehe Auszug aus dem Haushaltsbuch im Anhang zu diesem Beitrag, S. 223 ff.), wirkt das vorteilhaft auf den Aufwand in den Statistischen Ämtern für das Signieren, die Plausibilitätskontrollen und die Verarbeitung.

Die Statistik des Haushaltsbudgets ist eine Teilerhebung. Sie ist keine Zufallsstichprobe, da sie nicht auf einer Zufallsauswahl mit einem berechenbaren Zufallsfehler basiert. Sie kann aber als Quotenstichprobe bezeichnet werden, da die Struktur, die zur Sicherung der Ergebnisse notwendig ist, bereits während der Erhebung angestrebt wurde. Der Auswahlplan für die Erhebungen beruht auf einem geschichteten Quotenverfahren. Schichtungsmerkmale bildeten:

- die regionale Verteilung nach fünfzehn Bezirken, einschließlich dem früheren Berlin (Ost),
- die soziale Gruppe des Haupteinkommensbeziehers bzw. der Bezugsperson,
- die Haushaltsgrößen- und Familienstruktur und
- Nettoeinkommensgrößen der Haushalte aus Berufstätigkeit bzw. aus Rente.

Die Quoten wurden jedes Jahr unter Berücksichtigung von Erkenntnissen aus der Bevölkerungsfortschreibung, der Einkommensstichproben bei den Arbeitern und Ange-

stellten, der Lohnstatistik sowie der Landwirtschaftsstatistik vorgegeben. Aufgrund dieser Vorgaben warben die Bezirksstellen für Statistik gezielt Haushalte.

Ein Abgleich der Ergebnisse mit anderen Statistiken, z.B. der Bilanz der Geldeinnahmen und -ausgaben der Bevölkerung, des Einzelhandelsumsatzes nach Warenhauptgruppen, der Statistik der Arbeitskräfte und Löhne etc., diente darüber hinaus dem Ziel, die Repräsentanz der Erhebungsergebnisse zu sichern.

2.1 Präsentation der Ergebnisse

Zusammengefaßte Ergebnisse der Statistik des Haushaltsbudgets sind in den Statistischen Jahrbüchern der DDR veröffentlicht sowie in den "Kennziffersammlungen Sozialstatistik". Diese Daten waren für jedermann zugänglich. Gesonderte Ergebnishefte, die detaillierte Aussagen zu den Einnahmen und Ausgaben nach verschiedenen Einkommensgruppen sowie Haushaltsgrößen enthielten, sind jährlich in Form von Monatsdurchschnitten des Jahres aufbereitet worden. Aufgrund vom Staat gesetzter Restriktionen war die öffentliche Präsentation dieser Ergebnishefte der Statistik des Haushaltsbudgets besonders seit Mitte der achtziger Jahre stark eingeschränkt. So erhielten nur noch "ausgewählte Empfänger" die Daten, teilweise mit Vertraulichkeitsvermerken. Offenbar sollte die allgemeine Öffentlichkeit über die tatsächliche Versorgungslage der Bevölkerung nicht in allen Einzelheiten informiert werden. Die Ergebnishefte waren primär bestimmt für Ministerien, für Wirtschafts- und Sozialpolitik Zuständige im Zentralkomitee der SED, die Gewerkschaft, die Staatsbank. Daten erhielten auch ausgewählte Institutionen, wie wissenschaftliche Institute und Universitäten. Eine Zusammenfassung der Ergebnishefte der Statistik des Haushaltsbudgets - zurückreichend bis zum Jahre 1960 - zeigt die Übersicht im Anhang zu diesem Beitrag (siehe S. 227 ff.). Die dort angeführten Hefte können auf Anforderung gegen Kostenerstattung bereitgestellt werden. Es besteht auch die Möglichkeit, in der Bibliothek des Statistischen Bundesamtes, Zweigstelle Berlin, Hans-Beimler-Str. 70/72, O-1026 Berlin, Einsicht in die Hefte zu nehmen.

Daten der Statistik des Haushaltsbudgets wurden primär durch wissenschaftliche Lehr- und Forschungsinstitute, insbesondere das Institut für Marktforschung in Leipzig ausgewertet und analysiert. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik fertigte in der Vergangenheit z.B. folgende Berichte an:

- die Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten,
- Einkommen und Verbrauch von Familien mit Kindern,
- Lebensmittelverluste in privaten Haushalten,
- Entwicklung der Struktur der Zeitverwendung in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten,

- Vergleiche zum Ausstattungsgrad der Haushalte der ehemaligen DDR und dem früheren Bundesgebiet mit langlebigen Konsumgütern, zur Ausgabenstruktur in Rentnerhaushalten beider Länder u.a.

Diese Informationen waren ebenfalls nur einem ausgewählten Empfängerkreis zugänglich. Es wäre zu prüfen, ob diese bislang für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Berichte nach einer kritischen Sichtung als "Ausgewählte Statistikergebnisse der ehemaligen DDR" publiziert werden sollten.

2.2 Erhebungsmerkmale

Befragt wurden Personen, die in Ein- oder Mehrpersonenhaushalten leben. Zu einem Haushalt zählen alle Personen, die zusammen wohnen und gemeinsam wirtschaften. Damit sind nicht nur miteinander verwandte, sondern alle in einer häuslichen Gemeinschaft lebenden Personen einbezogen worden. Die Erhebung richtete sich an ausgewählte soziale Gruppen der Bevölkerung. Die soziale Zuordnung des Haushaltes wird von der Bezugsperson bestimmt. Das ist in der Regel diejenige Person, die den größten Anteil zum Haushaltseinkommen beisteuert. Bisher sind folgende soziale Gruppen in die Statistik des Haushaltsbudgets einbezogen worden:

- Arbeiter- und Angestelltenhaushalte,
- Haushalte von LPG-Mitgliedern und
- Rentnerhaushalte.

Die Gruppe der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte wurde nach der Art der geleisteten Arbeit definiert. Als Arbeiterhaushalt gilt derjenige Haushalt, dessen Haupteinkommensbezieher eine Tätigkeit mit vorwiegend körperlicher Arbeit ausübt (Lohnempfänger). Vorwiegend geistige Arbeit des Haupteinkommensbeziehers ist das Charakteristikum für den Angestelltenhaushalt (Gehaltsempfänger). Zu den Arbeiter- und Angestelltenhaushalten gehören auch in der Landwirtschaft Tätige, falls sie nicht Mitglied Landwirtschaftlicher oder Gärtnerischer Produktionsgenossenschaften (GPG) waren.

Als Haushalt von Mitgliedern Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften gilt derjenige Haushalt, dessen Haupteinkommensbezieher Mitglied einer LPG ist und auch dort arbeitet.

Bis zum Jahre 1988 wurden in der Statistik des Haushaltsbudgets die Rentnerhaushalte in solche ohne und solche mit Arbeitseinkommen unterschieden. In ca. jedem dritten befragten Rentnerhaushalt war der Haupteinkommensbezieher 1988 noch berufstätig. Das nebenher erarbeitete Erwerbseinkommen machte in diesen Rentnerhaushalten ca. 40 % des Haushaltsnettoeinkommens aus. Da aufgrund der Arbeitsmarktlage die Erwerbstätigkeit auch von Rentnern seit Mitte 1989 drastisch eingeschränkt ist, wurde ab

1989 auf eine getrennte Auswertung verzichtet. Als Rentnerhaushalt ohne Arbeitseinkommen gilt derjenige Haushalt, dessen Haupteinkommensbezieher im rentenfähigen Alter ist und ausschließlich Rente in Form von Alters-, Invalidenalters- oder Witwenrente bezieht.

Die erfaßten Haushalte repräsentieren trotz des Fehlens von Selbständigen, Bewohnern in Gemeinschaftseinrichtungen, Ausländern und den im sogenannten X-Bereich Tätigen (Angehörige der Nationalen Volksarmee, des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Staatssicherheit) etwa 85 % aller Haushalte in der ehemaligen DDR.

Die demographischen Angaben umfassen Personen nach Alter, Geschlecht, der Art des Einkommens sowie weiteren Merkmalen zur sozialen Stellung der Haushaltsmitglieder. Diese Gliederung erlaubt es beispielsweise, auch für spezielle soziale Problemgruppen, wie Alleinerziehende mit Kindern, zu bestimmten Aussagen zu gelangen.

Das Einkommen und die Einnahmen sind für alle Haushaltsmitglieder in Geldform erfragt worden. Die Einnahmenseite umfaßte im Haushaltsbuch folgende Hauptbestandteile:

- Bargeldbestand am Monatsanfang.
- Nettogeldeinnahmen einschließlich Sonderzuschlägen, Prämien und Jahresauszahlungen (LPG) aller Einkommensbezieher aus Berufs- bzw. Erwerbstätigkeit. Die Nettogeldeinnahmen der Arbeiter und Angestellten sind Lohn-/Gehaltseinkommen nach Abzug der Lohnsteuern und der Sozialbeiträge.
- Renten. Sie umfassen Alters-, Witwen-, Invaliden-, Unfallrenten und Renten aus freiwilliger Zusatzrentenversorgung, die dem Empfänger vorwiegend ohne Abzüge ausbezahlt werden.
- Geldeinnahmen aus Ausbildungsverhältnissen (Lehrlingsentgelt, Stipendium).
- Soziale Zuwendungen (Kranken-, Mutterschafts- und Kindergeld).
- Geldeinnahmen aus Abhebung von Bankkonten sowie aus Aufnahme von Krediten, Zinsen aller Art, Einnahmen aus Versicherungen und Lotterien.
- Sonstige Geldeinnahmen, wie z.B. Einnahmen aus dem Verkauf von Produkten aus der eigenen Ernte bzw. Tierhaltung, aus dem Verkauf von Sekundärrohstoffen und Gebrauchsgütern, aus der Umverteilung zwischen der Bevölkerung (z.B. Unterhaltszahlungen, Miet- und Pachteinnahmen).

Daraus wurde das Haushaltsnettoeinkommen ermittelt. Es setzt sich zusammen aus:

- dem Nettolohn/-gehalt und Prämien aus Erwerbstätigkeit sowie Nettoeinkommen der Mitglieder von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften,
- den Geldeinnahmen aus Übertragungen des Staates, der Betriebe und Organisationen (z.B. Renten, Kindergeld),
- den übrigen Geldeinnahmen, z.B. Umverteilung zwischen der Bevölkerung, Verkauf von Sekundärrohstoffen und Gebrauchsgütern, Zinsen usw.

Die Bruttoeinkommen und -einnahmen konnten rechnerisch ermittelt werden. Den Nettoeinnahmen wurden die gesetzlichen Abzüge (Steuern aus Berufstätigkeit und Sozialversicherungs-Pflichtbeiträge) zugefügt.

Die Geldausgaben wurden zum Zeitpunkt des Kaufs detailliert und teilweise zusammen mit Mengenangaben (z.B. für Schuhe, Lederwaren, Textilien, Bekleidung, technische Konsumgüter etc.) erfaßt. Ausgehend von den volkswirtschaftlichen Nomenklaturen sind folgende Gruppen gebildet worden⁴):

- 49 Ausgabegruppen für Nahrungsmittel (z.B. Speisekartoffeln, Gemüse-, Obst- und Südfruchtsäfte, Schweinefleisch frisch und gefrostet, Fettkäse, Werkkuchenessen, Schulspeisung, Kinderkrippen- und Kindergartenessen etc.).
- 8 Ausgabegruppen für Genußmittel (z.B. Bier, Wein, Sekt, Bohnenkaffee, Zigaretten).
- 134 Ausgabegruppen für Industriewaren (z.B. Schuhe, Textilien, Bekleidung, Gebrauchsgüter, Tapeten, hygienische Papierwaren, neu oder gebraucht gekaufte Personenkraftwagen, Möbel, Uhren, Motorenbenzine, Seifen, Kosmetika, Baustoffe).
- 25 Ausgabegruppen für bezahlte Leistungen (z.B. Mieten, Friseur, Fernspreckgebühren, Post- und Telegrammgebühren, Verkehrsleistungen des öffentlichen Personenverkehrs).
- 12 Gruppen nichtverbrauchswirksamer Ausgaben (z.B. Beiträge für Personen- und Sachversicherungen, Spenden, Wetteinsätze, Steuern, Rückzahlung von Darlehen, Tilgungsraten für Kreditkäufe etc., Einzahlungen auf Konten und Bargeldbestand am Monatsende).
- 20 Gruppen für Geldeinnahmen/-ausgaben für die persönliche Wirtschaft (z.B. für Saat- und Pflanzgut, Tierkauf, Tierarztkosten etc.).

4) Siehe Gliederung der Geldeinnahmen, Geldausgaben und des Verbrauchs, Drucksache 021-5/GI der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin, Mai 1985.

3 Der Übergang zur Bundesstatistik

Im Mai 1990 beriet das Statistische Amt der DDR mit Sachverständigen von Ministerien, Universitäten, Forschungsinstituten und Verbänden Vorstellungen zur inhaltlichen und methodischen Neuprofilierung der repräsentativen Bevölkerungsbefragungen über die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte. An dieser Tagung beteiligten sich auch Vertreter der Gruppe Unternehmens- und Wirtschaftsrechnungen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden. Hauptgegenstand der Beratung war, welche Informationen die amtliche Statistik zur Lebenslage der Bürger unter Berücksichtigung differenzierter Einkommen und unterschiedlicher Verbrauchsgewohnheiten für die Öffentlichkeit und zur Politikberatung anbieten sollte, um den dringendsten Anforderungen an die Statistik gerecht zu werden. Der sich mit dem Abschluß des Vertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion abzeichnende rasche Wandel der Gesellschaft ließ es besonders wichtig erscheinen, zeitnah verlässliche Informationen über den sozial-ökonomischen Zustand und die Veränderungen in der Lebenslage der Bürger durch die amtliche Statistik bereitzustellen. Deshalb wurde der **E r h e b u n g s u m f a n g** der Statistik des Haushaltsbudgets durch gezielte Werbung der Statistischen Ämter (Pressebeiträge in 15 überregionalen Zeitungen und Werbematerialien) ab Juli 1990 **e r w e i t e r t**. Großes Augenmerk wurde dabei auf die stärkere Einbeziehung sozial schwacher Gruppen, wie Alleinerziehende, Rentner, Arbeitslose, gelegt.

Der Übergang von der Statistik des Haushaltsbudgets zu den laufenden Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte wurde mit dem Abschluß des Einigungsvertrages von folgenden erhöhten Anforderungen bestimmt:

1. Kam es darauf an, rasch repräsentative Daten zum Stand und zur wirtschaftlichen Lage der Haushalte in den neuen Bundesländern zu erheben und zu veröffentlichen.
2. Waren die objektiv vorhandenen Unterschiede zu den Haushalten in den alten Bundesländern zu berücksichtigen, ihre im allgemeinen höheren Einkommen, ihr Verbrauchs- bzw. Ausgabeverhalten.
3. Mußten die zahlenmäßigen Grundlagen für die Berechnung des Privaten Verbrauchs, getrennt für beide Teile Deutschlands, geschaffen werden. Die staatliche Einheit hatte im Prinzip einen einheitlichen Markt hervorgebracht. Eine getrennte Berechnung des Privaten Verbrauchs auf der Basis der Berechnungen nach Lieferbereichen war nicht möglich, da sich die Käuferströme statistisch nicht teilen ließen.
4. Mußte das Gewichtungsschema für den Preisindex der Lebenshaltung bereitgestellt werden.

Die Datenbasis zum Verbrauch aller privaten Haushalte und nahezu aller sozialen Gruppen (nach Haushaltsgrößen, nach Familientypen, nach Einkommensgruppen) wird in der Bundesstatistik mit der in fünfjährlichem Abstand durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) gewonnen. 1988 wurden in den alten

undesländern rund 50 000 Haushalte befragt. Da keine Ergebnisse aus einer EVS für die neuen Bundesländer vorliegen, können die Anforderungen mit monatlichen Angaben nur für 1 000 Haushalte, wie im früheren Bundesgebiet praktiziert, nicht erfüllt werden, sondern es muß vorübergehend (bis 1992) eine höhere Zahl von Haushalten (5 000) einbezogen werden.

Beim Übergang zur Bundesstatistik können vier Phasen unterschieden werden.

3.1 Frühjahr bis Herbst 1990

Diese Phase war bestimmt durch die Erhöhung der Zahl der befragten Haushalte von 3 800 auf 5 000, die grobe Umschlüsselung von der volkswirtschaftlichen Systematik auf die SEA⁵⁾ und den Übergang zur vierteljährlichen und monatlichen Aufbereitung der Ergebnisse.

Beginnend bei den Statistischen Landesämtern, wurde die Technologie des Informationsflusses rationalisiert und das Datenverarbeitungsprojekt geändert. Es wurden Quartalsergebnisse erstellt. Die Daten der Haushalte sind monatlich verarbeitet und ab dem 2. Halbjahr ausgewählte Ergebnisse der Öffentlichkeit schnell zugänglich gemacht worden. Beispielsweise wurden ausgewählte Ergebnisse des 3. Vierteljahres 1990 Anfang Dezember 1990 veröffentlicht.⁶⁾

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit bildeten die Vergleichbarkeit der Kennziffern und ihre Definitionen. Gründlich analysiert wurden die Unterschiede der Nomenklaturen und Systematiken bei der Signierung, Aufbereitung und Präsentation der Daten der Statistik des Haushaltsbudgets im Vergleich zur Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen der Bundesrepublik. Mitte des Monats Mai ist ein interner Modus der Umschlüsselung erarbeitet worden. Damit können die nach der ehemaligen DDR-Nomenklatur ermittelten Daten der Statistik des Haushaltsbudgets annähernd nach der "Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte (SEA)" des Statistischen Bundesamtes zugeordnet werden. Mittels dieser Schlüsselbrücke sind die Daten für das 1. und 2. Halbjahr 1990 und 1991 maschinell nach Hauptgruppen der SEA umgeschlüsselt worden.

Vorgesehen ist, dies rückwirkend für weitere Jahre zu organisieren, soweit es die Vergleichbarkeit erlaubt und es für die Nutzer von Interesse ist. Die Umschlüsselung ist mit einer Reihe von Kompromissen verbunden. Sie ergeben sich im wesentlichen aus der Verschiedenheit des gesellschaftlichen Umfelds, den gesetzlichen Bestimmungen und den unterschiedlichen Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (System of National Accounts (SNA) in der Bundesrepublik Deutschland und Material

5) Statistisches Bundesamt: "Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte", Ausgabe 1983.

6) Siehe Gemeinsames Statistisches Amt der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen: "Ausgewählte Übersichten der Statistik des Haushaltsbudgets nach Quartalen 1990".

Product System (MPS) in der ehemaligen DDR). Die Strukturierung und Tiefe der in den Haushaltsbüchern erfaßten Daten (in der Bundesrepublik Deutschland über 1 000 Positionen, in der ehemaligen DDR 380 Positionen) erschweren die Umschlüsselung, so daß bei den Geldeinnahmen, aber auch im Privaten Verbrauch häufig nach dem "Überwiegenprinzip" zugeordnet werden mußte.

Die Erarbeitung der Schlüsselbrücke setzt Detailkenntnisse in der Berechnung des Privaten Verbrauchs als Kategorie der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen voraus. Es galt, das Übereinstimmende und das Unterscheidende zwischen dem SNA- und dem MPS-Konzept in ihrer Wirkung auf die Wirtschaftsrechnungen zu erkennen. Übereinstimmend zwischen beiden Konzepten ist, daß die Käufe von Waren und Dienstleistungen je Haushalt und Monat für den Eigenverbrauch und für Geschenke an Dritte erfaßt werden. Immer, d.h. auch bei Teilzahlungskäufen und dem Erwerb langlebiger Gebrauchsgüter, wird der volle Kaufpreis nachgewiesen.

In Ausgaben des Haushaltsbudgets sind zwar auch Ausgaben für Wohnungserwerb (Kauf von Grundstücken, Häusern und Baumaterialien) enthalten, nicht jedoch der Mietwert eigengenutzter Wohnungen. Unterstellte Käufe werden in der Statistik des Haushaltsbudgets nicht bewertet und als Ausgaben nachgewiesen. Eine Ausnahme bilden die Deputate (z.B. Getreide, Kartoffeln, Heu) für in der Landwirtschaft beschäftigte Arbeiter, Angestellte oder LPG-Mitglieder. Wichtige Unterschiede bei der Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte sind in der folgenden Übersicht (siehe S. 216) dargestellt.

3.2 4. Vierteljahr 1990

Hauptschwerpunkt in dieser Phase war, entsprechend dem Einigungsvertrag (Anlage 2, Kapitel XVIII, Abschnitt III) die Statistik der Haushaltsbudgets in den neuen Bundesländern gemäß § 6 Ziffer 2 des Statistikgesetzes der DDR vom 20. Juli 1990 für 5 000 Haushalte weiterzuführen und zusätzlich auf SEA umgeschlüsselte Ergebnisse zu präsentieren.

Veröffentlicht sind die Ergebnisse für 1990 u.a. in den Heften 14 und 15 der Schriftenreihe "Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik". Sie können gegen Kostenerstattung bei der Zweigstelle Berlin, Hans-Beimler-Str. 70/72, O-1026 Berlin angefordert werden. Ausgewählte Ergebnisse werden u.a. in der Veröffentlichung "Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern" nachgewiesen.

Zur Interpretation der Angaben über die Ausgaben ist es wichtig, daß diese nicht den tatsächlichen Verbrauch messen. In die Ausgaben nicht einbezogen ist der Wert

- von Sachzugängen aus eigenem Garten und aus Kleintierhaltung (Erzeugnisse aus eigenem Hof und Garten bzw. eigener Produktion werden im Haushalt nur mengenmäßig, nicht aber in Werteinheiten erfaßt),
- der im Haushalt erzeugten Waren und Dienstleistungen,

Abweichungen zwischen den Nomenklaturen für die Erfassung der Gesamteinnahmen und -ausgaben privater Haushalte

	Nomenklatur des Haushaltsbuches	Systematik der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte
Geldeinnahmen	Nettoeinnahmen und Hinzurechnung der erfaßten Abzüge Sozialversicherungs - Pflichtbeiträge, Lohnsteuern der Arbeiter und Angestellten, Steuern der übrigen Berufstätigen bzw. für übriges Arbeitseinkommen – nicht: Kirchensteuer, Arbeitslosenversicherung (erst ab 2. Halbjahr 1990)	Brutto und Erfassung der Abzüge (Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, Steuern auf Einkommen und Vermögen, Kirchensteuer)
Deputate	nur aus Landwirtschaft stammende für dort Beschäftigte – mengenmäßig –	wertmäßig und mengenmäßig alle Deputate, gehen in Bilanz ein
Geschenke	nur Geldgeschenke an Dritte, Geschenke an andere Haushalte wurden nicht als solche gekennzeichnet	alle Geschenke an Dritte bzw. von Dritten mengen- und wertmäßig; erhaltene Sachgeschenke gehen jedoch nicht in die Bilanz ein
selbst erzeugte Güter (Miete bei Eigentum)	nur landwirtschaftliche Produkte aus persönlicher Wirtschaft – mengenmäßig –	alle Entnahmen aus dem eigenen Betrieb Menge und Wert. „Unterstellte Miete“
Ausgaben für Güter	alles, wertmäßig bei zum Teil hohen Subventionen	wertmäßig, für fast alle Nahrungsmittel; Getränke, Tabakwaren; für Energie und Pkw
Ausgaben im Ausland	nur Kauf anderer Währung	auch Käufe im Ausland, umgerechnet in DM
Vermögensbildung	nur Veränderungen der Finanzen	Vermögensbildung insgesamt wird registriert (Sach- und Finanzvermögen)

- von Abschreibungen für langlebige Gebrauchsgüter,
- des Verbrauchs von unentgeltlichen Staatsleistungen,
- der Verbrauch von Vorräten.

Fraglich ist auch, ob die Angaben über die Ausgaben vor und nach der W ä h - r u n g s u m s t e l l u n g wirklich vergleichbar sind. Die staatlich beeinflussten Preise weichen erheblich von denen nach Einführung der DM ab. Die hochsubventionierten Leistungen

- der Wohnungswirtschaft,
- der Kinderbetreuung,
- des Gesundheits- und Sozialwesens (einschließlich der Sachleistungen der Sozialversicherung),
- des Bildungswesens,
- von Körperkultur, Sport und
- des Erholungswesens

fürten dazu, daß der Private Verbrauch bei Leistungen teilweise bis in das Jahr 1991 hinein grundsätzlichen zu niedrig ausgewiesen ist. Waren wurden einerseits gestützt (z.B. Grundnahrungsmittel), andererseits Industriewaren und Genußmittel mit zum Teil hohen Abgaben belegt.

Parallel zur Durchführung der Erhebungen wurden für den Berichtsmonat Oktober die Erhebungsunterlagen der laufenden Wirtschaftsrechnungen bei 300 Haushalten als Test eingeführt. Die probeweise Einführung der Feinschreibungen mit den in den laufenden Wirtschaftsrechnungen verwendeten Instrumentarien war ein weiterer wichtiger Eckpunkt der Neugestaltung der Statistik des Haushaltsbudgets. 300 Haushalte (Familien mit zwei Kindern) führten im Monat Oktober 1990 das in der Bundesrepublik Deutschland übliche Haushaltungsbuch. Die Statistischen Landesämter Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie das frühere Berlin (Ost) sammelten so Erfahrungen, welche organisatorischen und rechnerischen Änderungen bei einem generellen Übergang zur Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen zu erwarten sind. Es sollte auch erkundet werden, wie die Haushalte auf den höheren Aufwand reagieren. Dieser Erprobung ging eine dreitägige Schulung aller Verantwortlichen der sich konstituierenden Statistischen Landesämter in den neuen Bundesländern, unterstützt durch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg, zur Erfassung, Signierung, Prüfung und Aufbereitung voraus.

Von den Landesämtern waren dabei hohe Leistungen zu erbringen. Da die 300 Haushalte aus Zeit- und Kostengründen nicht zusätzlich geworben werden konnten, wurden sie aus den an der Statistik des Haushaltsbudgets teilnehmenden Haushalten ausgewählt. Um den Erhebungsumfang der Statistik des Haushaltsbudgets nicht zu reduzieren, mußten für die Gesamtergebnisermittlung die detailliert angeschriebenen Daten von den Statistischen Landesämtern in das Haushaltsbuch nach der ehemaligen DDR-Nomenklatur übertragen und signiert werden. Danach war zu prüfen, ob die Angaben plausibel sind. Einmal erfaßte Daten wurden somit mehrfach verwertet.

Im August 1990 konnte das EDV-Verbundprogramm für die laufenden Wirtschaftsrechnungen installiert werden. Damit waren die Rahmenbedingungen für die Technologie der Datenerfassung und -verarbeitung geklärt.

Signierung und Plausibilitätskontrollen waren bei der Bearbeitung der Haushaltsbücher der Probeerhebung mit einem großen Lernprozeß in den Statistischen Landesämtern verbunden. Mit den Statistischen Landesämtern wurde nach Vorliegen der Ergebnisse der Probeerhebung beraten, was getan werden kann, um den Umfang der Fehlerquellen einzuschränken. Der so organisierte Effekt des Vorlaufs kam nach dem Inkrafttreten der Statistikanpassungsverordnung nicht in allen Statistischen Landesämtern voll zur Wirkung. Durch Reorganisation und Einsatz neuen Personals können nicht mehr alle für die Aufgaben geschulten Kräfte bei der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen eingesetzt werden.

Auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen sollte ab Januar 1991 dazu übergegangen werden, das Programm der laufenden Wirtschaftsrechnungen bei 1 000 Haushalten in den neuen Bundesländern einzuführen und damit die Vergleichbarkeit zu verbessern. Eine vollständige Vereinheitlichung des Erhebungs- und Aufbereitungsprogramms war zu diesem Zeitpunkt aber nicht zu verwirklichen, da die Unterschiede bei den Kriterien für die drei Haushaltstypen so gravierend sind, daß die Ergebnisse für neue und alte Länder bis auf weiteres nicht zusammengefaßt werden können.

3.3 Die Jahre 1991 und 1992

In diesen Jahren steht die Durchführung der Statistikanpassungsverordnung bei voller Wahrnehmung der Kompetenzen durch die Statistischen Landesämter im Mittelpunkt. Grundlage dafür bildet die Statistikanpassungsverordnung, die vom Gesetzgeber am 26. März 1991 verabschiedet worden ist. Artikel 2 dieser Verordnung legt fest, daß - abweichend vom § 3 Absatz 1 des Gesetzes über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte vom 11. Januar 1961 (BGBl. I S. 18), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 294) - die Erhebungen nach § 1 Nr. 1 sich auf höchstens 6 000 Haushalte erstrecken, ab 1. Januar 1993 auf 2 000 Haushalte in jedem Monat.

Die Verordnung soll so umgesetzt werden, daß wie bisher in den alten Bundesländern einschließlich Berlin (West) die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen mit bis zu 1 000 monatlich zu befragenden Haushalten fortgeführt wird. In den neuen Bundes-

ländern sowie dem früheren Berlin (Ost) sind 5 000 Haushalte zu befragen. Das soll in zwei getrennten Erhebungen mit unterschiedlichem Konzept erfolgen, die im folgenden als

- Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen
- Statistik des Haushaltsbudgets

bezeichnet werden.

Damit entsteht in den Statistischen Landesämtern der neuen Bundesländer vorübergehend ein höherer personeller Aufwand als in den alten Bundesländern.

Die Ergebnisse der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen und der Statistik des Haushaltsbudgets für das 1. Halbjahr 1991 werden infolge der verspätet verabschiedeten Statistikanpassungsverordnung keine Daten vom früheren Berlin (Ost) enthalten.

Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen

Abgestimmt mit den Statistischen Landesämtern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wird davon ausgegangen, die monatlichen Erhebungen wie in den alten Bundesländern in rd. 1 0 0 0 H a u s h a l t e n von Arbeitnehmern, Pensions-, Fürsorge- und Rentenempfängern nach drei ausgewählten Haushaltstypen durchzuführen. Dabei sind weitgehend die bisher in den alten Bundesländern geltenden methodischen Regelungen, Erhebungsunterlagen und das vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg entwickelte Verbundprogramm anzuwenden.

Nicht vollständig vermeiden lassen sich für einen Übergangszeitraum, der gegenwärtig nicht exakt bemessen werden kann, Unterschiede für die Festlegung der Haushaltstypen. Es wurde versucht, diese auf ein Minimum zu begrenzen. Aufgrund der unterschiedlichen realen Lebensumstände bzw. infolge des Wirkens gesetzlicher Übergangsbestimmungen betreffen die Unterschiede die Einkommenshöhe, die soziale Stellung u.v.a. Die Einnahmen und Ausgaben sollten bei folgenden Haushaltstypen beobachtet werden:

Haushaltstyp 1

Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen. (Hierbei handelt es sich überwiegend um ältere Ehepaare, deren Haupteinkommensquellen Übertragungen vom Staat (Renten und Pensionen) und vom Arbeitgeber sind.)

Durch die verspätete Verabschiedung der Statistikanpassungsverordnung bestand keine Möglichkeit, gezielt Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen in den neuen Bundesländern zu werben. Es mußte in der Regel auf bereits

1990 an der Statistik des Haushaltsbudgets teilnehmende Haushalte zurückgegriffen werden, so daß auch Bezieher von hohen Renten in der Stichprobe enthalten sind. Hinzu kommt, daß infolge der hohen Erwerbsquote der Frauen in der ehemaligen DDR in den jüngeren Rentnerhaushalten überwiegend beide Partner einen eigenen Rentenanspruch besitzen. Ungeachtet dessen kann aber gegenwärtig die in den alten Bundesländern zur Zeit festgelegte Höhe von monatlich 1 550 DM bis 2 200 DM Einkommen für die Haushalte der neuen Bundesländer noch nicht angesetzt werden. Die Einkommensgrenze lag zu diesem Zeitpunkt bei weniger als 1 400 DM. Sie betrug ab Juli 1991 für Nettorenten 1 350 DM bis 1 800 DM. Damit wurde der Rentensteigerung gefolgt.

H a u s h a l t s t y p 2

Vier-Personen-Haushalte von Angestellten und Arbeitern mit mittlerem Einkommen (Ehepaare mit zwei Kindern, darunter mindestens 1 Kind unter 15 Jahren).

In den alten Bundesländern soll ein Ehepartner als Angestellte(r) oder Arbeiter(in) tätig und alleinige(r) Einkommensbezieher(in) sein. Das Bruttoeinkommen aus hauptberuflicher, nichtselbständiger Arbeit dieses Ehepartners wurde für 1991 mit 3 350,- DM bis 4 900,- DM angesetzt. In den neuen Bundesländern trat dieser Haushaltstyp bislang kaum auf. Im statistischen Durchschnitt waren 1,9 Personen am Familieneinkommen in Vier-Personen-Haushalten von Angestellten und Arbeitern im ersten Halbjahr 1990 beteiligt, d.h., in 90 % der befragten Haushalte bezogen beide Ehepartner Arbeitseinkommen. Es läßt sich zur Zeit nicht abschätzen, ob aus der Arbeitsmarktlage und anderen neu entstehenden Bedingungen heraus die Entwicklung der Erwerbstätigen, in der Regel die der Frauen, zu einer analogen Struktur wie in den alten Bundesländern führen wird. Für das Jahr 1991 sind folgende Annahmen unterstellt worden: Die Zahl der Einkommensbezieher reduziert sich auf 1,5 bis 1,7 Personen im Haushalt. Die Einkommen steigen. Für den Haushaltstyp 2 wurde ein durchschnittliches Nettoarbeitseinkommen von 2 000,- DM bis 2 600,- DM angenommen. In der Regel können beide Ehepartner erwerbstätig sein. Neben Ehepaaren können sich auch in Lebensgemeinschaft lebende Paare mit zwei Kindern an der Haushaltsbefragung beteiligen, von denen mindestens ein Kind unter 15 Jahre alt ist.

Der Übergang zum Bruttoeinkommen als Auswahl- und Definitionsmerkmal muß wegen fehlender gesicherter statistischer Grundlagen hinausgeschoben werden. Darüber wäre für das Jahr 1992 neu zu entscheiden.

H a u s h a l t s t y p 3

4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen. (Hierbei handelt es sich ebenfalls um Ehepaare mit 2 Kindern, darunter mindestens 1 Kind unter 15 Jahren. Ein Ehepartner soll als Beamter(in) oder Angestellte(r) tätig und Hauptverdiener der Familie sein. Das Bruttoeinkommen aus der hauptberuflichen, nichtselbständigen Arbeit dieses Ehepartners sollte 1991 zwischen 5 750,- DM und 7 800,- DM im Monat liegen.)

Auch hier läßt sich in den neuen Bundesländern und dem früheren Berlin (Ost) kein absolut vergleichbarer Haushaltstyp finden. Folgende Abweichungen müssen für das Jahr 1991 zugelassen werden:

- Höhe des Nettoeinkommens monatlich 3 000,- DM und mehr;
- zugelassen ist auch ein zweiter berufstätiger Arbeitseinkommensbezieher;
- neben Angestellten und Beamten, wofür entsprechend Einigungsvertrag (Anlage I, Kapitel XIX, Abschnitt 3) das Recht bis 31.12.1992 zu regeln ist, können 1991 auch noch Arbeiter befragt werden.

Die vorgegebenen Einkommensgrenzen müssen auf Grund der Entwicklung genau beobachtet werden. Zum 1. Juli 1991 sollte aufgrund der bis dahin vorliegenden Ergebnisse anderer Statistiken sowie des Verfolgens von Tarifverhandlungen entschieden werden, ob sie weiter angehoben werden müssen, um die Realität richtig widerzuspiegeln.

Statistik des Haushaltsbudgets

Da Ergebnisse, wie sie aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988 für die alten Bundesländer vorliegen, in den neuen Bundesländern nicht vorhanden sind, läßt sich die Informationslücke im begrenzten Umfang über die Statistik des Haushaltsbudgets schließen.

Die Statistikanpassungsverordnung schafft die Voraussetzung, für eine Übergangszeit in den neuen Bundesländern sowie im früheren Berlin (Ost) weitere Haushaltsgruppen zu befragen, die sozialpolitisch von besonderem Interesse sind. Die Notwendigkeit für die Statistik des Haushaltsbudgets ergibt sich daraus, daß Informationen zu den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte mit einer größeren und vielfältigeren Datenbasis und über die in den laufenden Wirtschaftsrechnungen einbezogenen und streng abgegrenzten drei homogenen Haushaltstypen hinaus erforderlich sind.

Damit lassen sich Informationen zur Ermittlung des Privaten Verbrauchs und seiner Untergliederung für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gewinnen. Für die Preisstatistik sind zur Bestimmung eines Wägungsschemas für einen "durchschnittlichen" Haushalt notwendige Ausgangsdaten verfügbar. Die Zahl der einzubeziehenden Haushalte für die neuen Bundesländer sowie das frühere Berlin (Ost) ist durch die Statistikanpassungsverordnung auf 4 000 begrenzt. Bei der Konzipierung der Erhebung wurde aus Praktikabilitätsgründen davon ausgegangen, vorhandene Instrumentarien zu nutzen. Das sind:

- Das Haushaltsbuch der DDR-Statistik für die monatlichen Eintragungen der Einkommen/Einnahmen, des Verbrauchs der Haushalte und das vorhandene Organisations- und rechentechnische Projekt. Das rechentechnische Projekt ist vom Informationsfluß und den Verarbeitungsalgorithmen so konzipiert, daß es nur zen-

tral abgearbeitet werden kann. Dezentrale Verarbeitung in den Ländern würde ein völlig neues Projekt erfordern. Aus Wirtschaftlichkeitsgründen wurde deshalb für die Jahre 1991/92 an der jetzigen Lösung festgehalten.

- Das Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Damit sollen weitere wichtige Angaben durch Interviews bei den Haushalten erhoben werden. Gewählt wurde 1991 der Monat August, mit Befragung im September 1991. Auch hier ist vorgesehen, das vorhandene Datenverarbeitungsprojekt mit Modifikationen zu nutzen.

Ebenso wie bei den laufenden Wirtschaftsrechnungen müssen die Statistischen Landesämter alle Arbeiten bis zur Übergabe fehlerfreier Daten auf maschinenlesbaren Datenträgern für die in den Haushaltsbüchern erfaßten Einnahmen und Ausgaben ausführen. Beim Grundinterview sind von den Statistischen Landesämtern die Feldarbeit zu leisten und bestimmte Plausibilitäten manuell abzuprüfen. Die Aufbereitung, einschließlich maschineller Datenerfassung und maschineller Plausibilitätsprüfungen, wird vom Statistischen Bundesamt durchgeführt. Trotz des relativ großen Erhebungsumfanges scheint insbesondere wegen Fehlens volkswirtschaftlicher Daten, wie sie früher aus der Einkommensstichprobe⁷⁾ und der Geldbilanz vorlagen, die Ermittlung verlässlicher Daten für "Durchschnittshaushalte" der sozialen Gruppen der Arbeiter und Angestellten, Rentner und LPG-Mitglieder nur bedingt realisierbar. Diese Daten müßten künftig aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gewonnen werden.

3.4 1993 und folgende Jahre

Aller Voraussicht nach wird der Übergang zur Bundesstatistik laufende Wirtschaftsrechnungen erst in diesen Jahren mit einem voll vereinheitlichten Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm abgeschlossen werden können. Die Beibehaltung der Zahl der zu befragenden 2 000 Haushalte eröffnet dann die Möglichkeit, gegebenenfalls weitere als die bisher üblichen drei Typen zu befragen. Zu entscheiden wäre über die bereits vielfach erhobenen Forderungen, Ergebnisse der amtlichen Statistik zu den Einnahmen und Ausgaben von Ein-Personen-Rentnerhaushalten und Alleinerziehenden zu gewinnen.

Die Erhebung nach dem Programm des Haushaltsbudgets wird mit dem Berichtsmont Dezember 1992 eingestellt werden. Die neuen Bundesländer sind voll in die EVS 1993 einzubeziehen, die für alle sozialen Gruppen der Bevölkerung Gesamtdeutschlands inhaltlich und methodisch einheitlich vorbereitet wird.

Eine wesentliche inhaltliche Voraussetzung zur Gewinnung der notwendigen Einkommensdaten für die Schichtenbildung und Quotenauswahl für die neuen Bundesländer ist mit der Entscheidung über die Durchführung eines Mikrozensus im April 1991 bereits getroffen.

7) Siehe Hartig, Dr. K.-H., König, Dr. E., Fiebigler, H.: "Übersicht über die regelmäßigen repräsentativen Bevölkerungsbefragungen des Statistischen Amtes der DDR", Statistisches Amt der DDR, Berlin 1990.

**Ausgewählte Veröffentlichungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik
bzw. des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR zur Statistik des Haushaltsbudgets**

Jahr	Titel
1960 bis 1965	Ergebnisse der Statistik der Wirtschaftsrechnungen 1960 bis 1965, Einnahmen, Ausgaben und Verbrauch in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten (Haushalte insgesamt – untere, mittlere, obere Einkommensgruppe)
1966 bis 1975	Einnahmen, Ausgaben und Verbrauch in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten unterste, untere, mittlere, obere und oberste Einkommensgruppe
1977	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewählte Ergebnisse 1977 Einnahmen und Ausgaben in Haushalten von Arbeitern und Angestellten Mitgliedern der LPG Typ III Rentenbeziehern – Einnahmen und Ausgaben in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen Familienhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Einnahmen und Ausgaben in Haushalten von Mitgliedern der LPG Typ III Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Einnahmen und Ausgaben in Rentnerhaushalten Haushalte mit und ohne Arbeitseinkommen Haushaltsgröße nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Durchschnittspreise ausgewählter Nahrungs- und Genussmittel und Industriewaren Arbeiter- und Angestelltenhaushalte Haushalte von Mitgliedern der LPG Haushalte von Rentenbeziehern – Ausgewählte Kennziffern über kulturelle und soziale Lebensbedingungen der Bevölkerung Personen in: Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushalten von Mitgliedern der LPG Haushalten von Rentenbeziehern – Ausgewählte Kennziffern über kulturelle und soziale Lebensbedingungen der Bevölkerung (Ergänzung zur Nichtinanspruchnahme kultureller und gesundheitlicher Leistungen) – Ausgewählte Kennziffern über kulturelle und soziale Lebensbedingungen (Ergänzung zum Tabellenteil „Gesundheitliche Betreuung“)
1978	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewählte Ergebnisse 1978 Einnahmen und Ausgaben in Haushalten von Arbeitern und Angestellten Mitgliedern der LPG Rentenbeziehern

Ausgewählte Veröffentlichungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik
bzw. des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR zur Statistik des Haushaltsbudgets

Jahr	Titel
1978	<ul style="list-style-type: none"> – Einnahmen und Ausgaben in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen Familienhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Einnahmen und Ausgaben in Haushalten von LPG-Mitgliedern – Einnahmen und Ausgaben in Rentnerhaushalten Haushalte mit und ohne Arbeitseinkommen – Durchschnittspreise ausgewählter Nahrungs- und Genußmittel und Industriewaren Arbeiter- und Angestelltenhaushalte Haushalte von Mitgliedern der LPG Haushalte von Rentenbeziehern
1979	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewählte Ergebnisse 1970, 1975 und 1979 – Einnahmen und Ausgaben in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen Familienhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Einnahmen und Ausgaben in Haushalten von LPG-Mitgliedern – Einnahmen und Ausgaben in Rentnerhaushalten Haushalte mit und ohne Arbeitseinkommen – Durchschnittspreise ausgewählter Nahrungs- und Genußmittel und Industriewaren Arbeiter- und Angestelltenhaushalte Haushalte von Mitgliedern der LPG Haushalte von Rentenbeziehern
1980	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewählte Ergebnisse 1970, 1975 und 1980 – Ausgaben in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen Familienhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Ausgaben in Haushalten von LPG-Mitgliedern – Ausgaben in Rentnerhaushalten Haushalte mit und ohne Arbeitseinkommen

Ausgewählte Veröffentlichungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik
bzw. des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR zur Statistik des Haushaltsbudgets

Jahr	Titel
1980	<ul style="list-style-type: none"> – Durchschnittspreise ausgewählter Genußmittel und Industriewaren Arbeiter- und Angestelltenhaushalte Haushalte von Mitgliedern der LPG Haushalte von Rentenbeziehern
1981	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewählte Ergebnisse 1975, 1980 und 1981 – Ausgaben in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen Familienhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Ausgaben in Haushalten von LPG-Mitgliedern – Ausgaben in Rentnerhaushalten Haushalte mit und ohne Arbeitseinkommen
1982	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewählte Ergebnisse 1975, 1980 und 1982 – Ausgaben in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen Familienhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Ausgaben in Haushalten von LPG-Mitgliedern – Ausgaben in Rentnerhaushalten Haushalte mit und ohne Arbeitseinkommen
1983	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewählte Ergebnisse 1975, 1980 und 1983 – Ausgaben in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen Familienhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Ausgaben in Haushalten von LPG-Mitgliedern – Ausgaben in Rentnerhaushalten Haushalte mit und ohne Arbeitseinkommen

Ausgewählte Veröffentlichungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik
bzw. des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR zur Statistik des Haushaltsbudgets

Jahr	Titel
1984	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewählte Ergebnisse 1975, 1980 und 1984 – Ausgaben in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen Familienhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Ausgaben in Haushalten von LPG-Mitgliedern – Ausgaben in Rentnerhaushalten Haushalte mit und ohne Arbeitseinkommen – Geldausgaben und Verbrauch der Haushalte von Arbeitern und Angestellten 1970 bis 1984
1985	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewählte Ergebnisse 1975, 1980 und 1985 – Ausgaben in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen Familienhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Ausgaben in Haushalten von LPG-Mitgliedern – Ausgaben in Rentnerhaushalten Haushalte mit und ohne Arbeitseinkommen
1986	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewählte Ergebnisse 1980, 1985 und 1986 – Ausgaben in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen Familienhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Ausgaben in Haushalten von LPG-Mitgliedern – Ausgaben in Rentnerhaushalten Haushalte mit und ohne Arbeitseinkommen
1987	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewählte Ergebnisse 1980, 1985 und 1987 – Ausgaben in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen Familienhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Ausgaben in Haushalten von LPG-Mitgliedern – Ausgaben in Rentnerhaushalten Haushalte mit und ohne Arbeitseinkommen

Ausgewählte Veröffentlichungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik
bzw. des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR zur Statistik des Haushaltsbudgets

Jahr	Titel
1988	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewählte Ergebnisse 1980, 1985 und 1988 – Ausgaben in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen Familienhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Ausgaben in Haushalten von LPG-Mitgliedern – Ausgaben in Rentnerhaushalten Haushalte mit und ohne Arbeitseinkommen – Kulturelle und soziale Lebensbedingungen der Bevölkerung Ausgewählte Ergebnisse der Personen in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten 1988
1989	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewählte Ergebnisse 1989 – Ausgaben in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen Familienhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Ausgaben in Haushalten von LPG-Mitgliedern – Ausgaben in Rentnerhaushalten Haushalte mit und ohne Arbeitseinkommen – Zusatzbefragung 1989 zum Verbrauch von Nahrungs- und Genußmitteln sowie zu Lebensmittelverlusten in Haushalten von <ul style="list-style-type: none"> - Arbeitern und Angestellten - LPG-Mitgliedern - Rentnern
1990	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgewählte Übersichten – Ausgaben in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Haushaltsgrößen nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen Familienhaushalte nach Haushaltsnettoeinkommensgruppen – Ausgaben in Haushalten von LPG-Mitgliedern – Ausgaben in Rentnerhaushalten Haushalten mit und ohne Arbeitseinkommen

Ausgewählte Veröffentlichungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik
bzw. des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR zur Statistik des Haushaltsbudgets

Jahr	Titel
1990	<ul style="list-style-type: none"> – Ausgaben nach Quartalen 1990 Ausgewählte Übersichten (Gegenüberstellung von der ehemaligen DDR-Nomenklatur und umgeschlüsselter Nomenklatur lt. SEA der Bundesstatistik) – Durchschnittliche monatliche Geldausgaben und Struktur der Geldausgaben in Haushalten von Arbeitern und Angestellten, Familien mit 2 Kindern 1990 nach Monaten – Einnahmen und Ausgaben ausgewählter privater Haushalte 1. Halbjahr 1990 (Ergebnisse umgeschlüsselt auf die Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte)
1974/1980/ 1985/1990	Zeitverwendung der Personen in Arbeiter- und Angestelltenhaushalten

Zeitreihen

Vorbemerkung

Die gegenwärtige Hauptaufgabe für die deutsche Statistik besteht in der Einführung und Stabilisierung des für die alten Bundesländer bestehenden Statistiksystems in den neuen Bundesländern. Bis zur Erreichung eines gleichen methodischen und organisatorischen Standes in allen Bundesländern wird die Arbeit mehrerer Jahre notwendig sein.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Aufarbeitung der vierzigjährigen Geschichte der ehemaligen DDR-Statistik, jedoch nicht nur aus historischer Sicht. Aktuelle wirtschaftliche und wissenschaftliche Bedürfnisse erfordern eine aussagefähige Datenbasis, die möglichst in Form von langfristig vergleichbaren statistischen Reihen über die wirtschaftlichen und sozialen Tatbestände erarbeitet werden muß. Dabei ist der Anschluß zu den aktuellen Daten weitgehend zu gewährleisten. Die Erschließung der vielen von der ehemaligen DDR-Statistik ermittelten Daten, von denen nur ein kleiner Teil veröffentlicht wurde, wird einen längeren Zeitraum erfordern. Alle diese Aufgaben sollen in einem Projekt zur Datensicherung und Rückrechnung realisiert werden.

Obwohl gegenwärtig die Befriedigung der aktuellen Informationsbedürfnisse über die neuen Bundesländer im Vordergrund steht, hat das Statistische Bundesamt 1991 in Zusammenarbeit mit den im Aufbau befindlichen Statistischen Landesämtern verstärkt damit begonnen, die Aufarbeitung der ehemaligen DDR-Daten systematisch und kontinuierlich vorzunehmen. Besonders wichtig ist dabei die umfassende Datensicherung, um dem durch personelle Fluktuation bedingten Verlust an sachbezogenen Informationen über die Vergangenheit sowie der Vernichtung von Datenbeständen soweit wie möglich entgegenzuwirken. Parallel dazu sind entsprechend den vorhandenen Bedürfnissen der Statistikknutzer, unter Beachtung der neuen Länderstrukturen, für wichtige statistische Indikatoren und Merkmale langfristige Reihen aufzubauen, die vergleichbar zu den entsprechenden Daten der alten Bundesländer sind.

Zur Realisierung dieser Zielsetzung wurde durch das Statistische Bundesamt in Abstimmung mit anderen interessierten Bundesbehörden und wissenschaftlichen Instituten ein Projekt erarbeitet, auf dessen Grundlage die entsprechenden Arbeiten gegenwärtig schrittweise ausgestaltet und realisiert werden.

Die wesentlichen Grundzüge dieses Projektes sollen in diesem Beitrag - unter Beachtung wichtiger methodischer und organisatorischer Aspekte - dargestellt werden.

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

1 Datensicherung und Archivierung

Dieser Projektteil schließt alle Aufgaben und Aktivitäten ein, die mit der Datensicherung und Archivierung zusammenhängen. Dabei wird eine breite Zusammenarbeit mit allen interessierten Bundesbehörden und anderen Institutionen wie z.B. in den Ländern angestrebt. Der Umfang der unbedingt für die Zukunft zu sichernden statistischen Daten wird durch die mit dem letzten Statistikgesetz der ehemaligen DDR¹⁾ geregelten einzelnen Fachstatistiken bestimmt. Dabei ist unwesentlich, ob diese Statistiken zum zentralisierten Berichtswesen, das unmittelbar durch das Statistische Amt durchgeführt wurde, gehören oder zum fachlichen Berichtswesen gezählt werden, das durch Ministerien und andere Behörden organisiert wurde.

Der Schwierigkeitsgrad bei der Sicherung der Daten ist unterschiedlich. Während die Datensicherung für die Daten des zentralisierten Berichtswesens dadurch erleichtert wird, daß sie zentral in Berlin vorliegen, ist die Datensicherung des fachlichen Berichtswesens durch die Dezentralisierung der Daten wesentlich zeitaufwendiger. Bisher gelang es nur zu einem Teil, die Daten des fachlichen Berichtswesens verfügbar zu machen.

Die Datensicherung und Archivierung der ehemaligen DDR-Daten schließt folgende wichtige Aufgaben mit ein:

- Beschaffung der Datenstände;
- Sichten und Ordnen der Datenbestände nach Fachgebieten analog den Arbeitsgebieten der Bundesstatistik;
- Erfassung der Bestände in Verzeichnissen (Kataloge).
Die Erfassung beinhaltet Ergebnisse und Einzelangaben der vorliegenden Jahre sowie weitere für die Nutzung wichtige Erhebungs- und Hilfsmerkmale wie z.B. Art des Datenträgers (visuell, maschinenlesbar), Ausfüllvorschriften und Definitionen, Schlüsselverzeichnisse, Formblätter, Rechtsvorschriften, Aufbereitungsunterlagen, Publikationen;
- Bewertung der Bestände als Voraussetzung für ihre Nutzung;
- Ausarbeitung einer Nutzer- und Archivierungsordnung, die Fragen der Sicherheit und des Datenschutzes sowie die Archivierungsfristen und Kassation beinhalten.

Die rationelle Erfüllung dieser Arbeiten setzt den Einsatz von Groß- und Kleinrechner-technik voraus, wofür wiederum entsprechende Software bereitzustellen ist.

1) Gesetz über die amtliche Statistik der DDR vom 20.7.1990, in: Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 52, Seite 1004 ff.

2 Rückrechnung

Im Unterschied zur Datensicherung ist die Rückrechnung eine eigenständige Arbeitsphase. Sie setzt die inhaltlich-methodische Bearbeitung vorliegender statistischer Daten voraus mit dem Ziel, statistische Ergebnisse zu liefern, die in den Konzepten und Definitionen möglichst genau den entsprechenden statistischen Angaben für die alten Bundesländer gleichen. Dabei wird nur auf einen Teil der gesicherten Datenbestände zurückgegriffen. Da die Originaldaten in der Regel nicht von vornherein in den Abgrenzungen vorliegen, wie sie benötigt werden, schließt die Rückrechnung vielfältige Umrechnungen und Umbewertungen ein, die tiefgehende Kenntnisse der Entstehung der Daten, insbesondere ihrer Struktur und Berechnungsmethodiken erfordern. Gleichzeitig sind Kenntnisse über Inhalt und Methodik der Bundesstatistik unabdingbare Voraussetzung. Davon ausgehend müssen die anzuwendenden Rückrechnungsverfahren bestimmt werden.

Die Rückrechnung muß folgende Grundsätze und Anforderungen beachten:

- Auswahl von Indikatoren und Merkmalen, für die eine Rückrechnung von statistischen Daten notwendig ist. Hierzu ist ein enges Zusammenwirken mit den Statistiknutzern anzustreben. Ausgehend von den vorliegenden Anforderungen ist die Rückrechnung für die einzubeziehenden Datenkomplexe nach Prioritäten schrittweise zu realisieren. Umfang und Qualität der Ergebnisse hängen ganz wesentlich von den für diese Aufgaben eingesetzten materiellen und personellen Ressourcen ab.
- Gewährleistung einer weitgehenden Vergleichbarkeit zu den für das frühere Bundesgebiet bereits veröffentlichten Informationen. Das bezieht sich auf die Herstellung der inhaltlichen Paßfähigkeit bei bestehenden Unterschieden in der Definition der Merkmale und ihrer Abgrenzung in sachlicher, zeitlicher und räumlicher Hinsicht. Besondere Bedeutung kommt dabei der Angleichung der zugrunde liegenden Systematiken und bei Wertkennziffern der Bewertung mit vergleichbaren Preisen zu.
- Anwendung weitgehend einheitlicher, die erforderliche Datenqualität gewährleisten-der Konzepte und Methoden für die Vergleichbarmachung von Gesamt- und Regionalergebnissen (nach Ländern und Kreisen bzw. Gemeinden). Unterstützung der neuen Bundesländer bei der Aufbereitung langfristiger Reihen für ihren Gebietsstand.
- Im Prozeß der Rückrechnung ist eine differenzierte und kritische Bewertung der vorliegenden Datenbestände vom Standpunkt ihrer aktuellen Bedeutung vorzunehmen. Die sich aufgrund der engen Beziehungen zwischen der zentralisierten Planung, Leitung und Statistik in der ehemaligen DDR ergebenden Rückwirkungen auf die Aussagekraft des vorhandenen Datenmaterials müssen eingehend analysiert werden. Vorhandene Deformationen und Verzerrungen der Daten sind durch Umrechnung und Neuberechnungen zu beseitigen.

- Die Rückrechnungsarbeiten sind sachgerecht und nachvollziehbar zu gestalten. Dazu sind in geeigneter Weise die zuständigen Bundes- und Landesbehörden sowie wissenschaftliche und andere Einrichtungen einzubeziehen. Dies bezieht sich vor allem auf die angewendeten Methoden und Verfahren der Vergleichsbarmachung. Die Ergebnisse sind zu veröffentlichen.

3 Grundlagen des Statistiksystems der ehemaligen DDR

Um eine aussagefähige Rückrechnung auf der Basis der vorliegenden Daten der DDR-Statistik durchführen zu können, sind die gesellschaftsbedingten Faktoren zu berücksichtigen, aus denen Methoden und Organisationen der amtlichen Statistik wesentlich mitbestimmt wurden. Die in der ehemaligen DDR existierende systembedingte Kommandowirtschaft mit einer zentralistischen Direktivplanung hatte Einfluß auf Verfahren und Organisation der Statistik, wobei die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die ermittelten statistischen Daten sehr differenziert beurteilt werden müssen.

Entscheidend geprägt wurde der erreichte Entwicklungsstand der Statistik in der DDR durch das bestehende System von "Rechnungsführung und Statistik". Deshalb ist es für das Verständnis der Situation und der Ergebnisse der Statistik in der DDR zweckmäßig, einen kurzen Überblick über die enge Verbindung zwischen der Rechnungsführung und Statistik auf der Ebene der Unternehmen und Betriebe einerseits und andererseits der volkswirtschaftlichen Statistik als Instrument der staatlichen Planung, Leitung und Kontrolle zu geben.

Mitte der sechziger Jahre wurden staatliche Maßnahmen wirksam, um die volkswirtschaftliche Statistik, insbesondere die Wirtschaftsstatistik, mit dem Rechnungswesen (Buchführung) der Betriebe und Institutionen enger zu verbinden. Hierzu wurde eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen geschaffen und im Laufe der Folgejahre ständig weiter vervollkommen und aktualisiert.²⁾

Rechnungsführung und Statistik in der ehemaligen DDR wurde als einheitliches System der Erfassung, Verarbeitung, Speicherung, Darstellung und Auswertung der für die Leitung, Planung, wirtschaftliche Rechnungsführung und Kontrolle notwendigen zahlenmäßigen Informationen definiert.

Typisch für dieses zentral organisierte statistische System war seine durchgängige Einheitlichkeit und Verbindlichkeit für alle Ebenen, angefangen bei der Dokumentation und Datenerfassung in den Betrieben, Unternehmen, Institutionen und staatlichen Ein-

2) Verordnung über Rechnungsführung und Statistik vom 11.7.1985 (in: Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 23, Seite 261). - Anordnung über Rechnungsführung und Statistik in den Betrieben und Kombinatn vom 6.8.1985 (Gesetzblatt der DDR, Sonderdruck Nr. 800/1 vom 10.9.1985). - Anordnung über Ordnungsmäßigkeit und Datenschutz in Rechnungsführung und Statistik vom 6.8.1985 (in: Gesetzblatt der DDR, Teil I Nr. 23, Seite 267).

richtungen bis zur gesamten Volkswirtschaft. Die Realisierung von Rechnungsführung und Statistik ging von folgenden Aufgaben und Zielstellungen aus:

- komplexe und lückenlose zahlenmäßige Erfassung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses in seinen Phasen, Elementen und Verflechtungen,
- Sicherung der Einheit von Mengen-, Zeit- und Wertangaben auf der Basis einer umfassenden Primärdokumentation und Nachweisführung in den Betrieben und Institutionen,
- leitungsgerechte Bereitstellung der notwendigen zahlenmäßigen Informationen bei hoher Aktualität und Ordnungsmäßigkeit,
- Gewährleistung der Vergleichbarkeit bei gleichzeitig flexibler Anpassung an veränderte Bedingungen der Leitung und Planung der Volkswirtschaft,
- Kontrolle der Sicherung des gesellschaftlichen Eigentums (Vermögen) und des effektiven Einsatzes der erwirtschafteten materiellen und finanziellen Mittel sowie
- Informationsbereitstellungen bei möglichst geringem Aufwand durch Einsatz moderner Informationstechnologie und ständiger Rationalisierung.

Die sogenannten Bestandteile von Rechnungsführung und Statistik und die zentral vorgegebenen Arbeitsstufen von der Erfassung bis zur Auswertung sicherten bis ins Detail die einheitliche methodische und organisatorische Umsetzung der festgelegten Aufgaben und Ziele.

Wichtige Bestandteile waren:

1. Definitionen von Kennziffern und Begriffen,
2. volkswirtschaftliche Systematiken und Nomenklaturen und
3. Rechtsvorschriften
 - zur Bewertung der ökonomischen Vorgänge und Tatbestände in Preisen,
 - zur Verwendung einheitlicher Primärdokumente in allen Betrieben und Institutionen (z.B. Rechnungen, Lieferscheine, Lohnscheine) und einheitlicher Erhebungsformulare im ganzen Land,
 - zur Nachweisführung in den Betrieben und Institutionen für die einzelnen Bestandteile des Reproduktionsprozesses (wie z.B. Produktion und Leistung, Arbeitskräfte, Grundmittel, Kosten),
 - zu den Grundsätzen der innerbetrieblichen Informationen und
 - zum überbetrieblichen Berichtswesen.

Diese drei Bestandteile der Rechnungsführung und Statistik gewährleisteten für die gesamte Volkswirtschaft einheitliche, aggregationsfähige und vergleichbare statistische Informationen.

Neben der elementaren Definition für die zu beobachtenden Kennziffern waren die volkswirtschaftlichen Systematiken von besonderem Gewicht für die Aussagefähigkeit der gewonnenen statistischen Informationen. Die meisten dieser Systematiken wurden von der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR in Abstimmung mit anderen staatlichen Einrichtungen zentral herausgegeben und aktualisiert. Sie waren verbindlich anzuwenden.

Mit den gesetzlichen Regelungen über Rechnungsführung und Statistik wurde auch der Rahmen für das statistische Berichtswesen abgesteckt. Dabei wurde zwischen dem

- zentralisierten Berichtswesen, das durch das Statistische Amt der ehemaligen DDR (vorher Staatliche Zentralverwaltung für Statistik) direkt organisiert wurde, und
- dem fachlichen Berichtswesen einzelner Fachbereiche, Ministerien, Branchen, örtlicher Staatsorgane usw.

unterschieden. Für die Befriedigung der gesamtstaatlichen Informationsbedürfnisse war vor allem das zentralisierte Berichtswesen bedeutsam. Bei seiner Organisation wurde von dem Grundsatz ausgegangen, daß eine statistische Information nur einmal zu erfassen und mehrfach zu verwenden ist. Doppelberichterstattungen waren untersagt. Die Kontrolle und Koordinierung des gesamten Berichtswesens erfolgten über ein spezielles Genehmigungsverfahren durch die amtliche Statistik der ehemaligen DDR.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Statistik wesentliche Grundlagen für die zentrale Organisation, Planung und Kontrolle der gesamten Volkswirtschaft lieferte. Sie war damit ein Kernstück der zentralen Planwirtschaft. Über alle wesentlichen Teile des volkswirtschaftlichen und sozialen Geschehens lieferte sie umfassende und detaillierte Informationen, bis hin zu statistischen Angaben über einzelne Unternehmen und Betriebe. Nur ein kleiner Teil des Materials wurde nach Bestätigung durch zentrale politische Stellen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. So war die Statistik in der ehemaligen DDR ein ausgebautes Informationssystem für die Führung der Unternehmen, Ministerien und des gesamten Staates und ein Propagandainstrument in der Hand der regierenden Einheitspartei gegenüber der Bevölkerung und dem Ausland.

4 Einige Aspekte einer Wertung des Datenmaterials der ehemaligen DDR-Statistik

Durch das Statistikersystem der ehemaligen DDR wurde eine Fülle von Datenmaterial produziert, das im Prozeß der Datensicherung und Rückrechnung einer bestimmten Einschätzung unterzogen werden muß. Unter Berücksichtigung der über Jahrzehnte andauernden Konfrontation unterschiedlicher Gesellschaftssysteme auf deutschem Boden und vor dem Hintergrund weltweiter Entwicklungen ist es nur natürlich, daß auch zur Statistik der ehemaligen DDR, ihren Methoden, ihrer Organisation und ihren Ergebnissen äußerst widersprüchliche Auffassungen von Vertretern der Politik, Wirtschaft und Wissenschaft geäußert wurden und werden. Diese Wertungen gehen von der Ablehnung der Ergebnisse der amtlichen Statistik als ideologisch befangen bis hin zu einer differenzierten Einschätzung für verschiedene Bereiche der Statistik.³⁾

Das Bild der breiten Öffentlichkeit über die ehemalige DDR-Statistik wurde vor allem durch diejenigen statistischen Informationen geprägt, die publiziert wurden. Als relativ selbständige Institution trat die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der ehemaligen DDR in den letzten zehn Jahren nur mit drei periodischen Veröffentlichungen auf: das jährlich erscheinende "Statistische Jahrbuch der DDR" und das "Statistische Taschenbuch" sowie - die im wesentlichen halbjährlichen - Presseberichte über die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne.

Die darin enthaltenen statistischen Informationen unterlagen in ihrer Auswahl und Interpretation einer Kontrolle und Zensur durch die Partei- und Staatsführung. Damit wurde das Informationsmonopol der herrschenden Personengruppe gesichert. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik war nicht berechtigt, weitere statistische Daten herauszugeben.

Die veröffentlichten Informationen stellten aber nur einen Bruchteil der von der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR - bestehend aus der Zentralstelle in Berlin, 15 Bezirksstellen und 220 Kreisstellen - monatlich, vierteljährlich und jährlich erfaßten statistischen Informationen dar. Will man den Wert der von der amtlichen Statistik erfaßten Daten einschätzen, muß man deshalb von der Gesamtheit aller ermittelten statistischen Informationen ausgehen und nicht nur von dem Teil, der publiziert wurde. Deshalb wird bei den Arbeiten zur Rückrechnung von Daten für das Gebiet der ehemaligen DDR auf das gesamte vorliegende Datenmaterial zurückgegriffen. Das Image der ehemaligen DDR-Statistik wurde auch sehr stark durch die enge Kopplung zwischen Leitung, Planung und Statistik beeinflusst. Die Statistik wurde dadurch zu wesentlichen Teilen zum Instrument der Plankontrolle umfunktioniert. Das führte dazu, daß sich auf einigen Gebieten die amtlich veröffentlichte statistische Information nur im Plan-/Ist-Vergleich erschöpfte.

3) Siehe hierzu auch: "Die Statistik auf dem Weg zur deutschen Einheit". Vorträge vor dem Statistischen Beirat des Statistischen Bundesamtes anläßlich seiner 37. Tagung am 3. Juli 1990 in Berlin, Sonderdruck in Wirtschaft und Statistik, 1990. - Gutachten und Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1986.

Besonders deutlich zeigte sich der negative Einfluß der Planung in den Definitionen und Abgrenzungen solcher statistischer Kennziffern, wo sich planerisches Wunschdenken in unpräzisen Definitionen bei der Planung und der statistischen Erfassung äußerte. Typische Beispiele solcher Deformationen in der Abgrenzung bei der statistischen Datenerfassung waren Kennziffern über Innovationsprozesse im Zusammenhang mit der Wirkung von Wissenschaft und Technik. Das betraf z.B. die Kennziffern "Erneuerungsgrad der Produktion" oder "Produktion und Einsatz von Industrierobotern". Diese statistischen Informationen waren zum größten Teil wertlos.

Ein weiterer Aspekt wird häufig bei der Einschätzung der Daten der ehemaligen DDR-Statistik erwähnt, und zwar der subjektive Einfluß leitender Wirtschaftsfunktionäre der Betriebe, Kombinate und Ministerien auf die Exaktheit der erfaßten statistischen Daten. Da die statistischen Daten auch der Kontrolle und Rechenschaftslegung über die wirtschaftlichen Ergebnisse der Unternehmen dienten, bestand ein Interesse der Wirtschaftsfunktionäre daran, ein gutes Abrechnungsergebnis zu erreichen. Es ist schwer, das quantitative Gewicht dieses Einflusses einzuschätzen. Bekannt ist, daß in der ehemaligen DDR existierende Kontrollorgane, wie z.B. die Staatliche Finanzrevision, aber auch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, ständig Verstöße gegen die Abrechnungsmethodik aufdeckten und auch Bestrafungen der dafür Verantwortlichen erfolgten. Teilweise führte dies auch zu gerichtlichen Verfahren. Andererseits darf der Einfluß dieses systematischen Fehlers auf die Aussagefähigkeit der makroökonomischen volkswirtschaftlichen Daten nicht überschätzt werden. Im Rahmen der Bilanzierung des volkswirtschaftlichen Gesamtproduktes und Nationaleinkommens konnten derartige Fehlrechnungen, soweit sie Größenordnung hatten, zumeist in ihrer Auswirkung eliminiert werden, weil die Bilanzkonten nicht aufgingen (Aufkommen und Verwendung).⁴⁾

Viele volkswirtschaftliche Kennziffern werden statistisch durch Wertangaben widergespiegelt. Dabei wird im allgemeinen von dem real bestehenden Preissystem der Volkswirtschaft ausgegangen. Im Preissystem der ehemaligen DDR existierten bei Bewertung gleicher oder ähnlicher materieller Prozesse starke Unterschiede, die vor allem mit dem planerischen Steuerungssystem der Volkswirtschaft und den gesetzten politischen Prämissen zusammenhingen.

So bestanden in der Bewertung der Produktionsdaten der gewerblichen Wirtschaft mit sogenannten "Betriebspreisen" und "Industrieabgabepreisen" infolge des bestehenden Abgabe- und Umverteilungssystems wesentliche Unterschiede. Gleiches trifft auf die Sphäre der Bewertung des produktiven Verbrauchs und der Unternehmensbilanzen zu.

Diese preislichen Bewertungssysteme hatten zum Teil erhebliche Auswirkungen auf die Größe und Entwicklung der ausgewiesenen statistischen Kennziffern, wie z.B. den Nettoproduktionswert. Besonders markant tritt die Bewertungsfrage bei der Nutzung

4) Ausführliche Erläuterungen zu diesem Problemkreis sind in dem Beitrag "Validität der statistischen Ergebnisse" in diesem Band (siehe S. 244 ff.) enthalten.

von Außenhandelsdaten der ehemaligen DDR auf, wobei inzwischen mit der letzten Ausgabe des "Statistischen Jahrbuches der DDR" bereits neue Bewertungen mit weitgehend realen Währungskursen erfolgten.⁵⁾

5 Zur Organisation der Arbeiten zur Datensicherung und Rückrechnung

Die Durchführung der praktischen Aufgaben zur Datensicherung und Rückrechnung erfordert spezifische Formen der Organisation des Zusammenwirkens aller beteiligten Bereiche des Statistischen Bundesamtes und der Nutzer der zu erarbeitenden statistischen Informationen.

In der Organisation der Arbeiten lassen sich hauptsächlich drei Komplexe unterscheiden:

- Datensicherung,
- Rückrechnung sowie
- Dokumentation und Auskunftszentrum über die Ergebnisse.

Davon ausgehend ergibt sich die nachfolgende Struktur der Organisation und des Zusammenwirkens (siehe die Abbildung S. 242).

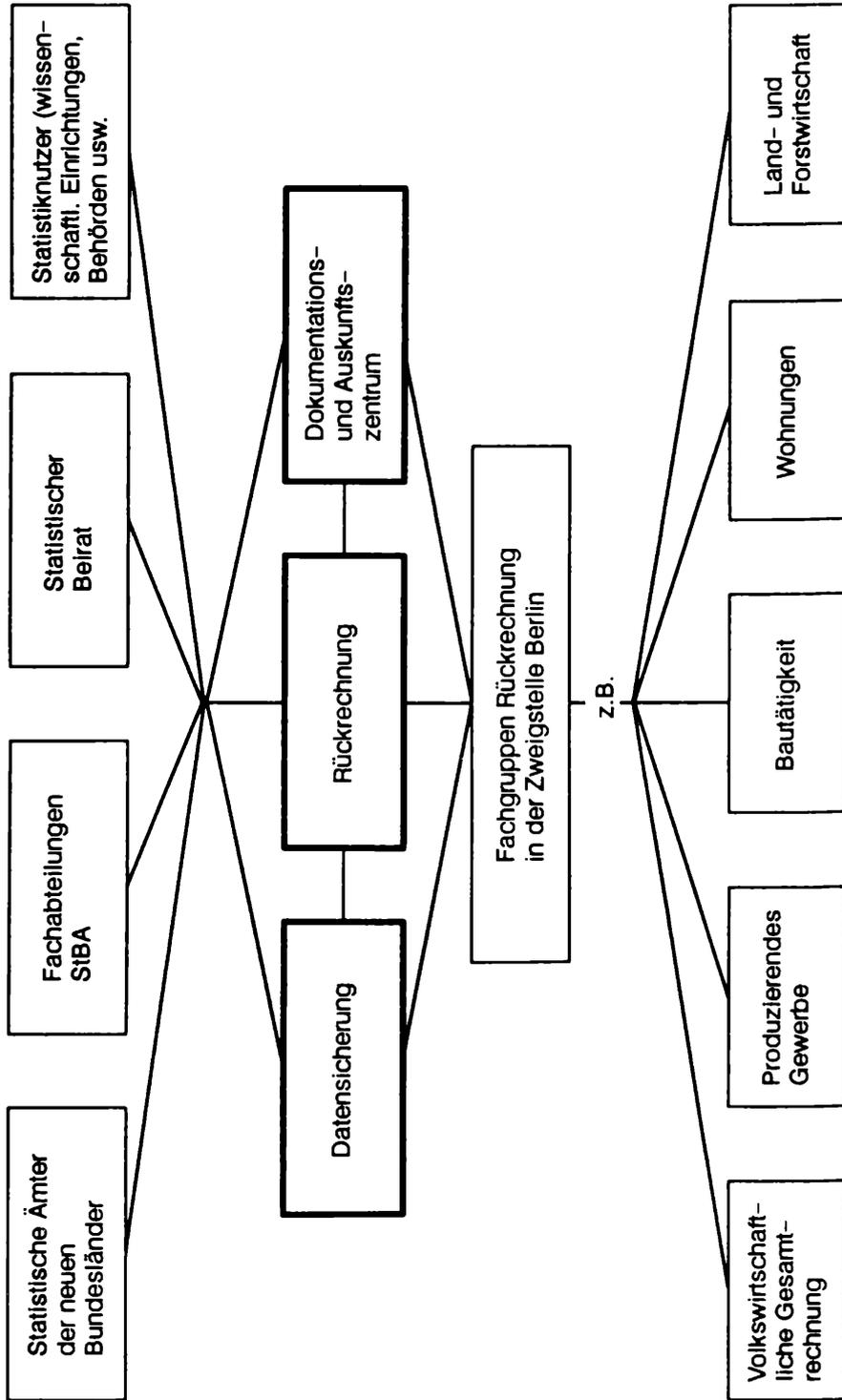
Die gesamte Organisation gruppiert sich um die drei Hauptbereiche Datensicherung, Rückrechnung und Dokumentations- und Auskunftszentrum. Durch diese Bereiche sind vor allem folgende Hauptaufgaben wahrzunehmen:

D a t e n s i c h e r u n g

- Organisation und Koordinierung aller Maßnahmen zur Sicherstellung der Datenbestände und ihrer Übernahme, sofern sie in Außenstellen von Bundesbehörden, Nachfolgeeinrichtungen und im Bundesarchiv lagern.
- Unterstützung der Fachgruppen bei der Nutzung der Daten und ihrer Beschaffung.
- Erschließung der Möglichkeiten zur rationellen Nutzung der gesicherten Daten.
- Zusammenarbeit mit dem Rechenzentrum bei der Entwicklung technisch-organisatorischer Lösungen für die Beschreibung der vorliegenden Daten und ihre Übergabe an die Statistischen Landesämter.

5) "Statistisches Jahrbuch der DDR 1990", herausgegeben vom Statistischen Amt der ehemaligen DDR, S. 275 ff., Rudolf Haufe Verlag, Berlin, 1990.

Organisation der Datensicherung und Rückrechnung



R ü c k r e c h n u n g

- Organisation und Koordinierung aller Grundsatz- und Querschnittsaufgaben bei der Vorbereitung und Durchführung der Rückrechnungsarbeiten im Zusammenwirken mit den Fachgruppen.
- Zusammenarbeit mit den Nutzern der statistischen Informationen.
- Sicherung des Einsatzes rationeller Verfahren bei der Durchführung der Rückrechnungsarbeiten unter Nutzung der EDV-Technik.

D o k u m e n t a t i o n s - u n d A u s k u n f t s z e n t r u m

- Organisation und Koordinierung aller grundsätzlichen Fragen der Veröffentlichung von rückgerechneten statistischen Daten für das Gebiet der ehemaligen DDR.
- Ausarbeitung des Katalogs zur Veröffentlichung der Daten.
- Unterstützung der Statistischen Landesämter bei der Nutzung und Darbietung länderbezogener rückgerechneter Daten.

Entsprechend der erforderlichen Nähe zu den Quelldaten erfolgen Vorbereitung und Durchführung der Datensicherungs- und Rückrechnungsarbeiten vorwiegend in Verantwortung der Zweigstelle Berlin in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes.

Schlußbemerkung

Datensicherung und Rückrechnung haben die Aufgabe, in den nächsten Jahren eine umfassende Aufarbeitung der vorhandenen Datenbestände der ehemaligen DDR-Statistik vorzunehmen. Dabei ist auszusondern, was für die Zukunft keine Bedeutung hat, und jenes zu erhalten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, was für eine langfristige statistische Datenbasis Gesamtdeutschlands zukünftig unentbehrlich ist.

Oswald Angermann^{*)}, Hans-Ulrich Braun^{**)}, Hermann Glaab^{**)}
und Werner Griepenkerl^{*)}

Validität der statistischen Ergebnisse

Vorbemerkung

Aufgrund der überraschend starken Einbrüche bei Produktion und Umsätzen in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft im Gebiet der ehemaligen DDR wurde schon im Herbst 1990 die Frage aufgeworfen, inwieweit im Hinblick auf die statistischen Ergebnisse für die neuen Bundesländer ein Vorjahresvergleich methodisch zu vertreten ist. Um diese Frage nicht nur mit Vermutungen, sondern mit Fakten beantworten zu können, wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die folgenden Fragen nachgehen sollte:

- Statistische Meldungen in der ehemaligen DDR waren Bestandteil der zentralen Planung. Wird dadurch der statistische Vergleich im Zeitablauf beeinträchtigt?
- Welche Auswirkungen hatte der Wechsel der Wirtschaftsordnung auf die "Melde-moral" der Unternehmen? Sind die z.Z. in den Unternehmen verfügbaren Aufzeichnungen für die Statistik ausreichend?
- Durch die Änderung des Wirtschafts- und Währungssystems sind tiefgreifende Änderungen in der Wirtschaftsstruktur ausgelöst worden. Welche Verschiebungen sind dadurch in den Berichtskreisen und im Berichtsweg der Statistik eingetreten? Wird gesichert, daß auch neue Unternehmen in den Statistiken erfaßt werden?
- Mit dem Übergang auf die Bundesstatistik in den neuen Bundesländern waren Änderungen in den Systematiken verbunden. Welche Auswirkungen hatte dies für die Zuordnung der Befragten zu Wirtschaftsbereichen bzw. für die Zuordnung der gemeldeten Produktionsergebnisse?
- Sind sonstige Gründe bekannt, die einen Vorjahresvergleich systematisch verzerren?

Diese Fragen wurden zunächst mit Vertretern aller Ebenen der mit der Durchführung der Statistik betrauten Stellen eingehend besprochen und dann in Interviews mit ausgewählten Unternehmen überprüft. Untersuchungen wurden insbesondere in Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, des Einzelhandels und der Agrarwirtschaft durchgeführt. Unter Beteiligung von Mitarbeitern der Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz des Statistischen Bundesamtes, des Gemeinsamen Statistischen Amtes der neuen Bundesländer (GeStAL) - einschließlich deren Mitarbeiter aus Bezirks- und Kreisämtern - sowie der Statistischen Ämter der neuen und alten Bundesländer wurden 10 Unternehmen des Produzierenden Gewerbes, 12 Einzelhandelsunternehmen und 10 landwirt-

*) Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Berlin.

***) Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

schaftliche Betriebe befragt. Das Ergebnis ist im zweiten Teil dieses Beitrages in ausführlichen Berichten zu den drei genannten Bereichen dargestellt. In einer einleitenden Übersicht werden die darin festgestellten Ergebnisse zusammenfassend vorangestellt.

1 Einleitende Übersicht und Zusammenfassung der Ergebnisse

1.1 Einfluß der zentralen Planung auf die Ergebnisse

Mit dem Ziel der Planerfüllung gingen zwar gelegentlich geringfügige Veränderungen der statistischen Ist-Ergebnisse einher (z.B. Verschiebung der Fertigstellung von Erzeugnissen in andere Berichtszeiträume im Bereich der Industrie, vorübergehende Buchung von hochtragenden Färsen als Milchvieh im Bereich der Landwirtschaft), doch wurden in den befragten Unternehmen zum Nachweis der Planerfüllung i.d.R. die Planvorgaben der tatsächlichen Entwicklung angepaßt. Das Ist-Ergebnis wurde streng kontrolliert und war weitestgehend richtig. Durch die o.g. Verschiebung von Produktionsergebnissen in andere Monate kann es Störungen beim Monatsvergleich zum Vorjahr (und in der Saisonfigur) geben, weniger beim Vergleich von Jahres- und Halbjahresergebnissen.

1.2 "Meldemorale" und Aufzeichnungen in den Unternehmen

Der Wechsel in der Wirtschaftsordnung hatte nur geringen Einfluß auf das Auskunftsverhalten. Obwohl manches Unternehmen zunächst annahm, im neuen Wirtschaftssystem seien nur noch ganz wenige statistische Meldungen erforderlich, konnten die Statistischen Ämter dank unternehmensnaher Einzugsstellen (in jedem Kreis) und der traditionell guten Verbindungen zu den Unternehmen für die Vollständigkeit der Meldungen sorgen. Die in den Unternehmen vorhandenen Aufzeichnungen reichten für die im 2. Halbjahr 1990 geforderten Angaben aus.

1.3 Einfluß von Verschiebungen von Berichtsreisen und -wegen der Statistik

Hinsichtlich der vorliegenden Ergebnisse hat es im Untersuchungszeitraum zwar Veränderungen von Berichtsreisen und -wegen gegeben, die Statistischen Ämter waren jedoch in der Lage, bei Unternehmensaufteilungen auch die neuen Teile zu befragen. Bei Neugründungen kann es jedoch - insbesondere im Einzelhandel - zu Untererfassungen gekommen sein. Dabei kann es sich allerdings nur um kleinere Einheiten gehandelt haben, die das Gesamtergebnis nur wenig beeinträchtigen. Mangels vollständiger Angaben über die Gesamtheit der Unternehmen konnte dieser Problemkreis bisher nicht abschließend geprüft werden.

1.4 Änderungen in der Systematik

Bei den für das 2. Halbjahr 1990 vorliegenden Ergebnissen gab es in den untersuchten Bereichen noch keine Änderungen in den Systematiken.

1.5 Sonstige Gründe für Verzerrungen des Vorjahresvergleichs

Eingehend überprüft wurde auch die Durchführung der Arbeiten in den verschiedenen statistischen Stellen (GeStAL, Bezirks- und Kreisämter und Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz des Statistischen Bundesamtes). Dabei wurden keine Bearbeitungsfehler festgestellt.

Bei der Bewertung der Industrieproduktion mit konstanten Planpreisen hat ein Unternehmen die reale Warenproduktion zu niedrig ausgewiesen. Auch nach Berichtigung dieses Einzelfalles hat sich das negative Bild der Produktionsentwicklung im Produzierenden Gewerbe nicht signifikant verbessert.

Insgesamt ist festzustellen, daß die Untersuchungen weder Hinweise zu wesentlichen systematischen Überzeichnungen von Produktion oder Umsätzen im Jahr 1989 noch Anhaltspunkte zu einer Unterzeichnung im Jahr 1990 ergeben haben.

2 Überprüfung ausgewählter Wirtschaftsbereiche

2.1 Produzierendes Gewerbe

2.1.1 Aufgabenstellung

Ziel der Untersuchung war es, für die neuen Bundesländer der Frage nachzugehen, ob und ggf. welche Einschränkungen bei einem Vorjahresvergleich bei den Monats- und Vierteljahreszahlen im Produzierenden Gewerbe - insbesondere im 2.Halbjahr 1990 - zu beachten sind. Die Untersuchung zu diesem Thema umfaßt zwei Teilbereiche, und zwar "Methodenfragen" und "Auskunftsverhalten der meldenden Einheiten". Im folgenden werden zunächst einige methodische Rahmenbedingungen aufgezeigt, bevor über die Ergebnisse aus den Gesprächen, die mit zehn Unternehmen geführt wurden, berichtet wird.

2.1.2 Methodenfragen

Die wirtschaftliche Tätigkeit im Gebiet der neuen Bundesländer beruhte in der Vergangenheit fast ausschließlich auf Plänen (Fünfjahres-, Jahres-, Quartals- und Monatsplan sowie Dekadenplan). Zur Realisierung der Pläne und zur Regelung von Detailfragen waren die Kombinate und Betriebe (= Unternehmen) verpflichtet, Wirtschaftsverträge abzuschließen, und zwar sowohl für den Bezug der Vorleistungen als auch für die abzusetzende Produktion.

Da der Plan Gesetzescharakter hatte, durften Planänderungen nur von den jeweils für die einzelnen Planvorgaben zuständigen Ebenen vorgenommen werden (Ministerrat, Staatliche Plankommission, die Ministerien, die Kombinate).

Die Unternehmen hatten die von den Kombinatn bestätigten Planänderungen, die auch auf eigenen Antrag der Unternehmen veranlaßt wurden, nach vorgegebenem Terminplan in die betroffenen Plankennziffern einzuarbeiten und der nächsten Planabrechnung, die neben den Ist-Angaben auch die aktuellen Planangaben erfaßte, zugrunde zu legen.

Der Ausgleich von Plänen konnte z.B. innerhalb eines Kombinates oder eines Ministeriums erfolgen, ohne daß dazu der Plan für das Ministerium insgesamt durch die Staatliche Plankommission oder den Ministerrat verändert werden mußte.

In Fällen, in denen es nicht gelang, die Planziele zu erreichen, wurden die Pläne der tatsächlichen Entwicklung angeglichen. Diese Änderungen mußten jedoch eingehend begründet werden. Überzeugende Gründe für die Nichteinhaltung der Planvorgaben waren das Fehlen von Inputgütern, die nur gegen Devisen beschafft werden konnten, fehlende Arbeitskräfte, fehlende Materialzulieferungen und verspätete Inbetriebnahme neuer Produktionseinrichtungen (siehe folgende Tabelle 1).

Tabelle 1: Gegenüberstellung von Plan- und Ist-Daten für die Industrielle Warenproduktion zu Industrieabgabepreisen im Bereich der Industrieministerien der ehemaligen DDR*)
Mill. Mark

Zeitpunkt der Planung	Jahresplan	Plan-Daten (kumuliert)	Ist-Daten (kumuliert)
		für den Berichtszeitraum	
Anfang 1988 für 31.12.1988 .	474 514,8	—	—
Ende 1988 für 31.12.1988 ...	465 497,2	465 497,2	467 732,3
31.3.1989 für 31.12.1989 ...	465 697,2	116 714,2	117 491,0
30.6.1989 für 31.12.1989 ...	464 688,2	231 199,3	232 799,7
30.9.1989 für 31.12.1989 ...	464 102,5	346 549,8	348 584,6
Ende 1989 für 31.12.1989 ..	462 367,5	462 367,5	459 841,4

*) Staatliche Planaufträge für alle Unternehmen, die den elf Industrieministerien unterstellt waren; die übrigen Unternehmen sind hier nicht berücksichtigt.

Im Verlauf eines Jahres gelang es in der Regel, die (Liefer-) Verträge und die Planvorgaben aufeinander abzustimmen (siehe Tabelle 2, S. 248).

Ein weiteres Kennzeichen für den Wirtschaftsprozeß in der ehemaligen DDR war der von den Planungsinstanzen geforderte kontinuierliche Güterausstoß, der durch Meldungen für Dekaden und Monate kontrolliert wurde. Saisonale Einflüsse wurden auf diese Weise weitgehend ausgeschlossen.

Mit Beginn des Jahres 1990 wurde die Wirtschaftsplanung in der ehemaligen DDR eingestellt. Für das Jahr 1990 fehlt somit jede Planvorgabe und damit auch jede Steuerungsgröße; die Produktion beruhte nur noch auf Verträgen.

**Tabelle 2: Gegenüberstellung von Produktionsplanung und Vertragsentwicklung
zu Industrieabgabepreisen in der ehemaligen DDR*)
Mrd. Mark**

Stand	Jahresplan der Industriellen Warenproduktion (jeweils 1.1. bis zum Jahresende)		Verträge für den Absatz der Industriellen Warenproduktion
	insgesamt	dar. zum Absatz bestimmt	
1989			
Januar	533,6	530,0	410,8
Februar	533,4	528,4	428,4
März	533,3	528,3	449,7
April	533,0	528,1	468,8
Mai	533,1	528,1	480,7
Juni	532,8	527,7	499,4
Juli	532,6	527,4	506,3
August	532,3	527,2	512,6
September	532,0	526,8	521,5
Oktober	530,9	525,9	526,5
November	530,5	525,4	530,7
Dezember	529,4	524,1	531,0

*) Zusätzlich zu den Unternehmen, die den elf Industrieministerien unterstellt waren, sind hier weitere Unternehmen berücksichtigt, z. B. Unternehmen, die dem Bauministerium oder dem Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft zugeordnet waren.

Dieser erste Schritt in Richtung auf einen Wechsel des Wirtschaftssystems hatte zur Folge, daß die Vertragsabschlüsse, die für das 1. Halbjahr 1990 noch statistisch erfaßt wurden, gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgingen (siehe Tabelle 3, S. 249 und Tabelle 4, S. 249). Durch den Wegfall der Planvorgaben war es auch nicht mehr notwendig, Produktion zum Ausgleich für "fertigungsschwache" Monate vorzuziehen. Wegen des starken Rückgangs der gesamten Produktion sind 1990 allerdings keine ausgeprägten Saisonschwankungen, die auf eine diskontinuierliche Produktion zurückzuführen wären, zu erkennen.

Nach der Währungsunion kam zur "Planungsunsicherheit" die Vertragsunsicherheit hinzu, weil zu diesem Zeitpunkt die bis dahin bestehenden Abhängigkeiten in Frage gestellt wurden. Die Unternehmen erkannten wohl rasch, daß sie ihre Bezugsstrukturen unter Kostengesichtspunkten leicht verbessern konnten, es fehlten ihnen aber Strategien zur Erhaltung ihrer Absatzmärkte. Hinzu kam, daß auch die Länder des sozialistischen Wirtschaftsbereiches als Nachfrager ausfielen, weil es ihnen nicht mehr - wie in der Vergangenheit - möglich war, mit transferablem Rubel zu bezahlen.

**Tabelle 3: Verträge (Aufträge) für die industrielle Warenproduktion
in der ehemaligen DDR*)**

Berichtsmonat	1989	1990	Veränderung in % ¹⁾)
	Wirtschaftsbereich Industrie		
	Industrieabgabepreise in Mrd. Mark		
Januar	410,8	385,0	93,7
Februar	428,4	405,6	94,7
März	449,7	418,6	93,1
April	468,8	411,7	87,8
Mai	480,7	400,5	83,3
Juni	499,4	357,7	71,6
Juli	506,3	—	—
August	512,6	—	—
September	522,5	—	—
Oktober	526,5	—	—
November	530,7	—	—
Dezember	531,0	—	—

*) Ab Juli 1990 nicht mehr erhoben.

1) Ohne Preisbereinigung.

Tabelle 4: Vertragsbindungen der Industrieministerien der ehemaligen DDR*)
Prozent

Stand (am . . .)	1988	1989
31.01.	76,1	78,3
28.02.	79,5	80,5
31.03.	83,8	84,7
30.04.	87,6	88,3
31.05.	90,0	90,5
30.06.	92,8	94,2
31.07.	94,1	95,3
31.08.	—	—
30.09.	97,8	98,1
31.10.	98,7	98,9
30.11.	—	—
31.12.	—	—

*) Vertragsbindungen = Verträge für den Absatz der industriellen Warenproduktion für das Jahr bezogen auf den Jahresplan des Absatzes der industriellen Warenproduktion zum jeweiligen Monatsende in Prozent.

Bis Ende 1989 waren die Unternehmen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sowie der Investitionsgüterindustrie ferner verpflichtet, zusätzlich zu ihrer typischen, den Schwerpunkt bestimmenden Produktion auch Konsumgüter im Umfang von ca. 5 % zu fertigen. Mit der Einstellung der Wirtschaftsplanung wurden von den Unternehmen diese Erzeugnisse in der Regel aus der Produktpalette gestrichen, weil sie unattraktiv waren (von einem Unternehmen wurde ein Anteil von 1 % genannt).

Im Zusammenhang mit dem Übergang auf die neue Wirtschaftsordnung ist aus den oben genannten Gründen mit einem Produktionsrückgang zu rechnen. Der Umfang dieses Produktionsrückganges läßt sich allerdings nur in Ausnahmefällen quantifizieren.

So kann mit der Einstellung der obligatorischen Konsumgüterproduktion nur ein Produktionsrückgang von weniger als 5 % erklärt werden, weil die Planvorgabe von 5 % selten erfüllt wurde (nur eines der besuchten Unternehmen erreichte sein Soll).

Im Hinblick auf die bei der Untersuchung im Vordergrund stehenden einzelnen Erhebungen im Verarbeitenden Gewerbe gab es nach der Währungsunion keine Änderungen bei den Erhebungsinhalten, die die Vergleichbarkeit mit früher erhobenen Zahlen beeinträchtigt hätten. So erfolgten keine Veränderungen für den Inhalt der nach der Währungsumstellung weiterhin erfaßten "Industriellen Warenproduktion" zur Ermittlung des Produktionswachstums. Dieses Erhebungsmerkmal wurde bis einschließlich Monat Dezember 1990 erfaßt. Für die Sicherung der Vergleichbarkeit lag allen Kreisämtern Auskunftsmaterial aus früheren Erhebungen vor.

Für die nach der Währungsumstellung neu eingeführten Erfassungsmerkmale Auftragszugang, Auftragsbestand und Umsatz wurden die Definitionen aus der bundesdeutschen Statistik übernommen.

Der Berichtsweg wurde mit der Währungsumstellung nicht verändert. Die Entflechtung der einzelnen Unternehmen ist in den Kreis- bzw. Landesämtern zum überwiegenden Teil nachvollziehbar.

2.1.3 Auskunftsverhalten der meldenden Einheiten

Auswirkungen auf die Meldemoral hatte der Wechsel der Wirtschaftsordnung nicht, obwohl zunächst statistische Meldungen im Rahmen des neuen Wirtschaftssystems für nicht erforderlich gehalten wurden. Durch unternehmensnahe Einzugsstellen (in jedem Kreis) und die guten Verbindungen zu den Unternehmen wurde die Vollständigkeit der Meldungen gewährleistet. Zur Sicherstellung der Statistikqualität hinsichtlich der Vollständigkeit, Vollständigkeit und Plausibilität ist außerdem folgendes anzumerken:

- Alle meldepflichtigen Unternehmen waren im Betriebsregister des GeStAL registriert, auf dessen Grundlage die Vollständigkeit der abgegebenen Meldungen der Unternehmen kontrolliert wurde.

- Neu entstandene Unternehmen wurden in die statistischen Erhebungen einbezogen. Dabei stützten sich die Statistischen Landesämter auf die Informationen der Gewerbeämter sowie sich ausgliedernder Unternehmen (das Typische in der Industrie ist die Aufgliederung früherer größerer Unternehmen auf mehrere kleinere Unternehmen).
- Unvollständige Meldungen der Unternehmen wurden im Rahmen der Datenkontrolle durch telefonische Rückfragen im Unternehmen von den damals noch bestehenden Kreisämtern ergänzt.
- Vereinzelt fehlende Meldungen der Unternehmen wurden telefonisch durch die Kreisämter angefordert. In Ausnahmefällen wurden fehlende Angaben in den Landesämtern geschätzt.
- Plausibilitätskontrollen erfolgten für alle Meldungen mittels EDV-Prüfprogramm, und erforderliche Korrekturen wurden entsprechend - oft durch Rückfrage im Unternehmen - durchgeführt.
- Korrekturen für zurückliegende Zeiträume (von den Unternehmen nachträglich mitgeteilt) wurden am Jahresende für den Gesamtdatenbestand (von Monat Juli 1990 bis Dezember 1990) durchgeführt.

Die **Abschneidegrenze** für die Meldung der Unternehmen der Industrie ist ab 10 Beschäftigten festgelegt. Handwerksbetriebe (auch mit mehr als 10 Beschäftigten) sind nicht in die Meldung einbezogen. Die Zahl der Auskunftsverweigerungen ist anteilmäßig gering und ohne Bedeutung für die Gesamtaussage, allerdings stieg die Zahl der Auskunftsverweigerungen am Jahresende 1990.

Um Einzelheiten zum Meldeverfahren zu erfahren, wurden im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes mit Vertretern von zehn Unternehmen Gespräche geführt. Zu den Gesprächspartnern auf Unternehmensseite gehörten stets die für die abgegebenen Meldungen zuständigen Hauptbuchhalter. Die Gespräche orientierten sich an einem fest vorgegebenen Frageprogramm (siehe die Übersicht S. 252 ff.).

Die Gespräche mit den Unternehmensvertretern haben ergeben, daß sich der Produktionsrückgang in der Größenordnung des statistisch nachgewiesenen Produktionsrückgangs bewegt. Nur in einem der zehn besuchten Unternehmen waren die konstanten Planpreise in zu niedrige Preise auf DM-Basis umgerechnet worden. Dadurch dürfte die Produktion von diesem Unternehmen um ca. 10 - 20 % zu niedrig angesetzt worden sein.

Angesichts der Produktionsrückgänge von 40 - 50 % in den Monaten Juli/August 1990 gegenüber den Vorjahresmonaten kann nicht ausgeschlossen werden, daß im Rahmen der Plausibilitätsprüfung alle Fälle entdeckt worden sind, in denen die Erläuterungen zum Fragebogen mißverstanden worden sind. Allerdings kann es sich dann nur um unbedeutende Einzelfälle handeln, die das Gesamtergebnis nicht beeinflussen.

Übersicht

Statistisches Bundesamt
IV A

Fragen zur Qualitätssicherung von Statistiken

1. Angaben zum Unternehmen

Anschrift

Name: _____

Straße: _____

Ort: _____

Kreis: _____ Land: _____

Wirtschaftszweig:

Warenproduktion/Umsatz 1989: _____

Beschäftigte am 30. September 1989: _____

30. September 1990: _____

Gesprächsteilnehmer:

Unternehmen: _____ GStLA: _____

StLA: _____ StBA: _____

2. Umsetzung der Planvorgaben im Betrieb

Wie genau waren die Vorgaben?

Menge: _____

Zeit: _____

Preis: _____

Wie wurde der Soll–Ist–Vergleich durchgeführt?

Menge: _____

Zeit: _____

Wert: _____

Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um Abweichungen auszugleichen?

In welchem Umfang wurden die konstanten Planpreise infolge Qualitätsänderungen geändert?

3. Änderungen im Zeitablauf

3.1 Was hat sich im Vergleich von vor November 1989 (März 1990) gegenüber Anfang 1990 geändert?

- in der Produktpalette:

- in der Produktion (Entlassungen/Kurzarbeit/Studentenbrigaden):

- im Abrechnungsverfahren für die Statistik (Baugruppen, neue Produkte, teure Produkte zugunsten billiger Produkte vorgezogen):

3.2 Was hat sich seit Juli 1990 gegenüber der Zeit davor geändert?

- in der Produktpalette:

- in der Produktion:

- im Abrechnungsverfahren:

- 4. Wurde der Betrieb (das Unternehmen) vor/nach dem 1. Juli 1990 umstrukturiert (Abgabe/Aufnahme von Betriebsteilen)?**

- 5. Welche anderen Änderungen gibt es noch, die einen Einfluß auf die Produktion haben könnten (keine Nachfrage, fehlende Liquidität, Zahlungsunfähigkeit der Abnehmer)?**

- 6. Liegt DM-Eröffnungsbilanz vor?**

- 7. Kennen Sie die neuen Fragebogen?**

Im einzelnen haben die Gespräche weiter gezeigt, daß es möglich war, statistisch einen kontinuierlichen Produktionsausstoß nachzuweisen, ohne daß dazu in größerem Umfang betriebsfremdes Personal (z.B. Bereitschaftspolizei, Soldaten oder Studenten) eingesetzt werden mußte. Nur zwei der besuchten Unternehmen beschäftigten zeitweise solches Personal in nennenswertem Umfang. Allerdings gab es in den meisten Unternehmen ausländische Arbeitnehmer, und zwar vor allem aus Vietnam und Polen, aber auch aus Kuba. Von größerer Bedeutung für einen stetigen Güterausstoß waren dagegen organisatorische Maßnahmen. Die Unternehmen verfügten z.B. über organisatorische Maßnahmen, um den Output zu steuern (Verzögerung/Beschleunigung von Prüfvorgängen; Produktionsreserven: Abschluß der Produktion bis auf unbedeutende Arbeitsgänge bei guter Kapazitätsausstattung/Abschluß der Produktion in der Urlaubszeit; Einsatz des Büropersonals für Verpackung/Lagerarbeiten; Zusammenstellen von kompletten Fahrzeugbausätzen). Solche Maßnahmen hatten jedoch nur Einfluß auf kurzfristige Betrachtungen, auf Jahresergebnisse wirkten sich die nach außen verdeckten Produktionsspitzen und -täler aber nicht aus.

Bis zu Beginn des Jahres 1990 war es - nach gemeinsamer Genehmigung durch die Staatliche Plankommission und die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik - möglich, die Produktion von Baugruppen im Rahmen der industriellen Warenproduktion zu melden, obwohl sie nach den geltenden Definitionen zur unfertigen Produktion zählten und somit keine industrielle Warenproduktion darstellten. Die Abrechnung von Baugruppen konnte gestattet werden, wenn sich u.a. die gesamte Fertigungsdauer der Güter über einen längeren Zeitraum erstreckte, wie z.B. bei der Herstellung metallurgischer Öfen. Zusammen mit der Aufhebung der Ausnahmeregelung wurden die betroffenen Unternehmen angewiesen, die Basisangaben für den Vorjahresvergleich entsprechend der ab 1990 gültigen Methodik bereitzustellen. Wenn es also in früheren Jahren keine exakte Periodenzurechnung kompletter Aggregate gab, dann hat sie in den Produktionsmeldungen und -vergleichen mit dem Vorjahr keine Rolle mehr gespielt.

2.1.4 Zusammenfassung

Die Meldeweise der Unternehmen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR war entsprechend den vorgegebenen Definitionen weitestgehend korrekt; die Produktionsstatistik bildet deshalb die tatsächliche Entwicklung richtig ab.

Als Gründe für den Produktionsrückgang sind vor allem zu nennen:

- der Übergang vom Verkäufer- zum Käufermarkt,
- Planungsunsicherheit bei den abnehmenden Unternehmen,
- Ausfall der Nachfrage aus dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet, weil die Bezüge in DM und nicht mehr in transferablem Rubel zu zahlen sind.

Der Einsatz von unternehmensfremdem Personal hatte in den besuchten zehn Unternehmen für eine kontinuierliche Produktion nur eine sehr geringe Bedeutung, der kontinuierliche Produktionsausstoß konnte mit Hilfe "organisatorischer" Maßnahmen gewährleistet werden.

Mit der Einstellung der Wirtschaftsplanung entfiel die Notwendigkeit, einen kontinuierlichen Produktionsausstoß nachzuweisen. Deshalb werden ab 1990 saisonale Einflüsse auftreten, die einen Vergleich mit Ergebnissen des Vorjahresmonats beeinträchtigen. Eine Abrechnung von Baugruppen fand in den besuchten Unternehmen nicht statt. Neun Unternehmen haben ihre Produktion richtig gemeldet, nur ein Unternehmen hat aufgrund fehlerhafter Interpretation der Erläuterungen seine Warenproduktion zu konstanten Planpreisen um 10 - 20 % zu niedrig nachgewiesen. Auch nach der Berichtigung dieses Einzelfalles hat sich das negative Bild der Produktionsentwicklung nicht gebessert.

2.2 Einzelhandel

2.2.1 Die definitorische Abgrenzung des Einzelhandels und des Einzelhandelsumsatzes

Der in Frage stehende Vorjahresvergleich der Ergebnisse der Umsätze im Einzelhandel der Monate Juli bis Oktober 1990 wird durch definitorische Unterschiede erst ab Berichtsmonat Oktober 1990 beeinflusst. Die zur Diskussion stehenden Ergebnisse wurden bis Berichtsmonat September 1990 in der gleichen definitorischen Abgrenzung für 1989 und 1990 erhoben. Zunächst sollen an dieser Stelle die unterschiedlichen Abgrenzungen des Bereichs Einzelhandel und des Umsatzes des Einzelhandels in der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik Deutschland dargestellt werden, da sie für Vergleiche ab dem Zeitpunkt der Umstellung der Einzelhandelsstatistik im Gebiet der ehemaligen DDR auf die Berichterstattung der Bundesrepublik Deutschland (ab Berichtsmonat 10/1990) bei Vergleichen zum Tragen kommen.

2.2.1.1 Die definitorischen Abgrenzungen in der ehemaligen DDR

Einzelhandel ist der Verkauf von Konsumgütern und Kundendienst-Leistungen an die individuellen Konsumenten. Institutionelle Träger sind Einzelhandelsbetriebe, Gaststättenbetriebe, Handwerker sowie Einzelhandelverkaufsstellen von Konsumgüter-Großhandels- und Produktionsbetrieben aller Eigentumsformen. Zu einem geringen Teil erfolgt auch ein Verkauf an gesellschaftliche Konsumenten. Hierzu zählt auch die Tätigkeit von privaten Einzelhändlern und Gastwirten auf der Grundlage von Verträgen mit dem sozialistischen Groß- oder Einzelhandel und von privaten Großhändlern auf der Grundlage von Verträgen mit sozialistischen Großhandelsbetrieben.

In einem Erlaß des Ministerrates der ehemaligen DDR zur "Handelsberichterstattung 1986 bis 1990" ist beschrieben, welche Auskunftspflichtigen einer Berichtspflicht zur Einzelhandelsumsatzberichterstattung unterliegen.

Berichtspflichtig sind danach:

- 1) Örtlichgeleitete volkseigene Einzelhandelsbetriebe (HO).
- 2) Volkseigene Warenhäuser CENTRUM.
- 3) Betriebe des VE Interhotel DDR.
- 4) Kombinate und Betriebe des ZWK Obst, Gemüse und Speisekartoffeln.
- 5) Sozialistische Handelsbetriebe Möbel.
- 6) Konsumgenossenschaften (KG) bzw. Buchungsstationen des Konsums.
- 7) Kauf- und Warenhäuser des Zentralen Konsum-Handelsunternehmens "konsument".
- 8) Bauarbeiterversorgungsbetrieb Berlin.
- 9) Mitropa (Betriebsergebnis).
- 10) Großhandelsgesellschaften (GHG) und sozialistische Großhandelsbetriebe (SGB).
- 11) Industrieläden.
- 12) Verkaufsstellen des VEB Kombinat Rundfunk und Fernsehen, des VEB Kombinat Haushaltsgeräte.
- 13) Betriebe des VEB IFA-Kombinat PKW.

Der Einzelhandelsumsatz als solcher ist wie folgt definiert:

Verkauf von Konsumgütern (Nahrungs- und Genußmittel, Industriewaren) an Endverbraucher in Verkaufseinrichtungen aller Eigentumsformen (Verkaufsstellen, Gaststätten, Kioske, ambulanter Handel, Versandhandel).

Dazu gehören auch:

- Verkäufe an die Bevölkerung durch Betriebe in eigenen Verkaufsstellen, in Werkküchen und Kantinen (oder Werkküchenessen sowie Schüler- und Kinderspeisung in nichtöffentlichen Versorgungseinrichtungen),
- Verkäufe an gesellschaftliche Bedarfsträger, soweit sie durch Einrichtungen des Einzelhandels realisiert werden, und
- Verkäufe im Rahmen der Arbeiterversorgung (einschl. LPG, VEG, PGH usw.) sowie Schüler- und Kinderspeisung in öffentlichen Gaststätten und Versorgungseinrichtungen.

Der in Gaststätten realisierte Gaststättenaufschlag ist Bestandteil des Einzelhandelsumsatzes.

Zum Einzelhandelsumsatz gehören nicht:

- Verkäufe des Gebrauchtwaren- und Antiquitätenhandels,

- Verkäufe von Erzeugnissen aus eigener Produktion an Betriebsangehörige in Industriebetrieben und
- unentgeltliche Leistungen der Apotheken (Rezeptverschreibungen).

Die Erhebung des Einzelhandelsumsatzes erfolgt dezentral. Die Angaben werden im allgemeinen durch die statistischen Kreisämter erfaßt und den statistischen Bezirksämtern mitgeteilt, die die Kreisergebnisse zusammenfassen.

Die IFA-Verkaufseinrichtungen melden ihren Einzelhandelsumsatz getrennt nach Bezirken an das Bezirksamt, in deren Bereich der Betrieb seinen Sitz hat. Die statistischen Bezirksämter melden die zusammengefaßten Ergebnisse an das Statistische Amt der ehemaligen DDR.

Zum Erhebungsumfang ist festzustellen, daß es sich weitgehend um eine Totalerhebung handelt. Vollständig erfaßt werden monatlich die Ergebnisse des staatlichen und konsumgenossenschaftlichen Einzelhandels sowie der Industrieläden Rundfunk und Fernsehen und Haushaltsgeräte sowie der IFA-Verkaufseinrichtungen. Außerdem wird der Umsatz für ausgewählte Betriebe des übrigen staatlichen und genossenschaftlichen Einzelhandels nach Auswahl und Festlegung durch die staatlichen Bezirksämter gemeldet.

Das monatliche Gesamtergebnis für Bezirke wurde auf zwei Wegen ermittelt

- durch die vorgenannte Erfassung und
- durch die Einschätzung der Umsätze des monatlich nicht direkt befragten "restlichen" privaten Einzelhandels auf der Basis jahrzehntelanger Fortschreibungen.

Meldeeinheit ist der juristisch selbständige Betrieb. Die Meldung erfolgt für alle Verkaufseinrichtungen des Betriebes (= Erhebungseinheit).

2.2.1.2 Die definitorische Abgrenzung in der Bundesrepublik Deutschland

Der Einzelhandel ist wie folgt definiert:

Einzelhandel betreibt, wer Handelsware in eigenem Namen, für eigene Rechnung oder für fremde Rechnung (Kommissionshandel) an private Haushalte absetzt. Handelsware sind bewegliche Sachgüter, die fertig bezogen und ohne wesentliche, d.h. nicht mehr als handelsübliche Be- oder Verarbeitung veräußert werden. Dabei spielt es keine Rolle, in welcher Form (stationärer Handel, Versandhandel, Markt-, Straßen- und Hausierhandel) die Handelsware abgesetzt wird.

Der Absatz der Apotheken an private Haushalte ist Einzelhandel, auch wenn über eine gesetzliche Krankenkasse oder eine Ersatzkasse abgerechnet wird.

Der Unternehmensumsatz wird wie folgt definiert:

Umsatz ist der Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen und sonstigen Leistungen (einschl. Umsatzsteuer) zuzüglich Eigenverbrauch, Verkäufe an Betriebsangehörige sowie einschließlich gesondert in Rechnung gestellter Kosten für Fracht, Porto, Verpackung usw., ohne Rücksicht auf den Zahlungseingang und die Steuerpflicht.

Der Umsatz schließt auch Erlöse aus Kommissions- und Streckengeschäften (Ware geht vom Lieferanten ohne Zwischenlagerung direkt an den Kunden) sowie Provisionen und Kostenvergütungen aus der Vermittlung von Waren (nicht den Wert der vermittelten Waren) sowie Zusatzerlöse ein.

Nicht anzugeben sind jedoch (nicht-gewerblich besteuerte) Erlöse aus Land- und Forstwirtschaft sowie außerordentliche Erträge (z.B. aus dem Verkauf von Anlagevermögen) und betriebsfremde Erträge (z.B. Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von betriebsfremd genutzten Gebäuden und Gebäudeteilen, Zinserträge aus nicht betriebsnotwendigem Kapital oder Erträge aus Beteiligungen).

An Kunden gewährte Skonti und Erlösschmälerungen (z.B. Preisnachlässe, Rabatte, Jahresrückvergütungen, Boni) sind bei der Ermittlung des Umsatzes abzusetzen.

Bei der Zugehörigkeit zu einer umsatzsteuerlichen Organschaft sind sowohl der auf das Unternehmen entfallende Umsatz mit Dritten als auch die mit den übrigen Tochtergesellschaften bzw. der Muttergesellschaft getätigten Innenumsätze anzugeben.

Auskunftspflichtig sind die Unternehmen, die nach dem Überwiegensprinzip dem Einzelhandel zuzuordnen sind. Diese sind meldepflichtig für den Gesamtumsatz einschließlich Umsatzsteuer des Unternehmens.

Die Erhebung wird als Stichprobenerhebung bei 25 000 Unternehmen des Einzelhandels durchgeführt, die einen Jahresumsatz von mindestens 250 000,- DM und mehr erwirtschaften.¹⁾

2.2.1.3 Unterschiede

Aus den unter 2.2.1.1 und 2.2.1.2 dargestellten Ausführungen ergeben sich für eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse der ehemaligen DDR mit Ergebnissen der Bundesrepublik Deutschland generelle Einschränkungen. An dieser Stelle jedoch soll wegen der Themenstellung der Untersuchung nicht auf Einzelheiten eingegangen werden.

1) Durch die Statistikanpassungsverordnung vom 26. März 1991 wird die Zahl der Stichprobenunternehmen für die neuen Bundesländer um 10 000 erhöht, so daß insgesamt nunmehr bis zu 35 000 Unternehmen befragt werden können. Dem wird im Rahmen einer Stichprobenziehung im April 1991 Rechnung getragen. Die einbezogenen Unternehmen sind ab Oktober 1990 berichtspflichtig.

Grundsätzliche Unterschiede sind festzustellen in der Abgrenzung der Erhebungseinheit und im Erhebungsumfang (Umsatzdefinition und -erfassungsmethode) sowie in der Ergebnisdarstellung.

2.2.2 Die Auswirkungen der zentralen Planung und des Wechsels der Wirtschaftsordnung

Nach Untersuchung dieser Frage kann generell festgestellt werden, daß durch das unter diesem Punkt untersuchte Phänomen keine Auswirkungen auf den Zeitvergleich der Umsatzergebnisse in den untersuchten Perioden der Jahre 1989 und 1990 bestehen.

2.2.2.1 Zentrale Planung und Folgen für den Zeitvergleich

Aus der unter 2.2.1.1 zitierten Verordnung des Ministerrates der ehemaligen DDR läßt sich folgender Hinweis entnehmen:

"Als Einzelhandelsumsatz-Plan ist die bestätigte Jahresplanaufgabe einzutragen. Sollten sich im Berichtsjahr bestätigte Planveränderungen ergeben, sind diese in der nächsten Meldung zu berücksichtigen."

Aus diesen Ausführungen und aus mehreren Gesprächen mit Sachverständigen aus dem GeStAL, den neuen Statistischen Landesämtern und den Verantwortlichen der besuchten Betriebe kann folgende Feststellung abgeleitet werden: Es gab zwar einerseits einen Plan für den Einzelhandelsumsatz mit einer Jahresplanaufgabe, aber andererseits war nur das in den berichtspflichtigen Einheiten erzielte tatsächliche Umsatzergebnis ausschlaggebend.

Nicht die Plansollvorgabe führte zu den berichteten Ergebnissen, sondern das tatsächlich erzielte Betriebsergebnis. Letzteres führte dann auch dazu, daß Planfortschreibungen, Planpräzisierungen oder Planmodifizierungen zu einer Planänderung führten.

Bei einem vom Plansoll divergierenden Ergebnis wurde keine Anpassung des Ergebnisses an die Planvorgabe vorgenommen. Daraus folgt, daß im Zeitvergleich durch das Wirtschaftssystem bedingte Ungenauigkeiten nicht entstanden sind.

2.2.2.2 Wechsel der Wirtschaftsordnung und Meldemoral

Durch den Wechsel der Wirtschaftsordnung wurde eindeutig die Meldemoral negativ beeinflußt. Dies ergibt sich insbesondere aus Informationen seitens der Bezirksamter, die sich beklagen, daß die auskunftspflichtigen Einheiten zunächst unter dem Begriff der freien Marktwirtschaft Freiheit von der Meldepflicht verstanden. Da aber bis Ende September 1990 das bisherige Erhebungsverfahren noch bestand, mußten die statistischen Kreisämter ihren Pflichten als Erfassungseinheiten für den Einzelhandelsumsatz gerecht werden. Dies gelang im wesentlichen auch bei den fortbestehenden ehemaligen Berichtsstellen des ehemaligen DDR-Einzelhandels.

Anders dagegen war die Situation bei den nach Wechsel der Wirtschaftsordnung neu auf den Einzelhandelsmarkt drängenden Einheiten. Eine Aussage hierzu befindet sich in einem Kommentar zum Einzelhandelsumsatz für den Monat September 1990 des Statistischen Amtes der ehemaligen DDR. Dort heißt es: "Die Direktverkäufe von Produzenten und 'Fliegenden Händlern' auf Märkten spielten auch im September eine erhebliche Rolle - deren Umsatz kann nicht ermittelt werden."

Hier zeigt sich eine Lücke in der Erfassung der Umsätze des Einzelhandels in den Monaten Juli bis September 1990, die nicht exakt quantifizierbar ist, den Ergebnisvergleich aber nicht wesentlich beeinträchtigt haben dürfte.

2.2.2.3 Qualität der Aufzeichnungen der berichtenden Einheiten

Im Rahmen von Betriebsbesuchen wurde versucht, Klarheit zu gewinnen, ob die Qualität der betrieblichen Aufzeichnungen im Jahre 1989 sich von der im Jahre 1990 unterscheidet. An den Betriebsbesuchen nahm jeweils ein Vertreter des GeStAL sowie des jeweiligen Statistischen Landesamtes teil.

Insgesamt wurden 12 Unternehmen bzw. Betriebe besucht, die räumlich und fachlich das gesamte Gebiet der ehemaligen DDR und die wichtigsten Zweige des Einzelhandels abdeckten.

In diesen Betrieben wurde nach einem einheitlichen Frageprogramm, das als Vordruck zur Verfügung stand, vorgegangen. Den Betrieben wurde eine Kopie dieses Befragungsprotokolls ausgehändigt.

Das Ergebnis dieser Vor-Ort-Besichtigung ist: Die Qualität der in den einzelnen berichtenden Einheiten vorgenommenen Aufzeichnungen hinsichtlich des Einzelhandelsumsatzes ist in beiden Betrachtungsperioden weitgehend gleich. Wichtigstes Element dieser Aufzeichnungen war und ist auch bis heute eine tägliche Registrierung der baren und unbaren Umsätze. Überprüft wurden diese Werte durch die entsprechenden Kontoauszüge von Post und/oder Bank, da eine tägliche Einzahlungspflicht der getätigten Umsätze besteht. Es ergibt sich also hieraus, daß die Vergleichbarkeit der jeweiligen Ergebnisse von der Qualität der Aufzeichnungen nicht beeinflußt ist.

2.2.3 Die Folgen der Änderung der Wirtschaftsstruktur durch das neue Wirtschafts- und Währungssystem

Vorab kann zu diesem Punkt festgestellt werden, daß sich hierdurch eine gewisse Auswirkung auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse der in Frage kommenden Perioden ergibt, die allerdings z.Z. noch nicht quantifiziert werden kann.

2.2.3.1 Verschiebung in den Berichtskreisen

Verschiebungen in den Berichtskreisen als solche haben sich durch die Änderung des Wirtschafts- und Währungssystems nicht ergeben, da die Einzelhandelsumsätze bis September 1990 in der bisherigen DDR-gewohnten Abgrenzung weiter erfaßt und bis Ende 1990 weiterhin, wenn auch teils mittels entsprechender Rechenansätze, nachgewiesen werden sollen.

2.2.3.2 Änderung der Berichtswege

Auch bei den Berichtswegen trat durch die Wirtschafts- und Währungsveränderung kein Bruch ein. Somit kann auch auf diesem Wege keine Beeinträchtigung des Ergebnisvergleiches eingetreten sein.

2.2.3.3 Erfassung neuer Unternehmen

Wie unter 2.2.2.2 ausgeführt, war die Erfassung des Einzelhandelsumsatzes von "Fliegenden Händlern" und Produzenten, die nach dem 1.7.1990 neu auf den Markt drängten, nicht möglich. Daneben gab es neu eröffnete Zweigniederlassungen von Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland. Diese meldeten ihre Umsätze generell nicht den statistischen Kreisämtern, sondern nach eigenen Aussagen über ihre Unternehmen den Statistischen Landesämtern in den alten Bundesländern oder dem Statistischen Bundesamt. Da diese Umsätze bis einschließlich September von den Unternehmen mit Sitz im früheren Bundesgebiet nicht zur Einzelhandelsberichterstattung gemeldet werden durften - nach dem Inlandskonzept gehörten sie vor dem 3.10.1990 nicht zum Einzelhandelsumsatz der Bundesrepublik Deutschland -, kann man davon ausgehen, daß diese Untererfassung nicht als wesentlich vergleichsbeeinträchtigend angesehen werden muß.

2.2.4 Die Auswirkungen der Änderungen der Systematiken

Grundsätzlich werden sich Auswirkungen ergeben, wenn Ergebnisse in der Abgrenzung der ehemaligen DDR-Systematiken mit solchen der Systematiken der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen werden. Dies trifft aber für den beobachteten Zeitraum bis September 1990 nicht zu.

2.2.4.1 Zuordnung von Befragten zu anderen Wirtschaftsbereichen

Bei der Zuordnung nach Wirtschaftsbereichen wird sich Wesentliches verändern. Für den in Frage stehenden Vergleich ist dies jedoch nicht relevant.

2.2.4.3 Abgrenzungsänderungen innerhalb des Wirtschaftsbereichs

Hier werden sich ebenfalls beachtliche Verschiebungen zwischen den Teilbereichen Einzelhandel und Gastgewerbe ergeben. Die Umsätze der Gaststättenunternehmen sind nach der Systematik der Wirtschaftszweige 1979 nicht Umsätze aus dem Bereich

des Einzelhandels, sondern aus dem Bereich des Gastgewerbes. Diese Abgrenzungsänderung wird sich aber erst auf den Ergebnisvergleich niederschlagen, wenn die Ergebnisse ab Oktober 1990 nicht mehr nach der ehemaligen DDR-Systematik dargestellt werden.

2.2.4.3 Folgen des Übergangs vom Arbeitsstätten- auf das Unternehmenskonzept

Auch durch den Übergang vom Arbeitsstätten- auf das Unternehmenskonzept - der Betrieb als Meldeeinheit in der ehemaligen DDR ist die Summe der Einzelhandelsarbeitsstätten (Verkaufsstellen) - werden sich erst nach Einführung der Systematik der Wirtschaftszweige (Oktober 1990) Auswirkungen auf einen Ergebnisvergleich ergeben. Bis Berichtsmontat September 1990 wurden in der ehemaligen DDR immer noch die Einzelhandelsumsatzergebnisse auf den bisherigen Berichtswegen aus allen Arbeitsstätten aller Wirtschaftsbereiche, die Einzelhandelsumsatz tätigen, aggregiert. Deshalb ergibt sich auch hier keine Auswirkung auf den Ergebnisvergleich der betrachteten Perioden.

2.2.5 Sonstige Gründe für eine mögliche Verzerrung des Vorjahresvergleichs

Auch zu dieser Fragestellung haben sich keine positiven Erkenntnisse ergeben. Für den Bereich Apotheken, Kunsthandel und Gebrauchtwarenhandel ist eine Neuabgrenzung des Umsatzbegriffs vorzunehmen. Diese geschieht jedoch erst beim Übergang auf das Berichtssystem des Handelsstatistikgesetzes.

2.2.6 Zusammenfassung für den Bereich Einzelhandel

Als Ergebnis dieser Untersuchung kann festgestellt werden:

- Grundsätzlich liegt keine Beeinträchtigung des Vergleiches der Ergebnisse der Einzelhandelsumsätze für die Monate Juli bis September 1990 mit den entsprechenden Vorjahresdaten vor.
- Eine Mindererfassung von Umsätzen in den Monaten des Jahres 1990 aus dem Bereich des ambulanten Handels und aus der Direktvermarktung von Produzenten liegt vor, ist jedoch nicht quantifizierbar. Mit Sicherheit kann aber ausgeschlossen werden, daß es sich bei diesem Phänomen um eine Größenordnung handelt, die eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse ausschließt.
- Eine weitere, derzeit jedoch noch nicht quantifizierbare Beeinträchtigung des Ergebnisvergleichs ist darin zu sehen, daß Umsätze im Gebiet der ehemaligen DDR, die von bundesdeutschen Unternehmen getätigt wurden, nicht in die Umsatzermittlung einbezogen werden konnten, da diese Unternehmen die Auskunft verweigerten. Es darf aber auch hier davon ausgegangen werden, daß der Ergebnisvergleich durch diese Tatsache nicht erheblich beeinträchtigt wird. Zum einen war die geschäftliche

Tätigkeit dieser Unternehmen in den Monaten Juli bis September noch nicht in dem Maße ausgeprägt wie ab dem Monat Oktober. Zum anderen ist seit Oktober 1990 dieser Umsatz für die Unternehmen meldepflichtig.

Die ausführlichen Gespräche mit den Hauptbuchhaltern und Direktoren der interviewten Unternehmen, den Kreisstatistikern, den Referenten der Statistischen Landesämter und den Sachverständigen des GeStAL zeigten, daß der für die Monate Juli bis September nachgewiesene Einzelhandelsumsatzrückgang nicht unerwartet eingetreten ist. Nicht zuletzt werden hierfür auch Bevorratungskäufe vieler Haushalte vor der Währungsumstellung zum 1.7.1990 verantwortlich gemacht.

Zum anderen hat sich im Ergebnisvergleich deutlich gezeigt, daß dem Einzelhandelsumsatzrückgang in dem Gebiet der ehemaligen DDR eine entsprechende Einzelhandelsumsatzsteigerung in den alten Bundesländern im Grenzgebiet zur ehemaligen DDR gegenüberstand.

Darüber hinaus haben die gewaltigen Preiseinbrüche im Bereich der Industriewaren (z.B.: Farbfernsehgeräte von 7 000 M auf 1 800 DM, Polstermöbelgarnituren von 17 000 M auf 3 000 DM, Möbel allgemein je 100 M Warenwert auf 40 DM) zu einer nominalen Umsatzminderung geführt. Selbst wenn man unterstellt, daß mengenmäßig ein gleicher Umsatz stattgefunden hätte, wäre dennoch allein wegen der Preisreduzierungen ein erheblicher Umsatzrückgang eingetreten. Dazu hat weiterhin beigetragen, daß insbesondere in den Monaten Juli, August und September eine Art "Kaufrausch" die Bewohner der ehemaligen DDR veranlaßte, Umsätze in der Bundesrepublik Deutschland zu tätigen.

Betrachtet man die Umsatzentwicklung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR auf der Basis des Juli-Umsatzes 1990, so zeigt sich im August ein Anstieg. Auch das kann als Hinweis gewertet werden, daß die für den Beobachtungszeitraum festgestellten Umsätze im Einzelhandel der ehemaligen DDR den Realitäten entsprechen.

Vergleich des Einzelhandelsumsatzes im Gebiet der ehemaligen DDR*)
Prozent

Monat	Einzelhandel insgesamt		Darunter			
			Nahrungs- und Genußmittel		Industriewaren	
	Vorjahresmonat	Juli 1990	Vorjahresmonat	Juli 1990	Vorjahresmonat	Juli 1990
Juli 1990	56,0	100	63,7	100	48,4	100
August 1990	55,2	105,3	65,8	107,2	45,5	102,9
September 1990	53,9	98,8	63,6	98,0	45,3	99,9

*) In jeweiligen Preisen.

Die Prüfung aller Einflußfaktoren führt zu der Feststellung, daß ein Vergleich der Ergebnisse der Monate Juli bis September 1990 mit den Ergebnissen der Vergleichsmonate 1989 für das Gebiet der ehemaligen DDR für den Bereich Einzelhandel methodisch vertretbar ist, wobei geringe, das Ergebnis nur unbedeutend beeinflussende Umsatzuntererfassungen vorliegen.

2.3 Landwirtschaft

2.3.1 Allgemeine Bemerkungen

Das agrarstatistische Erhebungs-, Aufbereitungs- und Darstellungsprogramm der ehemaligen DDR gliedert sich entsprechend der staatlich reglementierten Organisationsstruktur der Landwirtschaft in die Bereiche

- Sozialistische Landwirtschaft

(Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Volkseigene Güter sowie andere genossenschaftliche und staatliche landwirtschaftliche Betriebe) und

- Individuelle Landwirtschaft

(private Landwirtschaftsbereiche bzw. gartenbauliche Betriebe, kircheneigen bewirtschaftete Landwirtschaftsbetriebe, persönliche Hauswirtschaften der

- Genossenschaftsbauern,

- der in Gütern und Landwirtschaftlichen Genossenschaften tätigen Arbeiter und Angestellten sowie

- andere Privatpersonen mit Flächen und Viehbeständen).

Die straff organisierten und aus Gründen der Planvorgaben und -erfüllung intensiv kontrollierten Volkseigenen Güter und Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der **Sozialistischen Landwirtschaft** standen im Mittelpunkt einer auf der Grundlage von Betriebsberechnungen durchgeführten Statistik über pflanzliche und tierische Erzeugung.

Grundlage für die Ermittlung der pflanzlichen und tierischen Erzeugungsleistungen aus **Individueller Landwirtschaft** bildete neben den in regelmäßigen Abständen durchgeführten Erhebungen über Bodenbenutzung (einschließlich Fortschreibung der Kleinstflächen) und Viehbestände die Berichterstattung über den staatlichen Ankauf pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse.

Da den Erzeugern erheblich über dem Ladenpreis liegende Ankaufspreise gezahlt wurden, ist davon auszugehen, daß eine vollständige Erfassung der Markterzeugung erfolgte.

2.3.2 Bisherige Recherchen

2.3.2.1 Übersicht über die besuchten Betriebe

Die Unterrichtungen vor Ort unter Beteiligung von Vertretern der Statistischen Kreis-/Bezirksämter bzw. der künftigen Statistischen Landesämter fanden statt in

- 6 Landwirtschaftlichen (Produktions-)Genossenschaften (Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen)
- 1 (Volkseigenes) Gut (Mecklenburg-Vorpommern),
- 1 Molkereibetrieb (Brandenburg),
- 1 Gartenbaugenossenschaft (Brandenburg) und in
- 1 Schlachtbetrieb (Mecklenburg-Vorpommern)

2.3.2.2 Untersuchte Statistiken

Untersuchungen zur Beurteilung der Qualität und zur Sicherung der Vergleichbarkeit statistischer Daten für das Gebiet der ehemaligen DDR sind gegenwärtig Gegenstand umfangreicher Arbeiten. Sie beziehen sich vorerst auf den Bereich der Statistiken für pflanzliche und tierische Erzeugung. Für das Jahr 1990 können sie aber erst dann abgeschlossen werden, wenn außer den bereits vorliegenden - z.T. noch vorläufigen - Statistiken über pflanzliche Erzeugung sämtliche Monatsergebnisse für Milch, Fleisch, Geflügel sowie der Abschlußbericht der Güter und Genossenschaften über die pflanzliche und tierische Erzeugung vorliegen. Viehbestandszahlen aus der allgemeinen Viehzählung vom 3. Dezember 1990 sind verfügbar.

Für die Monatsstatistiken über Milch, Fleisch und Geflügelerzeugung, die ab Berichtsmonat Oktober 1990 nach Konzept und Methode der Bundesstatistik erhoben und aufbereitet werden, sind analoge Berechnungen zunächst für das gesamte Jahr 1990 und als Vergleichsbasis für 1989 vorgesehen.

2.3.3 Ergebnisse bisheriger Recherchen

2.3.3.1 Korrektur der Planvorgaben, nicht der Ist-Ergebnisse

Nach bisheriger Erkenntnis hat die enge Verflechtung von statistischen Meldungen mit der Abrechnung des Planes und dem Rechnungswesen weder in den Betrieben noch auf Kreis- und Bezirksebene zur Beeinträchtigung der Ergebnisgenauigkeit der Erzeugungsstatistiken geführt.

Bei größeren Abweichungen der Ist-Ergebnisse von den Planvorgaben sind die Planzahlen den tatsächlichen statistischen Erhebungsergebnissen angepaßt worden.

Ein Vergleich vom "Plan" mit tatsächlichem Ergebnis läßt sich heute nicht mehr durchführen, da hierfür nur noch die aufbereiteten statistischen Daten, nicht aber die entsprechenden Planvorgaben und ihre Änderungen im Zeitablauf vorliegen.

Einzelbetriebliche Daten unterlagen keiner Geheimhaltung und waren auf Kreisebene u.a. Grundlage für Leistungs- und Wettbewerbsauswertungen der Betriebe untereinander.

Aus statistischen Einzelangaben wurden bestimmte Vergütungen und Prämien der Betriebe abgeleitet (z.B. Höhe der Aufzuchtergebnisse, Tierverluste, Verbesserung der Futtermittelverwertung, Höhe des Bruttoumsatzes der pflanzlichen und tierischen Produktion). Es lag zwar im Interesse der Betriebe, möglichst "gut dazustehen" bzw. nicht negativ aufzufallen; da aber sowohl den Auskunftspflichtigen als auch den Konkurrenzbetrieben die statistischen Daten bekannt waren, ist aus diesen Gründen von weitgehend korrekten Angaben auszugehen.

Mit Einführung der EDV in der Agrarstatistik (1969/79) wurden in immer größerem Umfang die im Statistischen Amt der ehemaligen DDR erstellten einzelbetrieblichen Ergebnisse zum Abgleich von Betriebsergebnissen mit den Kreis- bzw. Bezirkssummen über die Bezirks- und Kreisstellen den zuständigen "örtlichen Organen" (Rat des Kreises, den Bezirken, Kreis- und Bezirksparteileitungen u.a.) zur Kontrolle zur Verfügung gestellt.

2.3.3.2 Aufbau eines neuen Berichtssystems für die Landwirtschaftsstatistik

Die Änderung des Wirtschafts- und Währungssystems hat für die gesamte Landwirtschaft in der ehemaligen DDR erhebliche Auswirkungen, vor allem für den Bereich der individuellen Landwirtschaft ausgelöst. Da ein staatlicher Ankauf landwirtschaftlicher Produkte zu garantierten Preisen ab Jahresmitte 1990 nicht mehr erfolgte, kam es zu einer schweren Absatzkrise (u.a. infolge mangelhafter Qualitäten und fehlender Verarbeitungs- und Absatzstrukturen) für die gesamte Landwirtschaft.

Mit der Schließung der staatlichen Ankaufstellen brach das auf den Meldungen dieser Stellen (Kombinate) basierende statistische Berichtssystem zusammen.

Es muß entsprechend den Anforderungen der Bundesstatistik neu aufgebaut werden. Die Nachweisungen über pflanzliche und tierische Erzeugung beziehen sich z.T. daher in einigen Fällen nur noch auf Teilbereiche, die weiterhin regelmäßig melden, wie z.B. Güter und Genossenschaften.

2.3.3.3 Änderungen in den Systematiken

Mit dem Übergang auf die Bundesstatistik waren im Bereich der Agrarstatistik keine Änderungen in den Systematiken verbunden.

2.3.3.4 Vorliegende statistische Ergebnisse

Für den Gesamtbereich der ehemaligen DDR-Landwirtschaft (Sozialistische und Individuelle Landwirtschaft) liegen derzeit die auf den Anbau-/Ernteflächen und durchschnittlichen Hektarerträgen basierenden (vorläufigen) Ernteergebnisse 1990 für Getreide, Speisehülsenfrüchte, Ölfrüchte, Kartoffeln und Zuckerrüben vor.

Die vorläufigen Ernteergebnisse für Obst und Gemüse beziehen sich auf die Erzeugung der Güter der Genossenschaften. Da - wie bereits ausgeführt - der staatliche Ankauf aus individueller Erzeugung und damit die Grundlage für die statistische Erfassung bereits 1990 entfiel, muß das endgültige Ernteergebnis für diesen Bereich geschätzt werden.

Wie mehrere Betriebsleitungen berichteten, konnten Planaufgaben auch wie folgt erfüllt werden:

- Aus betriebswirtschaftlicher Sicht erschwerende Vorgaben über den zu einem bestimmten Erhebungsstichtag vorgeschriebenen Bestand an (Milch)Kühen konnten umgangen werden, indem andere Nutzungskategorien an Rindern der Erhebungspostion Milchkühe zugerechnet wurden. Um höhere durchschnittliche Milchleistungen nachzuweisen (Wettbewerb der Betriebe), wurden mehr Kühe, als in der Viehzählung angegeben, gehalten.
- Im Bereich der pflanzlichen Erzeugung war das den einzelnen Betrieben vorgegebene Planziel (Anbaufläche, Erntemenge) auch durch Kompensation (z.B. Austausch von Gemüse- gegen Getreidelieferungen) zwischen mehreren Betrieben zu erfüllen, was in der Regel bereits zu einem Ausgleich von Soll- und Ist-Erzeugung auf Kreisebene führte.
- Die Differenzierung zwischen Anbau- und Ernteflächen gab den Gütern und Genossenschaften im Rahmen der o.a. Wettbewerbe die Möglichkeit, in Einzelfällen leicht überhöhte durchschnittliche Hektarerträge für besonders ausgewählte Flächen nachzuweisen, indem die Ernteflächen systematisch kleiner als in Wirklichkeit angegeben wurden.

Die beispielhaft genannten "Manipulationen" - es handelt sich hierbei offensichtlich um Einzelfälle - hatten nach Auskunft der befragten Betriebe nur geringe Auswirkungen auf die Güte bzw. Höhe des Gesamtergebnisses.

Abschließend sei bemerkt, daß die in den landwirtschaftlichen Gütern und Genossenschaften vorliegenden Aufzeichnungen auch in Zukunft ausreichen werden, sämtliche agrarstatistischen Anforderungen nach Konzept und Methode der Bundesstatistik zu erfüllen. Bei den aufgesuchten Betrieben konnte eine große Kooperationsbereitschaft mit der amtlichen Statistik festgestellt werden.

Daten über die Viehbestände (Rinder, Schweine, Schafe) vom 31. Juli 1990 beziehen sich nur auf Güter und Genossenschaften. Die Daten der allgemeinen Viehzählung vom 3. Dezember 1990 wurden in der Untergliederung Güter/Genossenschaften sowie private Viehhalter ausgewiesen. Der Wegfall des staatlich garantierten Ankaufs pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse hat zu einem Produktionsrückgang, insbesondere im Bereich der individuellen (privaten) Landwirtschaft geführt. Der bisherige Berichtsweg für den statistischen Nachweis "Staatliches Aufkommen" mußte deshalb eingestellt werden.

Da Schlachttiere, Fleisch, Rohmilch, Geflügel (und Eier) 1990 in großem Umfang in die alten Bundesländer geliefert wurden, war eine vollständige statistische Erfassung nicht mehr möglich. Dies spiegelt sich beispielsweise in den ersten vorläufigen Daten über die Fleischerzeugung für das Kalenderjahr 1990 in den alten Bundesländern wider (Steigerung um fast 10 % gegenüber 1989).

Die Umstellung auf Konzepte und Methoden der Bundesstatistik ab Berichtsmonat Oktober 1990 und die bereits eingeleiteten Rückrechnungen für die Jahre 1989 und 1990 werden zumindest Anhaltspunkte für den tatsächlichen Produktionsrückgang vermitteln.

Genauere Feststellungen sind erst dann möglich, wenn außer den Ergebnissen der allgemeinen Dezember-Viehzählung 1990 auch alle anderen statistischen Daten für das Jahr 1990 vollständig vorliegen.

Bei Fleisch bieten sich eine Rekonstruktion auf Basis von (Monats-)Zahlen der Schlachttier- und Fleischschau und eine Umrechnung von Lebendgewicht auf Schlachtgewicht nach Konzept und Methode der Bundesstatistik an. Es besteht allerdings keine Möglichkeit, Schlachttierlieferungen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR in die alten Bundesländer getrennt nachzuweisen, weil Herkunftsnachweise (nach Bundesländern) im Rahmen der Schlachtungsstatistik nicht erfolgen.

Für den Bereich Milcherzeugung/Milcherzeugungsstatistik - es sei in diesem Zusammenhang auf die Einführung der Milch-Quoten-Regelung in der ehemaligen DDR hingewiesen - ist hingegen ein Nachweis der vom Beitrittsgebiet direkt vom Erzeuger in die alten Bundesländer gelieferten Milch ohne größere Schwierigkeiten machbar, da die Molkereien angelieferte Milchmengen nach Einzugsgebieten anzugeben haben.

Für Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben und Ölfrüchte sind nach Vorliegen endgültiger Ergebnisse Vorjahresvergleiche ohne Einschränkungen möglich.

Das gilt analog auch für die Ernte wichtiger Gemüsearten; allerdings nur für die Erzeugung der Güter und Genossenschaften.

Zusammenfassung

Es bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der Genauigkeit agrarstatistischer Daten durch Planvorgaben bzw. andere Gegebenheiten des statistischen Systems in der ehemaligen DDR.

Das ganz oder teilweise auf den Nachweisen des staatlichen Ankaufs (bzw. staatlichen Aufkommens) basierende Berichtssystem, insbesondere für die Gesamterzeugung an Fleisch und Geflügel sowie an Gemüse und Obst aus individueller Erzeugung, ist mit Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion gegenstandslos geworden. Es muß ganz oder teilweise durch Konzepte und Methoden der Bundesstatistik ersetzt oder ergänzt werden, d.h., es wird ein statistisches Berichtssystem wie in den alten Bundesländern aufgebaut.